33. Jahrgang 1985 / 3. Heft / Juli ISSN 0042-5702

E 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

WOLFGANG J. MOMMSEN
Theodor Schieders historiographisches Werk

RAYMOND POIDEVIN
Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans 1948/49

BARBARA FAIT
„In einer Atmosphäre von Freiheit"
Die Amerikaner und die Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946

BERND NIEDBALSKI
Zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948

SEEV GOSHEN
Albert Battels Widerstand gegen die Judenvernichtung in Przemysl

DOKUMENTATION
Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau 1957
(Werner Abelshauser)

Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952 · Das Gespräch Stalin – Nenni
(Hermann-Josef Rupieper)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Wolfgang J. Mommsen — Vom Beruf des Historikers in einer Zeit beschleunigten Wandels. Theodor Schieders historiographisches Werk 387

Raymond Poidevin — Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949) . 406

Barbara Fait — „In einer Atmosphäre von Freiheit". Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946 420

Bernd Niedbalski — Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission. Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948 456

MISZELLE

Seev Goshen — Albert Battels Widerstand gegen die Judenvernichtung in Przemysl 478

DOKUMENTATION

Werner Abelshauser — Kohle und Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlenkrise 489

Hermann-Josef Rupieper — Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952. Das Gespräch Stalin – Nenni 547

BIBLIOGRAPHIE 49

Einem großen Teil der Auflage liegt der Prospekt „Zeitgeschichte" des Matthias-Grünewald-Verlags, Mainz, bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2631-0. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Gültig ist Preisliste Nr. 7 v. 1.1.1979. Bezieherpreise ab 1981: Einzelheft DM 18,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: G. Appl, Wemding

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

33. Jahrgang 1985 Heft 3

WOLFGANG J. MOMMSEN

VOM BERUF DES HISTORIKERS IN EINER ZEIT BESCHLEUNIGTEN WANDELS

Theodor Schieders historiographisches Werk

Es ist gewiß heute noch zu früh für eine definitive Würdigung des historiographischen Lebenswerks Theodor Schieders, der am 8. Oktober 1984 verstorben ist; erst eine spätere Generation wird dies, in der Rückschau auf die Nachkriegsperiode, wirklich leisten können. Gleichwohl sei hier der Versuch gewagt, einige der Grundzüge seines Werkes nachzuzeichnen. Dieser Versuch muß angesichts eines überreichen Oeuvre, das man als ganzes kaum mehr zu überblicken vermag, unvermeidlich fragmentarisch bleiben. Unser Bemühen um eine Würdigung seines Werks vor dem Hintergrund eines halben Jahrhunderts deutscher Geschichtsschreibung verbindet sich mit Verehrung gegenüber Theodor Schieder als Persönlichkeit und als akademischer Lehrer und mit Dankbarkeit für das, was er einer jüngeren Generation von Historikern, die heute, um ein Wort Theodor Mommsens aufzugreifen, den „Speer der Wissenschaft" weiterzutragen haben, mit auf den Weg gegeben hat.

Theodor Schieder war Historiker „aus Beruf" im Sinne Max Webers; geschichtliches Denken war ihm innerstes Bedürfnis. Die wissenschaftliche Erforschung und deutende Interpretation vergangener Wirklichkeit war seine Weise, der Gegenwart zu dienen, ohne ihr doch je dienstbar zu werden. Gegenüber den jeweils herrschenden politischen Lehrmeinungen und Ideologien hielt er immer auf Distanz und drängte auf rationale Rechenschaftslegung anstelle von emotionaler Identifikation. Gegenüber dem immer wieder an ihn, wie an jeden Historiker, der sich seiner Rolle innerhalb des politischen Geschehens bewußt ist, herangetragenen Ansinnen, politische Lehrmeinungen historisch zu untermauern, legte er zeitlebens eine tiefe Resistenz an den Tag. Er sah es als die Aufgabe des Historikers an, auf einer tieferen Ebene des gesellschaftlichen Bewußtseins zu wirken als jener der Alltagspolitik. „Geschichtliche Einsicht", so sagte er, „kann keine unmittelbaren Anweisungen für politisches Handeln vermitteln, sie kann aber unübersehbare allgemeine Bedingungen des Handelns bewußt machen, indem sie für das politische und gesellschaftliche Bewußtsein historische Dimensionen eröffnet."[1]

[1] Unterschiede zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Methode (1971), in: Theodor Schieder, Einsichten in die Geschichte (künftig zitiert: Einsichten), Berlin 1980, S. 480. (Die Daten der Erstdrucke der zitierten Texte sind, wenn von der bibliographischen Angabe abweichend, jeweils in Klammern beigegeben.)

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seine Studenten und Schüler empfanden Schieders distanzierte Haltung gegenüber emotional begründeten politischen Werteinstellungen zuweilen als Ärgernis; sie wollten rascher und direkter zu politisch oder gesellschaftlich relevanten Schlußfolgerungen gelangen; sie wollten historische Sachverhalte vielfach entschiedener politisch bewertet sehen. Theodor Schieder fiel ihnen hier immer in den Arm, in der ihm eigenen behutsamen Weise, die deren Überzeugungen als solche respektierte. Er brachte sie dazu, die relative historische Berechtigung auch noch so „rückständiger" gesellschaftlicher Gestaltungen zu erkennen und im Gesamtzusammenhang des historischen Prozesses zu würdigen, statt sich mit raschem, primär gegenwartsorientiertem Urteil zu begnügen.

Für Theodor Schieder spielte das Bewußtsein eine entscheidende Rolle, in einer historischen Krisenzeit, oder mit Jacob Burckhardt zu sprechen, in einer Zeit „beschleunigter Prozesse" zu leben. In solchen Zeiten steht es nicht gut mit den Bewertungskriterien historischen Urteils; diese wechseln nur allzu schnell. Kritische Distanz war für Theodor Schieder mehr nur als Vorsicht, sie war Voraussetzung für jegliche historische Erkenntnis von bleibendem Wert, die über die historische Selbstbespiegelung der jeweiligen Gegenwart hinausgeht. Gerade der Tatbestand beständigen, sich mit zunehmend größerer Geschwindigkeit vollziehenden gesellschaftlichen Wandels begründete nach seiner Überzeugung die Notwendigkeit historischer Erkenntnis, als eines geistigen Widerlagers im Sinne des von ihm immer wieder zitierten Wortes von Jacob Burckhardt: „Nur aus der Betrachtung der Vergangenheit gewinnen wir einen Maßstab der Geschwindigkeit und Kraft *der* Bewegung, in welcher wir selber leben"[2].

Aufgabe des Historikers sei es, krisenhaften historischen Wandel erträglich zu machen, nicht aber vordergründige historische Kontinuitäten zu knüpfen, die sich zur Legitimierung des Bestehenden oder des erwünschten Künftigen benutzen lassen. Schieder wurde dabei geleitet von dem Bewußtsein der Gefährdetheit der europäisch-abendländischen Kultur in einer Epoche, die ständig steigende wirtschaftliche Ressourcen und immer größere militärische Machtpotentiale hervorbringt, aber nicht im gleichen Maße die moralischen Kräfte und politischen Instrumentarien, um diese auf Dauer sicher zu beherrschen. Die Erfahrung der wahnwitzigen Politik des Nationalsozialismus und des dadurch verursachten Zusammenbruchs des Deutschen Reiches bewahrte ihn vor der Selbstgewißheit älterer Generationen deutscher Historiker, die sich mit dem Geschichtsprozeß selbst eins gefühlt hatten. Dies gilt insbesondere für die nationalliberalen und nationalkonservativen Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft des Kaiserreichs und noch der Weimarer Republik, in deren geistigem Ausstrahlungsbereich Schieder seine anfängliche Formung als Historiker erhalten hatte. Spätestens mit der Erfahrung des Zuammenbruchs im Jahre 1945 trat bei Theodor Schieder an die Stelle jener historischen Selbstgewißheit, die dem Historiker die Rolle eines Sprachrohrs der Geschichte zumaß, ein zutiefst kritischer, ja skeptischer Zugang zur Geschichte.

---

[2] Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium, Gesammelte Werke, Bd. IV, Darmstadt 1956, S. 11.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeit eines jeden Historikers in unserer Zeit, „der sich nicht einfach blind seinem Fachinteresse verschreibt", sondern die verbreitete Kritik am Sinn und Wert historischer Erkenntnis ernst nehme, sei es, „den immer tieferen Abgrund zu erkennen, der die heutige Welt von der gestrigen und der vorgestrigen trennt, und in der gegenwärtigen Stunde der Entwicklung der Menschheit eine Stunde des historischen Wandels, bei dem sich die Abstände zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ständig vergrößern"[3]. An die Stelle der Ineinssetzung mit dem Geschichtsprozeß, als dessen Interpret der Historiker zum Ausdruck bringt, wie es denn eigentlich gewesen sei, setzte Schieder die rationale Analyse vergangenen Geschehens unter unterschiedlichen, jedoch begrifflich stets klar definierten Fragestellungen und den kritisch-distanzierten Dialog mit den großen Akteuren oder Denkern der Vergangenheit, unter Zuhilfenahme eines breiten Spektrums von theoretisch reflektierten Gesichtspunkten. Jedoch stimmte Schieder mit Jacob Burckhardt darin überein, daß Geschichtsschreibung nicht nur die großen Akteure, sondern gerade auch die leidenden, übermächtigen gesellschaftlichen Prozessen Unterworfenen zum Gegenstand habe. Die herkömmliche erzählende Darstellung, in welcher sich der Historiker gewissermaßen mit den handelnden Akteuren identifiziert und so dem Leser die Ereignisse als zwangsläufig und unmittelbar evident erscheinen läßt, war weniger nach seinem Geschmack, auch wenn es in seinem Oeuvre an großen synthetischen Darstellungen nicht fehlt. Vielmehr wird der jeweilige Gegenstandsbereich in seinem Werk stets aus verschiedenen Perspektiven gleichzeitig dargestellt. Darüber hinaus wird die Erzählung beständig von analytischen Betrachtungen durchbrochen, die zumeist ihren Ausgangspunkt von kritischen Äußerungen zeitgenössischer Beobachter nehmen. Theodor Schieder schrieb Geschichte durchgängig mit Hilfe von, zwar zumeist aus den Quellen selbst abgeleiteten, aber theoretisch präzisierten Begriffen; jeder unmittelbaren Identifizierung mit dem jeweiligen Akteur legte er sich selbst und seinen Lesern immer wieder reflektive Barrieren in den Weg. Nähe und Distanz zum Untersuchungsobjekt ergaben sich auf diese Weise gleichermaßen.

Theodor Schieders außerordentlicher Erfolg als akademischer Lehrer und als neue Wege weisender Forscher ist gutenteils auf eben diese Fähigkeit zurückzuführen, sich historischen Gegenstandsbereichen auf ungewöhnlich hohem Reflexionsniveau zu nähern. Denn sie ermöglichte ihm eine bemerkenswerte Offenheit des Zugangs zu den großen historischen Problemen. Dieser ließ alternative politische oder ideelle Bewertungen von unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Standpunkten aus nicht nur zu, sondern erforderte es geradezu, die der eigenen Interpretation entgegenstehenden Deutungen stets explizit zu thematisieren. Sowohl in seinem methodologischen Verfahren als auch in seinem persönlichen Verhältnis zu seinen Schülern findet sich eine grundsätzliche Liberalität des Denkens, die alle, die Theodor Schieder kannten, stets tief beeindruckt hat. Es kommt dies nicht zuletzt auch in dem Umstand zum Ausdruck, daß die große Zahl von Historikern der jüngeren Generation, die aus

[3] Historiker in dieser Zeit (1972), in: Einsichten, S. 506.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner Schule hervorgegangen sind, den unterschiedlichsten politischen Lagern angehören.

Vergegenwärtigen wir uns die geistige Situation in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Als Theodor Schieder 1947 den Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte an der Universität zu Köln übernahm, schien die Kontinuität der deutschen Geschichte vollkommen abgerissen. Die Trümmerfelder Kölns waren ein schreckliches Symbol für die größte Katastrophe in der deutschen Geschichte seit dem Dreißigjährigen Kriege. Der Nationalsozialismus hatte es zwar nicht vermocht, während seiner 12jährigen Herrschaft die deutsche Geschichtswissenschaft wirklich gleichzuschalten, obschon sie jedermann zu einem mehr oder minder großen Maß von Anpassung zwang; die Grundsätze historischer Forschung waren auch im Dritten Reich nicht völlig außer Kraft gesetzt worden. Aber die geistigen Traditionen der deutschen Geschichtswissenschaft, gleichviel ob diese liberal, nationalliberal oder konservativ ausgerichtet gewesen waren, waren angesichts der ungeheueren Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit erschüttert, das Bedürfnis nach einer Abrechnung mit der Vergangenheit übermächtig. Unter solchen Bedingungen war es eine schwere Aufgabe, eine Geschichtswissenschaft neu aufzubauen, die über kritische Zurückweisung der Vergangenheit hinausging. In den ersten Jahren hat Theodor Schieder wenig über diese Probleme gesprochen; im Rückblick hat er wiederholt auf dem „tiefen Bruch in der Entwicklung" hingewiesen, den die Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus dargestellt habe. „Nur durch entschlossene Abkehr von einer diese Kontinuität durchbrechenden Vergangenheit" habe diese selbst gewahrt werden können: „Als vor dreißig Jahren ein neuer Anlauf zu einer demokratischen Ordnung in unserem Lande gemacht wurde, bedeutete dies, die Konsequenzen aus dem Irrweg der deutschen Geschichte in der vorausgehenden Zeit des NS-Staats zu ziehen, aus der Hybris und der ihr folgenden Katastrophe, aber auch aus den Fahrlässigkeiten und den institutionellen Schwächen, die das Ende der ersten Demokratie begünstigt haben." Dafür habe man „weiter in verschüttete historische Schichten zugrückgreifen" müssen, „um auf die Tradition der Freiheit" zu treffen[4].

Dies galt nicht zuletzt für die Geschichtswissenschaft selbst. Theodor Schieder brachte aus seiner Tätigkeit zunächst als Privatdozent, später als Ordinarius an der Universität Königsberg eine Reihe von großen Themen mit, die in der veränderten politischen Wirklichkeit nach 1945 eine ganz andere Dimension annehmen sollten. Das galt insbesondere für die Probleme der Nation und der Nationalität in der europäischen Geschichte, mit denen sich Schieder vorwiegend am Beispiel der nationalen Gemengelage Ostmitteleuropas beschäftigt hatte. Teilweise unter dem Einfluß von Hans Rothfels erkannte er schon früh die Vieldeutigkeit und Vieldimensionalität des Nationsbegriffes und die politische Sprengkraft, die sich mit der nationalen Idee verband, gleichviel ob diese in der staatsnationalen Variante Westeuropas oder den ethnisch und sprachlich geprägten Varianten Mittel- und Osteuropas auftrat. Waren

[4] Politisches Handeln aus historischem Bewußtsein (1975), in: Einsichten, S. 500.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schieders Arbeiten vor 1945 noch überwiegend von der Frage nach dem Verhältnis kleindeutscher, großdeutscher oder gar gesamtdeutscher Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage beherrscht, so gab er diesen Problemen nach 1945 konsequent eine europäische Dimension. Zugleich aber wandte er sich der kritischen Untersuchung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingtheiten des nationalen Denkens zu, nicht zuletzt aus dem Interesse heraus, die diesem eigentümliche irrationale Sprengkraft mit den Mitteln kritisch-rationaler Reflexion unter Kontrolle zu bringen. Daraus sollte eine lebenslange Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalstaats und der nationalen Bewegungen hervorgehen, die in der Begründung einer Forschungsabteilung am Historischen Seminar der Universität zu Köln dann auch eine institutionelle Basis erhielt[5].

Das frühe Interesse an Preußen als einem Machtstaat, dem zumindest anfänglich jegliche nationale Legitimation fehlte, und dem wechselvollen Verhältnis Preußens zum Heiligen Römischen Reich, als dem widersprüchlichen Platzhalter einer staatlichen Repräsentanz der deutschen Nation[6], bewahrte Schieder davor, einfach in den Bahnen der kleindeutschen Historiographie nationalkonservativer Observanz fortzuschreiten, die Preußens „deutsche Mission" zur Leitlinie der deutschen Geschichte seit dem Großen Kurfürsten erhoben hatte. Er stand von Anbeginn den in der borussischen Tradition stehenden Interpretationen der deutschen Geschichte mit relativer Distanz gegenüber, obwohl er andererseits seine Hochschätzung des Werks von Heinrich von Treitschke nie verleugnet hat. Theodor Schieder stellte der Deutung der deutschen Geschichte aus der Perspektive des Zentrums stets auch die Deutungen aus der Perspektive der Peripherie gegenüber, sei es jener des „älteren Preußen", sei es der süddeutschen Staaten, beispielsweise Bayerns, mit dessen Haltung zur Reichsgründung er sich schon in seiner Dissertation über die kleindeutsche Partei in Bayern bei Alexander von Müller befaßt hatte[7]. Er tat dies unbeschadet seiner persönlichen Option für die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage und seines großen Respekts für die Person Bismarcks, als eines Staatsmannes von europäischem Rang, aber auch eines Mannes von ungewöhnlicher Sprachkultur und Schärfe der intellektuellen Analyse.

Je mehr sich Schieder mit Problemen des deutschen Nationalstaats im 19. Jahrhundert befaßte, desto weiter wurde er über den Bezugskreis nationaldeutscher

---

[5] Vgl. insbesondere die aus der Forschungsabteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln hervorgegangenen Publikationen: Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, unter Mitwirkung von Peter Burian hrsg. v. Theodor Schieder, München 1971; Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip, unter Mitwirkung von Peter Alter hrsg. v. Theodor Schieder, München 1974; Nationale Bewegung und soziale Organisation I. Vergleichende Studien zur nationalen Vereinsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa, hrsg. v. Theodor Schieder und Otto Dann mit Beiträgen von Peter Alter, Gerhard Brunn und Hans Henning Hahn, München 1978.

[6] Siehe insbesondere Die preußische Königskrönung von 1701 und die politische Ideengeschichte, in: Altpreußische Forschungen, Jg. 12, 1935, S. 64–86.

[7] Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit (1863–1871), Münchener historische Abhandlungen, 1. Reihe, 12. Bd., München 1936.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Politik hinausgetragen, zumal sich diese im Rahmen des Dualismus zwischen dem kleindeutschen Nationalstaat und dem zumindest anfänglich noch deutsch geführten österreichischen Kaiserstaat bewegte. Als drittes großes Bedingungsgefüge der europäischen Geschichte trat zunehmend das europäische Staatensystem in den Gesichtskreis seiner Forschungen. An der klassischen Lehre von den Staatenbeziehungen als eines relativ autonomen Systems, das durch die jeweiligen Machtinteressen der großen Mächte definiert werde, hielt Schieder konsequent fest. Er war zeitlebens der Ansicht, daß „die staatlichen Machtgebilde, namentlich in ihren Außenbeziehungen, immer eine eigentümliche autonome Antriebskraft innerhalb aller gesellschaftlichen Systeme behalten" haben[8]. Aber er hat die Theorie des europäischen Staatensystems, das sich im Zuge des Imperialismus schrittweise zu einem Weltstaatensystem erweiterte, als einer gleichsam eigengesetzlichen Sphäre geschichtlichen Geschehens, nie in einem mechanistischen Sinne verstanden. Er hat diese Theorie in zweierlei Richtung fortentwickelt und erheblich verfeinert, zum einen durch die systematische Einbeziehung des Völkerrechts und seiner jeweiligen ideologischen Prämissen, und zum anderen durch den Aufweis der geistigen und gesellschaftlichen Bedingtheiten gerade auch großer Machtpolitik. In letzter Instanz erwiesen sich die epochalen geistigen und sozialen Tendenzen des Geschichtsprozesses als Weichensteller auch für die Entwicklung der Mächtebeziehungen.

Anfang der 50er Jahre war Geschichtsschreibung in den Begriffen klassischer Machtpolitik in Verruf geraten. Ludwig Dehio veröffentlichte damals sein vielbeachtetes Werk „Gleichgewicht und Hegemonie", in dem das preußisch-deutsche Streben nach uneingeschränkter Hegemonialmachtstellung in Europa, in Außerkraftsetzung des klassischen Prinzips des europäischen Gleichgewichts, als Ursache der deutschen Katastrophe aufgewiesen wurde[9]. Dies kam einer negativen Apotheose deutscher Geschichte aus rankeanischer Perspektive gleich. Davon abgesehen erschien die Machtstaatsidee auch aus der Sicht des Neoliberalismus, der stärksten geistigen Potenz jener Periode, moralisch weitgehend diskreditiert; der moderne nationale Machtstaat stand im Verdacht, nicht bloß Krieg und Unfrieden, sondern am Ende auch den modernen Totalitarismus hervorgebracht zu haben.

Theodor Schieder stellte sich – mit der ihm eigenen Sensibilität für die großen Fragen der Zeit – ohne Zögern diesen Problemen. Jedoch ging er in diesen Dingen seinen eigenen Weg; er bemühte sich um die Klärung des eigenen historischen Standorts, in geistiger Auseinandersetzung mit den beiden bedeutendsten Repräsentanten der Geschichtswissenschaft des deutschsprachigen Raumes im 19. Jahrhundert, Leopold von Ranke und Jacob Burckhardt, die bekanntlich die Probleme der Macht in höchst unterschiedlicher Weise gesehen haben. Die 1950 entstandenen Abhandlun-

[8] Unterschiede zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Methode (1971), Einsichten, S. 469.

[9] Vgl. Ludwig Dehio, Gleichgewicht und Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen über „Das historische Weltbild Leopold von Rankes"[10] und „Die historischen Krisen im Geschichtsdenken Jacob Burckhardts"[11] sind für die Entwicklung seines historiographischen Standorts von großer Bedeutung. In der Analyse und in der Auseinandersetzung mit ihrem Werk löste sich Schieder von dem pragmatischen Realismus des national-konservativen Historismus, in dessen Schatten er in den beiden ersten Jahrzehnten seiner wissenschaftlichen Laufbahn gestanden hatte, und fand zu einer sublimen Form von politischer Geschichtsschreibung, die Machtpolitik stets im Kontext der großen geistigen Strömungen des Zeitalters deutete. Am Anfang des Aufsatzes über Ranke läßt Schieder anklingen, daß der Rückbezug auf diesen damals durchaus als problematisch empfunden wurde: „Über Leopold von Ranke zu sprechen, scheint heute in vieler Hinsicht ein Wagnis zu sein"[12]. In seiner Interpretation des Rankeschen Werks maß Schieder den „realgeistigen" Kräften, die hinter Rankes Lehre von den „großen Mächten" standen, größte Bedeutung bei. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß „die historischen Weltmächte" bei Ranke durchgängig mit bestimmten Segmenten einer gemeinsamen europäischen Kultur zusammenfielen. In gewissem Sinne lief Theodor Schieders Deutung des Rankeschen Werks auf eine Rettung des großen Geschichtsschreibers vor den Neorankeanern hinaus, die dessen Grundgedanken unerträglich verengt und an die Stelle des „real-geistigen" Prinzips der Macht ein rein pragmatisches Verständnis von Macht und Mächtesystem gesetzt hatten.

In diesem Zusammenhang heißt es bei Schieder einmal, daß Historiker, sofern „sie sich nicht damit begnügen, die Neugierde nach dem Antiquarischen zu befriedigen, ... im tieferen Sinne Weltdeuter sind: unter ihrer Hand wächst sich jede begrenzte geschichtliche Begebenheit aus zu einem Beitrag für die Deutung des Menschenwesens und seines Schicksals in Raum und Zeit. Ihre Schöpfungen behalten durchaus ihre eigentümliche Stofflichkeit, die den Charakter historischer Fakten ausmacht, aber sie erscheinen gleichzeitig wie durchleuchtet von geistigen Kräften, durch die ihre Besonderheit, ihre Individualität Ausdruck eines Allgemeinen wird"[13]. Es liegt nahe, dieses Wort auf Theodor Schieder selbst zu beziehen. Sein außerordentlich vielgestaltiges historisches Oeuvre erhält seine Geschlossenheit letztenendes nicht durch die Einheitlichkeit der Thematik oder die Konsistenz einer besonderen historischen Methode, sondern durch die intensive geistige Durchdringung unterschiedlichster historischer Gegenstände unter Gesichtspunkten, die sich aus der Befindlichkeit des Menschen als eines endlichen, beschränkten und in die Zeit „geworfenen" Individuums herleiten, dessen Möglichkeiten zu schöpferischer Gestaltung seiner Welt durch die Geschichte außerordentlichen Beschränkungen unterworfen sind.

Theodor Schieder schrieb diese Weise des historischen Denkens und Forschens in

[10] Das historische Weltbild Leopold von Rankes (1950), in: Theodor Schieder, Begegnungen mit der Geschichte, Göttingen 1962 (künftig zitiert: Begegnungen), S. 105–128.

[11] Ebenda, S. 129–162.

[12] Ebenda, S. 105.

[13] Ebenda, S. 106 f.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besonderem Maße Jacob Burckhardt zu. Dessen Werk war für seine eigene geistige Orientierung zeitlebens von zentraler Bedeutung, und es ist vielleicht kein Zufall, daß er noch unmittelbar vor seinem Tode an einem Vortrag über Jacob Burckhardt gearbeitet hat, den zu halten ihm dann nicht mehr vergönnt gewesen ist. Die bereits genannte Abhandlung über „Die historischen Krisen im Geschichtsdenken Jacob Burckhardts" beschäftigte sich vornehmlich mit jenen „beschleunigten Prozessen", aus denen am Ende, unter großen Geburtswehen und unendlichen Opfern, neue geschichtliche Gestaltungen säkularen Zuschnitts hervorgehen. Sie kulminierte in einer kritischen Rezeption von Burckhardts Begriff des „Revolutionszeitalters", d.h. der Epoche seit der Französischen Revolution von 1789. Ihr Signum war der Aufstieg von machtvollen Nationalstaaten, wie Burckhardt einmal gesagt hat, die vor allem Macht gegenüber anderen Völkern auszuüben trachteten. Burckhardts tief pessimistische Prognose von der zukünftigen diktatorischen Herrschaft der „terribles simplificateurs" übernahm Schieder jedoch ebensowenig unbesehen wie dessen radikale Verurteilung des nationalen Machtstaats. Desgleichen identifizierte er sich nicht mit Burckhardts in die Vergangenheit gerichteten Idealen einer alteuropäischen aristokratischen Geisteskultur. Aber die Kernthese Burckhardts, daß das 19. Jahrhundert eine Epoche radikalen gesellschaftlichen Wandels sei, der unvermeidlich zum Niedergang der alteuropäischen Wertordnungen führen müsse, traf sich mit Schieders eigenen Überzeugungen. 1972 hat er einmal gesagt, daß aus Burckhardts „dreiundachtzig Jahren Revolutionszeitalter ... inzwischen fast zweihundert Jahre Krisenzeitalter geworden" seien[14]. Mit Burckhardt verband Schieder das Wissen um die ethische Zwiespältigkeit großer Machtpolitik, vor allem aber um die Gefährdetheit aller großen kulturellen Hervorbringungen der Menschheit, und nicht zuletzt auch der europäischen Kultur.

Es ist daher nicht überraschend, daß sich Schieder in eben diesen Jahren dem großen Florentiner Niccolò Machiavelli zuwandte, der das Problem der Macht und moralisch nicht legitimierter Herrschaft in den Mittelpunkt einer politischen Theorie von welthistorischem Rang gestellt hatte. Machiavellis Lehre von der Urwüchsigkeit von Herrschaft, deren Ausübung letztlich moralischen Normen nicht unterworfen werden könne, war mit den Anfängen der Idee des italienischen Nationalstaats eigentümlich verschränkt. Schieder hat dieses Thema dann durch die ganze europäische Geistesgeschichte hindurch verfolgt, von Jean Bodin über Friedrich den Großen bis hin zu Max Weber[15]. Es war dies seine Weise, einer jüngeren Generation die tiefe Problematik großer Machtpolitik, aber auch deren relative Berechtigung vor Augen zu führen.

Ebenso stellte sich Schieder ohne Zögern der Herausforderung, die seit Anfang der

[14] Historiker in dieser Zeit (1972), in: Einsichten, S. 503.

[15] Vgl. seine Abhandlungen Shakespeare und Machiavelli (1951), in: Begegnungen, S. 9–55; Niccolò Machiavelli. Epilog zu einem Jubiläumsjahr (1970), in: Einsichten, S. 11–37; Machiavelli im Marxismus (1972), ebenda, S. 38–51; Friedrich der Große und Machiavelli. Das Dilemma von Machtpolitik und Aufklärung, in: Historische Zeitschrift, Bd. 234, 1982, S. 265–294.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

50er Jahre von seiten der Sozialwissenschaften an die Geschichtsschreibung ausging. Auf dem Deutschen Historikertag in Marburg im Jahre 1951 hielt er ein vielbeachtetes Korreferat zu den Vorträgen von Hans Freyer über „Soziologie und Geschichtswissenschaft" und Siegfried Landshut über „Die soziologische Geschichtsauffassung des Marxismus"[16]. Er bedauerte die historisch bedingte Entgegensetzung beider Wissenschaften, wie sie in Deutschland einstweilen noch uneingeschränkt vorhanden sei, und plädierte dafür, daß die Geschichtswissenschaft ihrerseits „einen Schritt" auf die Soziologie zugehen möge, zumal dieser „aus dem gegenwärtigen historischen Bewußtsein fast notwendig" entspringe[17]. In lapidarer Kürze, zugleich aber mit der ihm eigenen Präzision umriß Theodor Schieder hier das Programm einer sich zu den Sozialwissenschaften hin öffnenden Geschichtswissenschaft. Das wichtigste Postulat, die Einbeziehung der „außerstaatlichen geschichtlichen Wirklichkeit gesellschaftlicher oder irgendwie sozialer Vorgänge" in die historische Forschung, insoweit, wie er hinzufügte, „Treitschke korrigierend", war Theodor Schieder damals schon nahezu selbstverständlich. Ausdrücklich plädierte er, unter Bezugnahme auf Otto Hintze und Max Weber, aber auch auf Ranke und Burckhardt, für die Ergänzung der herkömmlichen individualisierenden Methode des Historismus durch typologische Methoden, wie sie in den Sozialwissenschaften vielerorts üblich waren. In diesem Zusammenhang warnte er ausdrücklich vor einem „übersteigerten Historismus", der die genetische Methode der Erklärung aus dem Werdegang geschichtlicher Gegenstände absolut setze; diese müsse durchgängig durch vergleichende Betrachtungen ergänzt werden. Er gab dafür eine charakteristische Begründung: „... unsere geschichtliche Lage ist so fragwürdig geworden, daß wir sie nicht mehr ganz aus dem Ablauf unserer eigenen besonderen geschichtlichen Entwicklung zu begreifen vermögen". Vielmehr dränge vieles darauf hin, daß wir „unseren geschichtlichen Standort durch einen Vergleich mit anderen Kulturen zu finden versuchen"[18]. Dies war, skizzenhaft und noch ein wenig tastend vorgetragen, ein zukunftsweisendes Forschungsprogramm für eine erneuerte deutsche Geschichtswissenschaft. Theodor Schieder hat dies in den folgenden Jahrzehnten als akademischer Lehrer, zugleich aber in einer großen Zahl von Abhandlungen und Aufsätzen entfaltet und am Beispiel von Schlüsselproblemen der neueren europäischen Geschichte konkret eingelöst.

Die Reflexion über die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen der eigenen historiographischen Arbeit war für Theodor Schieder nicht eigentlich ein Ziel an und für sich; sie war ihm Mittel, um in kritischer Prüfung der überkommenen methodischen Positionen eine tragfähige Grundlage für die eigene Forschung zu gewinnen. Hinzu kam, daß in den 50er und 60er Jahren das historische Denken selbst in eine Krise geraten war und die Sinnhaftigkeit historischer Erkenntnis vielfach überhaupt

[16] Vgl. Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 3. Jg., 1952, S. 14 ff. Das Korreferat Theodor Schieders „Zum gegenwärtigen Verhältnis von Geschichte und Soziologie" ebenda., S. 27 ff.

[17] Ebenda, S. 28.

[18] Ebenda, S. 29.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Zweifel gezogen wurde. Schieder hat sich demgegenüber darum bemüht, der Geschichtswissenschaft den ihr gebührenden Platz in den Geistes- und Sozialwissenschaften und im Bildungssystem der Bundesrepublik zu erhalten bzw. wieder zurückzugewinnen. Dies erforderte allerdings zugleich eine kritische Selbstprüfung der historischen Wissenschaft. Bereits 1952 heißt es einmal: „Heute, wo die naive Unschuld des traditionellen historischen Denkens verlorengegangen ist", könne es „echte Geschichtsschreibung" nicht geben, „ohne daß die Historie ihren geistigen Standpunkt in dieser Zeit zu klären sucht"[19].

Theodor Schieder hat sich diesen Fragen dann immer wieder mit großem Engagement zugewandt, beginnend mit dem wegweisenden Aufsatz über „Der Typus in der Geschichtswissenschaft", in dem er unter Berufung auf Jacob Burckhardt, Otto Hintze und Max Weber für die Berechtigung, ja Unentbehrlichkeit typologischer Verfahrensweisen eintrat. Die Geschichtsschreibung habe, so legte er dar, in ihren großen Repräsentanten immer schon mit typologischen Begriffen gearbeitet, wenn auch vielfach unbewußt. Insofern bestehe kein absoluter Gegensatz der Geschichtswissenschaft zu einer mit klar definierten Typenbegriffen arbeitenden historischen Soziologie. Die Entwicklung des „Idealtypus" durch Max Weber sei als eine „fundamentale gedankliche Leistung" gerade auch für die Geisteswissenschaften zu betrachten[20]. Dies kam einer wesentlichen Erweiterung nicht nur des methodologischen Instrumentariums, sondern auch der Erkenntnisziele der Geschichtswissenschaft gleich. Diese erschöpften sich nach Theodor Schieder eben nicht in der Erkenntnis des Individuellen. Vielmehr müsse die Geschichtswissenschaft mit Hilfe komparativer Analysen „typische Züge des geschichtlichen Lebens" und „typische Abläufe des Geschichtsprozesses" zu erfassen suchen. Allerdings warnte er sogleich vor einer völligen Ablösung der Ereignisgeschichte durch eine sozialwissenschaftlich angeleitete Strukturgeschichte, oder gar deren Verdrängung durch eine „histoire de longue durée", die nur historische Phänomene von relativer Konstanz im Wandel der Zeit als erforschungswürdig erklärt.

In der Aufhellung des wechselseitigen Bedingungsverhältnisses von individuellem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen sah er die eigentliche Aufgabe des Geschichtsschreibers, gerade in einer zunehmend „verwalteten Welt" wie der unsrigen. Gleichwohl begrüßte und förderte er die Entwicklung einer modernen Sozialgeschichte. Es war für ihn unbestritten, daß die kritische Würdigung der „gestaltenden Kräfte" des geschichtlichen Prozesses, in erster Linie der großen Individuen, nur vor dem Hintergrund der großen sozialen Bewegungen und der „Prozesse der gleitenden [gesellschaftlichen, der Vf.] Schichtungen" geleistet werden könne; letzteres könne die Geschichtswissenschaft „nur in engstem Kontakt mit den Sozialwissenschaften

[19] Der Typus in der Geschichtswissenschaft (1952), in: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958 (künftig zitiert: Staat und Gesellschaft), S. 187.

[20] Ebenda, S. 178.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

leisten"[21]. Er sah in der Geschichte im wesentlichen drei Faktorengruppen am Werke, erstens die „führenden Personen, die das Schaltwerk der Geschichte bedienen", zum zweiten die „in den großen sozialen Gebilden gegenwärtigen Massen der anonymen einzelnen" und schließlich die objektiven Strukturen[22].

Ohne die hergebrachten bewährten Methoden der Geschichtswissenschaft aufgeben zu wollen, bahnte Theodor Schieder damit, teilweise auf Otto Brunners Arbeiten aufbauend, gemeinsam mit Werner Conze, der einen eigenständigen methodischen Zugriff auf die vorstaatliche geschichtliche Wirklichkeit entwickelte, den Weg für eine Geschichtsschreibung, die sich konsequent nicht nur dem Geschehen auf staatlicher Ebene, sondern des gesellschaftlichen Raums überhaupt zuwandte, unter Einbeziehung auch der sozialökonomischen Dimension. Diese methodischen Wegweisungen sind für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik von fundamentaler Bedeutung gewesen, obschon oder gerade weil wir sie heute weithin als selbstverständlich betrachten, wie ein Vergleich mit der englischen und französischen Forschung jener Jahrzehnte, wie wir ihn hier nicht leisten können, zusätzlich bestätigen würde.

In seinen zahlreichen Arbeiten zur deutschen und europäischen Geschichte hat Theodor Schieder immer wieder Beispiele einer solchen, unterschiedliche methodische Zugriffe kombinierenden Betrachtungsweise vorgelegt. Die 1954 entstandene Abhandlung über „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus" verdient in diesem Zusammenhang besonderer Erwähnung[23]. Sie behandelte in einem Längsschnitt von erstaunlicher Spannweite das historische Dilemma des deutschen Liberalismus; im Zuge der Entwicklung der industriellen Gesellschaft wurden, wie Schieder darlegte, die gesellschaftlichen Grundlagen liberaler Politik untergraben, noch bevor diese die Chance erhielt, die politischen Verhältnisse in Deutschland in ihrem Sinne zu verändern. Es war dies ein Befund mit weitreichenden Auswirkungen bis in die jüngste Geschichte Deutschlands. Parallel dazu wies Schieder auf die historisch bedingte Revolutionsfurcht der bürgerlichen Schichten in Deutschland hin, ausgelöst durch das Trauma des Pariser Kommuneaufstands, die zur Lähmung des politischen Handelns der liberalen Parteien wesentlich beigetragen habe[24].

Diese und eine Reihe anderer Abhandlungen warfen helles Licht auf die historischen Ursachen des Scheiterns des deutschen Liberalismus. Sie wurden für eine ganze

---

[21] Strukturen und Persönlichkeiten der Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Bd. 195, 1962, S. 296.

[22] Vgl. Theodor Schieder, Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung (1965), 2. Aufl. München 1968, S. 108. Diese Abhandlung ist aus akademischen Vorlesungen hervorgegangen; Theodor Schieder stellte sie selbst in einen Zusammenhang mit Johann Gustav Droysens bekannten Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte, Jacob Burckhardts Weltgeschichtlichen Betrachtungen und Reinhard Wittrams Das Interesse an der Geschichte: Zwölf Vorlesungen über Fragen des zeitgenössischen Geschichtsverständnisses. Vgl. ebenda, S. 7 ff.

[23] Unter leicht verändertem Titel abgedruckt in: Staat und Gesellschaft, S. 58–88.

[24] Vgl. das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert (1950), in einer teilweise überarbeiteten Fassung in: Staat und Gesellschaft, S. 11–57.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Generation von Historikern wegweisend. Dies gilt insbesondere für die Bemühungen Theodor Schieders, die traditionelle, überwiegend ideologiegeschichtlich betriebene Parteiengeschichtsschreibung durch eine institutionengeschichtliche Dimension zu ergänzen und zugleich die gesellschaftlichen Bedingtheiten parteipolitischen Wirkens in die historische Erklärung einzubeziehen[25]. Nur beiläufig sei darauf hingewiesen, daß Schieder aufgrund seiner Arbeiten zur Struktur des modernen Parteiwesens dann auch in der Lage war, im Zuge der Vorbereitung des Gesetzes über die Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik wichtige Einsichten in den Gesetzgebungsprozess einzuspeisen.

Im Mittelpunkt des historiographischen Interesses Theodor Schieders stand das „Deutsche Reich unter der Führung Bismarcks", wie er es selbst einmal formuliert hat[26], mit anderen Worten die Vorgeschichte und Geschichte des deutschen Nationalstaates. In zahlreichen Abhandlungen, unter anderem auch in der Cambridge Modern History, hat er die Probleme des deutschen Kaiserreiches in immer neuen Perspektiven beleuchtet[27]. Dabei wurden bleibende Einsichten gewonnen, die unser Bild des Kaiserreichs bis heute maßgeblich bestimmen. Mit unübertroffener Meisterschaft hat Schieder die überlegene Diplomatie Bismarcks dargestellt, die die Gründung eines deutschen Nationalstaats in der Mitte Europas allererst möglich gemacht habe, unter gleichzeitiger fairer Würdigung der Rolle seiner Gegenspieler im liberalen Lager. Ebenso bedeutsam war seine Analyse der Außenpolitik Bismarcks in den beiden Jahrzehnten nach der Reichsgründung; erstmals beschrieb er die Strategie der Ableitung der Spannungen des Mächtesystems an die Peripherie, zwecks Entlastung des Deutschen Reiches, die Bismarck seit 1875 im Interesse der Friedenssicherung in Europa betrieben hat[28].

Insgesamt sah Schieder, darin noch deutlich unter dem Einfluß der Arbeiten von

---

[25] Vgl. Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, und Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens, im gleichen Bande, S. 110–171; ferner Der Liberalismus und die Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Relazioni del X Congresso Internazionale di Science Storiche, Bd. 5: Storia Contemporanea, Florenz 1955, S. 143–172.

[26] In: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. v. Peter Rassow (1953), 3. Aufl. Stuttgart 1972, S. 528–579.

[27] Siehe u. a. Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815–1871, in: Bruno Gebhardt (Hrsg.), Handbuch der deutschen Geschichte, 8. Aufl., Bd. 3: Von der Französischen Revolution bis zum 1. Weltkrieg, hrsg. v. Herbert Grundmann, Stuttgart 1960, S. 95–190; Bismarck – gestern und heute (1965), in: Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln 1971, S. 342–372; Political and Social Developments in Europe, in: New Cambridge Modern History, Bd. 11: Material Progress and Worldwide Problems 1870–1898, Cambridge 1962, S. 243–273; Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871–1945, in: Reichsgründung 1870/71. Tatsachen. Kontroversen. Interpretationen, hrsg. v. Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970, S. 422–454; Einführung zu Ploetz, Das Deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche, hrsg. v. Dieter Langewiesche, Freiburg 1984.

[28] Vgl. schon Bismarck und Europa. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem, in: Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes. Festschrift für Hans Rothfels, hrsg. v. Werner Conze, Düsseldorf 1951, S. 37, auch in: Begegnungen, S. 258 f.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hans Rothfels, in Bismarck einen Staatsmann, der den großen zerstörerischen Tendenzen des Zeitalters, namentlich den nationalen Bestrebungen, innerlich eher ferngestanden und diesen entgegenzuwirken gesucht habe, eine Deutung, die sich im Laufe der Jahre nicht ganz hat aufrechterhalten lassen. Bereits in einem Aufsatz aus dem Anfang der 50er Jahre hatte Schieder gezeigt, daß Bismarck dem Begriff „Europa", wenn er ihm seitens anderer europäischer Staatsmänner entgegengehalten wurde, stets mit großem Mißtrauen entgegentrat[29]. Gleichwohl hat er in Bismarck mit Recht nicht den deutschen oder gar nur den preußischen, sondern in erster Linie den europäischen Staatsmann gesehen. Seine Hochachtung vor der Persönlichkeit Bismarcks und seine grundsätzliche Bejahung des kleindeutschen Nationalstaats hinderten ihn jedoch nicht daran, die tiefen inneren „Bruchlinien" im Reichsgebäude bloßzulegen und darauf hinzuweisen, daß große Teile der Bevölkerung infolge von Bismarcks Politik innenpolitischer „Präventivkriege" dem Reich mit innerer Distanz gegenüberstanden. Ebenso würdigte er ausführlich die Gegenstimmen zur Reichsgründung, beispielsweise aus dem katholisch-großdeutschen Lager. Es entsprach seinem methodischen Vorgehen, grundsätzlich auch radikale Kritik am Deutschen Reich in seine historische Interpretation einzubeziehen und dergestalt einer historischen Bewertung des Bismarckschen Staates von den verschiedensten Gesichtspunkten aus systematisch die Wege zu bahnen. So stellte er der ausführlichen Würdigung von Sybels begeisterter Zustimmung zur Reichsgründung, nach deren Vollendung man eigentlich keinen Inhalt für das weitere Leben mehr habe, Friedrich Nietzsches bittere Kritik aus seiner „Ersten unzeitgemäßen Betrachtung" von der „Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches" gegenüber. Überhaupt war die Auswertung der zeitgenössischen literarischen, historiographischen und philosophischen Zeugnisse, über die er dank seiner außerordentlichen Belesenheit souverän verfügte, einer der Wege, auf dem er historische Gegenstandsbereiche, wie etwa jenen des Deutschen Kaiserreichs, von unterschiedlichsten Standpunkten aus gedanklich einzukreisen pflegte. Am meisten interessierte Theodor Schieder die Frage nach dem Wesen des Deutschen Reiches als eines Nationalstaats. Weit davon entfernt, die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage für die allein mögliche zu halten, war er sich der Probleme nur allzu bewußt, die sich hinter der geläufigen Identifikation von deutschem Volk und Bismarckstaat verbargen. Er prägte dafür die unübertreffliche Formel vom „unvollendeten Nationalstaat", m.a.W. eines von oben, ohne aktive Beteiligung der Nation, geschaffenen Staates, dem erst allmählich, im Laufe von mehr als drei Jahrzehnten, die Qualität eines vom politischen Konsensus aller seiner Bürger getragenen Nationalstaats zugewachsen sei[30]. Schieder wandte sich dabei vor allem der Untersuchung der Staatssymbolik, insbesondere der Idee des Kaisertums, dann aber auch der nationalen Feiertage zu; sie dienten ihm als „Meßlatten", um zu zuver-

[29] Ebenda, S. 29–32; Begegnungen, S. 251–254.

[30] Siehe insbesondere die Abhandlung Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 20, Köln 1961.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lässigeren Ergebnissen zu gelangen, als es die Analyse der nationalen Rhetorik der Politiker und Publizisten zu leisten versprach, die er gleichwohl nicht vernachlässigte. Das Ergebnis war positiv und doch ernüchternd zugleich: Der deutsche Nationalstaat wurde bis 1914 schrittweise zum Gemeingut der ganzen Nation, einschließlich der Arbeiterschaft, die lange abseits gestanden hatte. „Aber", so faßte Schieder die Ergebnisse seiner Untersuchungen selbst zusammen, „immer noch fehlte der Nation das innere Gleichgewicht; ihr Nationalbewußtsein schwankte zwischen der Beschränkung auf den Nationalstaat und die inzwischen zur Selbstverständlichkeit gewordene Staats- oder Reichsnation und einem ziellosen in die Ferne schweifenden Nationaldenken, das die Begleitmusik zur Weltpolitik des Reiches bildete."[31]

Theodor Schieders Fähigkeit, die Probleme der deutschen Nationalgeschichte vor dem Hintergrund der gesamteuropäischen Entwicklung mit Distanz und Engagement zugleich zu behandeln, ebenso aber seine Vertrautheit mit der Geschichte des deutschen Ostens, prädestinierten ihn dazu, 1951 die Leitung eines großangelegten Dokumentationsprojektes zu übernehmen, das die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs zum Gegenstand hatte. In seinen eigenen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Ostens hatte sich Schieder immer wieder mit den Nationalitätenproblemen in Ostmitteleuropa befaßt[32]. Nun unternahm er es, in Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, den tragischen Schlußakt der in ihren Ursprüngen bis in das hohe Mittelalter zurückgehenden säkularen Auseinandersetzung zwischen den Deutschen und den slawischen Völkern in Ostmitteleuropa aufgrund von Augenzeugenberichten und amtlichen Dokumenten erstmals zur Darstellung zu bringen[33]. Die Flucht und die dieser nachfolgende Ausweisung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße (einschließlich des Theodor Schieder liebgewordenen Ostpreußen), aus Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien war, wie immer man im einzelnen dazu stehen mag, die größte Katastrophe der deutschen Geschichte, aber zugleich, wie er überzeugend begründete, eine „europäische Katastrophe", trug sie doch vielfach unmittelbar zur Ausweitung des Herrschafts- bzw. Einflußbereichs der UdSSR auf große Teile Mitteleuropas bei[34]. Als Folge der Politik Adolf Hitlers und der dadurch ausgelösten radikalen Gegenaktionen der UdSSR und der wiedererstehenden osteuropäischen Staaten, deren Völker während des Krieges selbst ungeheure Leiden hatten auf sich nehmen müssen, wurden insgesamt etwa 11 Millionen

---

[31] Ebenda, S. 86.

[32] Vgl. insbesondere Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Politische Ideen und politisches Schrifttum in Westpreußen von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen (1569–1772/73), Königsberg 1940. Für die frühe Entwicklung Theodor Schieders sei hier verwiesen auf die Würdigung von Werner Conze aus Anlaß der Akademischen Trauerfeier an der Universität zu Köln vom 8. Februar 1985.

[33] Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels bearbeitet von Theodor Schieder, 5 Bde. und 3 Beihefte, Groß-Denkte 1954–1961.

[34] Ebenda. Bd. I/1, S. I.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutsche 1945/46 unter vielfach unsäglichen Opfern zur Flucht oder Auswanderung gezwungen. Für sie sind dies traumatische Erfahrungen gewesen, die bis in unsere Gegenwart hinein Folgewirkungen haben. Auch wenn die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa Anfang der fünfziger Jahre einer objektiven wissenschaftlichen Behandlung „noch kaum zugänglich" erschien[35], betrachteten es Theodor Schieder und die Mitglieder der zu diesem Zweck begründeten Wissenschaftlichen Kommission beim Bundesministerium für Vertriebene als eine notwendige Aufgabe, die Vorgänge der Flucht und der Vertreibung von Millionen von Deutschen aufgrund eines umfänglichen Zeugenschrifttums zu dokumentieren, um so den ersten Schritt für eine wissenschaftliche Erfassung dieser erschütternden Ereignisse zu tun. Sie waren dabei von der Einsicht geleitet, „daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll". Nur aus „der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung" mit diesen Geschehnissen könne eine neue Ordnung in Ostmitteleuropa und zugleich auch in ganz Europa hervorgehen, die nicht mehr von den Motiven von „Rache und Vergeltung", sondern dem Bemühen um eine dauerhafte Verständigung der europäischen Völker bestimmt sei[36].

Es war insbesondere Theodor Schieders Energie zu danken, aber auch seiner Fähigkeit, einem großen Mitarbeiterstab, zu dem eine ganze Reihe seiner Schüler gehörte, die Wege zu bahnen, daß das fünfbändige Dokumentationswerk bereits 1961 abgeschlossen vorlag. Es bildet bis heute eine wichtige Grundlage der Erforschung dieser Ereignisse, die die wohl umfangmäßig größte Bevölkerungsumsiedlung in der neueren Geschichte überhaupt betreffen. Bei aller Vorläufigkeit, die sichangesichts des nicht immer gleichermaßen zuverlässigen Augenzeugenmaterials zwangsläufig ergab, geben die von Schieder und seinen Mitarbeitern verfaßten Einleitungen zu den einzelnen Bänden gleichwohl eine erste wissenschaftliche Bilanz, auf der die zukünftige Forschung auch der osteuropäischen Länder wird weiterbauen können.

Nicht zuletzt die Beschäftigung mit den Problemen der Nationalitätenkämpfe in Europa und ihrem tragischen Schlußakt am Ende des Zweiten Weltkriegs hatten es für Theodor Schieder zur Selbstverständlichkeit werden lassen, daß die Probleme des deutschen Nationalstaats im Kontext der europäischen Geschichte gesehen werden müßten. Ohne den Nationalstaat als politisches Organisationsprinzip für überholt oder ablösungsbedürftig anzusehen, hielt er es für absolut notwendig, die Einseitigkeit einer überwiegend national gebundenen Geschichtsschreibung zu überwinden und statt dessen die Geschichte der europäischen Nationen im europäischen Zusammenhang zu schreiben. Um einer solchen Geschichtsschreibung in europäischem Maßstab die Wege zu bahnen, entschloß er sich zur Herausgabe eines großangelegten Handbuchs der Europäischen Geschichte, von dem heute nach langen Jahren äußerst mühevoller Herausgebertätigkeit sechs stattliche Bände vorliegen[37].

---

[35] Ebenda.

[36] Ebenda, Bd. I/1, S. VII.

[37] Stuttgart 1968 ff. Gegenwärtig steht nur noch Bd. 2 des Gesamtwerks, Europa im Hoch- und Spätmittelalter, aus.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die letzten beiden Bände dieses Handbuchs, die die Zeit von 1870 bis zur Gegenwart behandeln, unternahm es Theodor Schieder selbst, jeweils den allgemeinen Teil zu verfassen, der die den einzelnen europäischen Staaten gewidmeten Beiträge zusammenzubinden und zugleich ein Gesamtbild der Mächtebeziehungen zu zeichnen bestimmt war[38]. Diese Beiträge wuchsen sich unter seiner Feder zu umfassenden Darstellungen der politischen, sozialen und geistigen Bewegungen Europas seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aus. Der unerschöpfliche Reichtum von Gesichtspunkten, Themen und Sachverhalten, die Schieder hier in einer meisterlichen Synthese auf vergleichsweise engem Raum zusammenfaßte, sprengte die ursprünglich ins Auge gefaßten Umfänge; am Ende waren die Beiträge zu Abhandlungen von mehr als 650 eng bedruckten Seiten angewachsen. Diese Synthese der Forschungen zur Geschichte Europas auf den verschiedensten Gebieten besitzt zumindest im deutschen Sprachraum kein vergleichbares Gegenstück. Etwa zur gleichen Zeit hat Schieder dann die europäische Geschichte von 1848 bis 1918 in der Propyläen Geschichte Europas erneut zur Darstellung gebracht, unter dem Titel: „Staatensystem als Vormacht der Welt"[39]. Unter dieser, auf den ersten Blick ganz Rankeanischen Formulierung verbarg sich eine ungleich weit gespanntere Thematik, die dramatische Geschichte vom Aufstieg und Niedergang der Weltmachtstellung Europas, nicht allein auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet. In der Katastrophe des Ersten Weltkrieges, der einer Selbstzerstörung Europas gleichkam, fand dessen Weltstellung ihr Ende, obschon die Zeitgenossen nicht bereit waren, sich dies einzugestehen. Der Nationalsozialismus unternahm gar den Versuch, die Uhr der Weltgeschichte noch einmal gewaltsam zurückzustellen. Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs fand die Abdankung Europas als Vormacht der Welt dann ihre definitive Besiegelung.

Die Krönung seines historiographischen Werks stellt die große Biographie Friedrichs des Großen dar, die 1983 erschienen ist[40]. Theodor Schieder nahm damit eines der Lieblingsthemen der Königsberger Jahre wieder auf. Dabei ging es ihm nicht in erster Linie um eine biographische Schilderung Friedrichs des Großen. Vielmehr wandte er sich vor allem den Grundfragen der Geschichte zu, die hier exemplarisch zutage traten, das Verhältnis des bürokratischen Machtstaats zu einer – noch ständisch gegliederten – Gesellschaft, die Aporie von Macht und Recht, die Theodor Schieder seit seinen Studien über Machiavelli[41] ständig beschäftigt hatte, und vor allem das vielschichtige Verhältnis von staatlicher Machtausübung und geistigem Leben.

Wir erfahren in diesem Buche viel über die gesellschaftlichen und ökonomischen

[38] Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg (1870–1918), in: Bd. 6: Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1968, S. 1–197; Europa im Zeitalter der Weltmächte, in: Bd. 7/1: Europa im Zeitalter der Weltmächte, Stuttgart 1979, S. 1–352.

[39] Propyläen Geschichte Europas, Bd. 5, Frankfurt/M. 1977.

[40] Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Frankfurt/M. 1983.

[41] Vgl. oben Anm. 15.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Strukturen des Friederizianischen Preußen und über Preußens Ort innerhalb des höchst komplexen Mächtesystems der Zeit. Aber im Zentrum steht der „außerordentliche Mensch"[42] Friedrich der Große, und zwar vor allem deshalb, weil die großen Themen, mit denen sich der Historiker immer schon zu beschäftigen hat, sich nicht nur in den Taten des preußischen Königs in exemplarischer Form niedergeschlagen haben, sondern weil sich dieser als Roi-Philosophe mit bemerkenswerter intellektueller Aufrichtigkeit in beständiger Selbstreflexion immer wieder mit den Ursachen und Folgen seiner eigenen Politik auseinandergesetzt hat. Gerade dieser Umstand begründete Schieders Faszination durch dieses Thema. Am Beispiel der historiographischen Werke Friedrichs des Großen stellte sich konkret die Frage nach den politischen Funktionen von Geschichtsschreibung und nach den Bedingungen historischer Wahrheitsfindung. Friedrichs Antimacchiavell und seine Politischen Testamente boten einen einzigartigen Ausgangspunkt, um der alten Frage nach dem Verhältnis von Macht und Recht und nach den moralischen Grundlagen großer Machtpolitik auf höchstem Niveau erneut nachzugehen.

Aber mehr noch als diese Probleme, die Schieder umfassend behandelte, ohne dabei die Politik Friedrichs im geringsten zu beschönigen, faszinierte ihn das Verhältnis von Geist und Macht, als grundlegenden Potenzen der Geschichte, wie es hier in nahezu idealtypischer Form zutage trat. Als Monarch und Feldherr, der seiner Armee und seinem Volke um des Zieles der Machtsteigerung Preußens im Kreis der europäischen Mächte willen das Äußerste abverlangte, kann Friedrich als nahezu reiner Typus eines Machtpolitikers gelten. Gleichzeitig aber war er Philosoph und ein überzeugter Anhänger der Aufklärung (die bekanntlich reine Machtpolitik radikal ablehnte), Schriftsteller, Literaturkritiker, Historiker und nicht zuletzt ein Liebhaber der Musik. Dies machte ihn, aus Schieders Sicht, zu einem exemplarischen Untersuchungsobjekt. Schieder war es nicht darum zu tun, die widersprüchlichen Dimensionen in Werk und Persönlichkeit dieses „weltgeschichtlichen Individuums" zu harmonisieren oder dessen Politik in den Augen der Nachwelt zu rechtfertigen. In dieser Beziehung spart er nicht mit Kritik an der älteren Friedrich-Literatur. Im Gegenteil, er stellte die Frage nach der Gleichzeitigkeit unvereinbarer Grundsätze im Denken und Handeln Friedrichs mit aller Schärfe. Seine Methode war die des geistigen Dialogs mit Friedrich anhand von dessen eigenen, sei es zeitgenössischen, sei es retrospektiven Äußerungen. Aber damit nicht genug; zusätzlich bediente sich Schieder eines schon früher mit Meisterschaft geübten Instrumentariums, der Rekonstruktion der Begegnungen bedeutender Zeitgenossen mit Friedrich, an denen er in seiner Eigenschaft als Autor gewissermaßen als dritter Partner teilnahm.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang das Verhältnis Friedrichs und Voltaires, dessen am Ende nicht eben erfreuliche Rolle am königlichen Hofe ebenso deutlich angesprochen wird wie die Verfälschung des ursprünglich so engen Verhältnisses beider Männer infolge der Tatsache, daß sich Voltaire zum Zwischen-

[42] Friedrich der Große, S. 204.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

träger der französischen Diplomatie machen ließ. Voltaire scheiterte aber auch auf philosophischem Felde. Er konnte nicht verhindern, daß in der inneren Politik Preußens der „ursprüngliche aufklärerische Idealismus" Friedrichs zunehmend von einer ausschließlich „an den Zwecken der Macht ausgerichteten Rationalisierung" verdrängt wurde, auch wenn die Macht für diesen, wie Schieder es formuliert, „immer auch ein Problem des Denkens" blieb[43].

Im Vergleich mit der anschaulichen Schilderung der Begegnungen Friedrichs mit Voltaire und mit anderen Exponenten der großen Politik seiner Zeit, zum Beispiel mit Karl XII. und dem Prinzen Eugen von Savoyen, nimmt die Darstellung der Begegnung Friedrichs mit Johann Sebastian Bach nur eine marginale Position ein. Aber ihr innerer Sinngehalt für die Deutung der Persönlichkeit Friedrichs und für die Interpretation des Verhältnisses von Macht und Kultur ist gleichwohl außerordentlich hoch. Friedrich stand, wie Schieder zeigt, der deutschen Musikkultur des 18. Jahrhunderts mit einiger Distanz gegenüber. Dennoch kam es zu einer denkwürdigen Begegnung beider Männer, die die Asymmetrie des Verhältnisses von Macht und Kultur, aber auch ihre beiderseitige Bedingtheit in exemplarischer Weise beleuchtet[44]. Ein dem Thomaskantor von Friedrich eher beiläufig gestelltes musikalisches Thema, das sogenannte „Thema regium", das, wie Schieder feststellt, von jenem allerdings vermutlich ergänzt oder redigiert worden ist[45], gab den Anstoß zu einer der kunstvollsten Schöpfungen der europäischen Musikgeschichte, des „Musikalischen Opfers", das Bach dann auch dem König gewidmet hat. Vielleicht ist es von symbolischer Bedeutung, daß Theodor Schieder der Entstehungsgeschichte dieses Werks besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Auf die reiche Zahl von kleineren Aufsätzen und Essays, die auch während dieser Jahre der Arbeit an umfassenden synthetischen Darstellungen in einem nicht versiegenden Strom entstanden, kann hier nicht annähernd erschöpfend eingegangen werden. Doch sei darauf hingewiesen, daß sich Theodor Schieder in seinen letzten Lebensjahren wieder verstärkt einem Thema zuwandte, das schon in seinen früheren Arbeiten durchgängig angesprochen, aber nicht eigentlich systematisch behandelt worden war, die Formverwandlungen des Staates in der neueren und neuesten Geschichte. Schieder wies darauf hin, daß der Staat auch heute noch eine vorrangige „Potenz" in der Geschichte darstelle, fügte dem aber zugleich hinzu, daß dieser „sein Gesicht, seine Funktion, ja seinen Inhalt verändert" habe, „ohne aber je seine Existenz zu verlieren"[46]. Er stand jedoch unter dem Eindruck der grundlegenden Veränderungen des internationalen Systems. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine große Zahl neuer souveräner Staaten entstanden, und insofern stellte sich das Problem des Staatenpluralismus in ganz neuer Weise[47]. Andererseits veränderte der

[43] Ebenda, S. 307.
[44] Vgl. ebenda, S. 433–437.
[45] Ebenda, S. 434.
[46] Wandlungen des Staates in der Neuzeit, in: Historische Zeitschrift, Bd. 216, 1973, S. 265 f.
[47] Vgl. Schieders Abhandlung Zum Problem des Staatenpluralismus in der modernen Welt, Köln 1969.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufstieg der Vereinigten Staaten und der UdSSR zu Weltmächten grundlegend den Charakter des Weltstaatensystems.

Für Schieder war die tiefste historische Erfahrung überhaupt jene des beständigen Wandels, der alle gewohnten Kontinuitäten immer wieder in Frage stellte und selbst „die Bewahrung des eigenen Selbst" zu einem Problem machte[48]. Die dramatischen Veränderungen im internationalen Mächtesystem seit dem 19. Jahrhundert und seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges empfand er als Herausforderung an den Historiker. Die zeitgemäße Weiterentwicklung des klassischen historiographischen Modells der „Großen Mächte" betrachtete Schieder, der zeitlebens ein hervorragender Kenner des Völkerrechts gewesen ist, als eine neue und zukunftsträchtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft. In der präzisen Bestimmung der fundamentalen Wandlungen der politischen und gesellschaftlichen Ordnungen, und insbesondere des internationalen Systems seit den Anfängen des 19. Jahrhunderts, sah er den Beruf des Historikers in unserer Zeit. „Nicht nur als bewahrende Kraft der Kontinuität, sondern in erster Linie als Wandel, als Bewegung" müsse die Geschichte verstanden werden. Damit könne sie für uns ein Orientierungsmittel für die bewegenden Kräfte sein, „die aus der Vergangenheit in unsere Gegenwart herüberreichen, ein Kompaß, mit dem wir den Weg aus dem Gestern in ein Morgen zu finden suchen"[49]. Er brachte für diese Aufgabe mehr als viele Jüngere ein umfassendes Rüstzeug mit. Doch scheute er sich nicht, zu diesem Zwecke bei seinen Völkerrechtskollegen erneut in die Schule zu gehen. Vor allem die Rolle der „mittleren Staaten" (zu denen heute auch die Bundesrepublik zu rechnen ist) innerhalb des Mächtesystems erforderte nach seiner Ansicht eine historische Neubewertung[50]. Andererseits beschäftigte ihn die Perspektive der fortschreitenden Vereinheitlichung der Welt im Zuge des Triumphs der westlichen Zivilisation auf dem ganzen Erdball. Noch in den letzten Wochen vor seinem Tode arbeitete er an Vorstudien für eine Abhandlung über die Idee des Weltstaates seit Kant. Es war ihm nicht mehr vergönnt, diese zum Abschluß zu bringen.

---

[48] Theodor Schieder zum 75. Geburtstag. Akademische Festveranstaltung in der Universität zu Köln am 16. April 1983, hrsg. von der Universität zu Köln, o. O., o. J. (Köln 1983), S. 85.

[49] Theodor Schieder, *Ohne Geschichte sein? Geschichtsinteresse, Geschichtsbewußtsein heute*, Köln 1973, S. 47. Vgl. auch seine Rede aus Anlaß seines 75. Geburtstages, in: Theodor Schieder zum 75. Geburtstag, S. 44.

[50] Vgl. Theodor Schieder, Die mittleren Staaten im System der großen Mächte, in: Historische Zeitschrift, Bd. 232, 1981, S. 583–604.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RAYMOND POIDEVIN

DER FAKTOR EUROPA IN DER DEUTSCHLAND-POLITIK ROBERT SCHUMANS
(Sommer 1948 bis Frühjahr 1949)

Nach einem Eingeständnis Robert Schumans bedeutet der Sommer 1948 für die französische Politik einen Wendepunkt[1]. Bis dahin verfolgte Frankreich, dem es vor allem darum ging, Deutschland gegenüber endgültig sicher zu sein, eine Politik der harten Hand, die zuvörderst darauf abzielte, das Rheinland vom übrigen Deutschland abzutrennen und die Ruhr der Kontrolle einer internationalen Behörde zu unterstellen[2]. Sein erstes Ziel mußte Frankreich ziemlich schnell fallenlassen, aber die Instruktionen, welche die französischen Verhandlungsführer am Vorabend der Londoner Konferenz vom Februar 1948 erhielten, beweisen, daß Frankreich weiterhin entschlossen war, einige für wesentlich erachtete Punkte zu verteidigen: die „internationale Kontrolle der Ruhr, den deutschen Föderalismus und einen Vertrag mit Garantien"[3]. Die Empfehlungen der Londoner Konferenz an die drei westlichen Besatzungsmächte (4. Juni 1948) zeigen, daß Georges Bidault, der französische Außenminister, seine Politik der harten Hand hatte aufgeben müssen, die er seit der Befreiung Frankreichs verteidigt hatte. Aber die Kehrtwendung, die damit einsetzt, ruft in Frankreich lebhafte Reaktionen hervor. Mehrere seiner Kollegen im Kabinett kritisieren Bidault heftig[4]. Vincent Auriol, der französische Staatspräsident, und Ministerpräsident Robert Schuman verbergen ihre Enttäuschung nicht[5]. Als die Londoner Empfehlungen der Nationalversammlung zur Ratifikation vorgelegt werden, kommt es zu bewegten Debatten; die Abstimmung am Ende ist knapp[6]. Selbst der Direktor für politische Angelegenheiten im Quai d'Orsay, Maurice Couve de Murville, mißbilligt das Abkommen[7]. Robert Schuman, der infolge einer Kabinettskrise den Premierministersessel räumt und vom Palais Matignon ins Quai d'Orsay überwechselt, tritt also ein schwieriges Erbe an. Welche Rolle spielt zwischen Sommer 1948 und dem Frühjahr 1949 der

[1] Bericht über die internationale Politik, den er dem Nationalkomitee des Mouvement Républicain Populaire (MRP) am 26. März 1950 vorlegte. Nachdem man Schuman daran erinnert hatte, daß G. Bidault in der Deutschlandpolitik eine Wende begonnen hatte, machte Schuman klar, daß das Übereinkommen von London diese Wende zuerst vollzogen hatte.

[2] Vgl. R. Poidevin, Frankreich und die deutsche Frage 1943–1949, in: Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von J. Becker u. A. Hillgruber, München 1983, S. 405–420.

[3] H. Alphand, L'étonnement d'être, Journal 1939–1973, Paris 1977, S. 205.

[4] G. Elgey, La République des illusions 1945–1951, Paris 1965, S. 387. Das waren vor allem René Mayer, Jules Moch und Pierre Pflimlin.

[5] Ebenda, S. 386, 387.

[6] Die Ratifikation wurde mit 300 gegen 286 Stimmen vollzogen (es handelt sich um einen verbesserten Text).

[7] G. Elgey, S. 385.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Faktor Europa in dieser neuen Deutschlandpolitik, die Schuman zusammen mit einigen Mitarbeitern zu bestimmen und anzuwenden versucht[8]?

Zunächst ist die Feststellung angebracht, daß die französischen Vertreter in Deutschland sowie die Leitung der Europa-Abteilung im Quai d'Orsay ihre Bemühungen für rundum gescheitert hielten. Die beiden wichtigsten Vertreter Frankreichs, Jacques Tarbé de Saint-Hardouin, politischer Berater General Koenigs, und François Seydoux de Clausonne, ein hoher Beamter, der dem Allgemeinen Kommissariat für die Angelegenheiten Deutschlands und Österreichs in Berlin zugeteilt ist, halten es für notwendig, Robert Schuman darauf hinzuweisen und ihm die „ungemein traurigen" Perspektiven der Bilanz vorzulegen[9]. Wenn sie sich auch an der Teilung Deutschlands – diese ein Produkt des Krieges – weiden, fürchten sie doch, daß der westliche Teil Deutschlands sich nicht auf einer weitgehend föderativen Grundlage zusammenschließen wird, einer Grundlage, „die es uns gestattet hätte, ohne allzu große Bedenken unsererseits, es in Westeuropa aufzunehmen". Man darf sich in dieser Hinsicht keine „großen Illusionen machen", denn die künftige Verfassung Deutschlands „wird offensichtlich nicht von der Art sein, daß sie uns zufriedenstellt". Die Anhänger des Föderalismus in Deutschland, die von Frankreich unterstützt werden, haben um so weniger Aussichten, als man sie „für Handlanger des Auslands" hält. Die beiden Vertreter glaubten kaum mehr an die Errichtung einer internationalen Kontrollbehörde über die Ruhr, die ihre Aufgabe wirkungsvoll erfüllen könnte; sie haben „kaum noch Illusionen, daß es gelingt, Deutschland festzuhalten, indem man die Ruhr festhält, was jedoch der Schlüssel des deutschen Problems wäre". Diese Schwarzseherei ist gerechtfertigt, da einige Tage später, am 10. November 1948, Washington und London die Gefahr, die Paris droht, gänzlich ignorieren, indem sie mit dem Erlaß Nr. 75 die Leitung und Geschäftsführung der Bergwerke und Fabriken provisorisch den Deutschen anvertrauen und die Entscheidung über die Eigentumsfrage letztendlich einer repräsentativen, frei gewählten deutschen Regierung überlassen[10]. Der Aufschrei, den diese Maßnahme in Frankreich auslöst, ändert im Grunde nichts[11]. Robert Schuman ist sich des Risikos vollauf bewußt. Vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung legt er am 24. November dar, daß eine deutsche Regierung sich für eine Vergesellschaftung aussprechen könnte, was zu „einer Neuauflage dieser wirtschaftlichen und industriellen Konzentration

[8] Diese Mitteilung beruht im wesentlichen auf Dokumenten im Archiv des französischen Außenministeriums (künftig zit.: AE), Z. Europe 1944–1949, Généralités, Bd. 10 bis 14, und Allemagne, Bd. 39 bis 43 und 82 bis 84.

[9] Tarbé de Saint-Hardouin an Robert Schuman, Bonn 21. 11. 1948, AE, Z. Europe 1944–1949, Allemagne, Bd. 83. In einem Brief an Jean Chauvel, Generalsekretär im Quai d'Orsay (22. 11. 1948), präzisiert Tarbé de Saint-Hardouin, daß es sich um einen Gedanken von ihnen beiden handelt. Seydoux hat darüber mit Chauvel und mit Maurice Couve de Murville gesprochen; der Brief wird an das Ministerium gesandt, bevor General Koenig darüber unterrichtet wird.

[10] Vgl. R. Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: HZ, 229 (1979), S. 317–334.

[11] Ebenda, ferner R. Poidevin, Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948–1949, in: Kalter Krieg und Deutsche Frage 1945–1952, Göttingen und Zürich 1985.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(führen könnte), und genau die möchte man verhindern". Indessen treffen die alliierten Militärgouverneure der Bizone eine Entscheidung bezüglich des internationalen Eigentums – und ihre Entscheidung steht in diametralem Gegensatz zu der französischen Vorstellung, die das französische Parlament bestätigte, als es die Londoner Empfehlungen ratifizierte[12]. Es gelingt Frankreich zwar, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Briten und Amerikanern auszunützen und von der Dreierkonferenz (20. November 1948) die Zusage zu erhalten, daß die Eigentumsfrage erst dann entschieden werden soll, wenn der Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben wird[13]. Auch wird Frankreich konzediert, daß es bei der Betriebsführung der Unternehmen ein Wort mitzureden hat. Die Errichtung der internationalen Ruhrbehörde, deren Aufgabe es ist, Kohle, Koks und Stahl zu verteilen und die Gründung einer militärischen Sicherheitsbehörde, die darüber wacht, daß Deutschland entmilitarisiert bleibt, vermag aber nur begrenzt zufriedenzustellen.

Auch bezüglich der Reparationen kommt es zum Scheitern. Die Deutschen bekämpfen die Demontagepolitik energisch, und die Briten und Amerikaner machen es nicht anders. Diese Politik ist überholt, ärgerlich, ja nachteilig – sie kehrt sich gegen Frankreich, denn das gelieferte Material ist veraltet oder unbrauchbar, und die Deutschen ersetzen es bei sich durch moderne Anlagen[14]. Robert Schuman scheint persönlich davon überzeugt zu sein, daß diese Politik zu nichts führt. Den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sagt er, diese Politik müsse „mit Vernunft" gemacht werden, und daß Demontagen zu vermeiden seien, die einfach auf Zerstörung hinausliefen[15].

Damit sind die französischen Vorstellungen am Ende. Die Ideen der Anglo-Amerikaner laufen in allen Punkten den Vorstellungen zuwider, für die sich Paris einsetzt; und Deutschland erlebt unter amerikanischer Leitung einen schnellen Wiederaufbau. In der Leitung der Europaabteilung des Quai d'Orsay ist man überzeugt, daß man endlich etwas machen müsse, um „die Flut einzudämmen, die alles wegzureißen droht"[16]. Welche Vorschläge macht die Abteilung damals? In welchem Maße rechnen Robert Schuman und die Leitung dieser Abteilung seines Ministeriums mit einem europäischen Hebel, mit dem man das deutsche Problem lösen könnte?

Mitte Juli 1948 zeigt eine erste Notiz aus dem Quai d'Orsay deutlich, daß Frankreich „die Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen Nationen als gleichberechtigten Partner" erlauben muß[17]. Für Paris geht es damals darum, „zu versuchen, das französisch-deutsche Problem in einer neuen Perspektive zu sehen und die Grundlagen zu legen für eine wirtschaftliche und politische Vereini-

---

[12] AE, Leitung Europaabteilung (klassifiziert unter 24. 11. 1948, aber die Note scheint vom 21. 10. 1948 zu datieren); AE, Z. Europe, Allemagne, Bd. 40.

[13] Wie Anm. 10.

[14] Leitung Europaabteilung, 30. 11. 1948, AE, Z. Europe, Allemagne, Bd. 8. Diese Note wird erläutert von Gary, einem Mitarbeiter Jacques Camille, Paris.

[15] Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung, 13. 10. 1948.

[16] Wie Anm. 12.

[17] AE, 14. 7. 1948, Allemagne, Bd. 83.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung zwischen Frankreich und Deutschland, die sich nach einer geraumen Reifungsphase in den Rahmen der westlichen Gemeinschaft eingliedern wird"[18]. Der langsame Beginn dieses Prozesses, der zur Gründung des Europarates führen wird, gibt der französischen Diplomatie Gelegenheit, „die wichtige Rolle zu unterstreichen, die in dieser Angelegenheit dem Willen zukommt, Lösungen zu finden für die deutsche Frage"[19]. Für die Franzosen ist „die europäische Einigung die einzige Formel, die imstande ist, eine Vielzahl europäischer Probleme zu lösen, namentlich das deutsche Problem", erläutert eine Note vom 22. Oktober 1948[20]. Kurz darauf erinnert eine längere Aufzeichnung der Leitung der Europaabteilung daran: „Eines der wichtigsten Ziele der westlichen Union ist die Aufnahme Deutschlands in diese Nationengemeinschaft." Dieses Ziel läßt sich nicht klarer bestimmen: „Wenn man vermeiden will, daß Deutschland wieder einen unabhängigen Kurs einschlägt, der letzten Endes der Sicherheit des Kontinents schadet, dann ist es wichtig, dieses Land fest einzubinden in die Gruppe, die gerade im Entstehen begriffen ist."[21] Pierre de Leusse, der Leiter der Unterabteilung Mitteleuropa im französischen Außenministerium, unterstreicht jene Notwendigkeit in mehreren Memoranden: „Der Zusammenschluß Westeuropas wird für die deutschen Ambitionen eine wichtige Ablenkung sein"[22], und er empfiehlt, diesen Gedanken noch weiter ausspinnend, mit der Politik von vorgestern, die zum Scheitern verurteilt sei, zu brechen, und „zu versuchen, uns mit unserem alten Feind durch vertragliche Bande zusammenzuschließen, die uns zwar ebensosehr binden wie ihn, die uns aber wenigstens Gewähr bieten, daß wir gemeinsame Interessen haben"[23]. Schritt für Schritt „gelangte die französische Regierung zu der Überzeugung, daß sie die Garantien, die sie suchte, nur bekommen könne in einer Art Einbindung Deutschlands in eine größere Organisation, nämlich in die europäische"[24]. Frankreich meint, es könne sich – indem es Deutschland auf diese Weise einbezieht – „die Sicherheitsgarantien beschaffen, die es sucht", denn „ein Deutschland, das durch vertragliche Bande eingebunden ist in ein Europa, welches seine Interessen schützt, wird nicht in Versuchung geführt, sich auf ein Abenteuer einzulassen"[25].

Deutschland in den europäischen Rahmen einzubinden, bedeutet in den Augen der französischen Diplomaten auch, ihm zu helfen, seine Vergangenheit zu vergessen, ihm eine Hoffnung zu geben, die ihm helfen kann, ein Wiederaufflackern seines Nationalismus zu bekämpfen. Frankreich beunruhigt das schnelle Wiederaufleben des Nationalismus in der deutschen Jugend, was Robert Schuman zu der Betrachtung veranlaßt, es sei wesentlich, „der politischen Phantasie der Deutschen ein Kontinen-

[18] Ebenda.
[19] Vgl. den Artikel von M. T. Bitsch, Le rôle de la France dans la naissance du Conseil d'Europe.
[20] AE, Leitung Europaabteilung, 22. 10. 1948, Généralités, Bd. 11.
[21] AE, Leitung Europaabteilung, 23. 10. 1948, Généralités, Bd. 11.
[22] AE, klassifiziert 24. 11. 1948, Allemagne, Bd. 40.
[23] AE, Leitung Europaabteilung, 13. 12. 1948, Allemagne, Bd. 40.
[24] AE, Leitung Europaabteilung, 4. 1. 1949, Allemagne, Bd. 41.
[25] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

talsystem anzubieten, in dem Deutschland seinen Teil und seine Funktion hat"[26]. Er legt noch deutlicher die Auffassung der französischen Regierung dar, daß „der deutsche Nationalismus sich ausschließlich um die Wiederherstellung der deutschen Einheit kristallisieren und Deutschland die Schaukelpolitik zwischen Ost und West wieder aufnehmen wird", wenn die Westmächte es nicht zuwege bringen, der künftigen deutschen Regierung „nicht nur eine Hoffnung, sondern den Anfang einer europäischen Wirklichkeit anzubieten"[27].

Von der Notwendigkeit überzeugt, sich des Faktors Europa bedienen zu müssen, um das deutsche Problem zu bewältigen, können Robert Schuman, die Leitung der Europaabteilung und die französischen Repräsentanten in Deutschland die Strömung ausnützen, die sich in Deutschland entwickelt und die Europa günstig gestimmt ist. Die französische Diplomatie schenkt den Erscheinungen dieser Strömung ihr ganzes Augenmerk. Schon im Juni 1948 erklären die deutschen Mitglieder des Konsultativkomitees der britischen Zone einem französischen Vertreter, daß die Idee einer europäischen Einigung bei der großen Mehrzahl der Deutschen ein sehr günstiges Echo finde[28]. Sie bedauerten, daß die Alliierten diesen Gedanken nicht häufiger und klarer zur Sprache gebracht hätten und daß ihn das Abschlußkommuniqué der Londoner Konferenz überhaupt nicht erwähne. In der französischen Zone stellt man den Erfolg heraus, den der Kongreß der Europa-Union in Freiburg im Breisgau gefunden hat – ein Kongreß, auf dem besonders André François-Poncet zur Geltung kam[29]. Der Erfolg führe erneut vor Augen, wie groß das Interesse der Deutschen an der Idee einer europäischen Konföderation sei. Eine Umfrage, welche die französische Militärregierung in ihrer Besatzungszone veranstaltet, zeigt übrigens, daß 77% der befragten Deutschen sich bereit erklären, auf jedweden engstirnigen Nationalismus zu verzichten und sich hinter die Idee der europäischen Einheit zu stellen; 88% von ihnen erklären sich bereit, dem Eintritt Deutschlands in die Vereinigten Staaten von Europa zuzustimmen, vorausgesetzt natürlich, das deutsche Volk genieße die gleichen Rechte[30]. Selbstverständlich fragt man sich auf französischer Seite, was wohl die Gründe für diese Begeisterung sind. Es wird eingeräumt, daß für Deutschland eine europäische Zukunft verlockend sei. Politisch und moralisch für unmündig erklärt, hat Deutschland von einer europäischen Einigung alles zu gewinnen; da es nicht alle Souveränitätsrechte genießt, fällt es ihm um so leichter, ohne Umschweife darauf zu verzichten. Klar ist auch, daß es bald eine Erleichterung seiner Reparationslasten und vor allem gleiche Rechte erhoffen darf. Jacques Tarbé de Saint-Hardouin meint, daß „für viele Deutsche die europäische Idee nur ein Notbehelf ist und sogar die eifrigsten Verfechter dieser Idee Hintergedanken haben"[31]. Selbst wenn einige von ihnen ehrlich sind,

---

[26] Robert Schuman an Botschaft London (Massigli), 7.10.1948, AE, Généralités, Bd. 10.

[27] Ebenda.

[28] Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault, 11.6.1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

[29] Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 15.10.1948, AE, Généralités, Bd. 11.

[30] Die Ergebnisse der Umfrage wurden am 4.11.1948 dem Außenministerium übermittelt, AE, Généralités, Bd. 11.

[31] Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 19.10.1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meint er, stellt „Europa für viele Deutsche eine Vision dar, die ebenso anziehend ist wie ein neues Reich, wenn nicht noch mehr. Das ist für sie, außer dem Zurück zum Nationalismus, der einzige mögliche Weg"[32].

Verrät dieser Mangel an Illusionen, den Frankreich bei der Analyse deutscher Empfindungen zeigt, vielleicht sogar Mißtrauen? Der politische Berater General Koenigs verzeichnet zwar befriedigt das sehr freundliche Echo, welches die französische Entscheidung, die westlichen Staaten zu einer Vorbereitungskonferenz über die künftige Organisation Europas einzuladen, in Deutschland findet; er versäumt es aber auch nicht, daran zu erinnern, daß Frankreich mit Beunruhigung feststellt, daß „der Feind von gestern sich bereits wie ein Verbündeter aufführt und daß er sehr schnell ein Gegenspieler werden könnte und womöglich sogar der Meister"[33]. Selbst wenn Frankreich gedrängt wird, sich an die Spitze der europäischen Einigung zu stellen, ist es „doch nicht weniger instinktiv geneigt, gegenüber Deutschland eine Politik der Rückversicherung zu betreiben"[34]. Selbst für Pierre de Leusse, der eine Einbindung Deutschlands in eine europäische Union voll und ganz befürwortet, ist diese Union nicht ohne Gefahr, denn Deutschland könnte „in diesem Europa eine Stellung einnehmen, die ihm die Hegemonie verschafft, nach der es immer getrachtet hat"[35]. Trotzdem sei diese Integration der Gefahr vorzuziehen, die von „einem starken, mächtigen Deutschland außerhalb des europäischen Rahmens ausgehen würde". Im übrigen sei es möglich, sich gegen eine deutsche Hegemoniestellung zu schützen, indem man „zwischen dem britischen und dem französischen Volk innerhalb der europäischen Union" eine enge Assoziation bildet[36]. Es bereite Mißtrauen – aber auch Hoffnung – zu sehen, wie Deutschland Frankreich dazu drängt, in Europa die erste Geige zu spielen. Selbst wenn eine in der französischen Zone durchgeführte Umfrage zeigt, daß 17% der befragten Deutschen meinen, die moralische Führung Europas stehe Großbritannien zu (gegen 14% für Frankreich)[37], nimmt die französische Diplomatie diese Aussagen selbstgefällig so auf, als sprächen sie sich zugunsten der französischen Vorherrschaft aus. Karl Arnold, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und ein eifriger Befürworter einer europäischen Konföderation, bestätigt, daß es Frankreich zukomme, die Initiative in die Hand zu nehmen[38]. Die deutschen Vertreter, die an einer Kundgebung für französisch-deutsche Annäherung in der Nähe von Wiesbaden teilnehmen, meinen, Frankreich müsse sich zum Sprecher der europäischen Einigung machen und die Leitung einer Konföderation übernehmen, nachdem es das französisch-deutsche Problem eine Lösung zugeführt habe[39].

---

[32] Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 27.10.1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

[33] Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 30.11.1948, AE, Généralités, Bd. 11.

[34] Ebenda.

[35] Leitung Europaabteilung, 4.1.1949, AE, Allemagne, Bd. 41.

[36] Ebenda.

[37] Wie Anm. 30.

[38] Frz. Generalkonsul in Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 10.8.1948, AE, Allemagne, Bd. 83.

[39] Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 19.10.1948, AE, Allemagne, Bd. 39. Auf dieser Tagung, die vom Rektor der Universität Tübingen, Geiler (ehem. hessischer Ministerpräsident), geleitet wurde, waren auch z. B. die Oberbürgermeister von Mainz und Wiesbaden anwesend.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alle französischen Beobachter scheinen gleichfalls von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, daß man schnell handeln müsse. Die Zeit des Zauderns sei vorbei; es gelte, energisch voranzuschreiten. Die Deutschen erwarten eine französische Initiative, welche die Bildung einer europäischen Konföderation verkündet; man müsse die Gelegenheit „schnell ergreifen, schon in einem Jahr wird es zu spät sein"[40]. Man müsse „diese letzte Gelegenheit sehr schnell" wahrnehmen, solange „die Bereitschaft besteht, Europa von Frankreich organisieren zu lassen, dessen europäische Mission allgemein anerkannt bleibt"[41]. So lautet auch der Rat der Leitung der Europaabteilung: Es gelte, schnell zu handeln, wenn man wolle, daß das Projekt Gestalt annimmt, denn „es geht um die Sicherheit Frankreichs"[42]. Die Zeit drängt. Die politische Organisation Europas muß vorbereitet werden, bevor Westdeutschland seine eigene Regierung bildet, denn „ein Deutschland, das wieder eine Regierungszentrale besitzt, wird wahrscheinlich wieder seinen eigenen Weg einschlagen"[43]. Frankreich müsse Deutschland auf den Pfad der europäischen Einigung führen, ehe der Nachbar „seine Souveränität wiedererlangt und aufs neue das Gewicht seiner nationalistischen Traditionen spüren läßt"[44]. Dem Ruf der Deutschen müsse man schnell Folge leisten, denn „diese Einladung Deutschlands wird sich zweifellos für lange Zeit nicht wiederholen; und wenn wir uns nicht an die Spitze Europas stellen, was sie uns heute zuerkennen, werden sie die Führung bald selbst beanspruchen"[45].

Die Notwendigkeit, schnell zu handeln, die ausführlich begründet wird, hat gewiß das Ihre beigetragen, daß Robert Schuman und die französische Regierung solche Eile zeigten und die Verhandlungen über die Bildung einer europäischen Union zu beschleunigen suchten[46]. Zahlreiche Quellen belegen, daß die Vereinigten Staaten in die gleiche Richtung drängten, wiewohl die englische Labour-Regierung eher versuchte, die französischen Vorstöße zu bremsen[47].

Wenn die Debatten um die Bildung einer europäischen Union das Vorfeld des diplomatischen Ringens bilden, so spielt doch der Faktor Europa auch bei der Regelung der Ruhr-Frage eine unübersehbare Rolle. Für Frankreich, das sich entschlossen für den europäischen Einigungsprozeß einsetzt, kommt das schwierige Problem reichlich unpassend zur Sprache[48]. Dies führt zu schweren Spannungen und zu einem Aufflak-

---

[40] Jean Laloy, Frankfurt/M., 30.8.1948, AE, Généralités, Bd.10, Protokoll eines Gesprächs mit E. Kogon, dem Generalsekretär der deutschen Vereinigungen für die europäische Union.

[41] Tarbé de Saint-Hardouin an Außenministerium, 7.9.1948, darin kommentiert er die oben erwähnte Mitteilung von Laloy (Anm. 41), AE, Généralités, Bd. 10.

[42] Aufzeichnung, 23.10.1948, AE, Généralités, Bd. 11.

[43] Leitung Europaabteilung, 5.10.1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

[44] Leitung Europaabteilung, 29.12.1948, AE, Allemagne, Bd. 40.

[45] Tarbé de Saint-Hardouin an Außenministerium, 19.10.1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

[46] Wie Anm. 19.

[47] Wie Anm. 19.

[48] Dies betrifft das Eigentum an den Bergwerken, eine Frage, die der Erlaß Nr. 75 (vom 10.11.1948) der Militärgouverneure in der Bizone wieder hochgebracht hatte (vgl. die in Anm. 10 und 11 genannten Aufsätze).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kern des Mißtrauens in Frankreich, und zwar zugleich gegen Deutschland wie gegen die Politik der anglo-amerikanischen Mächte. Aber man beginnt auf beiden Seiten des Rheines zu sehen, daß eine europäische Lösung die Möglichkeit bietet, diesen Zankapfel zu beseitigen. Bereits im Verlauf der Londoner Gespräche hatten die Vereinigten Staaten vorgeschlagen, daß die internationale Ruhr-Kontrollbehörde ihre Aufsicht auch über das lothringische Erzbecken erstrecken solle, aber Frankreich weigerte sich, diesen Vorschlag überhaupt zu erörtern[49]. Kurz nach der Londoner Konferenz gewann diese Idee jedoch an Boden. Walter Menzel, der nordrhein-westfälische Innenminister, stellte fest: „Hätte man die zur Kontrolle der Ruhr getroffenen Maßnahmen . . . als einen ersten Schritt in Richtung Europäisierung der Rohstoffe vorgestellt, dann wären sie . . . von der öffentlichen Meinung in Deutschland besser verstanden worden."[50] Die deutschen Ministerpräsidenten erklären sich bereit, die Internationalisierung der Ruhr anzuerkennen, unter der Bedingung, daß auch die anderen Bergbaugebiete im Westen der gleichen Aufsicht unterstellt werden[51]. Karl Arnold, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, ist völlig im Einvernehmen mit Gérard Jouve und Paul Devinat, daß man das Interesse unterstreichen müsse, welches „eine europäische Organisation vermittelt, . . . deren Aufgabe es ist, alle wichtigen Rohstoffvorkommen Europas – Kohle, Eisen sowie Energie in all ihren Erscheinungsformen – zu kontrollieren"[52]. Aber die Krise, welche die Frage nach dem Eigentum an den Minen im November 1948 verursacht, hat die Hoffnungen der Deutschen gerade gedämpft. Auch auf französischer Seite ruft sie Reaktionen hervor, Reaktionen, die den föderalistisch gesinnten Europäern, vor allem den deutschen Delegierten des römischen Kongresses, unverständlich vorkommen[53]. Man glaubt, der französische Einspruch werde in Deutschland vielleicht besser verstanden, wenn man ihm das Ziel gebe, „die Möglichkeiten einer künftigen wirtschaftlichen Einigung Europas zu bewahren"[54]. Trotz aller Widrigkeiten gewinnt diese Idee neue Kraft, und die Leitung der französischen Europaabteilung spricht von der Möglichkeit, zusammen mit Deutschland „einen Pool für den europäischen Stahl einzurichten, in dem Deutsche und Franzosen gleichberechtigt nebeneinandersitzen und gemeinsam die Kontrolle der europäischen Stahlproduktion ausüben"[55]. Diese Lösung, „kühn und gefährlich" wie sie ist, gelte es gleichwohl zu versuchen, denn „noch sind wir

---

[49] Nach der Note von Gary vom 30. 11. 1948 (zit. in Anm. 14).

[50] Tarbé de Saint-Hardouin an Außenministerium (Bidault), 11. 6. 1948, Allemagne, Bd. 39.

[51] So Gary am 30. 11. 1948 (vgl. Anm. 14).

[52] Paul Devinat, Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, und Géraud Jouve, Abgeordneter, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, begegneten Karl Arnold in Düsseldorf (Generalkonsul Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 10. 8. 1948, AE, Allemagne, Bd. 83).

[53] Allgemeines Kommissariat für deutsche und österreichische Angelegenheiten, 1. 12. 1948, AE, Allemagne, Bd. 40. Nach Kogon, Spiecker, Doerpinghaus (CDU/CSU) versuchte die französische Delegation unter Leitung von F. Mitterrand, den französischen Standpunkt durchzusetzen.

[54] Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 2. 12. 1948, AE, Allemagne, Bd. 40. Nach einem Gespräch von Laboulaye, einem Mitarbeiter von Tarbé de Saint-Hardouin, mit Kogon, Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte".

[55] Leitung der Europaabteilung, 13. 12. 1948, AE, Z. Europe, Allemagne, Bd. 40.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die stärkeren, noch können wir Deutschland eine Lösung dieser Art vorschlagen, in der wir den Vorsitz führen"[56]. Der Weizen beginnt also sogar in den Büros des Außenministeriums zu blühen, obschon die Sprache Robert Schumans sehr fest bleibt[57].

All diese Gedanken über eine europäische Lösung des deutschen Fragenkomplexes reifen heran, während Robert Schuman sich bemüht, die Verhandlungen über die Gründung einer europäischen Union voranzutreiben. Welchen Platz will man Deutschland in dieser Union geben? Welchen der Saar? Lassen die Debatten französische Hintergedanken erkennen?

Als er feststellt, daß das französische Projekt der Einigung Westeuropas aufgrund britischer Einwände in London vor sich hinschlummert, empfiehlt Pierre de Leusse, erneut die Initiative zu ergreifen und die Vereinigung aller interessierten Staaten Europas vorzuschlagen[58]. Er hat vor, alle Länder Westdeutschlands einzuladen und jedem europäischen Land eine bestimmte Anzahl von Stimmen zu geben, die seiner Bevölkerungszahl proportional entspricht. Sein Vorschlag ist offenbar nicht ohne Hintergedanken, denn er erblickt darin „einen letzten französischen Versuch, die Wiedererstehung eines zentralisierten Reiches zu verhindern"[59].

Natürlich denken Robert Schuman und seine Mitarbeiter über den Beitritt Deutschlands zu einer Versammlung der europäischen Union nach. Sie halten es für notwendig, die Zulassung der einzelnen Länder sorgfältig zu erklären, um bei den Briten und Amerikanern jedes Mißverständnis auszuräumen und auch um damit die Kritiker auf der äußersten französischen Linken zu entwaffnen[60]. Wie sie die Dinge sehen, dürfen die Deutschen unter keinen Umständen fehlen oder durch die Besatzungsmächte vertreten werden, folglich müssen die Länder eine „wahrhaft freie und legitimierte" Repräsentation besitzen, was jeden Argwohn vermeiden hilft, auch den der Sowjetunion[61]. Sie wollen auch den provisorischen Charakter dieser Einrichtung hervorheben, welche „dem Übergang vom gegenwärtigen Zustand Deutschlands zu seinem künftigen dient". Sie meinen, alle Nationen müßten der Anwesenheit Deutschlands hohe Wichtigkeit beimessen, denn seine Gegenwart werde für den Frieden und die Ordnung in Europa eine wesentliche Stütze darstellen. Mithin werden 30 Sitze für Deutschland reserviert, also ebensoviele wie für Frankreich oder

---

56 Ebenda.

57 Diese Festigkeit brachte Robert Schuman vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am 24.11.1948 deutlich zum Ausdruck. In der Krisenstimmung, verursacht von dem neuerlichen Anschneiden der Ruhr-Frage, kann der Minister keine andere Haltung zeigen. Die Abgeordneten schienen noch nicht bereit zu sein, P.H. Teitgen zu folgen, der sich wünschte, das Problem werde unter einem europäischen Blickwinkel angeschnitten, und der eine „Europäisierung der Ruhr" verlangte, nicht eine Internationalisierung.

58 Leitung Europaabteilung, klassif. 24.11.1948, AE, Allemagne, Bd. 40.

59 Ebenda.

60 30.11.1948, AE, Généralités, Bd. 11.

61 Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritannien, und man schlägt vor, diese Sitze an die Länder proportional zu ihrer Einwohnerzahl zu verteilen[62]. Der Bericht der Studienkommission für die europäische Einigung sieht die Teilnahme Westdeutschlands vor, aber keineswegs für die nahe Zukunft, erst nach dem Eintritt der skandinavischen Länder und Italiens, was in Paris erneut Ängste hervorruft, weil man dort Deutschland zu Europa heranführen möchte, ehe es seine Souveränität wiedererlangt hat[63]. Aber Deutschland kann in diesem Gremium erst repräsentiert werden, nachdem es auf internationaler Ebene seine volle Souveränität wiedererlangt hat. In der Zwischenzeit, so glaubt man im Quai d'Orsay, stelle sich einer Teilnahme deutscher Vertreter an der Konsultativversammlung nichts entgegen. Aber wer soll diese Delegierten bestimmen? Es scheint unmöglich, Ländervertretungen zu ernennen, ohne daß sich die Zentralinstanz einschaltet, denn hier stellt sich das Bonner Grundgesetz entgegen. Paris wird also pessimistisch, was die Möglichkeit anlangt, daß die Bundesländer sich unmittelbar selber vertreten[64]. Was die Zahl der Sitze angeht, hält die Studienkommission für Deutschland nicht 25 bis 30 bereit, wie man für die Großmächte vorgesehen hat, sondern nur 23, das heißt ebenso viele wie für die Benelux-Staaten[65]. Auf jeden Fall scheint es notwendig, eine Übergangsregelung zu finden, denn „allem Anschein nach ist es nicht möglich, Deutschland innerhalb dieser Union gleich von Anfang an die gleiche Stellung einzuräumen wie Frankreich oder Großbritannien"[66].

In diesem Zusammenhang kommt man in Frankreich nicht drum herum, sich Gedanken über die Teilnahme der Saar zu machen. Seit Ende August 1948 setzt sich Gilbert Grandval, der französische Hochkommissar an der Saar, für eine eigene Vertretung der Saar ein, um deren Stimme unabhängig von der französischen Delegation vernehmen zu lassen[67]. Im Quai d'Orsay glaubt man Anfang Oktober 1948, diese Frage sei noch nicht reif[68], aber Grandval kommt darauf zurück und besteht darauf, weil er in der von ihm vorgeschlagenen Lösung ein Mittel erblickt, einen Beitrag zur Stärkung der Saar als einer eigenen politischen Einheit zu leisten[69]. Es gelingt ihm schließlich, die Leitung der Europaabteilung zu überzeugen, die die Auffassung vertritt, man müsse der Saar drei Sitze bereithalten und ihr also die gleiche Repräsentation geben wie Luxemburg[70].

So erscheint im Lauf des zweiten Halbjahres 1948, während der von der französischen Diplomatie begonnene Prozeß, eine europäische Union zu gründen, sich an

---

[62] Ebenda. NRW mit 12 Mio. Einwohnern soll 4 Sitze erhalten, Bayern, mit 9 Mio., gleichfalls 4; Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Württemberg-Baden usw. je 3 Sitze.

[63] Leitung Europaabteilung, 29.12.1948, AE, Allemagne, Bd. 40.

[64] Ebenda.

[65] Ebenda.

[66] Leitung Europaabteilung, 4.1.1949, AE, Généralités, Bd. 12.

[67] Grandval an Schuman, 30.8. und 28.9.1948, AE, Généralités, Bd. 10.

[68] Außenministerium an Grandval, 9.10.1948, AE, Généralités, Bd. 10.

[69] Grandval an Außenministerium, 18.12.1948, AE, Généralités, Bd. 12.

[70] Leitung Europaabteilung, 29.12.1948 (wie Anm. 63).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem englischen Hindernis stößt, der Faktor Europa als ein wichtiges Element in der französischen Deutschlandpolitik[71]. Im Lauf der ersten Monate 1949 – während die Verhandlungen wiederaufgenommen werden, die mit der Entscheidung enden, den Europarat zu gründen – lenken zwei Fragen die Aufmerksamkeit der französischen Diplomatie erneut auf sich: der Eintritt Deutschlands und der Saar in diese neue Organisation; und die Suche nach einer europäischen Lösung für die Regelung des Ruhr-Problems.

Am 3. Mai 1949 entscheiden die drei Westmächte in London, Westdeutschland in die künftigen europäischen Institutionen aufzunehmen, sobald sich in Bonn eine Regierung gebildet hat. Diese Entscheidung entspricht voll und ganz der französischen Sehweise; am Vorabend der Konferenz erinnert Robert Schuman bei einem Empfang für Journalisten daran, daß die Zulassung Deutschlands erst stattfinden könne, wenn die politische Reorganisation des Landes ein gewisses Niveau erreicht habe[72]. Anfang Juli meint er, daß Deutschland nicht Mitglied des Rates werden könne, solange es nicht im Besitz der vollen Souveränitätsrechte sei; der Zusammentritt der Bundesregierung, der für Ende September vorgesehen war, ermächtige Deutschland nur dazu, assoziiertes Mitglied zu werden[73].

Das Problem der Zulassung der Saar, eine viel heiklere Frage, wurde von französischen Verantwortlichen mehrmals erörtert. Zunächst bemühte sich das Außenministerium, diese Frage nicht zum Gegenstand internationaler Verhandlungen werden zu lassen. Nach seiner Meinung befragt, erklärt der Rechtsberater des Quai d'Orsay, daß die Saar kein Staat sei und nicht die Qualität besitze, dem Europarat beizutreten[74]. In seinen Augen würde Frankreich, das den Auftrag habe, die Saar im Ausland zu vertreten, diesen Grundsatz schwer beeinträchtigen, wenn es die Saar in den Rat aufnehme. Er halte es mithin für weniger gefährlich, einen Saarbewohner in die französische Delegation aufzunehmen. Die Leitung der Europaabteilung nimmt in einem langen Memorandum diesen Gedanken auf und fügt von sich aus noch hinzu, wie riskant es sei, wenn die Mitgliedsstaaten des Rates den Aufnahmeantrag der Saar Frankreich zum Vorwurf machen könnten, denn dies hieße, „die politische Loslösung dieser Region gegenüber Deutschland zu sanktionieren"[75]. Aber die Verfasser der Aufzeichnung gehen noch ein beträchtliches Stück weiter: Sie unterstreichen die Vorteile, die eine eigene Repräsentation der Saar nach sich zöge, und empfehlen eine radikale Wende der französischen Politik. Dies hat zur Folge, daß es zu einem langen Prozeß des Nachdenkens kommt, und zwar über die Notwendigkeit, „die vollständige Befreiung (émancipation) der Saar" ins Auge zu fassen. Eine eigene Vertretung der Saar hätte den Vorteil, die Verantwortlichen an der Saar zu befriedigen; statt sich bezichtigen lassen zu müssen, mit den Siegermächten zu paktieren, „erscheinen sie dann

[71] Wie Anm. 19.

[72] Außenministerium, Presse- und Informationsdienst, 4.5.1949.

[73] Erklärung vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Conseil de la République, 6.7.1949.

[74] Bericht von Prof. Gros, 17.2.1949, AE, Généralités, Bd. 13.

[75] 25.3.1949, AE, Généralités, Bd. 13.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Vorläufer", die „ihren deutschen Brüdern auf dem Weg der freien Teilnahme an der neuen Organisation Europas vorausgeeilt" seien. Man glaubt sogar, daß eine derartige internationale Stärkung der Saar auf die öffentliche Meinung in Deutschland und auf die Weltmeinung heilsame Wirkungen zeitigen könnte, auch auf den Heiligen Stuhl, der sich sodann vielleicht dazu entschlösse, den Klerus an der Saar der Aufsicht des Bischofs von Trier zu entziehen! Trotz der Risiken gelte es, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und „unsere Saarpolitik von Grund auf umzustellen". Die rechtlichen und politischen Schwierigkeiten, die sich beim Eintritt der Saar in den Europarat stellen, „lassen diese Gelegenheit als einen günstigen Zeitpunkt erscheinen". Robert Schuman, der der Saarfrage viel Aufmerksamkeit widmet, stimmt dieser Schlußfolgerung zu[76]. Handschriftlich fügt er hinzu: „Es ist undenkbar, daß die Saar sich in einer minderen Position findet als die Bundesländer. Man muß also bei der Entwicklung der beiden Statuten einen gewissen *Parallelismus* beobachten. Welcher Modifikationen muß sich das Saar-Statut unterziehen, um die Saar für die europäische Union ‚aufnehmbar' zu machen? Vergessen wir nicht, daß auch Deutschland politisch und wirtschaftlich unter Aufsicht bleibt. Man muß eine Revision des Dekrets vorbereiten, welches den Aufgabenbereich der Hochkommissare bestimmt." Robert Schuman bleibt sehr vorsichtig. Am Vorabend der Londoner Konferenz gibt er sich damit zufrieden, festzustellen, daß die Frage nach der Zulassung der Saar noch nicht gestellt worden sei, daß sie aber zur Sprache kommen wird[77]. Doch das Abschlußkommuniqué enthält keinen Hinweis auf die Saar, was Saarbrücken beunruhigt und auch Gilbert Grandval, dem diese Frage, wie er sagt, nachgeht[78]. Robert Schuman schaltet sich ein, um die Regionalpolitiker an der Saar zu beruhigen. Er erinnert daran, daß das Statut des Europarates es gestatte, „Territorien als assoziierte Mitglieder aufzunehmen, deren Regierungen nicht dafür in Frage kommen, im Ministerrat vertreten zu sein, was im Falle der Saar zutrifft"[79]. Da es diesem Ministerrat zustehe, sich über Aufnahmegesuche zu äußern, verspricht Robert Schuman, dort „im geeigneten Augenblick die Kandidatur der Saar zur Sprache zu bringen, vielleicht sogar schon vor der Straßburger Sitzung"[80]. Im Quai d'Orsay fragt man sich, wie man das Problem im Komitee der Minister angehen solle, das am 17. und 18. Juni in Luxemburg zusammentritt[81]. Paris beschäftigt sich angelegentlich mit der Frage, welche Haltung wohl Ernest Bevin zeigen wird, dessen Einwilligung es zu bekommen gilt, „indem man ihn bemerken läßt, daß die Saar ein assoziiertes Mitglied werden könne"[82]. Man schlägt Robert Schuman sogar vor, seinen englischen Kollegen daran zu erinnern,

---

76 Ebenda; Ergänzungen des Ministers auf der Note vom 25. 3. 1949.

77 Pressekonferenz vom 2. 5. 1949 (erwähnt im Kommunique des Pressedienstes des Außenministeriums, vgl. Anm. 72).

78 Grandval an Außenministerium, 7. 5. 1949, AE, Généralités, Bd. 14.

79 Außenministerium an Grandval, 9. 5. 1949, redigiert nach einer persönlichen Aufzeichnung des Ministers, AE, Généralités, Bd. 14.

80 Ebenda.

81 Leitung Europaabteilung, 3. 6. 1949, AE, Généralités, Bd. 14.

82 Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die Briten die Nationalität der Saar anerkennen, da sie die Saar-Pässe als gültig behandeln und erlauben, daß die Saar dem Geschäftsbereich der englischen Konsuln in Deutschland entzogen ist[83]. Robert Schuman trägt dies seinen Amtskollegen in Luxemburg vor und läßt dabei erkennen, „welches Interesse die französische Regierung der Aufnahme der Saar in die Konsultativversammlung des Europarates beimißt"; doch verzichtet er auf eine sofortige Antwort[84]. Einige Monate später bestätigt er, er habe „das Prinzip der Zulassung der Saar erreicht ... und damit zugleich die Anerkennung, daß die Saar gegenwärtig de facto von Deutschland getrennt ist"[85].

Es gibt eine weitere Frage, die zunehmend unter europäischem Blickwinkel behandelt worden zu sein scheint, und das ist das Ruhr-Problem. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß französische Beamte im Quai d'Orsay sehr aufmerksam verfolgten, wie weit die Versuchsballons flogen, die jenseits des Rheines von halbamtlichen Stellen losgelassen wurden. Am 17., 18. und 19. Januar 1949 hielt André Philip in Hagen, Bochum und Dortmund eine Reihe von Vorträgen zu dem Thema „Frankreich und die europäische Wirtschaftsunion"[86]. Der Redner heimste großen Beifall ein, da er das internationale Ruhr-Statut als einen Anfang hinstellte; er hielt es für angebracht, die Lösung der Probleme, welche Kohle und Stahl stellten, in einem größeren Rahmen zu denken, nämlich in dem einer Wirtschaftsunion der europäischen Länder. Am 24. Januar 1949 sprach René Lauret, außenpolitischer Redakteur der Tageszeitung „Le Monde", mit fast den gleichen Worten zu seinen Hörern in Düsseldorf, zu denen auch Karl Arnold und mehrere seiner Minister zählten[87]. Er machte Anspielungen, die einige Ähnlichkeit mit Äußerungen Karl Arnolds hatten. Einige Tage später ließ André François-Poncet, den Robert Schuman zwei Monate zuvor zum Sonderbeauftragten für Deutschland ernannt hatte, vor deutschen Journalisten in Freiburg i. Br. die gleichen Bemerkungen fallen[88]. Für ihn war die Einrichtung einer internationalen Behörde zur Kontrolle der Ruhr nur ein erster Schritt zur Gründung eines europäischen Kohle- und Stahl-Konsortiums. Es versteht sich, daß die Reaktion der deutschen Presse – für Schuman gleichsam das „feed-back" – den französischen Außenminister nur ermutigen konnte, auf diesem Weg weiterzugehen. Aber der Minister übersah nicht, daß die Frage ein sehr heikler Punkt blieb, und er wollte die Dinge nicht übers Knie brechen. Noch im November 1949 macht er den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten klar, daß diese Idee zwar in der Nationalversammlung Beifall finde, doch handle es sich bloß um eine Idee (und noch nicht

[83] Ebenda.

[84] Außenministerium an London, Brüssel, Luxemburg, Den Haag, 30.6.1949, AE, Généralités, Bd. 14.

[85] Erklärung vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung, 8.11.1949.

[86] Generalkonsul Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 26.1.1949 (2 Depeschen), AE, Allemagne, Bd. 84.

[87] Generalkonsul Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 26.1.1949 (1. Depesche).

[88] Text der Erklärung, Freiburg i. Br., 31.1.1949, AE, Allemagne, Bd. 84, Blatt 40.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um ein festumrissenes Projekt), welche allerdings nicht nur von der französischen Regierung vorgebracht worden sei[89].

Vielleicht sollte man abschließend Robert Schuman persönlich zu Wort kommen lassen. Als er sich am 19. Mai 1949 bezüglich der Gründung des Europarates an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wandte, erklärte er: „. . . daß der Tag, wo sich das deutsche Problem in seinem ganzen Ausmaß darstellte, der Augenblick war, den Rahmen zu errichten, der uns dazu dienen muß, Deutschland zu integrieren. Das ist, meiner Meinung nach, die beste und einzige Lösung, Deutschland in eine sichere Politik einzuspannen . . . Dies war für mich der beherrschende Gedanke . . . Wenn man bei der Lösung des deutschen Problems nicht wieder die alten Fehler machen will, gibt es nur eine Lösung, und das ist die europäische Lösung." Diese Worte machen deutlich, welche Rolle der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik des Ministers spielte; sie erklären auch, warum er die Verhandlungen, die zur Gründung des Europarates führten, so eilig zu einem Ende bringen wollte, selbst wenn es dazu etlicher Zugeständnisse bedurfte, um das Einvernehmen der beteiligten Staaten zu gewinnen.

[89] 8. 11. 1949. Robert Schuman wurde von Louis Martin heftig angegriffen.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BARBARA FAIT

„IN EINER ATMOSPHÄRE VON FREIHEIT"

Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946

„In order that the German people, through free elections, may determine the democratic form of government under which they will live, it is necessary to plan for the holding of constituent assemblies[1]." In Übereinstimmung mit diesem bereits im Dezember 1945 von der amerikanischen Militärregierung für Deutschland (OMGUS) formulierten Entschluß entstanden im Verlauf des Jahres 1946 die ersten deutschen Länderverfassungen der Nachkriegszeit. Die Volksabstimmungen am 24.11. 1946 (Württemberg-Baden) und am 1.12. 1946 (Hessen und Bayern) erbrachten deutliche Mehrheiten für die neuen Verfassungen[2], die unter denkbar ungünstigen dirigistischen Rahmenbedingungen erarbeitet worden waren: Das Ende des Zweiten Weltkrieges lag kaum ein Jahr zurück; Deutschland – in vier Besatzungszonen unterteilt – wurde von den Siegermächten beherrscht, die am 5.6. 1945 die oberste Regierungsgewalt übernommen hatten[3].

Angesichts der Opfer und Zerstörungen, die der vom nationalsozialistischen Deutschland inszenierte Zweite Weltkrieg gefordert hatte, waren die Alliierten nicht gewillt, als Befreier aufzutreten. Die (Straf-)Direktive JCS 1067, von April 1945 bis Juli 1947 offizieller Richtlinienkatalog der amerikanischen Militärregierung, bringt die restriktive Haltung der Sieger deutlich zum Ausdruck: „It should be brought home to the Germans that Germany's ruthless warfare and the fanatical Nazi resistance have destroyed the German economy and made chaos and suffering inevitable and that the Germans cannot escape responsibility for what they have brought upon themselves ... Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as defeated enemy nation."[4] Es war das Hauptziel der USA wie auch der anderen Siegermächte, eine neuerliche Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland endgültig auszuschließen. Entnazifizierung, Entmilitarisierung, die Bestrafung der Kriegsver-

---

1 Draft, Memorandum, Recommendations of the Inter-Divisional Working Party on Land Constitutions, to Deputy Military Governor, IfZ-Archiv, OMGUS-CAD 3/153–2/5.

2 In Württemberg-Baden stimmten 68,6% mit „Ja" (vgl. Paul Feuchte, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 49), in Bayern 70,6% (Bayerisches Statistisches Landesamt [Hrsg.], Statistisches Jahrbuch für Bayern, 1947, S. 335) und in Hessen 70,6% (Wiltraud v. Brünneck, Die Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946, in: JÖR, NF 3, 1950/51, S. 238). Bremen erhielt erst 1947 den Status eines Staates und eine Verfassung, daher bleibt die Hansestadt in dieser Untersuchung auch unberücksichtigt.

3 Text der Deklarationen in: Documents on Germany under Occupation 1945–1954, Selected and Edited by Beate Ruhm von Oppen, London etc. 1955, S. 29 ff., 35 ff.

4 Text der Direktive JCS 1067 ebenda, S. 13 ff., hier S. 15 f.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

brecher, industrielle Abrüstung – verbunden mit einer fortgesetzten Kontrolle über Deutschlands Kriegspotential – sollten zu seiner Realisierung beitragen. Erst an letzter Stelle des amerikanischen Maßnahmenkatalogs wird vorsichtig die Vorbereitung des *eventuellen* Wiederaufbaus eines deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage ins Auge gefaßt.

Auch das – gegenüber JCS 1067 in abweichenden Passagen gültige – Potsdamer Abkommen[5], in dem sich die Siegermächte im Sommer 1945 auf gemeinsame politische Grundsätze für Deutschland geeinigt hatten, betonte den restriktiven Charakter der alliierten Mission. Das Abkommen stimmte auch inhaltlich weitgehend mit der Direktive überein, enthielt aber daneben konstruktive Elemente: Der Aufbau einer zentralen Wirtschaftsverwaltung[6] und die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit sollten das durch den Zonenpartikularismus noch verstärkte wirtschaftliche Chaos in Nachkriegsdeutschland beseitigen helfen, und die in JCS 1067 nur vorsichtig in Aussicht gestellte Rekonstruktion deutschen politischen Lebens wurde mit dem Potsdamer Abkommen – wenn auch in vagen Formulierungen – fester Bestandteil alliierter Besatzungspolitik: Die Alliierten wollten nunmehr deutsche politische Aktivitäten fördern und alle Ebenen der – dezentralen – Verwaltung „so schnell wie möglich" durch Wahlen legitimieren[7].

Die in beiden Dokumenten dominierende restriktive Zielsetzung für Nachkriegsdeutschland und die nur wenige Monate später – Dezember 1945 – einsetzenden amerikanischen Überlegungen zur Einleitung des Prozesses der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone, der nach westlichem Demokratieverständnis das Selbstbestimmungsrecht der Verfassunggeber notwendig voraussetzte[8] und die demokratische Legitimierung deutscher Autonomie in greifbare Nähe rückte, erscheinen auf den ersten Blick unvereinbar. Ohne das Agens pragmatischer besatzungspolitischer Erfordernisse ist diese prinzipielle Wendung auch nicht zu erklären: Die Direktive JCS 1067 erwies sich – insbesondere in ihren wirtschaftlichen Richtlinien – angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, die die Amerikaner in Deutschland vorfanden, in wesentlichen Teilen als undurchführbar. Ihre Revidierung war zwar mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den USA, die eine harte Behandlung für Deutschland forderte, nicht möglich, doch stimmten das für die Besatzungsfragen verantwortliche amerikanische Kriegsministerium und die Militärregierung schon vor der Potsdamer Konferenz darin überein, daß JCS 1067 eine flexible Vorschrift sei, die die Handlungsfreiheit der Besatzungsoffiziere nicht einschränke[9]. Das Potsdamer Abkommen,

---

5 Text des Potsdamer Abkommens z.B. in: Dokumente zum Aufbau des bayerischen Staates, hrsg. von der bayerischen Staatskanzlei, München 1948, S. 11 ff.; zur höheren Geltung des Potsdamer Abkommens vgl. Documents, S. 13.

6 Dokumente, S. 17.

7 Ebenda, S. 14.

8 Vgl. etwa Karl Loewenstein, Memorandum, Subject: German Laender Constitutions and U.S. Military Government, 5.6. 1946, IfZ, OMGUS-CAD 17/255–2/22.

9 Grundlegend für diese Fragen John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt/Main 1971, hier: S. 20–25.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das dann vor allem die wirtschaftlichen Richtlinien von JCS 1067 korrigierte, erschien den Amerikanern vor Ort praktikabel[10]; bekanntlich ließen sich aber wesentliche Inhalte des Abkommens, speziell der wichtige Grundsatz der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, aufgrund inter-alliierter Konflikte nie realisieren[11]. Als sich dies schon seit September 1945 abzuzeichnen begann, gingen die Amerikaner bald sowohl über die Direktive JCS 1067 als auch das Potsdamer Abkommen hinaus, so daß beide ziemlich „akademisch" wurden[12]. Die berühmte Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vom 6. September 1946, häufig als Wende der amerikanischen Besatzungspolitik apostrophiert[13], bedeutete, wie der stellvertretende Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, in einer der samstäglichen Sitzungen mit seinem „Ministerrat", dem Kreis der OMGUS-Division Chiefs, am 12. Oktober 1946 betonte, eher eine Bestätigung der von OMGUS längst praktizierten Politik: „I interpreted Mr. Byrnes recent speech mainly as a statement of policies we have had in effect rather than a criticism of anything here in Germany ... I dont't know of a single phase or question of Military Government policy that would have to be changed."[14]

Schon John Gimbel hat in seiner grundlegenden Arbeit zur amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland dargestellt, daß die Politik der amerikanischen Militärregierung stark von Interessen mitbestimmt war, die in den geltenden Direktiven nicht zum Ausdruck kamen[15]. Auch der Entschluß zur Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone war stark von pragmatischen Erfordernissen bestimmt, die erst in der Besatzungsrealität an Konturen gewannen. Dies zeigte sich auch daran, daß mit der Ratifizierung der Verfassungen – als grundsätzliche amerikanische Konzession an die deutsche Autonomie – die klare Unterordnung unter die Weisungen der Besatzungsmacht in den meisten Bereichen der praktischen Politik nicht aufgehoben war, sondern weiterhin die „wichtigsten politischen Entscheidungen nach Prioritäten getroffen (wurden), von denen deutsche Interessen den untersten Rang einnahmen"[16], und der anfängliche Bestrafungsvorsatz, wie er etwa im Fraternisierungsverbot[17] zum Ausdruck kam, keineswegs im gleichen Tempo an Bedeutung verlor wie andere rigide Prinzipien der Besatzungspolitik. Die Akten des Office of Military Government for

---

10 Ebenda, S. 21.

11 Zur Bedeutung dieser Passage vgl. Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in: VfZ 18 (1972), S. 510–528.

12 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 36. Vgl. auch: The Papers of General Lucius D. Clay, ed. by Jean Edward Smith, Bloomington 1973, Book II. In einem Bericht über „Conditions in Germany" vom 26. 5. 1946 erklärte Clay: „If these agencies cannot be obtained ... the present concept of Potsdam becomes meaningless" (S. 213).

13 Gegen die bis dahin vorherrschende Interpretation John Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VfZ 20 (1972), S. 39 ff.; hier auch eine Zusammenfassung des Forschungsstandes.

14 Division Staff Meeting, Minutes, 12. 10. 1946, IfZ, Fg 12/6.

15 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 13.

16 Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, unveröffentlichtes Manuskript (1985), S. 51.

17 Ausgesprochen in JCS 1067, Documents, S. 16.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Germany U.S. (OMGUS), auf die sich dieser Beitrag im wesentlichen stützt[18], ermöglichen die sehr detaillierte Rekonstruktion amerikanischer Sicht- und Vorgehensweise bei der Entstehung der Länderverfassungen. Sie spiegeln deutlich das von demokratischem Bewußtsein geleitete Bemühen der beteiligten Offiziere, den Widerspruch zwischen Autonomie und Fremdherrschaft zu lösen. Dieses Kapitel der Entstehungsgeschichte der Länderverfassungen der US-Zone ist ein prägnantes Beispiel frühzeitiger Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten.

I.

Mit der Proklamation Nr. 2 vom 19.9. 1945 hatte OMGUS in der amerikanischen Besatzungszone „Verwaltungseinheiten gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben"[19]. Die Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern waren entstanden. Sie wurden „regiert" von den Ministerpräsidenten, die – vorbehaltlich der übergeordneten Machtbefugnisse der Militärregierung – die volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt innehatten, allerdings dem Direktor der regionalen Militärregierung verantwortlich waren[20]. De facto spielten sie die Rolle „kongenialer Ausführungsorgane der Besatzungsmacht"[21], die sämtliche Maßnahmen in ihrer Zone kontrollierte und häufig direkt lenkte. Sämtliche Landesgesetze bedurften der Genehmigung der Militärregierung, die in den meisten Fällen korrigierend auf den Gesetzesinhalt einwirkte[22].

Seit November 1945 tagte in Stuttgart der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone. Bis zur Errichtung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Zentralbehörden sollte er als zonale Koordinierungsstelle stellvertretend deren Aufgaben wahrnehmen[23]. Das am 1. November 1945 errichtete „Regional Government Coordinating Office" (RGCO), als ständige Verbindungsstelle der Militärregierung zum Länderrat, hatte unter der Leitung von James K. Pollock, im Zivilleben Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Michigan, die Aufgabe, „die Einheitlichkeit der Verwaltung in der amerikanischen Zone zu fördern, indem es die Tätigkeit

---

18 Erste Anhaltspunkte finden sich bei J.F.J. Gillen, State and Local Government in West Germany 1945–1953, o.O. 1953 (IfZ-Druckschriftensammlung), und ders., American Influence on the Development of Political Institutions, European Command Historical Division, als Manuskript im IfZ-Archiv, Fg 40/1; Gillen stand in Diensten der OMGUS bzw. HICOG Historical Division.

19 Proklamation Nr. 2 vom 19.9. 1945, Dokumente, S. 30 ff.

20 Ebenda; vgl. auch Wilhelm Hoegner, Die Stellung der bayerischen Verfassung von 1946 im deutschen Wiederaufbau, in: Unser Bayern, hrsg. von der bayerischen Staatskanzlei, München 1950, S. 21.

21 Vgl. Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VfZ 15 (1967), hier S. 207 f.

22 Wie Anm. 20; vgl. z. B. das amerikanische Vorgehen bei der Abfassung des bayerischen Wahlgesetzes zur Verfassunggebenden Landesversammlung 1946, in: BayHStA, ABSTK, Ma 110 904.

23 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 63; vgl. auch Lia Härtel, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, Stuttgart/Köln 1951.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Länderverwaltungen ... aufeinander abstimmte"[24]. Der Länderrat, bald „Hauptinstrument für die Verwaltung der amerikanischen Besatzungszone"[25], diente gleichzeitig der Sicherung der amerikanischen Einflußsphäre in Deutschland. Schon vor Verabschiedung des Potsdamer Abkommens hatte die Sowjetunion begonnen, in ihrer Besatzungszone wirtschaftliche Zentralbehörden zu errichten; ähnliche Schritte wurden auch in der britischen Zone eingeleitet. Wollten die Amerikaner verhindern, daß bei einer – zu dieser Zeit noch für möglich gehaltenen – Errichtung der in Potsdam vorgesehenen Zentralbehörden Schlüsselpositionen an die alliierten Partner vergeben würden, mußte sich OMGUS bemühen, mit der Entwicklung in den anderen Zonen Schritt zu halten[26].

Die Besatzungspolitik der amerikanischen Militärregierung wurde geprägt vom stellvertretenden Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, der seit April 1945 für die Maßnahmen in der USBZ verantwortlich zeichnete. Clay, der sich während der Kriegsjahre auf leitenden Posten der amerikanischen Militärbürokratie den Ruf eines hervorragenden Organisators erworben hatte, bestimmte weitgehend autokratisch das amerikanische Vorgehen in Deutschland[27]. Alarmiert durch verschiedene Berichte lokaler Militärregierungsstellen über die „complete political apathy" der deutschen Bevölkerung, drängte Clay schon im Oktober 1945 auf den raschen Aufbau des politischen Lebens durch Wahlen: „Our major object was to create a democratic, responsible German Government. It seemed to me time to take the next step, to hold elections[28]."

Seine Idee fand keineswegs ungeteilten Beifall. Selbst Pollock, in Fragen der Demokratisierung für gewöhnlich auf der Seite Clays, hielt seine Absicht für übereilt. Er mußte sich allerdings den Spott des Generals gefallen lassen: Clay „enjoyed teasing him a little about a liberal professor of political science trying to restrain a hard-boiled soldier running a military occupation from promptly restoring the ballot to a people who had been deprived of their rights to vote"[29]. Gegen die Bedenken seiner Berater und auch der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone, die ebenfalls eine Verschiebung beantragt hatten, setzte Clay schon für Januar 1946 Gemeindewahlen an, im April folgten Kreistagswahlen, im Mai Stadtkreiswahlen[30].

Auch die Initiative zu einer möglichst frühzeitigen Schaffung von Länderverfassungen in der US-Zone ging von Clay aus. Im November oder Anfang Dezember 1945 beauftragte er Pollock, gegenüber den Ministerpräsidenten der amerikanischen

---

24 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 64.

25 Ebenda, S. 65.

26 Ebenda, S. 71 f.

27 Zur Biographie Clays vgl. John H. Backer, Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1983, S. 16 f., 60–69, sowie Krieger, General Clay, S. 63–65.

28 In einem Bericht an den Secretary of War, zit. nach Gillen, American Influence, S. 14.

29 Ebenda, S. 16.

30 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 62, 76; Wahltermine und Ausgang zusammengefaßt in: Office of the High Commissioner for Germany, Elections and Political Parties in Germany 1945–1952, o. O. 1952, S. 40 ff., IfZ-Druckschriftensammlung.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zone informell die Frage von Wahlen zu Verfassunggebenden Landesversammlungen anzuschneiden. Pollock sollte speziell herausfinden, ob nach deutscher Auffassung solche Wahlen bereits im Mai oder Juni 1946 abgehalten werden könnten[31]. Anfang Januar 1946 berichtete Pollock dem General, die Länderchefs hätten von dieser so frühen Verfassunggebung abgeraten. Deutsche politische Parteien waren in der US-Zone bislang z.T. nur auf lokaler Ebene zugelassen – erst ab Mitte November 1945 wurden sie zögernd auf Landesebene lizenziert –, und die Länderchefs waren überzeugt, daß sich bis Mai oder Juni das politische Meinungsgefüge nicht ausreichend ausformen könne. Auch erfordere die Ausarbeitung von Verfassungsvorschlägen mehr Zeit. Die Ministerpräsidenten hatten vorgeschlagen, bis zum Oktober zu warten und den dann zu wählenden Gremien gleichzeitig legislative Funktionen zu übertragen. Pollock selbst fand diese Einwände zwar erwägenswert, wollte Clay aber nicht erneut bremsen und empfahl daher verklausuliert: „Despite the feeling and advice of the Ministers President (sic!), one can argue with reasonable justification in favor of Constitutional Elections in May or June. Hence I conclude that if in your (Clays) judgement, all aspects of American policy being considered, that it is desirable to speed up the restoration of Democratic institutions, then I find it would be sound and justifiable to do so."[32]

Spätestens seit diesem Bericht waren die Weichen gestellt. Am 15. Januar 1946 forderte Clay die zuständige OMGUS-Civil Administration Branch auf, zur Empfehlung Pollocks Stellung zu nehmen. Er selber favorisiere den frühestmöglichen Termin[33]. Die Abteilung ließ sich dabei von einer im Dezember 1945 eingesetzten Inter-Divisional Working Party on Land Constitutions beraten. Diesem Arbeitsausschuß, der sich bereits seit Dezember mit der Frage der Länderverfassungen beschäftigt hatte, gehörten hochrangige Persönlichkeiten an, so der OMGUS-Legal Advisor Joseph Warren Madden, Professor der Rechte und zeitweilig Richter am US-Court of Claims, und der 1933 von München nach Amerika emigrierte Verfassungsrechtler Carl Loewenstein. Am 18. Januar trat der Ausschuß zusammen, um die Vorschläge Pollocks/Clays zu diskutieren[34]. Den Ausschußmitgliedern war zwar bekannt, daß sich Clay bereits am 22. Dezember 1945 dafür ausgesprochen hatte, am 1. Juli 1946 entweder Länderverfassungen dem Volk zur Abstimmung vorzulegen oder am gleichen Tag Wahlen zu Verfassunggebenden Landesversammlungen abhalten zu lassen[35]; gleichwohl waren sie in den vorhergehenden Sitzungen, wie die deutschen

---

31 Pollock an Clay, 3. 1. 1946, Constitutional Conventions ..., IfZ-Archiv, Selected Records of the Office of Military Government for Germany, United States, MA 1420/8.

32 Ebenda.

33 Clay an Civil Administration Branch, 15. 1. 1946, Constitutional Conventions ..., IfZ-Archiv, OMGUS-CAD 3/153-2/5.

34 Draft, Minutes, 1. Meeting of the Inter-Divisional Working Party on Land Constitutions, 28. 12. 1945, IfZ, Selected Records, MA 1420/8, und Minutes, Meeting ..., 18. 1. 1946, IfZ, OMGUS-CAD, 3/153-2/5.

35 Draft, Minutes, 1. Meeting (wie Anm. 34). Wie Clay sich die Ausarbeitung der vorzulegenden Verfassungen vorgestellt hatte, ist den Quellen nicht zu entnehmen.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Länderchefs, vom Oktober als Wahltermin ausgegangen[36]. Auch dem neuerlichen Drängen des Generals widersprachen sie vehement. Die Berater schlossen sich im wesentlichen den Einwänden der deutschen Ministerpräsidenten an. Dazu kamen Überlegungen, die, teils demokratisch motiviert, teils aus der spezifischen Perspektive der Sieger und Besatzer, das Dilemma der frühen Verfassunggebung, wie es sich in ihren Augen darstellte, offenbaren: Madden betonte zwar, es sei prinzipiell richtig, Verfassungen ausarbeiten zu lassen, „which would turn whole business back to German elected legislature". Doch den von Clay geplanten Zeitpunkt für den Übergang von der Auftrags- zur Selbstverwaltung hielt er für zu früh: „Probably Germany would not be ready before schedule set here. I agree with Dr. Loewenstein, it won't work if occupying authorities turn their government over to German elected officials ... unless we assume we will elect kind of people we like, which I don't think so." Loewenstein, der der frühen Verfassunggebung ausgesprochen skeptisch gegenüberstand – " will stick my neck out" –, befürchtete zudem Schwierigkeiten mit den Verbündeten, die Wahlen auf Länderebene ebenfalls frühestens ab Oktober 1946 befürworteten[37]: „This is a very serious matter, probably a turning point of an entire policy. Wrong steps now may cause repercussions für years to come ... Therefore, I can only say strongly advise against holding elections at an early date."[38]

Clay war gefürchtet als ein Vorgesetzter, der abweichende Ratschläge seiner Fachleute oft rüde zurückwies und seine Untergebenen dadurch häufig einschüchterte[39]. Entsprechend vorsichtig resümierte der derzeitige Leiter der Civil Administration Branch, General Charles Kenon Gailey, am 18. 1. 1946 das Ergebnis der Ausschußsitzung gegenüber dem General: „Dr. Pollock's opinion as to the possibility of holding elections in May of this year deserves further study. In this connection, I think it important to secure the recommendations of the Regional Military Government officers after they have had an opportunity to observe the forthcoming of the January elections."[40] Die Spezialisten versuchten also, Zeit zu gewinnen. Daß seine Idee nicht gerade euphorisch aufgenommen wurde, konnte Clay trotz der übervorsichtigen Formulierung kaum entgehen.

Die von der Militärregierung als erster Prüfstein für den Grad deutschen demokratischen Bewußtseins mit großer Spannung erwarteten Gemeindewahlen (20./27. Januar 1946) – Clay bekennt in seinen Memoiren, er sei „nie ... so gespannt gewesen, die Wahlbeteiligung zu erfahren"[41] – verliefen nach amerikanischer Einschätzung positiv. Die Wahlbeteiligung lag in allen Ländern bei über 85%, und das unerwartet schlechte Abschneiden der Kommunistischen Partei – den höchsten Prozentsatz er-

---

36 Draft, Memorandum (wie Anm. 1).

37 Allied Control Authority, Directorate of Internal Affairs and Communications, 15. 12. 1945, Electoral Procedure, Memorandum by British Member, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

38 Minutes, Meeting, 18. 1. 1946 (wie Anm. 34).

39 Backer, Die deutschen Jahre, S. 127.

40 Civil Administration Branch, Gailey an Clay, 18. 1. 1946, German Constitutional Conventions ..., IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

41 Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 103.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reichte die hessische KPD mit 5,7%[42] – trugen erheblich zur Beruhigung der Besatzungsoffiziere bei. Das Wahlergebnis entkräftete – jedenfalls in den Augen Clays – die Hauptargumente seiner zögerlichen Berater. Ohne weiteren Verzug wies er deshalb Anfang Februar die Direktoren der Ländermilitärregierungen in Bayern, Hessen und Württemberg-Baden offiziell an, zwischen dem 26. 5. und 30. 6. 1946 Wahlen zu den Verfassunggebenden Landesversammlungen abhalten zu lassen[43].

Clay wollte offensichtlich das Tempo des Aufbaus politischer Institutionen in der amerikanischen Besatzungszone forcieren. Mit der 1945 schon vorausgegangenen raschen Rekonstruktion deutscher Landesregierungen und Verwaltungen und der Errichtung des Länderrates hatte die Militärregierung funktionstüchtige deutsche Auftragsorgane zu ihrer eigenen Entlastung gebildet. Die Gründe für Clays Drängen auf die so frühzeitige Schaffung von Landesverfassungen liegen dagegen weniger klar auf der Hand.

Zweifellos stand die Verfassunggebung in den Ländern im Einklang mit der im Potsdamer Abkommen festgelegten Demokratisierungspolitik, wenn auch ein Vorprellen der amerikanischen Besatzungsmacht in dieser Frage, wie Loewenstein klar erkannt hatte, zu Konflikten mit den alliierten Partnern führen konnte. Auch Clay selbst erklärte seine Eile später mit dem Bestreben nach rascher Demokratisierung: Er habe geglaubt, das durch die nationalsozialistische Herrschaft entstandene politische Vakuum in Deutschland müsse „schleunigst mit demokratischer Füllung angefüllt" werden, um die Entstehung neuer totalitärer Systeme zu verhindern: „Meiner Meinung nach durften wir keine Zeit verlieren und nicht zögernd vorgehen."[44]

Das dürfte aber kaum der einzige Grund für den Organisator Clay gewesen sein. In der demokratischen Legitimation der deutschen Länderregierungen durch die neuen Verfassungen sah er offenbar eine wesentliche Voraussetzung für die Übertragung weiterer Kompetenzen an die Deutschen und zur Rationalisierung des seiner Ansicht nach viel zu großen und teuren Militärregierungsapparates, zumal sich seit dem Herbst 1945 auch die Kritik der US-Öffentlichkeit an der „Verschleuderung von Steuergeldern" zu mehren begonnen hatte[45]. Tatsächlich gingen, wie in einer Direktive vom 30. 9. 1946 festgelegt, mit der Annahme der Verfassungen eine Reihe von Kompetenzen an die nun parlamentarisch kontrollierten Länderregierungen über. Die Militärregierung behielt sich „nur noch die letzte Kontrolle" auf der höchsten Ebene vor und ließ die deutschen Regierungen „in viel größerem Umfang frei arbeiten"[46]. Damit wurde eine erhebliche Reduzierung des amerikanischen Personals möglich.

---

42 Elections (wie Anm. 30), S. 40 ff.

43 James K. Pollock, Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents, Ann Arbor 1949, S. 119–122, hier S. 120.

44 Clay, Entscheidung, S. 106.

45 Vgl. die wiederholten Äußerungen Clays zur Reduzierung von Personal in verschiedenen Staff Meetings, IfZ, Fg 12/3–7, sowie Krieger, General Clay, S. 45.

46 Die Direktive ist gedruckt in: Dokumente, S. 56–65. Zitat: Ehard, Interview der OMGB-Intelligence Division mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (seit Dezember 1946). Bay HStA, OMGB-ID, 10/108-3/73.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weiter galt es – mit Hilfe der nach dem Inkrafttreten der Verfassungen demokratisch legitimierten und somit in ihrer Bedeutung und ihrem Selbstbewußtsein gestärkten Länderregierungen –, das amerikanische Programm eines föderalistischen Aufbaus in Deutschland abzusichern. Zwar sollte man die Bedeutung des sowjetisch-amerikanischen Gegensatzes für diese Zeit (Ende 1945/Anfang 1946) nicht überschätzen[47], doch schon damals waren die Amerikaner bei aller Betonung alliierter Freundschaft keineswegs gewillt, bei der Ausgestaltung des neuzuordnenden Deutschland einem der Partner – der Sowjetunion ebensowenig wie Frankreich – den Vortritt zu überlassen. Vor allem den sich in der sowjetischen Besatzungszone abzeichnenden zentralistischen Tendenzen[48] galt es frühzeitig zu begegnen. Mitte Dezember 1945, zur gleichen Zeit, als Clays Verfassungsinitiative an Gestalt gewann, hatte Pollock den Plan entwickelt, den Stuttgarter Länderrat zum Modell für die übrigen Zonen zu machen. Die Ministerpräsidenten sollten mit den Länderchefs der anderen Zonen zusammentreffen, um alle Zonen betreffende Fragen gemeinsam zu erörtern: „Bei dieser Gelegenheit könnte gezeigt werden, welche Fortschritte in unserer Zone gemacht worden sind, und wir kämen einen Schritt weiter auf dem Wege zur Einsetzung einer Regierung für ganz Deutschland." Pollock hoffte, daß sich aus diesen Treffen allmählich ein gesamtdeutscher Länderrat formieren würde. „Dies würde die Entwicklung eines föderalistischen und dezentralisierten Deutschland begünstigen und entspräche den erklärten Zielen der amerikanischen Politik."[49] Clay stimmte diesem Plan zu, und in den folgenden Wochen bemühte sich die Militärregierung energisch, entsprechende Maßnahmen einzuleiten[50].

Für die rasche politische Reorganisation Deutschlands nach solchen Plänen sprachen nicht zuletzt ökonomische Gründe. Das wichtigste Ziel von OMGUS war seit August 1945 die Errichtung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Zentralbehörden, die die wirtschaftliche Einheit Deutschlands gewährleisten sollten[51]. Da die amerikanische Zone von ihrer Struktur her auf Importe aus den anderen Zonen angewiesen war, bedeutete jede Verzögerung für die Amerikaner, die die Kosten für die notwendigen Einfuhren zu tragen hatten, große finanzielle Verluste. Als sich Frankreich der Errichtung der Zentralbehörden widersetzte, mußte OMGUS auf alternativen Wegen versuchen, die erstrebte Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit durchzusetzen[52]. Eine dieser Alternativen sah vor, die wirtschaftliche über die politische Einheit Deutschlands anzustreben; die erste Etappe auf diesem Weg war der politische Aufbau der amerikanischen Zone. Die enge Verbindung ökonomischer Erfordernisse mit der Entscheidung zur Forcierung des politischen Wiederaufbaus – mit der Schaffung von Verfassungen als notwendigem Bestandteil – zeigt sich deutlich in Clays „Summary of United States Policy and Objectives in Germany", die er

47 Krieger, General Clay, S. 188f.
48 Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959, S. 300f.
49 Pollock an Robert D. Murphy, zitiert nach Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 92f.
50 Ebenda, S. 93–98.
51 Ebenda, S. 101.
52 Ebenda, S. 100f. Gleichzeitig versuchte man auf Regierungsebene, Druck auf Frankreich auszuüben.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Juli 1946 nach der Pariser Außenministerkonferenz an das amerikanische War Department schickte. Unter Einbeziehung des Pollock-Plans vom Dezember 1945 stellte Clay diesen kausalen Zusammenhang klar heraus: „The United States has urged consistently the prompt establishment of the five administrative agencies ... However, it is convinced that the delay in establishing these agencies now makes it desirable to establish concurrently a provisional government." Im Einklang mit dem Dezentralisierungsprinzip des Potsdamer Abkommens plädierte Clay für den föderativen Aufbau des neu zu schaffenden Deutschland: „... composed of a small number of states, each of which would have a substantial responsibility for selfgovernment. These states would be permitted to form a confederation or a federal type of government, which, however, would be given the requisite powers to achieve true economic unity ... The United States proposes the early establishment of a provisional government consisting of a council of the Minister Presidents."[53] Es waren also nicht zuletzt ökonomische Erwägungen, die Clay veranlaßten, frühzeitig starke Länder mit demokratischen Verfassungen zu formen, die sich in Einklang mit dem Besatzungsziel der Dezentralisierung zu einem föderalistisch aufgebauten deutschen Staat zusammenschließen sollten, der endlich in der Lage wäre, die angestrebte Wirtschaftseinheit zu realisieren. Angesichts der prekären Lage der deutschen Wirtschaft war auch die Eile, mit der Clay sein Demokratisierungsprogramm durchzuziehen bemüht war, völlig plausibel.

II.

Anfang Februar 1946 erfuhren auch die Ministerpräsidenten der drei Länder der USBZ offiziell den von OMGUS festgesetzten Termin für die Verfassungsberatungen. Mit dem gleichen Schreiben wurden sie beauftragt, bis spätestens zum 22. Februar je eine kleine vorbereitende Kommission von Fachleuten zu ernennen, die das für die Verfassungsberatungen notwendige bibliographische und dokumentarische Material zusammenstellen sollte. Die Arbeitsergebnisse der Ausschüsse sollten der Militärregierung in Form von Abschlußberichten, die dann auch den Verfassunggebenden Versammlungen zur Verfügung zu stellen waren, bis zum 20. Mai vorgelegt werden. Für die Arbeit der spätestens am 30. Juni zu wählenden Verfassunggebenden Versammlungen war ein Zeitraum von nur zweieinhalb Monaten vorgesehen. Bis zum 15. September 1946 erwartete die Militärregierung die Vorlage der fertigen Verfassungsentwürfe, die nach ihrer Genehmigung nicht später als am 3. November 1946 dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden sollten. Für den gleichen Tag war die Wahl der ersten Landtage vorgesehen. Mit dieser Anweisung verzichtete die Militärregierung aber keineswegs auf ihre alleinige Souveränität. Auch die Verfassunggebenden Versammlungen hatten de jure nur beratende Funktionen[54].

---

[53] Clay-Papers, S. 236–243, hier S. 240.

[54] Abschrift des Schreibens vom 8. 2. 1946 an den bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner, in: BayHStA, NL Pfeiffer, 147; es handelte sich um die fast wörtliche Übersetzung der Weisung an die Land Directors, vgl. Anm. 43.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Idee der Einberufung vorbereitender Gremien ging auf den schon erwähnten Arbeitsausschuß der Militärregierung zurück und war mit anderen Empfehlungen zum Prozeß der Verfassunggebung schon in dem Entwurf eines für Clay bestimmten Memorandums vom Januar 1946 festgehalten. Die weiteren Überlegungen der Fachleute dieses Ausschusses wurden allerdings kaum berücksichtigt. Nicht nur die Festlegung des Starttermins erfolgte entgegen der Empfehlung der OMGUS-Berater. Ihren Vorstellungen widersprach ebenso die überaus kurze Zeitspanne, die den Verfassungsberatungen zugebilligt war. Der Arbeitsausschuß hatte ein ganzes Jahr für die Beratung der Verfassungen vorgesehen, wobei allerdings die Konstituanten gleichzeitig die Funktion vorläufiger Landtage erfüllen sollten. Außerdem hatten sich die Spezialisten für die Ratifizierung der Verfassungen durch die Verfassunggebenden Versammlungen ausgesprochen, nicht, wie es auf ausdrücklichen Wunsch Clays schließlich festgelegt wurde[55], durch Volksentscheide.

Auch in diesen nicht unwichtigen Modalitäten zeigte sich die dominierende Rolle des Generals, der sich in allen wesentlichen inhaltlichen und prozeduralen Fragen der Verfassunggebung die letzte Entscheidung vorbehielt. Clay kannte sehr gut die vorherrschende Tendenz seines Stabes, der generell der Übertragung von Kompetenzen an die Deutschen mit vorsichtigem Mißtrauen gegenüberstand. Diese von ihm wiederholt kritisierte Haltung seiner Mitarbeiter veranlaßte ihn noch im Oktober 1946, auf einer eigens einberufenen „gripe session" seine höchsten Besatzungsoffiziere darauf hinzuweisen, daß sich derartige Tendenzen dem Führungsstil des Nazi-Regimes annäherten: „We are going to wind up with a greater regimentation in Germany than old Adolf Hitler had himself if you don't watch out. I don't want to establish regimentation in Germany."[56]

Derartige Meinungsäußerungen beleuchten nicht nur die Persönlichkeit und den Führungsstil Clays; sie zeigen auch, wie weit sich die Besatzungsrealität – zumindest nach den Vorstellungen des Generals – von ihren theoretischen Prämissen entfernt hatte. Clays Wille konnte freilich nicht in die letzten Winkel seines Verantwortungsbereiches hineinreichen. Der Gefahr einer Resistenz der regionalen Militärregierungen vorzubeugen, war wohl auch ein Motiv dafür, daß er veranlaßte, daß die Verfassungsarbeiten unter seiner direkten Kontrolle von der Militärregierungs*zentrale* betreut wurden, während einzelstaatliche Belange gewöhnlich in den Kompetenzbereich der Offiziere der Ländermilitärregierungen fielen.

Auf deutscher Seite war die Reaktion auf die von der Besatzungsmacht verordnete Verfassunggebung geteilt. Noch im August 1946, zu einer Zeit also, zu der die Verfassungsberatungen bereits in vollem Gange waren, berichtete die Militärregierung in Hessen: „No one of the parties was ready to take the responsibility for the constitution and support it actively."[57] Zur gleichen Zeit diskutierten die wichtigsten Repräsen-

---

55 Draft, Memorandum (wie Anm. 1); zur Frage des Volksentscheides: Wells an Parkman, 4. 8. 1946, Popular Ratification ..., OMGUS-CAD 3/153-2/6.

56 Division Staff Meeting, Minutes, 12. 10. 1946, IfZ, Fg 12/6.

57 Report on Hessian Constitutional Convention, 6.–13. August 1946, IfZ, MA 1420/8.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tanten der württemberg-badischen Konstituante „seriously whether any constitution at all ought to be presently enacted because of the emergency conditions and the lack of freedom under occupation regulations, but the decision was finally in the affirmative"[58]. Anders in Bayern: Zwar hatte der bayerische sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner in Einklang mit seinen Kollegen aus Hessen und Württemberg-Baden, Karl Geiler und Reinhold Maier, anfangs die frühe Verfassunggebung abgelehnt. Doch erkannte man in Bayern sehr rasch die Vorteile, die sich daraus ergaben – die verfassungsrechtliche Absicherung bayerischer Eigenstaatlichkeit nämlich, die die bayerische Ministerriege, den „weiß-blauen" Vorsitzenden der bayerischen SPD, Hoegner, eingeschlossen, mit allen Mitteln zu verteidigen entschlossen war[59]. Bereits am 3. Mai, noch vor dem von der Militärregierung angesetzten Termin, hatte der bayerische Vorbereitende Verfassungsausschuß einen fertigen – maßgeblich von Hoegner beeinflußten – Verfassungsentwurf erstellt[60], der zusammen mit dem verlangten Arbeitsbericht bei OMGUS eintraf. Zur Überraschung der Besatzungsoffiziere erhielt OMGUS auch von den vorbereitenden Gremien Württemberg-Badens und Hessens zum festgesetzten Termin bereits fertige Verfassungsentwürfe[61].

Die Vorbereitenden Ausschüsse blieben weitgehend unbehelligt von der Militärregierung, die davon ausging, daß die Entwürfe bei den eigentlichen Verfassungsberatungen noch modifiziert werden würden[62]. Allerdings waren die Deutschen von vornherein darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich OMGUS im ganzen und im einzelnen das Recht der Ablehnung der Verfassungen vorbehielt: „The Office of Military Government for Germany (U.S.) reserves the right to disapprove a Land Constitution in whole or in part because of provisions which are undemocratic, contrary to American or Allied policies, or prejudicial to the future structure of the Reich."[63] Wenn sich auch die gleichzeitige Ermahnung zur demokratischen Gestaltung der Verfassungen in der Vorbereitungsphase weitgehend erübrigte, da in diesem Punkt ein klarer Konsens zwischen Deutschen und Amerikanern bestand, so mußten sich doch die übrigen Bedingungen, die den Verfassunggebern mit dem Genehmigungsvorbehalt auf den Weg gegeben wurden, auf die Entwürfe auswirken. So wies Hoegner bereits in der ersten Sitzung des bayerischen vorbereitenden Ausschusses darauf

---

58 Report on Württemberg-Baden Constitutional Convention, 19.–24. 8. 1946, IfZ, MA 1420/9.

59 Vgl. die Rede Hoegners in der ersten Sitzung des Bayerischen Vorbereitenden Verfassungsausschusses am 8. 3. 1946, IfZ, NL Hoegner, ED 120/129; zu diesem Problem ausführlich: Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1983, hier S. 224.

60 Vgl. Wilhelm Hoegner, Die Verhandlungen des Vorbereitenden Verfassungsauschusses von 1946, in: Bayerische Verwaltungsblätter, H. 4, 1963; auch Walter Siegel, Bayerns Staatswerdung und Verfassungsentstehung 1945/46, Bamberg 1978, S. 72 ff.

61 Parkman an DMG (= Clay), 18. 7. 1946, Military Government Relationship ..., IfZ, OMGUS-CAD 17/255-2/22.

62 Cable Ref. CC 2418, OMGUS (Clay) to AGWAR (War Department), 23. 8. 1946, IfZ, OMGUS-CAD 17/255-2/24.

63 Pollock, Germany under Occupation, S. 121; vgl. auch Stenographische Berichte der Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, Bd. I, München (o. J.), S. 12.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hin, daß die neue Verfassung „viel umfangreicher sein" müsse als die Bamberger Verfassung des Freistaates (von 1919), „denn eine Bezugnahme auf eine künftige Reichsverfassung dürfe in ihr nicht vorhanden sein"[64]. Auf die an zweiter Stelle genannte Einschränkung lief die offenbar einzige förmliche Intervention Clays während der Vorbereitungszeit hinaus. In einer Rede vor dem Stuttgarter Länderrat am 4. Juni 1946 wies Clay die Ministerpräsidenten an, dafür Sorge zu tragen, daß die Verfassungen die Übertragung von Hoheitsbefugnissen der Länder auf eine spätere Bundesregierung bzw. zunächst auf den Länderrat erlauben: „While we expect that these constitutions will establish strong political units of the several states, we must remember that they must contain provisions for these states to code such powers as are necessary to a federal government when it is established. In the absence of the establishment of a central government, provision must be made to code similar powers to the Council of Ministers President[65]." Daß ausgerechnet Clay selbst gegen die von ihm festgesetzte Politik des „hands off" in der Vorbereitungsphase[66] verstoßen hat, beweist einmal mehr die große Bedeutung des Länderrates. Er wollte offensichtlich sicherstellen, daß die Effizienz des gerade in seiner Organisation gestärkten Länderrates nach der Annahme der Verfassungen nicht gemindert würde. Denn dann waren die Ministerpräsidenten an die Entscheidungen der Landtage gebunden und konnten nicht mehr unabhängig im Länderrat operieren. Daß Clay in diesem Fall schon vor den eigentlichen Verfassungsberatungen intervenierte, ist aber auch im Zusammenhang mit der verschärften Situation auf alliierter Ebene zu sehen. Inzwischen waren die Amerikaner, wie sich wenig später auf der Pariser Außenministerkonferenz zeigen sollte, fest entschlossen, die im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Zentralverwaltungen – notfalls ohne Frankreich und die Sowjetunion – durchzudrücken. Daß dies auch auf eine – wie immer geartete – politische Verschmelzung der amerikanischen und britischen Zone hinauslaufen mußte, war vorauszusehen und von OMGUS auch intendiert. Abweichend von ihren gegenteiligen öffentlichen Beteuerungen hatte die US-Militärregierung bereits vor der Pariser Rede von Byrnes im Juni 1946 als Alternative zur Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung auch „a federal structure for a western Germany, or a long-term transitional government on bizonal basis" ins Auge gefaßt[67].

Wenige Tage vor Konstituierung der Verfassunggebenden Versammlungen präzisierte Militärgouverneur Joseph T. McNarney, der im November 1945 die Nachfolge Eisenhowers angetreten hatte, auf einer Pressekonferenz die amerikanischen Vorstellungen von den neuen deutschen Länderverfassungen. Eine „Bill of rights", die die Grundrechte des Individuums, die Freiheit der Rede, der Religion und der politischen Vereinigung garantiert, war ebenso ein Muß, wie die Beachtung der Potsdamer Dezentralisierungsklauseln[68].

---

64 Hoegner am 8. 3. 1946 im Vorbereitenden Verfassungsausschuß, IfZ, NL Hoegner, ED 120/129.

65 Text der Rede Clays in: IfZ, OMGUS 3/157-1/21.

66 Cable CC 2418 (wie Anm. 62), sowie Parkman an Clay, 5. 6. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

67 Work Program of the Interdivisional Committee on German Governmental Structures, Memorandum, 11. 6. 1946, IfZ, OMGUS-(11), 17/255-2/22.

68 Gillen, State and Local Government, S. 51.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seit Juni 1946 beschäftigte sich OMGUS intensiv mit der Frage, wie mit den vorgelegten Verfassungsentwürfen und bei dem Prozeß der Verfassunggebung weiter zu verfahren sei – „the most important procedural problem facing American Military Government authorities at the present time"[69]. Dabei sollte der Tatsache, daß OMGUS bereits Vorentwürfe zur Verfügung standen, eine erhebliche Bedeutung zukommen. Eine erste Überprüfung hatte erfreulicherweise gezeigt, daß sie bereits weitgehend den amerikanischen Anforderungen gerecht wurden: „If these drafts are looked at with reasonable tolerance, they will be found to contain little or nothing objectionable to the broad principles stated."[70] Die Entwürfe enthielten gleichwohl einzelne Bestimmungen, die die Militärregierung nicht billigen zu können glaubte. Zwar war davon auszugehen, daß sich die Verfassungen bei den Beratungen noch verändern würden. Aber der Leiter der in dieser Frage zuständigen Civil Administration Division (OMGUS/CAD), Henry Parkman, interpretierte die Situation wohl richtig, wenn er aus der Tatsache, daß alle drei Länder bereits fertige Entwürfe vorgelegt hatten, den Schluß zog, daß den Deutschen daran lag, möglichst früh einen amerikanischen Kommentar zu ihren Verfassungsvorschlägen zu bekommen: Hiermit entstand für OMGUS aber auch ein starkes Dilemma, dem Parkman treffenden Ausdruck verlieh, als er Clay am 18. Juli 1946 zu bedenken gab: „It may create a presumption that anything contained in these drafts that we do not object to now is presumably unobjectionable. ‚Silence means consent.' On the other hand, objections – especially if numerous – which might be made at this time to the constitutional assemblies may imperil the whole enterprise by creating the presumption in the public mind that these are ‚American' constitutions."[71]

Es war der ausdrückliche Wunsch Clays, „that these constitutions are being developed by the Germans in an atmosphere of freedom from Military Government direction and interference". Der General war überzeugt, daß diktierte Verfassungen nicht zum Wiederaufleben der Demokratie in Deutschland beitragen konnten: „These constitutions must go to the German people as free creation of their elected representatives and with the least possible taint of Military Government dictation."[72] „The constitutions must respresent their will and not that of the occupation forces."[73] Andererseits waren weder Clay noch sein Stab geneigt, den Besatzungszielen oder vitalen amerikanischen Interessen zuwiderlaufende Verfassungsinhalte zu akzeptieren. Es galt, eine Verfahrensweise zu entwickeln, die den widersprüchlichen Zielen der

[69] Parkman an Clay, 18.7. 1946, Military Government Procedure ..., IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[70] Gemeint war das Statement McNarney's. Parkman an Clay, 18.7. 1946, Military Government Relationship, wie Anm. 61.

[71] Wie Anm. 69. Henry Parkman, juristisches Studium, dann militärische Ausbildung, 1926–1929 Stadtrat Boston, 1929–1936 Mitglied des Senats v. Massachusetts, 1938–1940 Kandidat für den US-Senat.

[72] Cable CC 2418 (wie Anm. 62).

[73] Constitutions of the German Laender, prepared by OMGUS/CAD, 1947, S. 7, IfZ, Druckschriftensammlung.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Militärregierung gerecht wurde. Die letzte Entscheidung in dieser Frage lag bei Clay, der sich vor allem von der OMGUS/CAD beraten ließ. Die Abteilung wurde auf seine Anweisung von einem Interdivisional Committee on German Governmental Structures (ICOGS) unterstützt, das, unter der Leitung Edward H. Litchfields, ihm direkt unterstellt war[74]. Zu Clays Beraterstab in der Frage der Länderverfassungen zählten daneben so bedeutende Persönlichkeiten wie der OMGUS-Political Advisor, Robert D. Murphy, ein aufgrund seiner langjährigen diplomatischen Tätigkeit hervorragender Deutschland- und Europakenner, und der 1922 nach Amerika emigrierte deutschstämmige Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler Carl J. Friedrich. Letzterer unterstützte OMGUS auch bei den Grundgesetzberatungen[75].

Anfang Juni übersandte Murphy seine ersten Ideen zur Verfahrensfrage an Litchfield – „I am sure some of them will be very half-baked" –, die er schnell „hingehauen" habe, während er sich auf ein Kontrollratstreffen vorbereitete. Murphys Gedanken, die erheblichen Einfluß auf die tatsächliche Verfahrensweise der Militärregierung nahmen, setzten amerikanische Interventionen bei den Verfassungsberatungen als selbstverständlich voraus. Allerdings müßten sich diese, falls die Verfassungen als ein „German instrument rather than an Allied instrument imposed on Germans" gelten sollten, darauf beschränken, unerwünschte Artikel zu kritisieren, nicht aber positive Vorschläge zu formulieren. „The Military Government should not attempt to control the political wisdom or administrative expediency of measures which are proposed." Absolut notwendige Ergänzungen dürften nur in Form allgemeiner Richtlinien formuliert werden, deren Ausarbeitung den deutschen Gremien zu überlassen sei. Murphy schlug vor, durch Vertreter der regionalen Militärregierungen einen ständigen Kontakt zu den Versammlungen herzustellen, um die Arbeiten zu überwachen. Keinesfalls sollten sie versuchen, den Versammlungen gegenüber die Politik von OMGUS zu interpretieren. „All policies with respect to constitutional views of Military Government should come from OMGUS." Nach der Prüfung der Vorentwürfe durch das ICOGS und die verschiedenen Abteilungen sollten Einwände in einem Bericht zusammengestellt werden, der den Versammlungen zu übergeben sei. Ab und zu sollten sich Vertreter des ICOGS mit einzelnen führenden Repräsentanten der Deutschen treffen, um Mißverständnisse aufzuklären oder allgemeine politische Richtlinien zu vermitteln[76].

Die klugen Ideen Murphys zeigen, wie sensitiv die Militärregierung mit dem empfindlichen Gegenstand umzugehen entschlossen war. Bezüglich ihrer taktischen Raffinesse wurden Murphys Empfehlungen allerdings noch übertroffen von den – aus

---

[74] Edward Litchfield, Politologe, Fachmann für Public Administration, verschiedene Lehraufträge, seit 1945 in Diensten der Militärregierung, seit Ende 1946 Chef der OMGUS/CAD. Das ICOGS war am 15.3. 1946 gegründet worden (IfZ, OMGUS-CAD 17/255-2/26) und hatte sich v.a. mit zwei Problemen zu befassen: 1. der Errichtung deutscher Zentralverwaltungen, 2. der Errichtung einer Bundesregierung (IfZ, OMGUS-CAD 17/255-1/2).

[75] Zu Friedrich vgl. Peter H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik, Stuttgart 1965, S. 94.

[76] Murphy an Litchfield, 4.6. 1946, Procedure in Relation to Laender Conventions, IfZ, OMGUS-CAD 17/255-1/26.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Zusammenarbeit von OMGUS/CAD und ICOGS entstandenen – Ratschlägen, die Parkman in dem schon zitierten Memorandum vom 18. Juli für Clay zusammenstellte. Parkman wies den General auf die Dringlichkeit einer Entscheidung über die Verfahrensweise hin und stellte ihm unter Abwägung der jeweiligen Vor- und Nachteile dabei Alternativen gegenüber, die als Zeugnis der großen Behutsamkeit des amerikanischen Vorgehens in der Verfassungsfrage ein ausführliches Zitat rechtfertigen[77]:

„a. Military Government might decide that it will never at any time request that provisions of these constitutions be altered, thus imposing upon itself a self-limiting restraint which would rely upon the residual powers of Military Government under international law for purposes of corrective rule-making when occasion arises ... The immediate advantage of this course of action is that it most completely transfers responsibility to the Germans, that it corresponds to democratic and constitutional tradition and absolves American Military Government from major responsibility for the workings or workability of constitutions. The major disadvantage is that these constitutions may contain provisions which constitute a direct challenge to Military Government Authority which would then have to be set aside by action disregarding the constitutional provisions. Such ‚perforation' of the constitution may seriously effect the faith of the German public in the constitution ...

b. Military Government might decide that it will not make any suggestions, comments or recommendations now but only after the final drafts are submitted on 15 September. ...

The major advantage of this approach is that it leaves the constitutional conventions as free as the first alternative but without giving up the final opportunity of Military Government to reject the constitution or any of its parts when basically unacceptable to us. The major disadvantage of this approach is that it may seriously discredit the leaders of the assemblies in the eyes of the public ...

c. Military Government could, through the OMGUS Interdivisional Committee on German Governmental Structures, examine the preliminary drafts of the constitutions with a view to determining which provisions are definitely unacceptable to Military Government, and make such conclusions known to German constitutional assemblies in a suitable manner, preferably in the form of informal advice rather than mandatory directive ...

The major advantage of this method ist that we are likely to get, in this way, from the constitutional assemblies a wholly acceptable draft ... The major disadvantage is the possibility that these constitutions might acquire the appearance of an American product if objections are at all numerous. If objections could be held to a small number, the disadvantage could perhaps be reduced but some of it remains in any case.

d. Military Government might decide to state explicitly not only very general principles of the type the Military Governor issued the other day, but more definite do's and don'ts which would then constitute the framework within which the constitutional conventions would develop their constitutions ...

The major advantage of this approach is that it gives the Germans something definite to go by and to work with. The major disadvantage lies in the fact that it visibly constitutes American Authority as the ultimate authority for the constitutions."

[77] Wie Anm. 69.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Interesse einer schnellen Klärung bat Parkman den General um ein Gespräch, zu dem auch der OMGUS-Berater Friedrich hinzugezogen werden sollte. Er selber empfahl Alternative c. und drängte auf die sofortige Überprüfung der Entwürfe.

Die Entscheidung fiel im Sinne der von Parkman favorisierten Alternative. Clays Anweisung an die CAD präzisiert die gewählte Taktik[78]: Er beauftragte die Abteilung, mit Hilfe des ICOGS die Vorentwürfe im Hinblick auf die von McNarney artikulierten generellen Prinzipien zu überprüfen. „Objections are to be made in a spirit of great caution and self-restraint and only because of considerations vitally related to the essential objectives of Military Government or the basic policy announced by the Military Governor." Abgesehen von OMGUS/CAD und ICOGS sollte keine der OMGUS-Abteilungen in irgendeiner Form in die Verfassungsarbeiten eingreifen, aber während der Verhandlungen der verfassungberatenden Gremien durch Experten des ICOGS ein enger Kontakt zu führenden deutschen Repräsentanten hergestellt werden, der eine informelle Einflußnahme ermöglichte. Notwendige Änderungen sollten „hervorgelockt", den Verfassunggebern aber nicht aufgezwungen werden: „Informality should be the key note of their contacts and the effort should always be to elicit necessary changes on the initiative of the Germans, and not to impose them." Die übrigen OMGUS-Abteilungen und die regionalen Militärregierungsstellen wurden angewiesen, sich aus den Verfassungsberatungen herauszuhalten[79].

Zur Überprüfung der Verfassungsentwürfe zog OMGUS/CAD neben dem ICOGS die verschiedenen OMGUS-Abteilungen und -Unterabteilungen hinzu. Leitfaden waren die generellen Prinzipien, die McNarney aufgestellt hatte. Daneben sollten die Abteilungen darauf achten, ob die Verfassungen der von ihnen verfolgten Politik entsprachen[80]. Die von allen Seiten zahlreich eintreffende Kritik zeigt, wie stark viele der Besatzungsoffiziere dem deutschen Willen zur Demokratie mißtrauten[81]. OMGUS/CAD und ICOGS prüften und sortierten die Einwände, und am 31. Juli übermittelte Parkman Clay die Arbeitsergebnisse in Form einer von ihm selbst verfaßten „Analysis of Land Constitutions", ergänzt durch einen ausführlichen Bericht („Report and Recommendations on Drafts of Constitutions for Bavaria, Wuerttemberg-Baden, and Hesse"), und einer Zusammenstellung von „Additional Division Recommendations", die OMGUS/CAD-ICOGS zurückgewiesen hatten[82].

Auch bei der genauen Überprüfung der Entwürfe fanden OMGUS/CAD-ICOGS

---

78 Military Government Relationship to the Work ..., 20.7. 1946, approved 21.7. 1946, LDC (= Clay), IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

79 Memorandum on Division Directors and Chiefs of Functional Offices, 30.7. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9; Parkman to Land Directors OMG Bavaria, Greater Hesse, Wuerttemberg-Baden, 2.8. 1946, IfZ, OMGUS-CAD 17/255-2/22.

80 OMGUS-CAD to OMGUS Divisions, 20.7. 1946, Functional Aspects of Land Constitutions, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

81 Vgl. die Antwortschreiben der verschiedenen Abteilungen auf die Aufforderung vom 30.7. 1946 (Anm. 80), IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

82 Analysis ... and Additional Division Recommendations, IfZ, Selected Records, MA 1420/8; Report and Recommendations, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur wenige Bestimmungen, die zu beanstanden waren, und weniges, was noch hinzugefügt werden mußte. Nach Ansicht Parkmans war dabei die kurze Zeitspanne zu berücksichtigen, in der die Entwürfe entstanden waren: „There is every reason to expect that the Germans will correct them themselves ... Of course I realize you (Clay) may not want to make any explicit requirements at the present time ... However, if the issue is one which may later become the basis of disallowance it should probably be made explicit some time before the end of the deliberations." Parkman, der glaubte, die Verfassunggeber würden es begrüßen, wenn OMGUS sie bereits während der Verhandlungen auf Mängel hinweise, empfahl daher, die Deutschen darauf aufmerksam zu machen, daß die Verfassungen die politischen Grundrechte auch institutionell zu garantieren und ihre legislative Einschränkung auszuschließen hatten. Die Macht des Staates im Staatsnotstand war klar zu umschreiben und abzugrenzen, die lokale Selbstverwaltung ausdrücklich zu garantieren und das Verfahren bei Verfassungsänderungen deutlich vom normalen Gesetzgebungsverfahren zu unterscheiden. Auch sollten die Verfassungen das Gesetzgebungsrecht des Länderrates, künftiger Zentralbehörden oder einer Bundesregierung sowie die höhere Geltung der Militärregierungsgesetzgebung explizit anerkennen.

Die Länge des der Analyse beigefügten Berichtes (27 engzeilig beschriebene Manuskriptseiten) veranlaßte Parkman entschuldigend hinzuzufügen, dies habe sich allein aus der Notwendigkeit ergeben, den Verbindungsleuten ausreichendes Material zur Verfügung zu stellen: „Its length and specifity should in no way suggest that the Civil Administration Division proposes to review the final documents in terms other than those conformed in the general principles ... Furthermore, it must be understood that ... (it) will never be distributed to German officials nor will it be widely distributed either in this Headquarters ..."

Im ersten Teil des vierteiligen Berichtes[83] sind von OMGUS/CAD und ICOGS gemeinsam erarbeitete Empfehlungen zu einigen Kernstücken der Verfassungen formuliert, die die Basis des weiteren Vorgehens absteckten: Die Fachleute wollten es den Deutschen freistellen, ein volles parlamentarisches System mit der Möglichkeit eines Mißtrauensvotums oder ein parlamentarisches System, das die Stabilität der Regierung durch eine festgelegte Amtsdauer garantiert, zu errichten. Das Amt eines Staatspräsidenten sei in einem vollen parlamentarischen System wünschenswert, um der Regierung Stabilität und Kontinuität zu verleihen, bei einer festen Amtsdauer der Regierung sahen sie allerdings die Gefahr von inneren Macht- und Kompetenzkämpfen. Auch gegen die Errichtung einer zweiten Kammer hatten die Amerikaner nichts Grundsätzliches einzuwenden, wenn diese direkt gewählt, nicht auf korporativer Basis zusammengesetzt wurde. Letzteres wurde begründet mit den Erfahrungen der Weimarer Zeit: „A system which did not operate successfully under the Republic and which has been associated with totalitarian government ... ought not to be permitted in the difficult initial days of a democratic experiment." Die OMGUS-Berater wollten auch jedes Wahlsystem, das eine faire Repräsentation des Volkes und häufige Wahlen

[83] Report and Recommendations (wie Anm. 82).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

garantiert, akzeptieren. „Military Government cannot consistently take a position between proportional representation and any other system." In Anbetracht der negativen Weimarer Erfahrungen mit dem Verhältniswahlsystem wollte man den Deutschen allerdings nahelegen, auf eine konstitutionelle Verankerung des Wahlsystems zu verzichten. Trotz der negativen Erfahrungen mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung sahen die Amerikaner die Notwendigkeit von Notstandsbestimmungen. Diese sollten allerdings die Autorität der Regierungen genau definieren und zeitlich begrenzen. Auch die Empfehlung bezüglich „State and other Socialismus" zeigt, daß OMGUS den Ländern bei der konstitutionellen Festlegung ihrer künftigen gesellschaftlichen Ordnung – solange diese demokratische Grundsätze nicht verletzte – weitgehend freie Hand lassen wollte: „The degree to which the constitutions depart from a capitalistic toward a socialistic economic system is entirely their concern." Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Beamter sei aber zu verhindern; auch müsse die Übertragung zentraler ökonomischer Funktionen an eine Zentralregierung und zunächst an den Länderrat oder andere Einrichtungen gewährleistet sein.

Die Toleranz der Berater endete allerdings bei Verfassungsinhalten, in denen sie Gefahren für die künftige deutsche Demokratie zu erkennen glaubten: In der Struktur der Beamtenschaft und ihrer aktiven Teilnahme an der Parteipolitik sahen sie zwei wesentliche Schwachpunkte der deutschen Demokratie. „In view of its known political influence these weaknesses will not be corrected unless they are done by constitutional mandate." OMGUS/CAD-ICOGS empfahlen dringend, entgegen deutscher Tradition, die konstitutionelle Festschreibung des Leistungsprinzips bei der Ernennung und Beförderung von Beamten zu verlangen. Mit Ausnahme von Professoren, Lehrern und Pfarrern sollten „full-time professional civil servants" nicht gleichzeitig legislativen Gremien angehören, und ihre Mitgliedschaft in Parteien sollte sich auf untere Funktionen beschränken; „active participation in party affairs" sei ihnen zu verbieten.

Der Sicherung der amerikanischen Besatzungspolitik sollte schließlich die Einfügung bestimmter Übergangsbestimmungen dienen: „Our policy requires that the Laenderrat shall continue to function successfully in its assigned fields. This would not be possible under a parliamentary system even if constitutions give the minister presidents extra-legislative authority to act in these fields because in practise the executive would be called to account for any action taken." Eine Übergangsbestimmung sollte daher dem Länderrat oder anderen überzonalen Einrichtungen spezifische, der parlamentarischen Kontrolle der Landtage entzogene, Kompetenzen übertragen. Die Verfassungen sollten außerdem die Teilnahme der Staaten an einer künftigen Bundesregierung „for the whole of Germany or a large part thereof" präjudizieren, wobei der Grundsatz „Reichsrecht bricht Landrecht" zu gelten hatte. Schließlich sahen die Prinzipien vor, daß in einer weiteren Übergangsbestimmung die höhere Geltung der Militärregierungsgesetzgebung explizit anzuerkennen sei.

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Erwägungen waren die Vorentwürfe geprüft worden. Es würde zu weit führen, die amerikanische Kritik an verschiedenen Punk-

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten der Verfassungsentwürfe im einzelnen darzustellen, zumal die Modifizierung der Entwürfe durch die gewählten Gremien – wie von OMGUS vorhergesehen – einen Teil der Einwände gegenstandslos machte. Festzuhalten bleibt, daß die Einzelkritik sich im Rahmen der allgemeinen Empfehlungen bewegte und – abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie der empfohlenen Veränderung der Struktur der Beamtenschaft und der Begrenzung ihrer politischen Aktivität – keine allzu substantiellen Änderungen bedeutete.

Clays Reaktion auf die von seinem Stab gewünschten Interventionen zeigt einmal mehr seine liberale Einstellung in der Verfassungsfrage. Er kritisierte speziell die Haltung der OMGUS-Abteilungen, die seiner Ansicht nach dazu tendierten, Gesetze in die Verfassungen hineinschreiben zu wollen. Wieder einmal sah er sich gezwungen, seinen Stab abzukanzeln: „The constitution is a safeguard of all laws, a guide and safeguard of the German people. We must remember that the constitution is not law itself, but a rule under which laws are written."[84] Auch die Empfehlungen von OMGUS/CAD and ICOGS fanden nicht seinen ungeteilten Beifall. Er hielt es nicht für ratsam, daß die Verfassungen die höhere gesetzgebende Gewalt der Militärregierung anerkennen: „It would make it impossible for the Germans to ever have a patriotic fervor over their constitution." Auf seinen Vorschlag hin entschied OMGUS, den Vorbehalt des höheren Rechts der Militärregierung in die späteren Genehmigungsschreiben zu den Verfassungen einzubringen[85]. Gegen die korporative Zusammensetzung der zweiten Kammer hatte er keine Einwände, solange dieser nur beratende Funktionen zukamen[86]. Im Verlauf der Verfassungsberatungen hielt Clay ständigen Kontakt zu Parkman und beobachtete aufmerksam das Vorgehen seines Stabes. Als Parkman Clay berichtete, daß OMGUS bei dem Bemühen, die Deutschen von der Notwendigkeit der konstitutionellen Festschreibung der politischen Neutralität der Beamten zu überzeugen, auf erhebliche Widerstände gestoßen sei, erteilte Clay dieser Politik, die auch über die Empfehlung des Report hinausging, eine klare Absage: „I could never agree that a civil servant could not be a member of a party, that is a denial of what I hope is a constitutional right and is certainly the duty of every good citizen where there is a party government."[87] Dies war deutlich genug, trotzdem startete Parkman einen neuen Anlauf und lief zum zweiten Mal gegen eine Wand. Clay bestand nachdrücklich auf seiner Auffassung und mehr noch: Wenn die Deutschen eine bürokratische Form der Regierung wünschten, sei auch das ihr gutes Recht, darin sehe er keine Verletzung der Demokratie. Der General blieb unnachgiebig, und resigniert stellte Parkman fest: „It seems to me nothing to do but back down as gracefully as we can."[88]

---

84 Minutes, Staff Meeting, 3. 8. 1946, IfZ, Fg 12/5.

85 Clay an Parkman, 4. 8. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

86 Report on Wuerttemberg-Baden Constitutional Convention, 28. 8.–13. 9. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

87 Clay an Parkman, 20. 9. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

88 Parkman an Roger H. Wells, 24. 9. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Seit dem 15. Juli tagten die Verfassunggebenden Versammlungen, und es galt, die Planungen in der Praxis zu erproben. Der Erfolg des eingeschlagenen Weges hing nicht zuletzt davon ab, wie die deutsche Seite auf die amerikanische Taktik informeller Einflußnahme reagieren würde. Dabei kam den Verbindungsleuten eine außerordentlich wichtige Rolle zu, denn es lag bei ihnen, den richtigen Ton zu finden, um den schwierigen Balanceakt zwischen Intervention und Selbstbestimmungsrecht erfolgreich zu absolvieren. Die Wahl fiel für Bayern auf Roger Hewes Wells, im Zivilleben Professor für Politische Wissenschaften, stellvertretender Direktor der OMGUS/CAD, der später zum Chef der HICOG Historical Division avancierte, und für Hessen und Württemberg-Baden auf Kenneth Dayton, Jurist, ebenfalls aus dem Stab der OMGUS/CAD, der 1947 den Posten des stellvertretenden Land Director in Bayern übernahm.

In der ersten Augustwoche – das erste Drittel der für die Beratungen angesetzten Zeit war bereits abgelaufen – stellten die Liaison Officers die Verbindung zu den Deutschen her. Am 7. August erschien Roger Wells im Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung und stellte sich und zwei Sonderbeauftragte der bayerischen CAD offiziell den Anwesenden vor. Er erklärte, daß man bei der Genehmigung der Verfassung mit nur wenigen Änderungswünschen seitens der Militärregierung zu rechnen habe; um mögliche Mißverständnisse von Anfang an zu vermeiden, sollten auftauchende Fragen in einem freien Meinungsaustausch geklärt werden: „Wir stehen Ihnen zur Verfügung und würden gern von Zeit zu Zeit zwanglos mit Ihnen zusammenkommen ... wir hoffen, daß die Fraktionsführer und die Mitglieder des Verfassungsausschusses ihre Probleme frei und ungezwungen mit uns besprechen werden."[89] Ähnlich umschrieb Dayton in Hessen und Württemberg-Baden seine Rolle: „It is not the purpose of Military Government to tell the convention what sort of a Constitution it shall frame nor what its provisions shall be nor how its clauses shall be worded. It is to be a democratic constitution."[90] Dayton wies die Deutschen nachdrücklich darauf hin, daß nur er selber und jeweils zwei Vertreter der Ländermilitärregierung für die Verfassungsberatungen zuständig seien. „It is General Clay's express order that in order to avoid misunderstanding, no (other) Military Government division ... is to deal with the conventions or the constitutions, and the Civil Administration representatives will not interfere in your work but they will seek information and they will attempt to answer any question you may wish to ask." Der Hinweis auf die alleinige Zuständigkeit der drei Verbindungsleute kam nicht von ungefähr. Die Kritik der Abteilungen an den Vorentwürfen hatte ihre Tendenz zur detaillierten Reglementierung gezeigt, und trotz der klaren Anweisungen war nicht auszuschließen, daß übereifrige

[89] Stenographische Berichte ... (wie Anm. 63), II, S. 297.

[90] Statement suggested for Colonel Newman for Meeting with Executive Committee of Convention (Hessen), 7. 8. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Besatzungsoffiziere durch unbedachte Äußerungen das gesamte Unternehmen in Gefahr brachten[91].

Wells und Dayton bewiesen im Umgang mit den deutschen Repräsentanten viel Fingerspitzengefühl. Hoegner und der als Sachberater zu den bayerischen Verfassungsberatungen hinzugezogene Staats- und Verfassungsrechtler Hans Nawiasky, die beide als Väter der bayerischen Verfassung in die Landesgeschichte eingegangen sind, bestätigten in späteren Veröffentlichungen übereinstimmend, daß die bayerische Verfassung weitgehend frei von amerikanischem Einfluß entstanden sei, und hoben die vorsichtige Art der amerikanischen Interventionen hervor[92]. Der Hoegner-Biograph Peter Kritzer vermutet zwar, daß „sich der Verfassungsschöpfer Wilhelm Hoegner hier seiner eigenen wunschbedingten Sehweise nicht ausreichend bewußt geworden" sei[93], doch die – angesichts des lückenhaften Quellenmaterials leider nur bedingt mögliche – Rekonstruktion der Arbeitsweise Wells' gibt eher Hoegner recht: In der Regel wandten sich Wells und die beiden Vertreter der bayerischen Militärregierung an führende Einzelpersonen[94] der bayerischen Landesversammlung, um in informellen Gesprächen, die „stets in freundschaftlichem Geiste" geführt wurden, die amerikanischen Ansichten vorzutragen und die bayerischen Intentionen herauszufinden[95]. Die Amerikaner pflegten unverbindlich klingende Empfehlungen weiterzugeben[96], präzisere Formulierungen einzelner Artikel anzuregen und Fragen zu stellen, die die Verfassunggeber zum Überdenken bestimmter Punkte bringen sollten, wobei die Art der Fragen allerdings z. T. das erhoffte Ergebnis des Überdenkens bereits implizierte[97]. Gewünschte Ergänzungen wurden in allgemeiner Form artikuliert, die Ausgestaltung und Akzentuierung war den Deutschen überlassen[98].

Noch geschickter war die Methode Daytons in Hessen und Württemberg-Baden. Wie Wells nahm er Verbindung zu führenden Repräsentanten der Verfassunggebenden Versammlungen auf. Bereits am 5. August hatte er den Kontakt zu den Verfassunggebern hergestellt. Bei dieser ersten Zusammenkunft diskutierte man noch keine inhaltlichen Fragen. Aber: „As a result of the informal meeting there developed a considerable evidence of a readiness to work together toward a common goal." Erst in

---

91 Vgl. auch Parkman, Military Government Procedure, 18.7. 1946 (wie Anm. 69), der auf solche Vorkommnisse hinweist. Wie zahlreich derartige unautorisierte Interventionen waren, ist kaum abzugrenzen. Wahrscheinlich waren sie vor allem in der Vorbereitungsphase von nicht geringer Bedeutung.

92 Vgl. z. B. Wilhelm Hoegner, Besatzungsmacht und Bayerische Verfassung von 1946, in: Politische Studien, H. 66, 1955, hier S. 353; Hans Nawiasky, unter Mitarbeit von Ministerialrat Claus Leusser, Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946. Kommentar, München 1948, S. 26.

93 Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979, S. 208.

94 Wells an Parkman, 7. 8. 1946, 1. Report on Progress in Drafting Bavarian Land Constitution, IfZ, Selected Records, MA 1420/8; Stenographische Berichte (wie Anm. 63), II, S. 469.

95 Nawiasky, Kommentar, S. 26.

96 Stenographische Berichte (wie Anm. 63), II, S. 413.

97 Wells an Hoegner, 8. 8. 1946, BayHStA, ABSTK, MA 110 904.

98 Stenographische Berichte (wie Anm. 63), III, S. 409.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den folgenden Treffen wurden inhaltliche Probleme diskutiert. Verschiedene Berichte an OMGUS/CAD zeigen seine Methode der Einflußnahme: „Following our agreed policy, the discussion on our side was confined entirely to inquiry as to the meaning of certain provisions, the reason or the German practice back to them, and the consistency of one article with another. No suggestion was made as to the view of Military Government. For the purpose of discussion, I grouped articles presenting like problems together."[99] So erreichte er die zufriedenstellende Modifizierung eines Großteils der von OMGUS kritisierten Artikel, ohne Druck auf die Deutschen auszuüben. Dayton leitete sein Frage-und-Antwort-Spiel in Hessen übrigens sehr klug mit einer Frage ein, die eindeutig dem deutsch-amerikanischen Konsensbereich zuzuordnen ist, nämlich ob das Verbot von ex post facto Gesetzen (Art. 18 des Vorentwurfs) mit dem Entnazifizierungsgesetz und die Garantie der politischen Überzeugungsfreiheit (Art. 1 u. 9 des Vorentwurfs) mit der Begrenzung der Rechte für Angehörige antidemokratischer Vereinigungen (Art. 126 des Vorentwurfs) vereinbar seien. Natürlich bekam er das intendierte Ergebnis, denn in Hessen – wie auch in den anderen beiden Ländern – war es ein Leitfaden der Verfassungsberatungen, Nazis und andere antidemokratische Gruppen von den durch die Verfassungen garantierten Betätigungsfreiheiten auszuschließen und eine „wehrhafte Demokratie" zu errichten[100]. Daytons kompetente und intelligente Fragen ließen das Eis sehr schnell schmelzen. Seinen Berichten zufolge entwickelten sich konstruktive Diskussionen, die es ihm ermöglichten, eher unauffällig die amerikanischen Ansichten vorzubringen, wobei auch er sich häufig von seinen Diskussions*partnern* überzeugen ließ. Nicht wenige der von OMGUS kritisierten Artikel versah er nach der Besprechung mit den Deutschen mit der Bemerkung „acceptable" und schickte sie unmodifiziert nach Berlin zurück[101].

Während es Dayton in Hessen sehr bald gelungen war, zu seinen Gesprächspartnern ein Vertrauensverhältnis zu entwickeln, das es dann erlaubte, auch die in den deutsch-amerikanischen Dissensbereich fallenden Probleme gemeinsam anzugehen, stieß er in Stuttgart auf erhebliche Widerstände. Da er wegen seiner Doppelbelastung hier erst am 19. August den Kontakt aufnehmen konnte, war die Arbeit schon weiter fortgeschritten. Die Stuttgarter hatten bereits festere Positionen eingenommen und waren nicht sonderlich an Gesprächen mit dem Amerikaner interessiert. Dayton gelang es nicht, Diskussionen zu provozieren, nur *einer* der Anwesenden ergriff auf Daytons Fragen gewöhnlich das Wort: Staatsrat Carlo Schmid, von dem der erste Entwurf der württemberg-badischen Verfassung stammte und der, obwohl ohne offizielles Mandat, als „extremely influential individual"[102] an den Stuttgarter Beratungen teilnahm. Schmid – noch bei den Diskussionen um die Ausarbeitung des Grundgesetzes Gegner einer Verfassunggebung unter den unfreien Bedingungen der

[99] Report on Hessian Constitutional Convention, 6–13 August '46, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[100] Ebenda.

[101] Vgl. die verschiedenen Berichte in IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[102] Report on Wuerttemberg-Baden Constitutional Convention, 6–13 August, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Besatzungszeit[103] – zeigte sich dem Amerikaner gewachsen. In der ersten Woche blieb Dayton fast völlig erfolglos. Enttäuscht konstatierte er in seinem Bericht: „I did not feel that the discussion with the committee had been fully satisfactory because of their united front and the fact that Dr. Schmid spoke for all of them."[104] Als auch bei seinem zweiten Aufenthalt keine entscheidende Änderung der Einstellung des Stuttgarter Wortführers erkennbar war, entschieden sich Dayton und Land Director Colonel William Dawson, Schmid, der als Haupthindernis konstruktiver Zusammenarbeit angesehen wurde, auszuschalten: „The only hope of getting substantial further changes was to bring the real convention leaders together."[105] Tatsächlich fand die folgende Besprechung am 9. September ohne ihn statt. Dem bei den Württemberg-Badenern offenbar sehr beliebten Dawson[106] fiel die Aufgabe zu, den Deutschen ins Gewissen zu reden: „Colonel Dawson explained that the conventions were wholly free to draft their own constitution but Military Government approval thereof would obviously be subject to compliance with the Potsdam principles, the McNarney declaration, and other basic military policy. We had no intention to ask them to make changes unacceptable to the conventions but wanted to point out items which if acceptable would remove possible Military Government objections."[107] Auch das half nicht, die Stuttgarter blieben stur. Offenbar war ihnen aber nicht entgangen, daß Dayton die Geduld zu verlieren begann. Offensichtlich entschlossen, den Kampf durchzufechten, gaben sie am Ende der Sitzung ihrem Unmut klaren Ausdruck: „The meeting ended with an extended statement by Dr. Ulrich[108], in which he said that everybody wanted to create a democracy and exterminate nazism and militarism, that to do this it was not enough to expel the individuals but the spirit must be exterminated, that success depended on providing food and work for the people and the best Constitution was useless unless this was done."

Sollte diese Provokation den Abbruch der Verfassungsberatungen in Württemberg-Baden intendiert haben, so mußte dies fehlschlagen. In anderen Fällen hätte OMGUS zweifellos scharf reagiert, doch die Verfassungen waren Bestandteil langfristiger Pläne für Deutschland, und schließlich war der Erfolg der frühen Verfassunggebung schon aus Prestigegründen ein Muß. Inzwischen hatte sich die Situation auf alliierter Ebene, d.h. der amerikanisch-sowjetische Konflikt, weiter verschärft, und der längst eingeschlagene Kurswechsel amerikanischer Besatzungspolitik war seit der

---

[103] Vgl. Rede Schmids auf der Ministerpräsidenten-Konferenz, 21./22.7.1948, gedruckt in: Johannes Volker Wagner (Bearb.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1, Vorgeschichte, S. 199 f.; sowie: Die Verfassungen von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, mit einer Einführung von Carlo Schmid, Schwenningen 1947, S. 3.

[104] Report on Wuerttemberg-Baden Constitutional Convention 19–24 August 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

[105] Report ... 28 August to 13 September, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

[106] Feuchte, Verfassungsgeschichte, S. 25.

[107] Wie Anm. 105.

[108] Fritz Ulrich, seit 1945 württemberg-badischer Innenminister, später stellvertr. Fraktionsführer der SPD, wurde in der NS-Zeit verfolgt und ins Konzentrationslager verbracht, vgl. Feuchte, Verfassungsgeschichte, S. 325.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers am 6. September 1946 offiziell. Byrnes war in seiner Rede ausdrücklich auch für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung eingetreten; nach Ansicht Washingtons sollte dem deutschen Volk „jetzt die Erlaubnis und Unterstützung gewährt werden ..., um die notwendigen Vorbereitungen zur Bildung einer demokratischen deutschen Regierung zu treffen". Dabei hatte er auf die Fortschritte in der amerikanischen Zone hingewiesen, die nach Ansicht der USA auch in anderen Zonen erreichbar seien[109]. Man kann sich ausmalen, welchen Propaganda-Rückschlag der vorzeitige Abbruch der Stuttgarter Verfassungsberatungen ausgelöst hätte. In dieser Situation konnten die Amerikaner nicht mehr zurück; sie mußten vielmehr alles daran setzen, um den Erfolg ihrer Politik zu beweisen. Neben dem demokratisch bestimmten „good will" in der Frage der Länderverfassungen gewannen hochpolitische Erwägungen immer mehr an Bedeutung. Wie sich vor allem in Württemberg-Baden zeigte, wo die Amerikaner weit von ihren ursprünglichen Forderungen abgingen, um nicht noch mehr Opposition gegen die Verfassung zu riskieren[110], hatten es die Deutschen weitgehend selber in der Hand, wie dominant der amerikanische Einfluß in ihren Verfassungen zur Geltung kam.

Ihnen war freilich der Zugang zu den amerikanischen Überlegungen weitgehend verwehrt. Sie befanden sich zudem in einer ungünstigen psychologischen Situation: als Besiegte war ihre Lage abhängig vom Wohlwollen der Sieger, und das Ende dieses Zustandes war kaum abzusehen. Um es mit den Worten Hoegners auszudrücken: Die Deutschen hatten „auf Gnade und Ungnade kapituliert"[111]. Mit der Annahme der Verfassungen allerdings war ein weiterer Schritt zur Freiheit getan. Je stärker der Wille zur Schaffung der Staatsgrundgesetze in den einzelnen Ländern dominierte, desto mehr war man bemüht, den amerikanischen Wünschen entgegenzukommen. In Bayern, wo die frühe Verfassunggebung aus partikular-föderalistischen Motiven vollste Unterstützung fand, trafen die Amerikaner den idealen Nährboden für ihre Politik. Am Beispiel Bayerns lassen sich daher die Motive und Kriterien, die zur Annahme oder Ablehnung amerikanischer Anregungen, Wünsche oder Fragen beitrugen, am deutlichsten nachvollziehen.

In München berücksichtigte man viele der amerikanischen Anregungen mit bemerkenswerter Einmütigkeit. Dabei handelte es sich überwiegend um kleine Änderungen, die dem bayerisch-amerikanischen Konsensbereich entsprachen. So wiesen die

---

109 Text der Rede in: Dokumente, S. 45 ff., hier S. 51.

110 Vgl. Report and Recommendations (wie Anm. 82) und die verschiedenen Arbeitsberichte Daytons zu Württemberg-Baden (Anm. 102, 104, 105) sowie Memorandum for DMG, Approval of Wuerttemberg-Baden Constitution, 21. 10. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9. Feuchte, S. 51, stellt allerdings in Unkenntnis der amerikanischen Quellen aufgrund der deutschen Protokolle fest, die amerikanischen Anregungen seien „durchwegs berücksichtigt" worden. Die bislang für Württemberg-Baden v. Verf. noch nicht unternommene Gegenüberstellung aus amerikanischen Quellenbeständen nachweisbarer Interventionen mit den in den Protokollen zum Ausdruck kommenden „Anregungen" wird wahrscheinlich ergeben, daß dort überwiegend die „Anregungen" auftauchen, die auch aufgenommen wurden. Ein solches Ergebnis erbrachte die Gegenüberstellung für Bayern.

111 Stenographische Berichte (wie Anm. 63), I, S. 44.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbindungsleute etwa mit Recht darauf hin, daß Verfassungsänderungen, die nach dem bayerischen Entwurf in einem Volksentscheid einer Mehrheit der Stimmberechtigten bedurften, bei zu geringer Wahlbeteiligung nie zustande kommen würden[112]. Solche Hinweise auf „Flüchtigkeitsfehler" waren in Bayern durchaus erwünscht. Doch man folgte auch substantiellen Anregungen, die teilweise den Intentionen zumindest einiger Repräsentanten des Landes widersprachen, so bei der Einführung des Leistungs- und Wettbewerbssystems für die Einstellung und Beförderung von Beamten, gegen die sich vor allem Nawiasky und Teile der CSU wandten, die aber schließlich einstimmig – bei einer Stimmenthaltung – angenommen wurde, da „von amerikanischer Seite Gewicht darauf gelegt" wurde[113]. Noch weniger Beifall fand der amerikanische Einwand gegen die in Artikel 6(2) formulierten Bestimmungen zur Unverlierbarkeit der bayerischen Staatsangehörigkeit. Auf Wunsch von OMGUS sollte die Verfassung hier nicht zwischen „angeborener" und „erworbener" Staatsangehörigkeit unterscheiden. Auch diesem Wunsch fügte man sich, allerdings mit dem Kalkül, man könne „auch künftig die Aberkennung aussprechen, nur nicht durch einfaches Gesetz, sondern durch verfassungsänderndes Gesetz", oder auch per Gesetz von vornherein den Erwerb der bayerischen Staatsangehörigkeit erschweren[114]. Die wohl wichtigste Bestimmung, die den Anregungen Wells' zum Opfer fiel, war die im Vorentwurf (Art. 113(1)) vorgesehene Planwirtschaft, die ersatzlos gestrichen und durch einen stark verwässerten Artikel ersetzt wurde[115]. Weitgehend berücksichtigt wurden auch die amerikanischen Wünsche bezüglich der Übergangs- und Schlußbestimmungen[116].

Die Motive zur mehr oder weniger bereitwilligen Annahme auch dieser substantiellen Anregungen der Besatzungsmacht sind von der grundsätzlichen bayerischen Bejahung der Verfassung nicht zu trennen. Kurz vor Beginn der Verfassungsberatungen hatte Clay noch einmal drastisch darauf hingewiesen, wie eng die Übertragung von Kompetenzen an deutsche Stellen mit einem reibungslosen Funktionieren im Sinne der Besatzer verbunden war. Er kritisierte das schlechte Fortschreiten der Entnazifizierung in Bayern und drohte, diese notfalls durch das Besatzungsheer durchführen zu lassen. „Bayern wird dann im Herbst keine Wahlen haben und kein Recht, sich selbst zu regieren."[117] Machtdemonstrationen dieser Art waren kaum angetan, das ohnehin gestörte Selbstbewußtsein im Umgang mit den Besatzern zu stärken. Schließlich konnte auch die weiche Form, in der OMGUS in dieser Phase Einwände geltend machte, nicht darüber hinwegtäuschen, daß die entsprechenden Verfassungsinhalte die Mißbilligung der Militärregierung fanden, und jede Anregung, die unberücksichtigt blieb, erhöhte in bayerischen Augen die Gefahr, daß die gesamte Verfas-

[112] Ebenda, II, S. 413.
[113] Ebenda, II, S. 426–437, hier S. 437.
[114] Ebenda, II, S. 471–473, hier S. 472.
[115] Ebenda, III, S. 468 f., und Stenographische Berichte der Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, S. 158, 168.
[116] Stenographische Berichte (wie Anm. 63), III, S. 669.
[117] Vormerkung vom 11. 6. 1946, BayHStA, NL Pfeifer, 144.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sung abgelehnt würde: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht Herren unseres Geschickes sind, und wir müssen darnach trachten, den Wünschen der Militärregierung entgegenzukommen, weil von ihr die Genehmigung unserer Verfassung abhängt."[118] Wie weit man den Besatzern entgegenkommen mußte, war allerdings ein Problem, über das unterschiedliche Auffassungen bestanden. So beklagte Nawiasky später, daß man in seiner Abwesenheit eine Reihe von Änderungswünschen „sozusagen ahnungslos" akzeptiert hatte. Mindestens „hätte man sich weniger sklavisch an Einzelwünsche halten können. Dabei habe ich immer die Erfahrung gemacht, daß man mit den Amerikanern gut reden kann, wenn man ihnen überlegen ist."[119]

Tatsächlich hatte man auch in Bayern nicht alle amerikanischen Einwände berücksichtigt. Wonach richtete sich aber der Grad des Entgegenkommens? Bei Änderungsvorschlägen, die als irrelevant oder konstruktiv im bayerischen Sinne empfunden wurden, war die Entscheidung problemlos. Einige Einwände, die aus Mißverständnissen oder Übersetzungsfehlern resultierten, konnten schnell im Sinne der Verfassunggeber aufgeklärt werden. Schwierig wurde es erst, wenn Änderungswünsche substantielle Inhalte tangierten, etwa im Falle der Beamtenartikel oder der Planwirtschaft. Am Beispiel des vorzeitigen Endes eines bayerischen „Sozialismus" läßt sich sehr gut zeigen, wie sehr der Begriff der Interaktion auf die Verfassungsentstehung zutrifft:

Wie die Beteiligten auch in späteren Veröffentlichungen versicherten, war die Planwirtschaft „an dem Widerspruch der amerikanischen Militärregierung gescheitert"[120]. Die einschlägigen Empfehlungen von OMGUS/CAD – ICOGS lauteten aber eindeutig, daß die sozialistischen Elemente der Verfassungen unangetastet bleiben sollten, soweit sie mit der Organisation des Länderrates oder einer größeren Wirtschaftseinheit vereinbar seien und nicht zur Anhäufung wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger – im bayerischen Entwurf der Staatsregierung – führen. In diesem Sinne wollte man zwar auf eine Änderung, nicht aber auf die Streichung dieses Artikels hinwirken. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß OMGUS von vornherein davon ausgegangen war, daß speziell der Wirtschaftsteil des Entwurfes bei den eigentlichen Beratungen modifiziert würde: „It is by no means certain that they will be approved in their present form by the convention."[121] Entsprechend der amerikanischen Erwartung erreichten die bürgerlichen Parteien bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung eine deutliche Mehrheit, während im Vorbereitenden Ausschuß die Linksparteien dominiert hatten[122]. Die Diskussion um die Formulierung

[118] Sten. Berichte (wie Anm. 63), III, S. 479.

[119] Nawiasky an Oberregierungsrat Johannes von Elmenau, 24. 12. 1947, Institut für Politik und Öffentliches Recht der Ludwig-Maximilians-Universität München, Teilnachlaß Nawiasky 96.

[120] Vgl. Hoegner, Besatzungsmacht, S. 353; Nawiasky, Kommentar, S. 25; Zitat: Stenographische Berichte (wie Anm. 63), III, S. 569.

[121] Report and Recommendations (wie Anm. 82).

[122] Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung erreichte die CSU 58,3%, die FDP 2,5% (Mitteilungen des Bayerischen Statistischen Landesamts, Heft 13, 1946, S. 13ff.), während der Vorbereitende Ausschuß 4 SPD, 3 CSU, 1 KPD und 1 parteiloses Mitglied (Nawiasky, vor 1933 BVP) aufwies. Vgl. die Protokolle in: IfZ, NL Hoegner, ED 120/129.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Ersatzartikels – der ursprüngliche Artikel war entgegen sonstiger Gewohnheit kommentarlos gestrichen worden – zeigte auch deutlich, daß die Amerikaner recht behalten hätten. Die bayerische FDP sprach sich ohnehin gegen die Planwirtschaft aus, und die Befürworter aus den Reihen der in dieser Frage uneinigen CSU wollten keine sozialistische Planwirtschaft, „sondern eine ordnungsgemäße und saubere Lenkung der Wirtschaft", um der sich aus den Kriegsfolgen ergebenden Notlage gerecht werden zu können. Der in diesem Sinne formulierte Ersatzartikel wurde für diesen Zweck als ausreichend erachtet und auf Initiative der CSU im Verlauf der Verhandlungen sogar noch weiter abgemildert[123].

Daß auf der anderen Seite die Amerikaner, die sozialistische Bestrebungen während der Besatzungszeit wiederholt unterdrückten[124], bei den Verfassungsberatungen auch in bezug auf sozialistische Tendenzen nicht unnachgiebig waren, zeigt ein Blick auf die Vorgänge in Hessen. Trotz aller Bemühungen gelang es den Amerikanern dort nicht, eine Änderung des Artikels 41 der hessischen Verfassung, der weitgehende Sozialisierungsbestimmungen enthält, durchzusetzen. Dayton stieß auf die feste Front aller Parteien, die den Artikel, der Bestandteil eines Kompromisses zwischen CDU und SPD war, geschlossen unterstützten[125]. Das Beispiel Hessens wie auch Württemberg-Badens, wo in Art. 25 ebenfalls das Prinzip der Planwirtschaft festgelegt wurde, beweist, daß man auch in Bayern durchaus die Chance gehabt hätte, eine ähnliche Bestimmung durchzusetzen. Die eigentliche Ursache für die nachhaltige Wirkung der amerikanischen Beanstandung in Bayern war, daß die Planwirtschaft hier unter den deutschen Repräsentanten selbst keine Mehrheit fand. Die Militärregierung brachte lediglich einen längst lockeren Stein ins Rollen, und es darf vermutet werden, daß der amerikanische Vorstoß den Gegnern sozialistischer Ideen sehr willkommen war.

Amerikanischer Einfluß konnte sich immer dann substantiell bemerkbar machen, wenn die Kritik den Interessen einer der großen Parteien entgegenkam. Die amerikanischen Interventionen wurden quasi in den Dienst von Parteiinteressen genommen, die mit amerikanischer Rückendeckung problemloser zu realisieren waren, da keine der beiden großen Parteien die alleinige Verantwortung für das Risiko einer Ablehnung der Verfassung durch OMGUS tragen wollte. So wurden nicht selten auch unabhängig von tatsächlichen Interventionen laufende Aktivitäten der Besatzungsmacht zitiert, um eigenen Vorschlägen größeren Nachdruck zu verleihen[126]. Stieß OMGUS mit seiner Kritik dagegen auf die geschlossene Front beider großer oder aller Parteien, konnte sich die deutsche Seite in der Regel durchsetzen. So scheiterte in Bayern

[123] 1. Fassung des Artikels in: Stenographische Berichte (wie Anm. 63), I, S. 10; Diskussion ebenda, III, S. 570 ff., und Stenographische Berichte der Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, S. 158, 168.

[124] Vgl. Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 171–174, 225 f.

[125] Horst Albert Kuckuck, Etappen im Ringen um eine Wirtschaftskonzeption der CDU 1945–1949, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, hrsg. von Lothar Albertin u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 247.

[126] Stenographische Berichte (wie Anm. 63), II, S. 497.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etwa der Versuch, die 10%-Klausel zur Ausschaltung von Splitterparteien zu senken, da diese Bestimmung fester Bestandteil eines CSU-SPD-Kompromisses (Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht mit 10%-Klausel) war und von beiden Parteien gleichermaßen verteidigt wurde[127]. Selbst in Fällen, die vital die amerikanische Besatzungspolitik tangierten, konnten sich die Deutschen – bedingt – durchsetzen. So widersetzten sich alle drei Länder dem amerikanischen Wunsch, dem Länderrat oder anderen überzonalen Einrichtungen Funktionen zu übertragen, die der parlamentarischen Kontrolle durch die Landtage entzogen waren. Wie wichtig Clay im Interesse der größtmöglichen Stabilität und Flexibilität solcher Zentralverwaltungen gerade dieser Punkt war, zeigt sich an seiner vehementen ersten Reaktion, die in ganz untypischer Weise von seiner sonst in der Verfassungsfrage gewahrten liberalen Haltung abwich. Offensichtlich verärgert empfahl er, „to tell the constitutional assemblies that if they don't reach agreement on a satisfactory constitution by the agreed date, the right of self-determination shall be suspended indefinitely"[128]. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß diese Drohung die Deutschen tatsächlich erreicht hat. Sie blieben jedenfalls bei ihrer Meinung, und die Ministerpräsidenten präsentierten OMGUS einen gemeinsam erarbeiteten Entwurf des Artikels, der die parlamentarische Kontrolle durch die Landtage vorsah. OMGUS/Clay traten einen Teilrückzug an: „If necessary I (Clay) will accept this wording – and will place in our approval of Constitutions our intent to use Laenderrat for common policies."[129]

Die fertigen Entwürfe, die nach einer Fristverlängerung zwischen dem 27. September und 5. Oktober schließlich bei OMGUS eintrafen, waren, wie Clay feststellte, „the best that can be obtained by suggestion ... The assemblies believe and proclaim that the instruments as they now stand truly represent their own work"[130]. Durch ihr vorsichtiges Taktieren war es der Militärregierung weitgehend gelungen, die beiden widersprüchlichen Ziele – einerseits Sicherung des amerikanischen Einflusses auf die Verfassungen, andererseits Schaffung einer Atmosphäre der Verfassunggebung frei vom Diktat der Besatzungsmacht – weitgehend miteinander in Einklang zu bringen.

Insgesamt war man mit den Ergebnissen der Verfassungsberatungen zufrieden. Die meisten der Vorbehalte, die gegen die Vorentwürfe bestanden hatten, waren – teils als Ergebnis der informellen Lenkung, teils aufgrund eigenständiger deutscher Initiative – gegenstandslos geworden. Im Interesse des Ganzen – um den Verfassungen eine möglichst breite Unterstützung der Parteien und der Bevölkerung zu sichern – war OMGUS in Fragen, denen eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wurde, be-

---

[127] Ebenda, S. 470, 480.

[128] Minutes, Staff Meeting, 14. 9. 1946, IfZ, Fg 12/6.

[129] Telefonische Anweisung Clays, wiedergegeben im Brief Parkmans an Dawson, 24. 9. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[130] Clay Personal for Echols (= General O. P. Echols, War Department CAD), CC 5554, 15. 10. 1946, in: Clay-Papers, S. 270 f.; vgl. auch Rede des Präsidenten der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, Michael Horlacher, in: Stenographische Berichte (wie Anm. 123), S. 241.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reit, vom ursprünglichen Konzept abzugehen, z. B. im Fall des Wahlsystems, das entgegen dem amerikanischen Wunsch in allen drei Entwürfen verankert war[131]. Verfassungsinhalte undemokratischer Natur und dem Potsdamer Abkommen oder amerikanischen Besatzungszielen klar widersprechende Bestimmungen konnte und wollte OMGUS allerdings nicht akzeptieren. Die Überprüfung, die wieder von OMGUS/CAD-ICOGS und den einzelnen Abteilungen vorgenommen wurde, ergab, daß alle Verfassungen nur noch wenige Artikel enthielten, die einer dieser Kategorien zuzurechnen waren[132]: Der bayerische und der württemberg-badische Entwurf erlaubten die Zwangsmitgliedschaft in Wirtschafts- und anderen Verbänden und räumten ihnen hoheitliche Befugnisse ein; in beiden Entwürfen fehlte die explizite Garantie der lokalen Wahl der Gemeindespitzen; im bayerischen Entwurf gaben die Bestimmungen zur Besetzung des Staatsgerichtshofes Anlaß zur Kritik, weil sie nicht im Interesse einer klaren Gewaltenteilung ausschlossen, daß Abgeordnete des Landtags in den Gerichtshof berufen werden konnten. Ähnliches galt für die nach dem württemberg-badischen Entwurf mögliche legislative Beschränkung des Rechts zur Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes. Am bayerischen Entwurf war schließlich zu bemängeln, daß der mögliche Ausschluß der Öffentlichkeit von Landtagsverhandlungen nicht an präzisere Bestimmungen gebunden und erschwert war, daß ein Schiedsspruch in Arbeitsstreitigkeiten durch die Staatsregierung möglich und nicht eine gesetzlich geregelte Zuständigkeitsgrundlage hierfür vorgesehen war. Und da der Alliierte Kontrollrat sich gerade mit der Ausarbeitung eines Gesetzes zur deutschen Staatsangehörigkeit befaßte, bot dies Anlaß, dafür zu plädieren, die erst auf Wunsch von Wells eingefügte entsprechende Bestimmung des bayerischen Entwurfs wieder zu streichen. Schließlich war die Übergangsbestimmung zur Sicherung der Entnazifizierung dahingehend zu erweitern, daß nicht nur das Befreiungsgesetz vom 5. März 1946, sondern auch etwaige Nachfolgegesetze damit abgedeckt waren. Am hessischen Verfassungsentwurf kritisierte OMGUS neben Artikel 41, der auf Wunsch Clays die vorgesehene Sozialisierung nur als Programmsatz, nicht als verbindliches Recht fixieren sollte, die für Verfassungsänderungen notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit, die als zu hohe Hürde angesehen wurde, und die Möglichkeit der Mitgliedschaft von Landtagsabgeordneten im Verfassungsgerichtshof[133].

Anläßlich einer Sitzung des Länderrates am 8. Oktober wollte Clay die Verfassungen vorbehaltlich der Berücksichtigung der aufgeführten Einwände endgültig geneh-

[131] Die bayerische und die württemberg-badische Verfassung enthalten sehr detaillierte Angaben (Art. 75 HV, Art. 52 W-BV, Art. 14 BV); vgl. auch: Constitutional Questions pending on 22 September 46, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[132] Wuerttemberg-Baden Constitution – Recommended Exceptions, Changes and Reservations, Division Recommendations on which Civil Administration Division recommends that no action be taken, 7. 10. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9, sowie Greater Hesse Constitution ... bzw. Bavarian Constitution, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[133] Memorandum, Parkman an Deputy Military Governor, 14. 10. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

migen[134]. Sein Vorhaben wurde aber zunächst durchkreuzt, denn sowohl das State wie das War Department in Washington verlangten ihrerseits ein Mitspracherecht. Beide Ministerien hatten aufgrund des knappen Zeitplanes nur wenige Chancen, in das Geschehen einzugreifen. Der Schriftwechsel zwischen Clay und den Washingtoner Behörden zeigt, daß der General sie am liebsten völlig aus den Verfassungsarbeiten herausgehalten hätte. Die Vorentwürfe erhielten sie erst Ende August nach einer ausdrücklichen Anforderung, wobei Clay im Begleitschreiben klargestellt hatte, daß er nicht bereit sei, weitgehende Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Länder in der Verfassungsfrage zuzulassen[135]. Clay wurde jedoch zwischen dem 6. und 8. Oktober angewiesen, die geplante endgültige Genehmigung aufzuschieben und die Stellungnahme der Ministerien abzuwarten[136]. Dem General blieb nichts anderes übrig, als die Endentwürfe zur Ansicht weiterzugeben, Washington über die von OMGUS intendierten Modifikationen zu informieren und zu hoffen, daß man dort die „sincerity of purpose evident in these constitutions in the construction of a democratic form of government" erkennen und gebührend berücksichtigen werde[137].

Seine Hoffnung, „that State and War Department will not insist on additional changes"[138], erfüllte sich jedoch nicht. Am 13. Oktober traf der erste Washingtoner Kommentar zur bayerischen Verfassung ein: „It is strongly felt that Bavarian Constitution still does not safeguard basic democratic principles in important respects."[139] Es folgte vernichtende Kritik an einzelnen Verfassungsinhalten, die deutlich zeigt, daß man in Washington die „sincerity of purpose" offenbar nicht erkannt hatte. Weitab vom Schauplatz des Geschehens war man dem Geist der Strafdirektive JCS 1067 scheinbar noch stark verhaftet: Die in der bayerischen Verfassung bestehende Mischung zwischen präsidialem und parlamentarischem System, Resultat der späten Streichung des anfangs fest eingeplanten Staatspräsidenten, sei unklug und nicht praktikabel und sollte durch ein volles parlamentarisches System ersetzt werden. Artikel 48 über das Notverordnungsrecht sollte möglichst ersatzlos gestrichen werden, ebenso Artikel 98, der Einschränkungsmöglichkeiten der Grundrechte definiert. Das gleiche Schicksal war Artikel 111, der die Presse zur sachlichen Berichterstattung, und Artikel 117, der „alle" zur Betätigung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte im Interesse des Gemeinwohls verpflichten wollte, zugedacht. Die 10%-Klausel sei zu restriktiv, die Möglichkeit nichtöffentlicher Gerichtsverhandlungen (Art. 90) gefährlich, die demokratische Wahl des Senats (Art. 36) zu sichern. Kurio-

[134] Draft Cable, CC 5210, undatiert (9. 10. 46), OMGUS to AGWAR, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

[135] Darauf weisen die Entwürfe später entschärft verschickter Cable hin, z. B. 2. Draft, OMGUS (Clay) to AGWAR, undatiert (endgültige Fassung vom 23. 8. 1946), IfZ, OMGUS-CAD 17/255-2/24.

[136] Wie Anm. 134.

[137] Ebenda.

[138] Ebenda.

[139] AGWAR FROM WDSCA GO TO OMGUS, Ref. W-82974, 13. 10. 1946, IfZ, OMGUS-CAD 17/255-2/25.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

serweise kritisierte Washington auch Artikel 180 der Verfassung, der auf Wunsch von OMGUS die Möglichkeit der Kompetenzübertragung an den Länderrat etc. sicherte, als völlig inakzeptabel und undemokratisch. Hier zeigt sich wohl am deutlichsten, wie fern die Sachverständigen Washingtons der Besatzungspolitik Clays standen.

Aufgrund des Washingtoner Kommentars, der die gesamte Verfassungspolitik der Militärregierung über den Haufen zu werfen drohte, berief Clay eine Konferenz ein, auf der er mit Wells, Dayton und Litchfield die neue Lage diskutierte[140]. Am Ende der Besprechung diktierte er ein Telegramm an General O. P. Echols, den Chef der Abteilung für Zivile Angelegenheiten im War Department, und informierte ihn, daß alle Einwände bereits mit den Deutschen besprochen worden und Änderungen nur per Befehl zu erreichen seien, was aber das Prestige der Verfassunggeber erheblich schädigen würde. Außerdem tangierten die Washingtoner Änderungswünsche zum Teil Kompromisse der Parteien und das Bestehen darauf könnte die Annahme der Verfassungen gefährden: „I believe as a minimum the full support of both major parties in all three states would be lost and the constitutions would go before the people with only single party support. However we might well fail approval of the constitutional assemblies." Damit würde sich die Ratifizierung der Verfassungen verzögern: „The latter occurence would be disastrous to our accomplishments in government to date."[141] Im übrigen stimmte er auch inhaltlich dem Washingtoner Kommentar nicht zu. Weder in Artikel 98 noch in den Artikeln 111 und 117 sah er demokratische Prinzipien verletzt, Artikel 180 schließlich sei auf Wunsch von OMGUS eingefügt worden. Noch einmal beschwor er Washington, den deutschen Willen zur Demokratie anzuerkennen und auf die Modifizierung der beanstandeten Artikel zu verzichten.

Clay war entschlossen, seine Politik durchzusetzen. Er hatte sich der Rückendekkung des Assistant Secretary des War Department, Peterson, versichert, und Peterson war bereit, das Problem notfalls dem Präsidenten vorzutragen[142]. Der General gewann das Gefecht: „Comments ... were intended be used in light of your knowledge, experience and condition in field. As indicated your studies these constitutions involve most important political consequences for Germany. It is not proposed that you seek to obtain any of suggested changes such Mil Govt decree ... It is recognized that you and your advisers are in peculiar advantageous position to determine best method of handling situation and State and War willing to leave final decision your hands."[143] Clay entschloß sich, den Ministerien entgegenzukommen, soweit er ihre Einwände teilte und davon ausgehen konnte, daß die Versammlungen ihnen ohne große Widerstände folgen würden. OMGUS forderte die bayerischen Verfassunggeber zur Ände-

[140] Subj.: AGWAR Cable on Bavarian Constitution, 14.10.1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8.
[141] Cable CC 5554 (wie Anm. 130).
[142] Ebenda, Hinweis des Herausgebers, S. 272.
[143] AGWAR FROM WDSCA GO TO OMGUS, Ref. WX-83349, undat., IfZ, Selected Records, MA 1420/8.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung – nicht Streichung – der Artikel 48, 98, 111 und 36 auf, auch den Einwänden Washingtons gegenüber dem hessischen und württemberg-badischen Entwurf folgte OMGUS nur partiell[144].

Auch in der Endphase der Verfassungsentstehung bemühten sich die Amerikaner, den notwendig gewordenen Interventionen die Spitze zu nehmen. Mit der offiziellen Übergabe der Endentwürfe mußte die Phase informeller Einflußnahme enden, doch wie schon aus Clays Telegramm-Wechsel mit Washington hervorgeht, war er entschlossen, seine Politik konsequent zu Ende zu führen. Er selbst übernahm die Aufgabe, die Deutschen über die von OMGUS noch gewünschten Modifizierungen zu informieren. Eigentlich wollte er die Vorbehalte in Verbindung mit der mündlichen Genehmigung der Verfassungen anläßlich der Sitzung des Länderrates am 8. Oktober vortragen[145]. Das Eingreifen der Ministerien verhinderte aber die vermutlich taktisch begründete Kombination. So ummantelte er statt dessen den amerikanischen Eingriff in das deutsche Selbstbestimmungsrecht mit Glückwunschformeln und der Versicherung amerikanischen Vertrauens in die neue deutsche Demokratie: „Wir haben den Eindruck, daß diese Verfassungen wirklich ein Kennzeichen für das Wiederaufleben der Demokratie in Deutschland sind." In individuellen Gesprächen mit den Ländervertretern gab er anschließend die Änderungswünsche bekannt und deutete bereits auch die Vorbehalte an, die in den Genehmigungsschreiben zum Ausdruck kommen würden[146].

Die aufgrund der Washingtoner Kommentare notwendig gewordenen Änderungen wurden den Verfassunggebern ebenfalls in gebührend freundlicher Form nahegelegt. Dies gilt besonders für Bayern, wo Wells die bittere Pille aus Washington mit einem besonderen Bonbon versüßte. Er erklärte, daß OMGUS das – in seiner ersten Fassung seit Oktober 1945![147] – zur Genehmigung vorliegende Gesetz über das bayerische Staatswappen akzeptiere. Nach diesem Gesetz enthielt das Wappen ein Symbol der Pfalz, die bei der Zoneneinteilung von Bayern abgetrennt und der französischen Zone zugeteilt worden war. Zwar mußte Wells hinzufügen, daß OMGUS mit dieser Genehmigung keineswegs den Anspruch Bayerns auf die Pfalz anerkenne, doch die Geste hatte die gewünschte Wirkung: Fast überschwenglich dankte man dem Amerikaner für die erfolgreiche, „von freundschaftlichen Gefühlen durchwehte Zusam-

---

144 Stenographische Berichte (wie Anm. 63), III, S. 745f. Der Washingtoner Kommentar zu Hessen und Württemberg-Baden in: Cable WX-83348, From: AGWAR FROM WDSCA GO, To: OMGUS, 18. 10. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/8, und die Antwort zu Württemberg-Baden in: Cable CC 6236, FROM OMGUS (Clay) TO AGWAR FOR WDSCA, 26. 10. 1946, und Hessen: Cable CC 65451, FROM OMGUS (Clay) FOR AGWAR FOR WDSCA, 31. 10. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9 bzw. MA 1420/8.

145 Redeentwurf, Remarks of General Clay at Laenderrat Meeting 8 October 1946, 6. 10. 46, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

146 Übersetzung der Rede Clays am 8. 10. 1946 vor dem Länderrat in: IfZ, NL Hoegner, ED 120/131; Draft Cable CC 5210 (wie Anm. 134).

147 Gesetze, die der Militärregierung vom Bayerischen Ministerpräsidenten vorgelegt wurden, aber bis zum 8. April 1946 noch nicht gebilligt waren, BayHStA, NL Pfeiffer 55.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menarbeit" und baute die gewünschten Änderungen in die Verfassung ein[148]. In Bayern interpretierte man die in der Endphase erfolgenden amerikanischen Interventionen, die mit Ausnahme der gewünschten Änderung der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes allerdings auch nicht als sehr bedeutsam aufgefaßt wurden[149], offenbar als verbindliche Anweisungen – auch Clays Modifizierungswünsche hatte man ausnahmslos befolgt.

Selbst in dieser Phase, in der der verbindliche Charakter der amerikanischen Einwände schon durch ihre Artikulierung durch den General persönlich signalisiert wurde, bestand aber, wie sich in Hessen und Württemberg-Baden zeigte, noch ein Spielraum zur Durchsetzung des deutschen Standpunktes. OMGUS konnte um keinen Preis das Scheitern der Verfassunggebung riskieren, und damit hatten die Deutschen einen hohen Trumpf in der Hand: So widersetzten sich die Stuttgarter Verfassunggeber erfolgreich dem amerikanischen Ansinnen, die Beteiligung von Wirtschaftsverbänden an der „Ordnung wirtschaftlicher Angelegenheiten" (Art. 25) und ihre damit mögliche Teilhabe an staatlichen Machtbefugnissen auszuschließen[150]; und in Hessen zeigte man sich nicht bereit, die Sozialisierungsbestimmungen des Artikels 41 zum bloßen Programmsatz umzugestalten: „All four parties were opposed to it, on the argument that these segments of the economy were the stronghold of those industrialists who financed the rise of the Nazi to power."[151] War schon die geeinte Front aller Parteien Grund genug für OMGUS, von der Durchsetzung der auf Clay zurückgehenden Forderung abzusehen, verfehlte auch die geschickte Argumentation der Deutschen nicht ihre Wirkung. Parkman, der sich bemühte, den General in dieser Frage zum Nachgeben zu bewegen, warnte ihn vor den unerwünschten Konsequenzen, die das Bestehen auf der Modifizierung des Artikels nach sich ziehen könnte: „With the reported position of the parties we might find ourselves in a political position in Germany ... branded as the friends and supporters of reactionary wealth[152]." Der Artikel blieb – unter der Bedingung, daß er gesondert der Volksabstimmung unterstellt werde. Als zur großen Enttäuschung der Amerikaner die Sozialisierungsbestimmung von 71% der hessischen Wähler akzeptiert wurde, beließ ihn OMGUS in der Verfassung, setzte aber später seinen Vollzug aus[153].

Auch in der Endphase konnten sich die Deutschen also bei einem wirklichen Dissens noch gegen die Amerikaner durchsetzen. Dies galt allerdings nur für den Verfassungstext als solchen. Die Genehmigungsschreiben, die als fester Anhang Bestandteil

---

148 Der bayerische Arbeitsminister Albert Roßhaupter (SPD); Stenographische Berichte (wie Anm. 63), III, S. 746–750, hier: S. 746.

149 Ebenda, S. 731–738, 746–750.

150 Memo, Parkman an DMG (= Clay), Amendments to Wuerttemberg-Baden Constitution, 14. 10. 46, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

151 Memo, Parkman an DMG, Amendments to Hessian Constitution, 14. 10. 1946, IfZ, Selected Records, MA 1420/9.

152 Ebenda.

153 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 226.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Verfassungen waren, zeigen die Grenzen des bislang bezeugten Respektes der Besatzungsmacht vor der „sakralen Handlung" der Verfassunggebung und der Verfassungen als „eines Volkes ... wertvollste Kleinode ..., die anzutasten unberufenen Händen nicht gestattet ist"[154]. Gewisse unberücksichtigt gebliebene amerikanische Interessen kamen nämlich doch zu Wort, nicht in den Verfassungstexten selbst, sondern – quasi durch die Hintertür – in den Genehmigungschreiben: Hier artikulierte OMGUS zu jeweils individuellen Verfassungsinhalten Vorbehalte, die gegen die Verfassunggeber durchzusetzen die Besatzer sich gescheut hatten. In Bayern richteten sich diese gegen separatistische Bestrebungen, die die Militärregierung in den Bestimmungen zur bayerischen Staatsangehörigkeit und in Artikel 178 der Verfassung zu erkennen glaubte, der den Beitritt des Freistaates zu einem deutschen Bundesstaat an zwei Bedingungen knüpfte – der Zusammenschluß muß freiwillig sein, und das staatsrechtliche Eigenleben der Länder ist zu sichern –, um Bayern eine möglichst starke Ausgangsposition bei den Verhandlungen um die Ausgestaltung des künftigen Bundesstaates zu sichern[155]. Diesem bayerischen Bestreben setzte Clay ein klares „No" entgegen: der Wille, einem künftigen Bundesstaat beizutreten, war als eine „Anweisung" auszulegen, „aber nicht als ein Recht, die Teilnahme an irgendeiner Form der deutschen Regierung zu verweigern"[156] – dies kam praktisch der Streichung des Artikels gleich.

Zahlreich fielen die Vorbehalte gegenüber Württemberg-Baden aus, wo die Verfassunggeber wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht gezeigt hatten. OMGUS kündigte an, die legislative Ausgestaltung einzelner Artikel sorgfältig zu überwachen. Dies galt für Artikel 98, der die Sicherung der lokalen Selbstverwaltung nach amerikanischer Ansicht nicht ausreichend garantierte, ebenso für Artikel 15 und 25, die zusammen „die Möglichkeit einer Organisierung der Wirtschaftsmacht bieten, die im Gegensatz zu den Grundsätzen der Besatzungspolitik steht". Ein Vorbehalt gegen Artikel 106 sicherte die Funktionsfähigkeit des Länderrates[157]. Dem gleichen Interesse diente die Kritik am Artikel 152 der Hessischen Verfassung, und ein weiterer Vorbehalt betraf die Garantie der Entnazifizierung und Bestrafung von Kriegsverbrechern (Art. 7).

Auch in Hessen hatte man die Bereitschaft zur Anerkennung einer Bundesverfassung an Bedingungen geknüpft, die OMGUS nicht akzeptieren konnte: Laut Artikel 153 war diese „von einer deutschen Nationalversammlung, die vom ganzen deutschen Volk zu wählen ist", zu erarbeiten. OMGUS sah sich gezwungen, von Hessen

---

[154] Der Präsident der Württemberg-Badischen Verfassunggebenden Landesversammlung, Wilhelm Simpfendörfer, nach der Schlußabstimmung, 24.10. 1946, in: Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden, 1946, S. 323.

[155] Vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 63), III, S. 670–672.

[156] Sämtliche Genehmigungsschreiben gedruckt in: Constitutions (wie Anm. 73), hier: S. 48.

[157] Ebenda, S. 12. Im Genehmigungsschreiben wird zwar auf Art. 97 bzw. 105 Bezug genommen (offenbar erfolgte später eine Umnumerierung), doch die Vorbehalte gelten eindeutig Art. 98 bzw. 106. Vgl. auch Wuerttemberg-Baden Constitution, Recommended Exceptions (wie Anm. 132).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die unbedingte „Teilnahme an irgendeiner deutschen Regierungsform, die von den Alliierten als provisorisch begründet werden sollte", zu verlangen[158].

Der wichtigste und in allen Genehmigungsschreiben formulierte Vorbehalt bezog sich auf die gegenüber den Verfassungen höhere Geltung der Viermächte-Gesetzgebung sowie der internationalen Verträge und Abkommen. Gleichzeitig behielt sich OMGUS sämtliche Vollmachten vor, die notwendig seien, „um die Grundsätze der Besatzungspolitik durchzuführen"[159]. Diese Vollmachten waren in der am 30. September erlassenen Direktive über die „Beziehungen zwischen Militärregierung und Zivilregierung nach der Annahme der Länderverfassungen" definiert und garantierten der Besatzungsmacht auch nach der Ratifizierung der Verfassungen „noch die Kontrolle der gesamten Gesetzgebung der Einzelstaaten wie überhaupt des gesamten öffentlichen Lebens. Besatzungsrecht geht nicht nur einfachen Gesetzen, sondern auch dem Verfassungsrecht der Länder vor"[160].

OMGUS war also keineswegs gewillt, nach Ratifizierung der Verfassungen die Zügel aus den Händen zu geben. Im weiteren Verlauf der Besatzungsära zeigte sich auch immer wieder, welch „riesige Lücke zwischen Form und Inhalt der neuen deutschen Selbstverwaltung" noch klaffte[161]. Was sich im Prozeß der Länderverfassunggebung 1946 gezeigt hatte, wiederholte sich in den kommenden Jahren vielfältig in der Gesetzgebungspraxis auf Landes-, zonaler und bizonaler Ebene: Es bedurfte weiterhin ständiger deutscher Aufmerksamkeit oder auch Resistenz, um die Einbahnstraße der Besatzungspolitik in „Interaktion" zu verwandeln. Auch Bayern lieferte dafür manche Beispiele, wenn es vielleicht auch ein wenig übertrieben war, daß der spätere Bundesjustizminister Thomas Dehler sich noch im Februar 1949, als Mitglied des Parlamentarischen Rats, veranlaßt fühlte, den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner zu seiner „mutigen Haltung gegenüber den unerträglichen Eingriffen der Militärregierung in die deutsche Gesetzgebung" zu beglückwünschen[162].

---

158 Ebenda, S. 28.

159 Zitiert im Schreiben an den Präsidenten der W.-B. Verfassunggebenden Landesversammlung, ebenda, S. 12; sinngemäß im bayerischen und hessischen Genehmigungsschreiben.

160 Text der Direktive in: Dokumente (wie Anm. 5), S. 56–65; Zitat: Wilhelm Hoegner, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949, S. 23.

161 Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 130.

162 Dehler an Hoegner, 22. 2. 1949, IfZ, NL Hoegner, ED 120/39.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BERND NIEDBALSKI

DEUTSCHE ZENTRALVERWALTUNGEN UND DEUTSCHE WIRTSCHAFTSKOMMISSION (DWK)

Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945-1948

Die Organisationsstruktur der Zentralverwaltungen in der SBZ entsprach weitgehend dem Aufbau der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)[1]. Da die sowjetischen Besatzungsbehörden nur in Ausnahmefällen bereit waren, deutsche Spezialisten (mit Ausnahme von Dolmetschern) direkt in ihrer Militärverwaltung zu beschäftigen, schufen sie parallel zu ihren Dienststellen auf fast allen Ebenen des nichtmilitärischen Bereichs entsprechende oberste deutsche Behörden[2]. Mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27.7. 1945 wurde die Gründung folgender 11 Zentralverwaltungen angeordnet[3]: Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen, Brennstoff und Energie, Handel und Versorgung, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Volksbildung, Justiz[4]. Bis Mitte 1946 folgten die Zentralverwaltungen für Statistik, für deutsche Umsiedler und für Inneres; außerdem wurden ein Suchdienst für vermißte Deutsche und die Zentralkommission für Sequestration und Konfiskation aufgebaut[5]. Die Zentralverwaltungen hatten grundsätzlich die Funktion, beratende Organe der SMAD zu sein sowie die personal- und kaderpolitischen Vorstellungen der SMAD und der KPD/SED beim Aufbau zentraler deutscher Behörden durchzusetzen. Die Tatsache, daß die SMAD in ihrer Zone bereits mit dem Aufbau zentraler deutscher Behörden begann, bevor noch auf

---

[1] Vgl. W. Weißleder, Deutsche Wirtschaftskommission: kontinuierliche Vorbereitung der zentralen staatlichen Macht der Arbeiterklasse, in: Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Berlin/DDR 1976, S. 131–154, hier: S. 152. Die Sowjetische Militäradministration führte zeitweilig auch den Namen „Sowjetische Militärverwaltung" und wurde entsprechend mit SMV abgekürzt.

[2] W. Weißleder, Die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission: Zentrale Staatsorgane der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Weg zum Zweijahrplan, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977/IV, S. 45–62, hier: S. 47.

[3] Der Befehl Nr. 17 wurde u. a. veröffentlicht in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin/DDR 1968, S. 100 ff.

[4] Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949 (Autorenkollektiv, Leitung: Karl-Heinz Schöneburg), Berlin/DDR 1983; der Abschnitt 2.3. über die Zentralverwaltungen (S. 57–80) stammt von W. Merker. Hiernach waren die amtlichen Behördenbezeichnungen für die einzelnen Zentralverwaltungen nicht einheitlich bzw. wechselten im Laufe der Zeit. So hieß z. B. das Fachgebiet Verkehrswesen „Deutsche Zentralverwaltung des Verkehrs", Nachrichtenwesen „Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen", Handel und Versorgung „Deutsche Verwaltung für Handel und Versorgung", Finanzen „Deutsche Zentralfinanzverwaltung" (S. 58 f.).

[5] Ebenda, S. 59. Die „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" nahm ihre Arbeit im September 1945 auf; im Oktober 1945 folgte die „Zentralverwaltung für Statistik" (auch: „Statistisches Zentralamt"). Die „Deutsche Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung" existierte von März 1946 bis April 1948 mit dem Status einer Zentralverwaltung. Die „Deutsche Verwaltung des Innern" wurde mit einem unveröffentlicht gebliebenen SMAD-Befehl vom 30. Juli 1946 gegründet.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Potsdamer Konferenz der drei Kriegsalliierten am 2.8. 1945 ein Beschluß über die baldige Errichtung von fünf zentralen deutschen Verwaltungen für Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie gefaßt wurde (Abschnitt III A 9 [IV] des „Potsdamer Abkommens"), ließ die sowjetische Absicht, vorzeitig vollendete Tatsachen zu schaffen, deutlich werden. Aufgrund der besatzungspolitischen Divergenzen der Alliierten wurden die geplanten gesamtdeutschen Zentralverwaltungen bekanntlich niemals gegründet. Einige Zentralverwaltungen, wie die für Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen und Statistik wuchsen sehr bald über die Rolle von „Hilfsorganen der SMAD-Zentrale" (so die generelle Einschätzung Weißleders[6]) hinaus und nahmen Funktionen ehemaliger oberster Reichsbehörden für das Gebiet der Ostzone wahr[7]. Nach Meinung von Wolfgang Merker wirkten sie damit „von Anfang an als zentrale zweigleitende Organe der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht"[8]. Ähnliches galt auch für den unmittelbar ökonomischen Bereich, wo z. B. die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft an oberster Stelle von 1945 an für die Durchführung der Bodenreform in der gesamten SBZ zuständig war[9]. Da es wegen der prekären Energiesituation nach den Vorstellungen der SMAD notwendig war, hierfür eine zentralgeleitete Produktionslenkung und Verteilung vorzunehmen, hatte auch die Deutsche Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie sehr bald den Charakter einer obersten Behörde[10]. Schließlich nahm die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie seit Ende 1945 für die Lenkung, Planung und Verteilung der industriellen Produktion wichtige zentrale Koordinationsfunktionen wahr. Obwohl

---

[6] Weißleder, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 77/IV, S. 47 (Anm. 2). Weißleder hat in seiner 1976 verteidigten Dissertation (Anm. 7) sowie in mehreren Aufsätzen als erster Autor in der DDR ausführlich über die DWK und die Zentralverwaltungen gearbeitet und dabei weniger den ökonomischen als vielmehr den staatsrechtlichen Aspekt in den Vordergrund gestellt.

[7] Ebenda, S. 50. Vgl. ferner W. Weißleder, Wesen und Funktion der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Diss. jur. Berlin/DDR 1976, S. 9 u. 145. W. Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen und die Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht (1945 bis 1947), in: Staat und Recht, 4/1982, S. 335–344, hier: S. 343. Ders., Die Anfänge der Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945/46, in: Archivmitteilungen, 5/1981, S. 161–167, hier: S. 165. Das gesamte zivile Nachrichtenwesen fiel in die Zuständigkeit der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen, die damit die Arbeit des Reichspostministeriums sowie der Reichspostdirektion und des Reichspostzentralamtes fortsetzte. Der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs oblag die zentrale Lenkung des Verkehrswesens, insbesondere die Leitung der Reichsbahn. Das Statistische Zentralamt setzte auch weitgehend von der personellen Besetzung her die Arbeit des Statistischen Reichsamtes fort.

[8] Merker, Staat und Recht, 4/1982, S. 339 (Anm. 7). Merker hat 1980 über die Deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ promoviert; die Arbeit ist leider nicht zugänglich. Zur Information stehen aber die hier herangezogenen Aufsätze Merkers zur Verfügung.

[9] Ebenda, S. 342, und Errichtung (Schöneburg), S. 63 u. 65 ff. (Anm. 4).

[10] Errichtung (Schöneburg), S. 64 ff. (Anm. 4). A. Sywottek, „Kriegswirtschaft" und „demokratische Wirtschaft". Zur Diskussion um „Übergangsgesellschaft" am Beispiel der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948, in: Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 151–171, hier: S. 163. K. Wiegand, Über die Herausbildung der Volkswirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945–1948, in: Freiberger Forschungshefte D 109, Marxismus-Leninismus, Geschichte der Produktivkräfte, 1977, Bd. XII, S. 45–66, hier: S. 48 f.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Zentralverwaltungen keine Gesetzgebungskompetenz besaßen – diese war bis zum Ausbau der DWK Anfang 1948 auf deutscher Seite den Ländern vorbehalten –, wirkten sie dennoch insoweit im Bereich der Rechtssetzung mit, als sie vorbereitende Arbeiten zum Erlaß von SMAD-Befehlen, bis hin zur Anfertigung von Entwürfen, durchführten[11].

Grundsätzlich hatten die in den Jahren 1945/46 gegründeten 14 deutschen Zentralverwaltungen politisch wie wirtschaftlich ein sehr unterschiedliches Gewicht. Eine gemeinsame Leitung aller Zentralverwaltungen existierte bis zum Ausbau der DWK nicht; es handelte sich vielmehr um ein weitgehend unkoordiniertes Nebeneinander einzelner Geschäftsbereiche, deren Tätigkeit lediglich bis zu einem gewissen Grad durch den zentralen Apparat der SMAD aufeinander abgestimmt wurde[12]. Während zunächst die sechs für den wirtschaftlichen Neuaufbau und die Versorgung der Bevölkerung bedeutendsten Zentralverwaltungen (Industrie, Brennstoffe und Energie, Handel und Versorgung, Land- und Forstwirtschaft, Verkehrswesen, Interzonen- und Außenhandel)[13] im Sommer 1947 als Kern der Deutschen Wirtschaftskommission zusammengefaßt wurden und sechs weitere mit dem Ausbau der DWK im Frühjahr 1948 als Hauptverwaltungen in diesen, im Aufbau begriffenen, zentralen Staatsapparat der SBZ eingegliedert wurden (Post- und Fernmeldewesen, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Statistik, Umsiedler)[14], blieben die Deutschen Verwaltungen für Volksbildung, für Justiz und für Inneres als selbständige oberste Behörden unter Aufsicht der SMAD bis zur Gründung der DDR bestehen, um dann in entsprechende Ministerien umgewandelt zu werden.

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. Juni 1947 wurde die Deutsche Wirtschaftskommission gegründet. Die DWK nahm am 11. 6. 1947 ihre Tätigkeit auf und befaßte sich auf ihrer ersten Sitzung mit der Kohleversorgung in der SBZ – einem der gravierendsten Probleme für die Ankurbelung der Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung[15]. Die DWK war bis zum Februar 1948, als sie mit dem Befehl Nr. 32[16]

---

[11] Errichtung (Schöneburg), S. 62 f. (Anm. 4).

[12] Weißleder, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 77/IV, S. 49 (Anm. 2); ders., Revolutionärer Prozeß, S. 133 (Anm. 1); ders., Diss., S. 10 (Anm. 7).

[13] Der SMAD-Befehl Nr. 138 v. 4. 6. 1947 sah die Zusammenfassung der 5 erstgenannten Zentralverwaltungen in der DWK vor; zusätzlich wurde die Gründung der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel verfügt, die bis dahin als Abteilung innerhalb der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung existiert hatte (Dokumente 1945–1949, S. 467 f./Anm. 3).

[14] Ebenda, S. 585 f. Der SMAD-Befehl Nr. 32 v. 12. 2. 1948 leitete die Reorganisierung der DWK ein. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler wurde im April 1948 aufgelöst bzw. als Abteilung der Deutschen Verwaltung des Inneren eingegliedert. Die Deutsche Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung gehörte der DWK bis zu ihrer Auflösung im April 1948 an; aus ihrem Mitarbeiterstab wurde der zentrale „Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums" als Kontrollorgan der DWK gebildet. Die Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen wurde im November 1948 als Hauptverwaltung in die DWK integriert.

[15] Weißleder, Diss., S. 27 u. 152 (Anm. 7). Vgl. hierzu auch Anm. 13.

[16] Vgl. Anm. 14. Allein die Tatsache, daß die SMAD am 20. 4. 1948 das Recht der DWK, für die gesamte SBZ rechtsverbindliche Verordnungen und Anordnungen erlassen zu dürfen, nochmals in einem

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesetzgebungskompetenz erhielt und ihr Ausbau zum obersten wirtschaftsleitenden Staatsorgan in der SBZ verfügt wurde, nicht viel mehr als ein Beratungs- und Koordinierungsgremium, dessen Kompetenzen kaum über die der bis dahin unabhängig voneinander operierenden Zentralverwaltungen hinausgingen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient deshalb für den Zeitraum 1947/48 lediglich die „Abteilung für Wirtschaftsfragen" bzw. „Wirtschaftsabteilung", weil sie das eigentliche „Arbeitsorgan" der DWK war. Den Kern dieser Wirtschaftsabteilung bildete die seit 1946 beim ZK der KPD bzw. beim PV der SED unter Leitung von Bruno Leuschner existierende „Abteilung für Wirtschaftspolitik", die in den aufzubauenden zentralen staatlichen Planungsapparat überführt wurde[17]. Erst mit der Gründung der Wirtschaftsabteilung in der DWK wurde somit auch für die Koordinierung sämtlicher Wirtschaftspläne, die von den Ländern und Zentralverwaltungen erarbeitet wurden, auf der zentralen deutschen Behördenebene ein Pendant zur Abteilung Planökonomie in der SMAD geschaffen. Die Wirtschaftsabteilung verblieb unter der Leitung von Leuschner und wurde nach der Reform der DWK im Frühjahr 1948 zur Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung[18].

Sämtliche zentrale planerische Arbeiten, insbesondere die Vorbereitung für eine längerfristige und umfassendere Wirtschaftsplanung, wurden seit dem Sommer 1947 von der Wirtschaftsabteilung der DWK geleistet. Bis November 1947 hatte die Wirtschaftsabteilung ihre vorgesehene personelle Sollstärke von 100 Mitarbeitern erreicht. In einem Protokollauszug heißt es dazu: „Die höheren und mittleren Funktionen sind teilweise mit qualifizierten Spezialisten besetzt. Besondere Fachkräfte bearbeiten Rechtsfragen, Finanzfragen, Interzonen- und Außenhandelsfragen, Arbeitskräfteplanung, Volkseigene Betriebe und die Presse."[19] Die Wirtschaftsabteilung war zum gleichen Zeitpunkt folgendermaßen aufgebaut: an der Spitze stand ein nicht näher beschriebenes „Präsidium", das wahrscheinlich nur aus dem Leiter, Bruno Leuschner, und dessen Stellvertreter bestand; die eigentliche Arbeit geschah in den fünf „Sektoren" Grundsatzverwaltung, operative Planung, Bewirtschaftung und Verteilung, Kontrolle, allgemeine Verwaltung und Personalfragen[20]. Etwa 70 Prozent der Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung waren SED-Mitglieder – ein außergewöhnlich hoher

---

Erlaß bestätigte, läßt darauf schließen, daß die aus dem Befehl Nr. 32 resultierenden Zentralisierungsmaßnahmen bei den Länderregierungen auf starken Widerstand stießen.

[17] Vgl. Geschichte der SED. Abriß, Frankfurt/Main 1978, S. 151; Weißleder, Revolutionärer Prozeß, S. 137 (Anm. 1); ders., Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 77/IV, S. 55 ff. (Anm. 2).
Außer der Abteilung für Wirtschaftspolitik beim PV der SED wurde seit Ende 1946 im zentralen Parteiapparat der SED zusätzlich ein „Zentrales Planungsamt" aufgebaut, dessen Mitarbeiter ebenfalls in die Wirtschaftsabteilung der DWK übernommen wurden, so daß hier sämtliche Kader für Planung und Wirtschaftslenkung auf der zentralen Ebene ab Mitte 1947 konzentriert waren.

[18] Vgl. Weißleder, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 77/IV, S. 55 (Anm. 2); ders., Diss., S. 30 f. (Anm. 7). Mit der Überführung der DWK in die „provisorische Regierung" der DDR wurde Leuschner Staatssekretär im Planungsministerium, danach stellvertretender Vorsitzender und schließlich 1952 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission.

[19] Zitiert bei Weißleder, Diss., S. 30 (Anm. 7).

[20] Ebenda, S. 31.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anteil, der zu diesem Zeitpunkt in den wenigsten Zentralverwaltungen erreicht wurde[21]. Am Ende des Aufsatzes wird noch auf die Arbeit der Wirtschaftsabteilung und auf ihre Kompetenzen näher einzugehen sein. Zunächst aber sollen die planerischen Bemühungen der Zentralverwaltungen und der Länder detaillierter untersucht werden.

1. Zentrale und föderale Elemente der Wirtschaftslenkung und -planung

In der zeitgeschichtlichen und wirtschaftshistorischen Literatur der DDR lassen sich unter den Autoren, die sich eingehender mit Fragen der Planung, insbesondere mit der Frühphase 1945 bis 1948, befaßt haben, zwei Interpretationslinien feststellen: Auf der einen Seite wird bei voller Beachtung der Bedeutung der föderalen und regionalen Ebene durch Weißleder zu Recht darauf verwiesen, daß angefangen von der Bestandsaufnahme der Zentralverwaltungen im Auftrage der SMAD über die Koordination der Länderpläne durch dieselben zentralen Institutionen bis hin zur beginnenden Planungsarbeit durch die Deutsche Wirtschaftskommission die zentrale Ebene bereits von Anfang an am Prozeß der Wirtschaftsplanung bzw. an dessen Vorbereitung beteiligt war[22]. Andererseits wird durch Roesler[23] und Wiegand[24] die Frühphase der Planung in der SBZ fast ausschließlich auf der Länderebene dargestellt, wobei die zentrale Ebene weitgehend unberücksichtigt bleibt bzw. lediglich in der Form der Produktionsbefehle der SMAD gesehen wird[25]. Roesler sieht die Ursache für die nach seiner Meinung im RGW-Vergleich erst späte Herausbildung zentraler Planungsbehörden in der SBZ/DDR im Fehlen einer sowohl zonalen wie gesamtdeutschen zentralen Staatsgewalt[26]. Außerdem vermag Roesler – hier im rein formalen Vergleich der Planungsinstitutionen innerhalb des RGW verhaftet – auch in der im Frühjahr 1948 in ihrer endgültigen Form entstandenen und mit der Vollmacht als zentraler Planungsinstanz ausgestatteten Hauptverwaltung Planung der DWK primär nur eine Behörde zu sehen, der es „erst allmählich gelang, sich gegenüber den Planungsorganen der Länderregierungen durchzusetzen"[27]. Aber hierbei wird der

[21] Ebenda, S. 30.

[22] Vgl. ebenda, S. 4–20, und ders., Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 77/IV, S. 45–55 (Anm. 2).

[23] J. Roesler, Allgemeines und Besonderes bei der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR (1945–1950), in: Jahrbuch für Geschichte, 12/74, S. 281–302, hier: S. 286 ff.; ders., Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin/DDR 1978, S. 2 f.

[24] Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 45 ff. (Anm. 10).

[25] So werden die Zentralverwaltungen, die bei der Entwicklung des Planungssystems wesentlich mitwirkten, von Roesler zwar erwähnt, allerdings bleiben sie dann in ihrer tatsächlichen Bedeutung innerhalb dieses Prozesses weitgehend unberücksichtigt (Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 287). Wiegand kommt zu der Einschätzung, daß im Zeitraum 1945/46 „von den Zentralverwaltungen ... auf Grund ihrer geringen Befugnisse (als wirtschaftsleitende Organe – Verf.) einmal abgesehen werden" kann (Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 56).

[26] Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 301 (Anm. 23).

[27] Ebenda, S. 300 f.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tatsache, daß die zentrale staatliche Komponente seit Gründung der Deutschen Zentralverwaltungen im Sommer 1945 nicht nur im Wirtschaftsprozeß allgemein, sondern gerade auch auf dem Gebiet der Planung eine Rolle gespielt hat, keine hinreichende Beachtung geschenkt[28]. So zutreffend die Einschätzung von Waltraud Falk auch ist, daß mit dem Ausbau der Deutschen Wirtschaftskommission im Frühjahr 1948 „das erste deutsche zentrale Planungs- und Leitungsorgan geschaffen (wurde), dem die planmäßige Leitung der gesamten Wirtschaft, besonders des volkseigenen Sektors, in der sowjetischen Besatzungszone oblag"[29], so sehr muß dem damit implizit zum Ausdruck gebrachten Eindruck, zentrale Planungsbemühungen hätten damit überhaupt erst ihren Anfang genommen, ebenfalls widersprochen werden[30]. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß der Ausbau der zentralen staatlichen Organe in der Sowjetzone immer so weit vorangetrieben worden war, wie es einerseits der innenpolitische Kompromiß zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien und andererseits die außenpolitische Rücksicht, die die Sowjetische Militäradministration auf die Westalliierten nehmen mußte, jeweils zuließen[31].

Innerhalb des Untersuchungszeitraums vollzog sich die Entwicklung der Wirtschaftsplanung in der SBZ in drei Phasen, wobei einzelne Elemente, die diesen Prozeß konstituierten, oft auch noch in den folgenden Phasen weiterwirkten: Ab Sommer 1945 wurde durch Produktionsbefehle, Produktionsauflagen und Herstellungsverbote der Sowjetischen Militäradministration sowie der beauftragten deutschen Behörden auf zonaler und Länderebene die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt, und es wurde mit einer allgemeinen wirtschaftlichen Bestandsaufnahme begonnen. Ab 1946 wurde zusätzlich versucht, das wirtschaftliche Chaos durch Aufstellung von Quartalsplänen[32] zu überwinden, und in der dritten Phase ab 1948 begann mit der DWK als bevollmächtigter zentraler deutscher Wirtschaftsbehörde eine mittelfristige Planungstätigkeit. Zunächst wurde für das 2. Halbjahr 1948 ein Wirtschaftsplan entworfen, dem dann für 1949/50 der Zweijahrplan (aufgeteilt in 2 Volkswirtschaftspläne für 1949 und 1950) folgte. Hier interessieren jetzt allerdings nur die ersten zwei Pha-

---

28 Vgl. hierzu SMAD-Befehl Nr. 103 v. 19. 10. 1945 (bekanntgegeben am 4. 11. 1945), der sich wegen der Aufstellung eines Wirtschaftsplans in der SBZ für 1946 gleichermaßen an die Zentralverwaltungen für Industrie, Landwirtschaft und Verkehr wie auch an die Präsidenten der Länder und Provinzen richtete (veröffentlicht in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946, S. 48).

29 W. Falk, Die politische, organisatorische und ökonomische Konstituierung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft und seine Entwicklung in der ersten Etappe der volksdemokratischen Revolution in der DDR 1945 bis 1950, in: WZ Humboldt Universität, Berlin 1967/1, S. 19–32, hier: S. 27.

30 Ebenda, S. 24. Dies gilt u. a. im Hinblick auf die lediglich auf Landesebene am Beispiel Sachsens dargestellte Planung im Jahr 1947.

31 Vgl. Weißleder, Diss., S. 6 ff. (Anm. 7), und ders., Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 77/IV, S. 49 (Anm. 2).

32 Wie noch anhand des Befehls Nr. 143 zu zeigen sein wird, war ursprünglich sowjetischerseits beabsichtigt, bereits für 1946 Jahrespläne – untergliedert in Quartalspläne – aufzustellen, was aber allein wegen der unzulänglichen personellen Ausstattung der Planungsbehörden unrealistisch war.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen zwischen 1945 und 1948 bis zum Ausbau und zur Erweiterung der Deutschen Wirtschaftskommission[33].

2. Wirtschaftslenkung durch Produktionsbefehle der SMAD

Die Frühphase der Planung war nicht nur durch die Bemühungen sowjetischer und deutscher Dienststellen um eine planmäßige Neugestaltung der Wirtschaft in der SBZ gekennzeichnet; sie wurde zugleich wesentlich durch die willkürlichen (und auch, gemessen an sowjetischen Interessen, oft sehr widersprüchlichen) Reparationsforderungen, meist in Form der Demontage von Produktionsmitteln und sonstigen Ausrüstungsgegenständen, bestimmt. Wegen der Wiedergutmachungsansprüche und der Versorgungsforderungen für die sowjetischen Besatzungstruppen war die Sowjetische Militäradministration schon aus eigenem Interesse an allen wesentlichen Leitungs- und Planungsprozessen in der SBZ auf allen Ebenen führend und mit letztlicher Entscheidungsgewalt beteiligt[34]. Verstärkt wurde diese führende Rolle der SMAD bei der Festlegung der Wirtschaftspolitik und beim Aufbau eines Planungssystems zusätzlich dadurch, daß wegen des totalen Mangels an Wirtschafts- und Planungskadern in den sowjetzonalen Betrieben und Behörden sowjetische Planungsoffiziere bei der Anleitung und auch bei der Ausbildung deutscher Wirtschaftsfunktionäre und Planungsexperten eine wichtige Funktion erfüllten.

Die Lage wird am besten durch ein in der DDR-Literatur immer wieder auftauchendes Zitat aus den Erinnerungen des ehemaligen Vizepräsidenten der sächsischen Landesverwaltung, Fritz Selbmann, illustriert, der dort das Ressort Wirtschaft, Arbeit, Verkehr leitete: „Geschulte Kräfte für eine solche Arbeit (Aufstellung eines Plans für die gewerbliche Wirtschaft – Verf.) gab es in der jungen Selbstverwaltung des Landes nicht. Meine Mitarbeiter – für die ganze Industrie stand zunächst nur ein einziger Referent zur Verfügung – waren keine Wirtschaftsplaner, und ich selbst hatte neben einigen ganz nebelhaften Vorstellungen von Wirtschaftsplanung auch keine Ahnung, wie ein solcher Auftrag auszuführen sei. Aber schließlich half die SMA mit einigen Hinweisen und so machten wir uns an die Arbeit."[35]

Aus den hier skizzierten Gründen hatten die Wirtschaftsoffiziere der SMAD in

---

33 Siehe S. 466 ff.

34 Zur Erschwerung der Planungstätigkeit durch unvorhersehbare Demontagen vgl. den Bericht von Otto Suhr über den Beginn der Produktionsplanung in der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie, in: W. Abelshauser, Freiheitlicher Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft? Die Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung am 21. und 22. Juni 1946, in: VfZ 24 (1976), S. 415–449, hier: S. 447.

35 F. Selbmann, Anfänge der Wirtschaftsplanung in Sachsen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 1/72, S. 76–82, hier: S. 79. Zu den Anfängen der Planung äußerte sich Selbmann ähnlich in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin/DDR 1966, S. 362: „Ich hatte außer einigen ganz nebelhaften Vorstellungen von Wirtschaftsplanung keine Ahnung, wußte nicht, wie so etwas gemacht wurde. Auch hatte ich keine fachlich qualifizierten Kräfte dafür."

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berlin-Karlshorst wie auch in den Ländern und Provinzen einen entscheidenden und direkten Einfluß auf die Lenkung und Planung der Wirtschaft; hinzu kam ab 1946/47 die führende Rolle des sowjetischen Leitungspersonals in den SAG-Betrieben. Da es sich bei den sowjetischen Wirtschaftsoffizieren überwiegend um Zivilisten in Uniform und wohl sehr oft um Hochschulkader, darunter viele Spezialisten auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung, handelte[36], kann man der in der DDR-Literatur oft anzutreffenden Meinung sicherlich darin folgen, daß der Niveauunterschied zwischen den „guten, aber auch strengen Lehrmeistern"[37] aus der Sowjetunion und den mit wenig Kenntnissen auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung ausgestatteten deutschen Anfängern beträchtlich war[38]. Neben der direkten sowjetischen Anleitung sollten diese Kenntnisse durch sowjetische Fachliteratur über Wirtschaftsplanung vermittelt werden, die ab 1948 in Übersetzungen zur Verfügung stand[39]. Trotz, oder besser, wegen des hohen Abhängigkeitsgrades von den sowjetischen Erfahrungen in der Wirtschaftsplanung sollen die Wirtschaftsoffiziere der SMA stets Wert darauf gelegt haben, „daß die deutschen Wirtschaftsplaner die sowjetischen Methoden nicht schematisch übernahmen, sondern sie entsprechend den Bedingungen in der sowjetischen Besatzungszone weiterentwickelten"[40].

---

36 Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 290 (Anm. 23); ders., Herausbildung Planwirtschaft, S. 4 (Anm. 23). Nach Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III: 1946–1950, Zusatzband, Berlin/DDR 1971, S. 182, waren u. a. sowjetische Planungsspezialisten mit langjährigen Erfahrungen in der zentralen Planungskommission der UdSSR als „Berater" in der Ostzone tätig.

37 Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 290 (Anm. 23).

38 Vgl. Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 46 (Anm. 10), und Selbmann, BzG 1/72, S. 79 (Anm. 35). Noch auf dem IV. Parteitag der SED 1954 zog Bruno Leuschner das Resümee: „Nur mit der täglichen Hilfe unserer sowjetischen Genossen in den ersten Jahren und durch die systematische Beratung bis zum heutigen Tage haben wir in der Wirtschaft und in der staatlichen Planung diese Ergebnisse erzielen können." (Zitiert nach: Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 291).

39 Vgl. Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 290 (Anm. 23); ders., Herausbildung Planwirtschaft, S. 4 (Anm. 23); Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 46 (Anm. 10). Es handelte sich im wesentlichen um zwei damalige sowjetische Standardwerke: 1. um J. Joffe, Die Planung der Industrieproduktion, Berlin 1948, und 2. um A. Kurski, Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR, Moskau 1979. Sywottek (Festschrift, S. 164/Anm. 10) verweist zusätzlich auf Literatur über das sowjetische Wirtschafts- und Planungssystem, die in Deutschland vor 1933 verfaßt worden war. Eine Studie, die zum Teil auf Arbeiten zur sowjetischen Planwirtschaft aus dem Jahre 1931 aufbaut, ist die Schrift von Friedrich Lenz (Prof. an der Berliner Universität), Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft, Berlin 1948. Eine Abhandlung über „Wirtschaftsplanung und Sachmängelhaftung", in der Fragen eines neuen Wirtschaftsrechts entsprechend den veränderten Eigentumsverhältnissen in der volkseigenen Industrie behandelt werden, erschien 1949 in der von Fritz Behrens herausgegebenen Reihe „Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft". Der Verfasser war Dr. Heinz Such, Oberregierungsrat und Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Es standen auch Übersetzungen älterer sowjetischer Studien zur Verfügung, so z. B. vom ehemaligen Vorsitzenden des Staatlichen Planungsamtes der UdSSR, M. Krischanowski: Die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion. Ergebnisse des ersten Jahrzehnts, Wien/Berlin 1927. Einige Informationen über sowjetische Planwirtschaft konnte auch Alfred Kurellas, Aufbau in der Sowjetunion, Berlin 1930, vermitteln.

40 Vgl. Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 290 (Anm. 23); ders., Herausbildung Planwirtschaft, S. 4 (Anm. 23).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl es sicher entschieden zu weit geht, die Wirtschaftslenkung der SMAD mit Hilfe des Instrumentariums von Produktionsbefehlen bereits unter dem Begriff der Planung zu subsumieren[41], lassen diese Befehle doch einen Lenkungsmechanismus für die Wirtschaft im Vorfeld systematischer Planung erkennen. Grundlegend für die wirtschaftslenkende Funktion der SMAD war der Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945, der unmittelbar ergänzt und spezifiziert wurde durch den Befehl Nr. 43 vom 28. August 1945. Wenn schon in diesen beiden Befehlen die besondere Aufmerksamkeit der sowjetischen Behörden dem Brennstoff- und Energiesektor gewidmet war, so konzentrierten sich die bislang unveröffentlicht gebliebenen Befehle Nr. 28 vom 14. August 1945 und Nr. 2 vom 2. Januar 1946 im Rahmen der Rekonstruktionsbemühungen vollends auf die Energiebasis[42]. In den gleichen Kontext gehören der Befehl Nr. 308 (28. August 1945) der SMA Sachsen und der SMAD-Befehl Nr. 323 vom 20. November 1946[43]. Grundlage der Bemühungen um die Verbesserung der Energiebasis war die Tatsache, daß die Produktion von Braunkohle als dem wichtigsten Energieträger in der SBZ im Sommer 1945 nur bei 20–30 Prozent des (vermutlich mehrjährigen) Durchschnittswertes lag, obwohl hier Kohlengruben, Tagebaue und Brikettfabriken mit Arbeitskräften und Ausrüstungen einigermaßen zufriedenstellend ausgestattet gewesen sein sollen[44]. In Sachsen war die Braunkohleförderung von 2,7 Mio. t im Januar 1945 auf 600 000 t im Mai/Juni zurückgegangen, aber auf Grund der konzentrierten Bemühungen auf dem Energiesektor im November 1945 wieder auf 2,3 Mio t angestiegen[45].

Produktionsbefehle als Form der Wirtschaftsankurbelung und -lenkung und als

---

[41] So Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 48 ff. Der SMAD-Befehl Nr. 323 v. 20. 11. 1946 wird hier zum „Jahresplan für diesen wichtigen Industriezweig" – gemeint ist Kohle und Energie (S. 57). Auf S. 51 wird in ähnlicher Weise argumentiert: „Mit den Produktionsbefehlen begann die Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone."

[42] Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 48 f. und 61 (Anm. 10). Der Befehl Nr. 2 zielte auf die Produktionssteigerung im Steinkohlenbergbau. Der Befehl Nr. 28 nahm die Deutsche Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, die Präsidenten der Länder und Provinzen, die Bürgermeister und Kreisverwaltungen sowie die Betriebsleitungen für die Steigerung der Kohlegewinnung, Brikettherstellung und Erzeugung von flüssigem Brennstoff für die Zeit von September bis Dezember 1945 in die Pflicht. Außerdem wurden Anweisungen für die Verteilung der Produkte erteilt sowie Direktiven über Materialversorgung der Kohlenbranche und die Verpflegung der dort Beschäftigten erlassen. Der Befehl wird von Wiegand zwar ausführlich referiert, nicht aber wörtlich zitiert.

[43] Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 50 f. (Anm. 10). Der Befehl Nr. 308 der SMA Sachsen betraf die Energiegrundlage (Kohle- und Torfaufkommen, Brikettfabriken, Kraftwerke) dieses Landes; er wurde bislang nicht veröffentlicht. Der bislang ebenfalls unveröffentlicht gebliebene Befehl Nr. 323 betraf „Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenförderung und Briketterzeugung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschland im Jahre 1947" (ebenda, S. 62). Im Mittelpunkt stand dabei offensichtlich wie beim Befehl Nr. 234 vom 9. 10. 1947 die Steigerung der Arbeitsproduktivität (ebenda, S. 57).

[44] Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 48 (Anm. 10).

[45] Selbmann, BzG 1/72, S. 78 (Anm. 35).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorstufe der Wirtschaftsplanung erfaßten auch andere Schwerpunkte und Branchen als nur den Energiesektor, und sie wurden zunehmend durch ein System von Auflagen, Erfassungen, Registrierungen und Herstellungsverboten ergänzt. Parallel laufend mit dem Befehl Nr. 28 erteilte die SMAD für die Monate September bis Dezember 1945 ebenfalls Produktionsauflagen für

„– die Produktion von Textilrohstoffen, Garn und Gewebe
– die Produktion von Kunstdünger, Spiritus, Stärke, Sirup, Margarine, Bier und Kaffee
– die Streichholzproduktion
– die Trikotagenindustrie (Strümpfe, Wäsche, Handschuhe)
– die Herstellung von Baumaterialien
– die Herstellung von Papier, Zellulose, Karton
– die Lederindustrie“[46].

Zur Vervollständigung der Wirtschaftslenkung durch die Sowjetische Militäradministration wurden von den Wirtschaftsabteilungen der Länderverwaltungen allein in den Jahren 1945/46 zusätzlich eine Fülle von Richtlinien, Auflagen und Verboten erlassen. Diese ergänzenden Bestimmungen der wirtschaftsleitenden Organe, die oftmals direkt auf vorangegangene sowjetische Produktionsbefehle Bezug nahmen, erstreckten sich von „Richtlinien über die Verwendung von Buntmetallen im Bundesland Sachsen“[47], „Richtlinien über die Verwendung von Eisen und Stahl“[48] über Anordnungen wie die über die „Meldepflicht für Roh- und Hilfsstoffe sowie Halb- und Fertigfabrikate“[49] und die „Bekanntmachung über die Beschlagnahme und Bewirtschaftung von Alt- und Abfallstoffen“[50] bis zu ausführlichen Anordnungen über das Herstellungsverbot von Gegenständen des täglichen Bedarfs wie z. B. Abfallkörbe, Blumenvasen, Schuhlöffel, Brieftaschen, Einkaufsnetze, Kosmetika aller Art usw.[51]. Grundsätzlich sollte sich das Wirtschaftsleben zwischen Produktionsauflagen und Lieferanweisungen einerseits und Herstellungsverboten andererseits abspielen[52]. Allerdings entsprach die Wirtschaftspraxis keineswegs den Reglementierungen, wie sie sich in den diversen Befehlen, Gesetzen und Anordnungen niederschlugen; Schwarzhandel, Schiebereien und Kompensationsgeschäfte bestimmten vielmehr oft das ökonomische Geschehen. Nicht selten machten Tausch- bzw. Kompensationsgeschäfte,

---

46 Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 50 (Anmerkung 10): Obwohl diese Angaben bei Wiegand mit Akten aus dem Sächsischen Staatsarchiv Dresden belegt sind, kann davon ausgegangen werden, daß diese Anweisungen nicht nur für das Land Sachsen, sondern für die gesamte SBZ galten.

47 Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen nach den Veröffentlichungen der Landesverwaltung Sachsen. Loseblattsammlung, Dresden 1946 (ff.). Wirtschaft, E II, Blatt 190/91, S. 6 ff. v. 4. 2. 1946.

48 A. a. O., Blatt 192/93, S. 10 f. v. 2. 3. 1946.

49 A. a. O., Blatt 203/04, S. 32 f. v. 9. 7. 1946.

50 A. a. O., Blatt 206/07, S. 37 ff. v. 23. 8. 1946.

51 A. a. O., Blatt 202/03, S. 30 ff. v. 15. 6. 1946.

52 A. a. O., Blatt 477, S. 51 f. v. 23. 12. 1946, S. 52 v. 31. 12. 1946.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die offiziell verboten waren[53], überhaupt erst die regionale Produktion bzw. Versorgung der Bevölkerung möglich[54]. So berichtet Fritz Selbmann, daß er mit Heinrich Rau, der damals in der Provinz Brandenburg das Wirtschaftsressort leitete, „... regelrechte Handelsverhandlungen, die auf der Basis des Tauschs von Kunstseidenstrümpfen gegen Kartoffeln ...“ liefen, geführt hat[55]. Kompensationsgeschäfte fanden aber nicht nur innerhalb der SBZ, sondern auch zwischen einzelnen Ländern der Ostzone und der amerikanischen und britischen Besatzungszone statt[56].

Umfassende und hinreichend abgesicherte Aussagen über die Entwicklung des Planungssystems in der Zeit vor dem Ausbau der Deutschen Wirtschaftskommission bzw. dem Beginn der mittelfristigen Wirtschaftsplanung, also für den Zeitraum bis 1948, zu treffen, ist äußerst schwierig. Sowohl die Darstellungen als auch die zugänglichen Dokumente lassen bisher nur die Nachzeichnung eines sehr fragmentarischen Bildes zu. Als unstrittig kann zunächst gelten, daß für die Frühphase der Entwicklung des Planungssystems sämtliche Initiativen zur Wirtschaftslenkung und -planung – sowohl auf der zentralen wie auf der regionalen Ebene – von der Sowjetischen Militäradministration ausgingen, und zwar weitgehend zunächst in Form der bereits dargestellten Produktionsbefehle. Bei der SMA liefen auch wieder alle Fäden zusammen, die inzwischen von den zuständigen bzw. beauftragten deutschen Behörden gezogen worden waren. Die Planungstätigkeit bzw. die dafür notwendigen statistischen und sonstigen Vorarbeiten mußten vor den sowjetischen Wirtschaftsoffizieren und Planungsspezialisten von den deutschen Beauftragten „verteidigt“ werden, um gegebenenfalls mit neuen Auflagen und Terminen zurückgewiesen oder schließlich akzeptiert zu werden. Die Realisierung solcher Pläne in der wirtschaftlichen Praxis und deren Überwachung war dann – wie oben bereits am Beispiel der zwar verbotenen, wiewohl praktizierten Kompensationsgeschäfte illustriert – ein Kapitel für sich[57]. Grundsätzlich muß ferner unterstrichen werden, daß alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Vorfeld eines entwickelten Planungssystems zunächst primär durch Improvisation, Mängelverwaltung und Experimentieren gekennzeichnet waren. Es handelte

---

[53] A.a.O., Blatt 188, S. 1 f. v. 2. 10. 1945. Die entsprechende sächsische Verordnung über das Verbot von Kompensationsgeschäften war von Fritz Selbmann unterschrieben, der – wie noch zu zeigen sein wird – später zugeben mußte, daß er offiziell im gleichen Zeitraum solche verbotenen Geschäfte im großen Stil zu machen gezwungen war, weil angesichts des allgemeinen wirtschaftlichen Chaos Handel anders wohl kaum zu treiben war.

[54] Selbmann, BzG 1/72, S. 76 ff. (Anm. 35).

[55] Ebenda, S. 78.

[56] Was geschah im Thüringer Landtag? (Landtagsprotokolle), Thüringer Landtag/21. Sitzung am 27. Juni 1947 in Weimar, S. 472. So kam es im Sommer 1947 zwischen Thüringen und Bayern zum Tausch von 5200 m³ Grubenholz gegen 50 t Fettkäse und Quark. Aufgrund von „Sonderverhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium Nordrhein Provinz Westfalen“ erhielt Thüringen gegen Lieferung von 10000 m³ Grubenholz ca. 1000 t Eisen- und Stahlmaterial bzw. Maschinen.

[57] Vgl. Gräfe/Wehner, ZfG 8/75, S. 906 (Anm. 35). Oftmals waren die Pläne wegen der immer prekärer werdenden Rohstoffknappheit, der zerstörten Wirtschaftsverflechtungen und der chaotischen Verkehrsverhältnisse, selbst wenn sie mit großer Sorgfalt aufgestellt worden waren, sehr schnell wieder unrealistisch.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich also eher um eine Wirtschaftslenkung zum Zwecke der Überwindung der größten materiellen Kriegsschäden und der Sicherstellung von Reparations- und Versorgungsansprüchen der Besatzungsmacht sowie der Befriedigung der grundlegenden zivilen Bedürfnisse als um einen geplanten wirtschaftlichen Neuanfang[58].

3. Aufstellung von Quartalsplänen

Im Laufe des Jahres 1946 erhielt die Wirtschaftslenkung ein gewisses Maß an Planmäßigkeit und Zielgerichtetheit. Der gewünschte Umfang und Inhalt dieser frühen Form von Wirtschaftsplanung wurde im SMAD-Befehl Nr. 103 vom 19. Oktober 1945 erstmals für das Jahr 1946 festgelegt. Hierin wurden die Präsidenten der Zentralverwaltungen für Industrie, Land- und Forstwirtschaft sowie Verkehrswesen und die Präsidenten der Länder und Provinzen verpflichtet, „einen Plan zur weiteren Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und des Transportwesens im Jahr 1946 auszuarbeiten". Alle ökonomischen Anstrengungen sollten sich auf die „maximale Erhöhung" der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitiger „Erhöhung des Frachtumschlags" und der Wiederherstellung eines funktionsfähigen Verkehrswesens konzentrieren[59]. Unter den damaligen Bedingungen bedeutete der Auftrag zur Aufstellung eines solchen Plans nicht mehr und nicht weniger als die inzwischen auf zentraler wie auf regionaler Ebene gesammelten Berichte, Informationen und Lageanalysen über Lagerbestände, Produktions- und Verkehrskapazitäten sowie Anforderungen an die industriellen Branchen und die Landwirtschaft „in gewissenhaften Schätzwerten zusammenzufassen, damit die zuständigen Stellen in der Lage sind, die entsprechenden Schlüsse für Lenkung und Planung der Industrie, für die Fragen des Interzonenverkehrs und die Ausfuhr hieraus zu ziehen"[60]. Die Planung sollte im industriellen Bereich von den Unternehmen ausgehen, in den Industrie- und Handelskammern der Städte und Kreise regional zusammengefaßt werden, danach zu den Wirtschaftsorganen der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen laufen, um schließlich von der Zentralverwaltung für Industrie koordiniert zu werden[61]. Als Ergebnis dieser Planung im industriellen Bereich sollten auf Grund der gewonnenen „Eckziffern ... Schlußfolgerungen für die Planung der Transportleistun-

---

[58] Vgl. Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 286 ff. (Anm. 23). So auch der Bericht Otto Suhrs (Abelshauser, S. 444/Anm. 34).

[59] Der Befehl Nr. 103 wurde am 4. 11. 1945 sehr knapp bekanntgegeben und ist in dieser Form abgedruckt in: Befehle SMAD, Sammelheft 1, Seite 48 (Anm. 28); er wurde außerdem etwas ausführlicher als Auszug veröffentlicht im Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 4/5/6 1945, Seite 8 f. Vgl. auch W. Mühlfriedel, Thüringens Industrie im ersten Jahr der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9 (1982), S. 7–38, hier: S. 26.

[60] „Berliner Zeitung" v. 8. 11. 1945 über den Verlauf der Planungsarbeiten im Land Sachsen.

[61] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen des Verkehrswesens, die Versorgung der Bevölkerung durch den Handel und die Gestaltung von Interzonen- und Außenhandel" gezogen werden können[62].

Außerdem wurden mit dem Befehl Nr. 143 der SMAD vom 19. 11. 1945 sämtliche Zentralverwaltungen aufgefordert, Haushaltspläne für das Jahr 1946[63] sowohl als Jahresplan als auch gegliedert in Quartalspläne über die Zentralverwaltung für Finanzen an die SMAD einzureichen[64]. Im landwirtschaftlichen Bereich sollten ebenfalls, ausgehend von den Gemeinden und Kreisen über die Länder- und Provinzialverwaltungen bis hin zur Deutschen Verwaltung für Land- und Fortwirtschaft, Berichte mit Angaben über Kapazitäten, Bestände und Anforderungen der einzelnen Bauernwirtschaften und Genossenschaften gesammelt bzw. zusammengefaßt und ausgewertet werden, um zur Grundlage weitergehender Planung gemacht werden zu können[65]. In vieler Hinsicht war also der Beginn von Wirtschaftsplanung nicht viel mehr als die Ausweitung und Vertiefung jener „Generalinventur", mit der die Zentralverwaltungen bereits im Sommer 1945 begonnen hatten und die zum Teil auch auf Länderebene gleichzeitig durchgeführt worden war.

Die Intentionen maßgeblicher Mitarbeiter der Zentralverwaltung der Industrie waren auf Grund des Befehls Nr. 103 im Jahre 1946 durchaus recht weitgehend, allerdings in den Details keineswegs einheitlich. So sollte nach den Vorstellungen des damaligen Präsidenten dieser Zentralverwaltung, Leo Skrzypczynski, eine zentral koordinierte Planung die vier Wirtschaftsbereiche Industrie, Brennstoffe und Energie, Landwirtschaft und Transportwesen umfassen[66]. Die Industrieproduktion sollte bei maximaler Auslastung der Produktionsmittel und Rohstoffreserven – unter Umständen sogar im Zweischichtsystem – angekurbelt werden. Im Brennstoff- und Energiesektor war der maximale Abbau von Stein- und Braunkohle vorgesehen[67]. In der Landwirtschaft wurde nicht auf Intensivierung gesetzt, sondern die „Höchstausdehnung" der Anbaufläche sowie die Vergrößerung des Viehbestandes als vorrangig betrachtet[68]. Laut Skrzypczynski waren für das I. Quartal 1946 im Industriesektor nach zuvor durchgeführten Kapazitätserhebungen in den Unternehmen durch die Wirtschaftsabteilungen der Länder branchenspezifische Pläne in allen 5 Ländern und Provinzen, die von der Zentralverwaltung der Industrie zusammengefaßt wurden, aufgestellt worden. Hierbei handelte es sich jeweils um einen Produktionsplan und drei Bedarfspläne; und zwar erstens für Rohstoffe, Hilfsstoffe, Halbfabrikate, Kohle, Energie und Treibstoffe; zweitens für die benötigten Transportkapazitäten und drittens für Arbeitskräfte.

---

[62] Weißleder, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977/IV, S. 48 (Anm. 2).

[63] Ebenda, S. 49; dort ist irrtümlich von Haushaltsplänen für 1945 die Rede. Der Befehl Nr. 143 wurde im Auszug im Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 7/1945, S. 3 f., am 15. 12. 1945 veröffentlicht.

[64] Ebenda. Vgl. auch Abelshauser, S. 443 (Anm. 34).

[65] Weißleder, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977/IV, S. 48 (Anm. 2).

[66] L. Skrzypczynski, Neuaufbau der deutschen Industrie, in: Die Wirtschaft 1946/1, S. 2–4, hier: S. 3.

[67] Ebenda.

[68] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da diese Bedarfspläne aus den Ländern und Provinzen oft den Charakter recht unrealistischer Anforderungen hatten und keineswegs den lokal vorhandenen Lagerbeständen bzw. Ressourcen entsprachen[69], konnten sie bei der endgültigen Aufstellung der industriellen Produktionspläne durch die Zentralverwaltung der Industrie in der Regel nur „... als Hilfsmaterial Verwendung finden"[70]. Hinsichtlich ihrer Kapazität und Zielsetzung wurde die beginnende Planung der Industrieproduktion in der Ostzone für das 1. Vierteljahr 1946 vom Präsidenten der Zentralverwaltung der Industrie als „Minimalplan" eingeschätzt, da sie mit einer vorgesehenen Gütererzeugung für ca. 2,3 Mrd. RM erheblich unter den damaligen Möglichkeiten gelegen hätte[71].

Die Aufstellung der ersten Quartalspläne wurde Mitte 1946 vom ehemaligen Mitarbeiter der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie Otto Suhr als noch sehr viel mehr ins Einzelne gehende Planungsbemühungen charakterisiert[72]. Zur Erstellung der Quartalspläne für die industrielle Produktion wurden von der Zentralverwaltung der Industrie zuvor sieben Teilpläne (Bedarfspläne) aufgestellt. Ausgangspunkt der gesamten Planungsarbeiten war die Aufstellung eines Güter- oder Warenbedarfsplans für eine bestimmte Branche. Hierbei wurden vorrangig der Reparationsbedarf der Sowjetunion sowie sonstige Ansprüche der Besatzungsarmee befriedigt; erst danach konnte der jeweilige Investitionsbedarf bzw. der zivile Mindestbedarf an Konsumgütern berücksichtigt werden[73].

Als zweiter Schritt mußte jeweils die Kapazität der Betriebe des betroffenen Industriesektors neu ermittelt werden. Dieses Verfahren war insbesondere wegen der stets unvorhersehbaren Demontagen notwendig. Deshalb wurde im Kapazitätsplan zwischen einer möglichen Maximalleistung (100%) und der wahrscheinlicheren Optimalleistung (80%) unterschieden[74]. Der Kapazitätsermittlung folgte die Aufstellung des Rohstoffbedarfsplans; als nächstes wurden ein Brennstoffbedarfsplan bzw. Ener-

---

69 Über derartige, recht unbekümmert aufgrund alter Statistiken aus der Vorkriegszeit gestellte Rohstoffanforderungen im ersten Nachkriegsplanjahr berichtet auch Fritz Selbmann, BzG 1/72, S. 79 (Anm. 35).

70 Skrzypczynski, S. 3 (Anm. 66).

71 Ebenda.

72 Otto Suhr war vom Sommer 1945 bis März 1946 in der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie für die Planung im Bereich der Papier- und Glasindustrie zuständig. Er gehörte von 1946 bis zur Spaltung Berlins 1948 der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin und von 1948–50 der von West-Berlin an. Suhr war 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates und 1949–51 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Von 1949 bis 1955 leitete Suhr die wiedergegründete Deutsche Hochschule für Politik (seit 1958 Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin); er war anschließend Präsident des Westberliner Abgeordnetenhauses und von 1955 bis zu seinem Tode 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin. Zur Biographie Suhrs siehe Abelshauser (Anm. 34) und Biographien zur Zeitgeschichte 1945–1983. Jubiläumsband zur 25. Ausgabe des Fischer-Weltalmanachs, hrsg. v. Wolf-Rüdiger Baumann und Gustav Fochler-Hauke, Frankfurt/Main 1983, S. 468. Vgl. außerdem Merker, Archivmitteilungen 5/81, S. 165 u. 167 (Anm. 7), sowie Sywottek, Festschrift, S. 165 (Anm. 10).

73 Abelshauser, S. 444 (Anm. 34).

74 Ebenda, S. 444 f.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gieplan und der Arbeitseinsatzplan[75] erstellt. Ein besonders schwieriges Problem war die Aufstellung eines realistischen Transportplans[76], während die Aufstellung eines Finanzplans in der Zeit vor der Währungsreform offenbar von untergeordneter Bedeutung war[77].

Aus der Koordinierung der genannten 7 Teilpläne mußte schließlich der Produktionsplan für den jeweiligen Wirtschaftszweig erarbeitet werden, der dann der SMAD vorgelegt und von ihr bestätigt oder zur Änderung zurückgewiesen wurde[78]. Bei Suhr entsteht der Eindruck, daß die von der Zentralverwaltung erstellten Pläne oft deshalb geändert werden mußten, weil widersprüchliche Planentwürfe zum gleichen Bereich aus einzelnen Ländern unkoordiniert eingereicht wurden[79]. Überhaupt darf der Begriff „Plankoordinierung" nicht zu der Vorstellung verleiten, daß lokale, regionale und zentrale Planungsbemühungen bereits sinnvoll aufeinander abgestimmt gewesen wären; im Gegenteil, die Planungsarbeiten liefen auf der Länderebene sowie bei der SMAD und den deutschen Zentralverwaltungen oft unvermittelt nebeneinander her[80]. Außerdem entstand trotz aller Koordinierungsbemühungen seitens der Zentralverwaltung der Industrie aus den diversen Einzel-, Teil- und Regionalplänen selbstverständlich noch kein umfassender Plan für die gesamte Wirtschaft[81]. Ein solcher „Generalplan in der Sowjetzone", für den Suhr während seiner kurzfristigen Mitarbeit in der Zentralverwaltung eingetreten war, wurde von der SMAD zu diesem frühen Zeitpunkt nach seiner Einschätzung wohl eher aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt und dem die Forderung nach einer weitgehend „dezentralisierten Planung" entgegengesetzt[82].

Partiell durchsetzen konnte sich Suhr als Exponent der zentralen und umfassenden Wirtschaftsplanung gegenüber der SMAD im Rahmen „einer Auseinandersetzung mit den Länderverwaltungen" insoweit, als daß z. B. die „Zellstoff- und Papierplanung zentral geregelt ... und der Einfluß der Länder zurückgedrängt" wurde[83]. Nach Suhrs Darstellung hatte es sich sehr schnell als unmöglich erwiesen, „daß das Land

---

[75] Ebenda, S. 445. Wegen des allgemeinen Facharbeitermangels wurden beim Auftreten besonderer personeller Engpässe mitunter auf sowjetische Anweisung Fachkräfte aus der gesamten SBZ zusammengezogen und konzentriert eingesetzt. In welchem Umfang solche Arbeitsverpflichtungen vorgenommen wurden, ist schwer abzuschätzen.

[76] Ebenda. Dies galt im wesentlichen aus folgenden Gründen: erstens stand als Transportmittel für Massengüter fast ausschließlich die Eisenbahn zur Verfügung; zweitens war deren Waggonbestand auf die Hälfte des Vorkriegsbestands reduziert; drittens wurde vom verbliebenen Wagenpark ein erheblicher Teil ständig für Transporte der Besatzungsmacht reserviert; viertens hatte sich allein der Waggonbedarf für Kohletransporte der Reichsbahn (wegen der notwendig gewordenen Umstellung von Steinkohle auf Braunkohle) seit Kriegsende verdreifacht.

[77] Ebenda.

[78] Ebenda.

[79] Ebenda.

[80] Ebenda, S. 445 f.

[81] Ebenda, S. 443 f.

[82] Ebenda, S. 444.

[83] Ebenda, S. 446.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sachsen, das über die meisten Papierfabriken verfügt, einen Papierplan für die Sowjetzone" aufzustellen vermochte. Solche „reinen Produzentenpläne" waren zum Scheitern verurteilt, weil den sächsischen Planern jeder Überblick über den Papierbedarf in den übrigen Ländern fehlte[84].

Bevor es zu einem abgestuften und koordinierten Planungssystem kam, ergaben sich aus der unklaren Kompetenzverteilung zwischen den Zentralverwaltungen und den Ländern einerseits sowie aus den Schwierigkeiten bei der Kompetenzabgrenzung zwischen der SMAD und deutschen Zentralverwaltungen andererseits und noch zusätzlich aus den unzulänglich gegeneinander abgegrenzten Arbeitsbereichen der einzelnen Zentralverwaltungen untereinander starke Reibungsverluste. Neben diesem Kompetenzenwirrwarr war es u. a. die Uneinheitlichkeit der technischen und ökonomischen Terminologie bei der SMAD und den deutschen Planungsstellen, die zu Fehlleistungen führte[85]. Hier kann man der Einschätzung von Waltraud Falk folgen, daß sich erst aus der laufenden Produktion der Jahre 1946/47 „zunächst verschwommene Konturen, schließlich jedoch annähernd klare Produktionsprogramme zu entwickeln" begannen[86]. Eine weitere wesentliche Unzulänglichkeit in der Frühphase der Planung bestand darin, daß den Betrieben in den Quartalsplänen nur sehr allgemein gehaltene Produktionsauflagen gemacht wurden. Solche vagen Anweisungen führten im allgemeinen dazu, daß die Unternehmen Endprodukte herstellten, mit denen sie formal den Plan erfüllten, nicht aber das produzierten, was aufgrund der allgemeinen Mangellage tatsächlich dringend benötigt wurde. Sehr oft ging diese Praxis mit enormer Materialverschwendung einher[87]. Es gelang den privaten Unternehmern nicht selten, aus den Planauflagen das Günstigste für sich zu machen; sie versuchten darüber hinaus, auch auf den Planungsprozeß selbst maßgeblichen Einfluß zu nehmen. Wie eine sehr ausführliche Studie aus der DDR über die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens im ersten Nachkriegsjahr zeigt, gab es dort bis Ende 1945 quasi Unternehmerorganisationen. Zum einen existierten die Industrie- und Handelskammern, die sich nach Mühlfriedels Einschätzung „als Selbstverwaltungsorgane des kapitalistischen Unternehmertums verstanden"[88], weiter, zum anderen gab es eine thüringische Wirtschaftskammer, „die unmittelbar aus der Gauwirtschaftskammer hervorgegangen" sein soll[89]. Die Fortexistenz von Unternehmerorganisationen aus der NS-Zeit lag im wesentlichen darin begründet, daß auch das thüringische Landesamt für Wirtschaft als oberste wirtschaftsleitende Behörde bis zum Frühjahr 1946 sich weitgehend aus Personal der Kriegszeit zusammensetzte; erst danach gelang es der SED, mit der Einsetzung eines kommunistischen Personalreferenten „innerhalb eini-

[84] Ebenda.
[85] Ebenda.
[86] Falk, WZ Humboldt Univ. 67/1, S. 24 (Anm. 29).
[87] Abelshauser, S. 446 u. 438 (Anm. 34). Für den hier geschilderten Sachverhalt lassen sich zahlreiche Belege anführen, u. a. „Neues Deutschland" v. 24. 5. 1947.
[88] Mühlfriedel, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9, S. 26 (Anm. 59).
[89] Ebenda, S. 27. Zur Rolle der ab Herbst 1945 aufgrund von Länder- und Provinzialverordnungen neu gegründeten Industrie- und Handelskammern vgl. Errichtung (Schöneburg), S. 91 f. (Anm. 4).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ger Monate 30 gute Antifaschisten in wichtige wirtschaftliche Positionen einzubauen"[90].

Im Laufe des 2. Halbjahres 1945 wurde in Thüringen ein Produktionsplan für 1946 entworfen, für den die Industrie- und Handelskammern die vorbereitenden Arbeiten ausführten, die thüringische Wirtschaftskammer durch das Landesamt für Wirtschaft in Weimar mit den unmittelbar aus dem Befehl Nr. 103 erwachsenen Aufgaben betraut wurde und schließlich das Landesamt für Statistik aus den aufgearbeiteten Daten und Unterlagen den geforderten Plan zusammenstellte[91]. Die SMA Thüringen stand allerdings diesem Produktionsplan, der weitgehend auf der Selbsteinschätzung der Kapazitäten durch die privaten Unternehmer beruhte, und von dem sie folglich annahm, daß die Planansätze bewußt niedrig gehalten worden waren, sehr skeptisch gegenüber. Um die Erfüllung des Hauptziels des Produktionsplans für 1946, die maximale Ankurbelung der Wirtschaft, zumindest von den Planauflagen her zu gewährleisten, hatte die SMA deshalb in eigener Regie die maßgeblichen Plankennziffern durch ihre Wirtschaftsoffiziere zusammenstellen lassen[92].

4. Entwicklung des Planungssystems bis zur Gründung der DWK

Trotz aller objektiven Probleme und subjektiven Unzulänglichkeiten hatte sich bis Ende 1946 im Bereich der Wirtschaftslenkung und -planung zwischen der föderalen und zentralen Ebene eine Arbeitsteilung herausgebildet, an der neben den Ländern die Sowjetische Militäradministration sowie die deutschen Zentralverwaltungen beteiligt waren[93]. In den Landesplanungsämtern oder planökonomischen Abteilungen der Länder wurden (wahrscheinlich in Abstimmung mit den jeweiligen Abteilungen für Planökonomie der SMA) Fachpläne aufgestellt, die von den einzelnen, entsprechende Ressorts abdeckenden Zentralverwaltungen koordiniert wurden; also wurde in etwa von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft der Versuch unternommen, alle Landwirtschaftspläne der Länder aufeinander abzustimmen. Da die einzelnen Zentralverwaltungen ohne gemeinsame Leitung und Koordination nebeneinander existierten, konnte die Zusammenfassung ihrer jeweiligen Vorschläge nur durch die planökonomische Abteilung der SMAD erfolgen[94].

Eine Ende 1946 im Organ der sowjetischen Besatzungsmacht, „Tägliche Rundschau", erschienene Zwischenbilanz zur Entwicklung der „Planwirtschaft" in der

[90] Mühlfriedel, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9, S. 25 (Anm. 59).

[91] Ebenda, S. 26 f.

[92] Ebenda, S. 27 f.

[93] Vgl. hierzu mit Bezug auf die Länder W. Künzel, Die Landtage von 1946 bis 1949: revolutionär-demokratische Volksvertretungen, in: Revolutionärer Prozeß, S. 95–129, hier: S. 115 (Anm. 1), und Wiegand, Freiberger Forschungshefte 1977/XII, S. 56 u. 59 f. (Anm. 10).

[94] „Tägliche Rundschau" v. 20. 12. 1946 u. „Berliner Zeitung" v. 8. 11. 1945.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SBZ mit einem Ausblick auf die Wirtschaftsplanung für 1947 bestätigt die Einschätzung von den quantitativ bereits recht weit gehenden Bemühungen auf diesem Sektor. Dort heißt es über das erste Planjahr, man hätte „bereits grundlegende Vorarbeiten für eine sorgfältige, alle Kräfte und Stoffe umfassende Wirtschaftsplanung geleistet ... (und einen) Überblick über das Vorhandene gewonnen". Dieses zunächst eher zurückhaltende Resümee enthielt allerdings die Behauptung, daß sich ein umfangreicher Stab von Planungsfachkräften bereits eingearbeitet und – was noch unwahrscheinlicher erscheint – daß sich „die beteiligten Firmen ... an gewissenhafte Berichterstattung und Planerfüllung gewöhnt" hätten. Aus diesen Gründen habe man es wagen können, „die Vorbereitung der Wirtschaftsplanung für 1947 auf eine breitere Grundlage zu stellen und nicht nur Industrie, Landwirtschaft und Handwerk, sondern auch Arbeitskräfte, Verkehr (wie oben schon gezeigt, war die Einbeziehung des Verkehrswesens bereits im Befehl Nr. 103 für 1946 vorgesehen! – Verf.), Finanzen und Kreditwesen in die Planung einzubeziehen". Das Schwergewicht der Produktionsplanung sollte bei der „Förderung der Grundstoffindustrie, insbesondere auf Kohle und Energieversorgung" liegen. Es wurde betont, daß Wirtschaftsplanung grundsätzlich im „gesamtdeutschen Rahmen anzustreben" sei, und daß selbst die Investitionsplanung, wegen der vermeintlich noch gegebenen gesamtdeutschen Perspektive, auf die Beseitigung von Engpässen und allergrößter Disproportionen beschränkt bleiben sollte[95].

In dem Ausblick auf die Fortentwicklung des Planungssystems der SBZ, den dieser Artikel in der „Täglichen Rundschau" bietet (das gleiche gilt für den hier dargestellten Arbeitsbericht von Otto Suhr), läßt sich deutlich ablesen, daß die These, das System der Wirtschaftsplanung wäre bis zur Bildung zentraler Planungsorgane in der DWK maßgeblich nur auf der Länderebene entwickelt worden (so – wie bereits gezeigt – Jörg Roesler, Klaus Wiegand und Waltraud Falk), unhaltbar ist. Dies wurde im übrigen auch schon mit den SMAD-Befehlen Nr. 103 und 143 deutlich, die als Adressaten sowohl die Zentralverwaltungen als auch die Verwaltungen der Länder nannten. Ende 1946 hieß es hierzu: „Ein neuer Schritt besteht darin, daß für 1947 die Regierungen der Länder und Provinzen zum ersten Male in eigener Verantwortung planen. Das bedeutet natürlich nicht, daß jedes einzelne Land sich als wirtschaftliche Einheit betrachten soll. Wenn auch jedes Land und jede Provinz die Aufgabe hat, eine Wirtschaftsbilanz aufzustellen, die sich auf die gesamte Wirtschaft ihres Gebietes erstreckt, so können sie doch in keinem Fall für sich bestehen. Es muß daher zunächst immer im Rahmen der ganzen Sowjetischen Besatzungszone geplant werden, und jedes einzelne Gebiet ist dabei sowohl als Geber wie als Empfänger von Wirtschaftsleistungen aus anderen Ländern der Zone und aus anderen Zonen zu betrachten. Daher

[95] „Tägliche Rundschau" v. 20. 12. 1946. An Investitionen war für 1947 u. a. vorgesehen die Förderung der Produktion von kalzinierter Soda in der chemischen Industrie, des Ausbaus von Stahlgießereien, verstärkter Eisengewinnung aus Schrott in der Metallurgie; auch die Textilindustrie sollte mit dem Neubau von Spinnereianlagen erweitert werden.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müssen die Pläne der Länder und Provinzen durch einen Zonenplan aufeinander abgestimmt werden, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Produktion als auch bei der Verteilung."[96]

Von den damaligen Akteuren wurden die Quartalspläne, die ab Ende 1945 aufgestellt worden waren, im allgemeinen als kurzfristig oder operativ charakterisiert. Es waren in ihrer Einschätzung Pläne, die „den Einsatz und die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige lenkten und damit die Voraussetzungen für die schnelle Beseitigung der Kriegsschäden und die langsame Normalisierung des Wirtschaftslebens schufen"[97]. Da die wirtschaftliche Situation der Jahre 1945 bis 1948 noch keine Perspektivplanung zuließ, wurde die kurzfristige Planung dieses Zeitraums von Bruno Leuschner[98] rückblickend „als wichtigste Aufgabe ... (für die) zweckmäßige Nutzung und den richtigen Einsatz der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte, d. h. die schnelle Wiederaufnahme volkswirtschaftlich wichtiger Produktionen, die Mobilisierung und Lenkung von Rohstoffreserven, die Erfassung und den Einsatz von Arbeitskräften usw." eingeschätzt[99].

In welchem Maße es qualitative Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bzw. den Ländern einerseits und den zentralen Planungsinstanzen andererseits gab, läßt sich im einzelnen schwer nachzeichnen. Wahrscheinlich verfügte aber Sachsen als das wirtschaftlich wichtigste Land beim Abschluß der Frühphase der Planung 1948 bereits über einen recht gut entwickelten Planungsapparat[100]. Über die Realisierung des Plansolls im Jahre 1947 liegen einige verwertbare Angaben vor. So betrug der Wert der planmäßigen und außerplanmäßigen Produktion in Sachsen 3,262 Mrd. RM; er lag damit knapp unter dem Ergebnis von 1946 mit ca. 3,275 Mrd. RM[101]. Der Produktionsplan sah 1947 für Sachsen einen Wert von 2,904 Mrd. RM vor, er wurde mit 2,934 Mrd. RM leicht übererfüllt. Aus dieser Erfüllbarkeit des Plans wird ersichtlich, daß der Planansatz recht realistisch war und die wirtschaftlichen Bewegungen eines Jahres einigermaßen zuverlässig vorausberechnet worden waren. In einzelnen Branchen wurde das Plansoll sogar beachtlich überboten[102]. Während Selbmann für Sachsen hiermit nur zur Planrealisierung insgesamt Auskunft gab, lieferte der thüringische Wirtschaftsminister Hüttenrauch auch Angaben für die volkseigene Industrie,

[96] Ebenda.

[97] So Bruno Leuschner rückblickend, zitiert bei J. Roesler, Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945–1949/50), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 21/1, S. 103–122, hier: S. 105.

[98] Ebenda.

[99] Ebenda.

[100] Vgl. hierzu u. a. Wiegand, Freiberger Forschungshefte 77/XII, S. 59 f. (Anm. 10); Selbmann, BzG 1/72, S. 79 f. (Anm. 35); Gräfe/Wehner, ZfG, S. 905 f. (Anm. 35); W. Mussler, Die volkseigenen Betriebe. Entstehung, Organisation, Aufgaben, Berlin 1948.

[101] F. Selbmann, Demokratische Wirtschaft. Dokumente der neuen Zeit, Bd. 3, Dresden 1948, S. 104.

[102] Ebenda, S. 105. Planerfüllung 1947 in Sachsen: Metallurgie 114%, Maschinenbau 110%, Leichtindustrie 109%, Chemie 99% (vom Verf. nach Selbmanns Angaben berechnet).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus denen hervorgeht, daß die Planerfüllung auf diesem Sektor erst im III. und IV. Quartal 1947 mit 98,3 bzw. 104,6 Prozent erreicht wurde[103].

Schließlich sollte der Hinweis darauf nicht fehlen, daß in den Jahren 1945 bis 1948 Planwirtschaft generell recht unumstritten war. Dies gilt nicht nur für die Ostzone, wo sich bürgerliche Politiker wie Wilhelm Külz 1946 für eine „planvolle Lenkung" der Wirtschaft bei späterer Rückkehr zur Marktwirtschaft aussprachen[104], sondern in ähnlicher Weise auch für die westlichen Besatzungszonen[105].

5. Vorbereitung der zentralen Wirtschaftsplanung

Für die Wirtschaftsabteilung der DWK konnte deren Leiter Bruno Leuschner gegen Ende 1947 hinsichtlich des Umfangs der planerischen Arbeiten und der Kompetenzen seiner Abteilung auf dem Feld der Wirtschaftslenkung bereits ein beachtliches Resümee ziehen. Danach wurden folgende sechs Schwerpunkte bearbeitet[106]:

1. Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen für die gesamte SBZ, darunter zunächst der IV. Quartalsplan für 1947[107];
2. Koordinierung der Pläne der Länderregierungen und der Zentralverwaltungen;
3. Lenkung und Kontrolle der Planerfüllung;
4. Ausarbeitung von Anweisungen zu prinzipiellen Wirtschaftsfragen sowie von Lösungsvorschlägen zur Behebung aktueller wirtschaftlicher Probleme;
5. Verfügung über die Verteilung und Verwendung der Rohstoffe, Produktionsmittel und der Produktion im Rahmen der von der SMAD genehmigten Pläne;
6. Verteilung der entsprechenden Kontingente an die vier Kontingentbereiche sowjetische Besatzungsmacht, Interzonen- und Außenhandel, Wirtschaft (Bedarf, Investitionen) sowie Bevölkerung (Konsum)[108].

Diese zunächst sehr weitreichend erscheinenden Zuständigkeiten der Abteilung für Wirtschaftsfragen konnten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei weitgehend um uneffizient bleibende Arbeiten handelte, weil die Beschlüsse der

---

[103] Volksbetriebe im Aufbau, Berlin 1948, S. 32. Im I. und II. Quartal erfüllten die volkseigenen Betriebe Thüringens das Plansoll nur zu 70,7 bzw. 91,4%.

[104] Roesler, Jahrbuch für Geschichte 12/74, S. 288 (Anm. 23).

[105] Sywottek, Festschrift, S. 164 (Anm. 10): „Planung von Produktion und Verteilung – möglichst umfassende zentrale Planung – war als abstrakte Forderung nach dem Kriegsende in Deutschland kaum kontrovers. Allerdings gab es Unterschiede in den Motiven und Zielbestimmungen sowie in den Vorstellungen vom Grad der Konkretion, von der Form der Erstellung und Durchführung der Pläne und der Art ihrer Kontrolle sowie von ihrer zeitlich begrenzten Notwendigkeit." Vgl. auch Abelshauser, S. 418 und 422 (Anm. 34).

[106] Weißleder, Diss., S. 31 (Anm. 7).

[107] Ebenda, S. 31 u. S. 151.

[108] Ebenda, S. 31 u. S. 151. Das Recht zur Verteilung der Kontingente wird von Weißleder zutreffend als „eine der wichtigsten polit-ökonomischen Schlüsselpositionen" der Wirtschaftsabteilung der DWK gewertet.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DWK und ihrer Wirtschaftsabteilung kein bindendes Recht waren[109]. Als ein Gremium, das zunächst nur beratend, koordinierend und planend tätig werden konnte, vermochte die DWK in ihrer ursprünglichen Form weder ökonomisch noch politisch viel zu bewegen[110]. Die Befriedigung der sowjetischen Reparationsansprüche aus der laufenden Produktion, die zentrale Anleitung großer Teile der volkseigenen Industrie sowie vor allem der vom II. Parteitag der SED proklamierte Übergang zur zentralen Planwirtschaft verlangten aber eine oberste zentrale Instanz für die Planung und Leitung der ostzonalen Wirtschaft. Nach der bis dahin geübten Praxis wäre dafür weiterhin die Planökonomische Abteilung der SMAD und die Abteilung für Wirtschaftsfragen der DWK zuständig gewesen. Diese Konstruktion soll sich aber als zu umständlich erwiesen haben, so daß im Frühjahr 1948 mit der Rekonstruktion der Deutschen Wirtschaftskommission auch die Struktur der meisten Zentralverwaltungen geändert und der DWK schließlich Rechtsetzungskompetenz verliehen wurde[111].

Der auf dem II. Parteitag von Walter Ulbricht unterbreitete Vorschlag zur Aufstellung von Wirtschaftsplänen für den Zeitraum 1948 bis 1950 führte dazu, daß die Wirtschaftsabteilung der DWK im November 1947 mit den Vorarbeiten an einem Gesamtwirtschaftsplan begann. Das Ergebnis waren schließlich der Halbjahresplan für das III. und IV. Quartal 1948 sowie der Zweijahrplan 1949/50[112].

---

[109] Das galt u. a. auch dann, wenn sie gemeinsam mit Vertretern der Besatzungsmacht und der Länderregierungen gefaßt worden waren. Beschlüsse der DWK und der Zentralverwaltungen konnten nur in Form von SMAD-Befehlen oder Gesetzen der Länder Rechtskraft erlangen. Vgl. hierzu Weißleder, Revolutionärer Prozeß, S. 139 f. (Anm. 1); ders., Diss., S. 32 (Anm. 7); ders., Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977/IV, S. 58 f. (Anm. 2).

[110] Weißleder, Revolutionärer Prozeß, S. 139 f. (Anm. 1).

[111] Vgl. Weißleder, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977/IV, S. 61 und 55 f. (Anm. 2); ders., Diss., S. 107 ff. (Anm. 7); Errichtung (Schöneburg), S. 174 ff. (Anm. 4). Bereits auf der 9. Sitzung der DWK, am 26. 11. 1947, hatte die Abteilung für Wirtschaftsfragen im Hinblick auf die bevorstehende Reorganisierung der DWK den Auftrag erhalten, Richtlinien für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der DWK einschl. ihrer Wirtschaftsabteilung und den wirtschaftlichen Zentralverwaltungen auszuarbeiten (Weißleder, Diss., S. 35).

[112] Zu den Wirtschaftsplänen für die Jahre 1948–50 einschl. ihrer politischen Begründung (einleitendes Referat von W. Ulbricht) und ihrer Diskussion vgl.: Der deutsche Zweijahrplan für 1949–50, Berlin 1948. Einen formalen Parteitagsbeschluß zur Aufstellung der Pläne hat es strenggenommen nicht gegeben; auch die vom Parteitag verabschiedete „Entschließung zur politischen Lage" enthält hierzu nur ganz allgemeine Forderungen, wie durch Planung in Zukunft der Wirtschaftsprozeß gelenkt werden sollte (Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947, S. 538 ff.). Zur Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse bzw. von Beschlüssen oberster Parteiorgane in die politische Praxis vgl. Weißleder, Diss., S. 34 (Anm. 7), und ders., Revolutionärer Prozeß, S. 145 f. (Anm. 1).

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Zusammenfassung

Thesenartig verkürzt läßt sich folgendes Resümee ziehen: Mit den Dienststellen der Sowjetischen Militäradministration in Berlin einschließlich der ihnen zunächst als beratende Organe zugeordneten deutschen Zentralverwaltungen gab es vom Sommer 1945 an in der sowjetischen Besatzungszone auf der zentralen Ebene staatliche Verwaltungen, wobei allerdings die einzelnen Zentralverwaltungen von unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung waren.

Die gleichzeitig in der SBZ errichteten Länderverwaltungen hatten bis zum Frühjahr 1948 gegenüber den zentralen deutschen Behörden im wesentlichen aus zwei Gründen ein gewisses Übergewicht: zum einen besaßen die Länderverwaltungen (nach den Wahlen vom Herbst 1946 die Landtage und Länderregierungen) die Gesetzgebungskompetenz, zum anderen ließen die eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten, die unzureichenden Verkehrsverbindungen und die meist nur lokal vorhandenen und einsetzbaren Ressourcen die Ingangsetzung und Planung der Wirtschaft nur im regionalen Rahmen, höchstens aber auf Länderebene zu.

Dennoch gab es bereits zwischen 1945 und 1948 wirtschaftslenkende Maßnahmen und Planungsbemühungen im übergreifenden zonalen Rahmen. Nach dem Entstehen des staatlichen Wirtschaftssektors ab 1946/47 nahm auch die Bedeutung der zentralen Lenkung und Planung der Wirtschaft zu, so daß der Aufbau eines wirtschaftsleitenden Organs für die gesamte SBZ ab 1947/48 zur Notwendigkeit wurde; dies gilt um so mehr, als von diesem Zeitpunkt an endgültig feststand, daß die sowjetischen Reparationsansprüche nur aus der Industrieproduktion der Ostzone befriedigt werden konnten. Mit der Deutschen Wirtschaftskommission wurde ab Mitte 1947 (verstärkt aber mit deren Ausbau und Kompetenzerweiterung vom Frühjahr 1948 an) ein zentraler staatlicher Apparat für die Planung und Leitung der Wirtschaft geschaffen. Die DWK war aber nicht nur oberstes wirtschaftsleitendes Organ, sondern zugleich der Kern des späteren Staatsapparats der DDR. Zu dieser Entwicklung trug die fortschreitende ökonomische und politische Spaltung Deutschlands, die im Jahre 1948 ihren ersten Höhepunkt erreichte (ein Prozeß, auf den hier nicht näher eingegangen werden konnte), wesentlich bei.

Mit der Etablierung der DWK als zentralem wirtschaftsleitenden Staatsorgan waren die Voraussetzungen zur Verbesserung der Wirtschaftslenkung und schließlich für den Übergang zur zentralen Planwirtschaft gegeben.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

SEEV GOSHEN

ALBERT BATTELS WIDERSTAND GEGEN DIE JUDENVERNICHTUNG IN PRZEMYSL

Die vorliegende Studie wird vielleicht dazu beitragen, dass in die Geschichte des Holocaust und damit in die Geschichte schlechthin der Name eines Mannes eingeht, der ihren Gang zwar keineswegs beeinflußte, dessen beispiellos mutiges Verhalten im Sommer 1942 aber auch einen Beitrag zur Geschichte des unorganisierten Widerstandes bildet; darüber hinaus enthält die Studie eine Aussage zur Frage der Haltung von Wehrmachtstellen und zur Unhaltbarkeit der extravaganten Behauptung, der allein böse Großmeister des Ordens der SS habe den Judenmord hinter dem Rücken des ahnungslosen Führers organisiert.

Ort der Handlung: Przemysl im Sommer 1942, also zu einer Zeit, da die Massenmordmaschine auf Hochtouren läuft (Aktion „Reinhard"). Am 3. Juni 1942 überträgt der – gegenüber der SS schon entmachtete – Hans Frank auch offiziell „alle Judenangelegenheiten als Sachgebiet der Sicherheitspolizei". Diese, der SD und der SS-Apparat im allgemeinen machen ganze Arbeit: Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Ganzenmüller kann an SS-Obergruppenführer Wolff berichten, daß seit dem 22. Juli Tagestransporte aus Warschau abgehen und zweimal wöchentlich ein Zug mit 5000 Juden von Przemysl nach Belzec[1]. (Schon vorher – im Mai 1942 – wird ein Transport von 1000 jungen Juden aus Przemysl in das Janovska-Lager nach Lemberg gebracht, in dem die berüchtigten Sadisten SS-Obersturmführer Willhaus und Untersturmführer Rokita, letzterer früher Musikant im jüdischen Cafe „Astoria" in Kattowitz, ihr Unwesen trieben.) Die SS-Stellen sind lediglich zu begrenzter Rücksichtnahme auf einschränkende Wünsche und Belange der Wehrmachtstellen verpflichtet. So konzediert Krüger am 14. Juli 1942 dem Leiter der Rüstungsabteilung im OKW, General Schindler, die Freigabe von jüdischen Arbeitskräften für Rüstungsbetriebe. Da Militärstellen sich in vielen Fällen in den Augen der SS verdächtig machen, ihre „Wehrmachtsjuden" vor der „Aussiedlung" schützen zu wollen, erlässt der stets gehorsame Keitel am 5. September 42 scharfe Instruktionen, die solche Versuche unterbinden sollen; als der Militärsbefehlhaber im Generalgouvernement, General v. Gienanth, die Instruktionen Keitels am 18. September abschwächen will, führt das zu seiner Ablösung am 30. September 1942[2].

[1] H. Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2., Olten 1965, S. 420 ff.
[2] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberleutnant d. R. Dr. Albert Battel von der Ortskommandantur Przemysl versuchte bereits im Mai 1942, anläßlich der erwähnten Überführung von 1000 jungen Juden nach Lemberg, die für die Wehrmacht arbeitenden Juden zu schützen. Als sich der Polizei-Hauptmann darüber beim Ortskommandanten, Major v. Wurmb, beschwerte, versprach dieser sofortige Untersuchung und fügte laut Bericht des Hauptmanns vom 25. August 1942 hinzu, „daß er keinesfalls dulden könne, daß Oblt. Dr. Battel sich in Angelegenheiten einmische, die die Ortkommandantur nichts angehen". Der dann zur Unterredung zugezogene Dr. Battel hingegen „vertrat die Ansicht, daß Juden, die bei der Wehrmacht arbeiten, zum Wehrmachtsgefolge gehörten und ihm als Abwehroffizier unterstünden", und er „erklärte, daß dies so angeordnet sei". Auch die Drohung mit Beschwerden scheint Battel nicht eingeschüchtert zu haben. Tatsächlich wurde von einer Beschwerde „zunächst Abstand genommen, um das sonst gute Einvernehmen zwischen Wehrmacht und Sicherheitspolizei hierdurch nicht zu beeinträchtigen"[3]. Dieses Einvernehmen wurde weniger gut, als Wurmb durch Major Liedtke abgelöst wurde, der die Linie seines Adjutanten billigte und unterstützte und „Wehrmachtsjuden" zu schützen bestrebt war. Diese Haltung kam deutlich bei der ersten großen Aussiedlungsaktion am 26. Juli 1942 in Przemysl zum Ausdruck. Dort erschien am 22. Juli SS-Hauptsturmführer Martin Fellenz (nach Kriegsende Kaufmann und FDP-Ratsherr in Schleswig, 1963 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt), um die Einsatzbesprechung mit allen beteiligten Dienststellen zu leiten, aber ohne Zuziehung der Wehrmachtsvertreter. Trotz dieser Vorbereitung gab es wider Erwarten Schwierigkeiten, und Fellenz berichtete in einem Aktenvermerk[4]:

„Auf Grund der fernmündlichen Meldung des SS-Ustuf. Benthin, Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Przemysl, wonach der Ortskommandant von Przemysl, Major Liedtke, durch Sperrung der Sanbrücke für Polizei und Zivilisten die Durchführung der für den 27.7. 1942 vorgesehenen Aktion gefährdete, fuhr ich auf Befehl des SS- und Polizeiführers im Distrikt Kraukau – SS-Oberführer Scherner – nach Przemysl, um an Ort und Stelle die Angelegenheit zu klären und entsprechende Massnahmen zu treffen. Nach einer kurzen Rücksprache mit SS-Ustuf. Benthin in Anwesenheit des Herrn Kreishauptmann ... erhielt ich folgendes Bild. SS-Ustuf. Benthin erhielt am Sonntag den 26.7. 42 gegen 9 Uhr vom Ortskommandanten Major Liedtke einen Anruf, in dem er erklärte, daß er in Erfahrung gebracht hätte, daß den Wehrmachtsdienststellen auf Grund der bevorstehenden Judenaktion etwa 95% der jüdischen Arbeiter entzogen würden. SS-Ustuf. Benthin hat daraufhin erklärt, daß er ihm nicht sagen könnte, wieviel Juden, die bei den Wehrmachtsdienststellen beschäftigt sind, ausgesiedelt werden, es wäre jedoch damit zu rechnen, daß ein Teil der bei Wehrmachtsdienststellen beschäftigten Arbeiter (Juden) unter die Aussiedlung fallen. Nähere Einzelheiten könnte er ihm jedoch nicht sagen, da die Aktion unter ‚Geheim' laufe ... Am gleichen Tage um 10.15 Uhr erschien der Adjutant des Ortskommandan-

[3] Bericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Krakau an SS-Obergruppenführer Krüger, weitergeleitet an Himmler und Bormann, Archiv des IfZ.

[4] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Oberltn. Battel auf der Dienststelle der Sicherheitspolizei und teilte ihm inhaltlich einen Funkspruch des Ortskommandanten an den M. i. G. – Anlage Seite 16 – mit. Bis zur Entscheidung des M. i. G. hat der Ortskommandant die Sanbrücke für jeden Zivilverkehr einschl. Polizei sperren lassen ...

Nach Kenntnis der Sachlage begab ich mich mit den anwesenden Herren zur Ortskommandantur um dort eine Klärung zu schaffen. Gemäß meiner erhaltenen Anweisung von SS-Oberführer Scherner habe ich versucht ‚eine diplomatische Lösung' zu finden und diese wie folgt geklärt. Ich habe dem Ortskommandanten Major Liedtke und den anwesenden Offizieren – etwa 20 – erklärt, daß gemäß den Befehlen des RFSS eine Aussiedlung stattzufinden habe und diese auch durchgeführt wird. Unter kurzer Darlegung der Bestimmungen habe ich auch hier zum Ausdruck gebracht, daß selbstverständlich auf kriegs- und rüstungswichtige Belange der Wehrmacht Rücksicht genommen würde, ich aber kein Verständnis dafür hätte, daß die Wehrmacht heute noch in überaus großer Zahl den sogenannten Haus- und Hofjuden züchtete, der als Stubenreiniger und Schuhputzer für den Herrn Unteroffizier gebraucht wird ...

In einer persönlichen Aussprache mit Herrn Major Liedtke – zu diesem Zweck bat ich ihn in das Nebenzimmer – habe ich ihm im Auftrag des SS- und Polizeiführers mitgeteilt, daß er zu seinen Maßnahmen, die Sperrung der Brücke usw., auch nach Einvernehmen mit der Oberkommandantur weder berechtigt noch befugt war. Die gesamte Aktion ist eine Polizeiaktion und geht die Wehrmacht gar nichts an. Ich habe ihn gleichzeitig gebeten, die Aktion in keiner Weise zu stören, da sonst entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden müßten. Ich habe ihm zu verstehen gegeben, daß, wenn das SS-Batl. aus Debica gekommen wäre, dieses die Brücke passiert hätte. Herr Major Liedtke erwiderte darauf, daß er die Interessen der Wehrmacht zu vertreten hätte und nach irgendeiner Vorschrift bei Streitfragen zwischen Wehrmacht und Zivildienststellen die Wehrmacht das Vorrecht habe."

Genauere Einzelheiten über die Vorfälle am Vortag der Aussiedlung bringen die Aussagen der SS-Organe; Oberleutnant Schaller, Schutzpolizeidienstabteilung Przemysl, berichtete am 11. August 1952[5]:

Am Samstag, den 23. Juli 1942 wurde das Judengebiet in Przemysl befehlsgemäß wegen einer durchzuführenden Judenaktion durch deutsche und polnische Polizei abgesperrt. Der Fahrer des Lkw der hier eingesetzten Kräfte der Kompanie, der am Sonntag, den 24. Juli gegen 10.30 Uhr zur Kompanie, die auf der anderen Seite des San untergebracht ist, fahren sollte, um Lebensmittel für die eingesetzten Kräfte zu holen, meldete mir dann, daß die Brücke durch Wehrmachtsangehörige gesperrt sei. Der dort Dienst tuende Feldwebel habe ihm gesagt, daß Waffengebrauch angeordnet sei und daß er schießen würde, falls er die Brücke passiere. Ich begab mich sofort zur Ortskommandantur und traf dort den Ortskommandanten Major Liedtke an. Bemerken muß ich, daß die Ortskommandantur einem jüdischen Heerlager glich. Auch wa-

[5] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren eine Anzahl jüdischer Ordnungsdienstmänner dort anwesend. Ohne den Grund der Brückensperrung zu kennen, machte die Situation den Eindruck auf mich, als hätten die Juden sich in den Schutz dieser Wehrmachtsdienststellen begeben. Ich fragte Herrn Major Liedtke nach dem Grund der Brückensperrung, worauf er mir erklärte, daß die Brücke wegen der Judenaktion gesperrt sei und sich gegen die von der Polizei getroffenen Maßnahmen richte. Er sagte mir unter anderem, daß die Brücke solange gesperrt bliebe, bis ich meine Maßnahmen gegen die Juden abbrechen würde ... Mein Eindruck war nun so, daß Major Liedtke geneigt schien, die Massnahmen abzublasen, da er anscheinend seiner Sorge enthoben war. Er ging dann mit mir zur Brücke, um sich mit dem Adjutanten Oberleutnant Battel zu besprechen. Aus den nun folgenden Gesprächen konnte ich entnehmen, daß Oberleutnant Battel die Seele der ganzen Angelegenheit war. Wir gingen zusammen zur Ortskommandantur, wo die Angelegenheit weiter besprochen wurde. Während, wie ich schon erwähnte, der Major Liedtke bereit war, die Brückensperrung aufzuheben, war bei Oberleutnant Battel ein stärkerer Widerstand zu spüren ... was auch von Kreishauptmann und dem Stadtkommissar bestätigt wird, soll Oberleutnant Battel als Judenfreund bekannt sein. Dem entsprechen auch meine ganzen Wahrnehmungen."

SS-Ustuf. Benthin, Leiter der Sipo Przemysl, berichtete am 23. August 1942[6]:

„Daß es anschließlich der Brückensperre am 26.7. 1942 zwischen Wehrmacht und Polizei nicht zu einer Schießerei kam, ist lediglich der Umsicht der Polizei zu verdanken. Hauptmann Schweder, Führer der 2. Komp. Pol. Batl. 307, der mit seiner Kompanie im Winter 1941–1942 an der Front stand, hat mir persönlich erklärt, daß er sich zusammenreißen mußte, um nicht von seiner Waffe Gebrauch zu machen, als ihm vor den Augen der nichtdeutschen Bevölkerung der Übergang über die Brücke verwehrt wurde. Leutnant Kiesel, von derselben Kompanie, der die Bewachung des jüdischen Wohnviertels hatte, gab an, daß eine Abteilung der Wehrmacht unter Führung von Oblt. Battel am Nachmittag des 26.7. 42 Juden aus dem jüdischen Wohnviertel holen wollte. Als dies von Ltn. Kiesel abgelehnt wurde, hat Obltn. Battel angeordnet, daß ein Zug der Wehrmacht alarmiert wurde, damit sie sich Eingang zum jüdischen Wohnviertel erzwingen konnten. Unter diesen Umständen hat auch Ltn. Kiesel den Eingang zum jüdischen Wohnviertel freigegeben. Die Wehrmachtsabteilung hat darauf etwa 80 bis 100 Juden aus dem jüdischen Wohnviertel geholt und ihnen Unterkunft in der Ortskommandantur gegeben. Oberleutnant Battel von der hiesigen Ortskommandantur wird allgemein als ein Freund der Juden bezeichnet. Als solcher ist er auch bei den Juden bekannt, denn der frühere Obmann des Judenrates, der ausgesiedelt worden ist, hat erklärt, daß die Juden die volle Unterstützung der Wehrmacht, insbesondere von Oblt. Battel hätten. Erst vor kurzem hat Obltn. Battel bei einer Besprechung, als die Arbeitsleistung von Juden erwähnt wurde, dem hiesigen Stadtkommissar erklärt, daß er die Juden besser verpflegen müsse."

Um 13.45 Uhr wurde laut Benthins Bericht die Brückensperre aufgehoben, die Po-

[6] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lizeitruppen konnten einziehen, sich zur Aktion vorbereiten und diese dann am 27. Juli durchführen. Der Bericht des Nachkriegs-Ratsherren meldet: „Ausgesiedelt wurden insgesamt 3850 Juden", und er fügte SS-forsch hinzu: „Einige Juden, die versuchten zu fliehen oder Widerstand zu leisten, wurden erschossen", und schließlich stellte er fest: „In Erkenntnis der richtigen Lage wurde überall bestimmt und hart zugefaßt."

Vergeblich hatte also der „Judenfreund" Battel am 26. Juli zweimal SS- und Polizeikräfte durch Brückensperrung und Schießandrohung zeitweise aufgehalten, allerdings nicht ganz vergeblich, denn er hatte von Feblenz, dem Beauftragten des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau SS-Oberführer Scherner, Konzessionen für gewisse Kategorien erreicht, und er hatte vor allem, wieder durch Androhung von Gewalt, die Polizeisperre zum jüdischen Wohnviertel durchbrochen, 80–100 Juden herausgeholt und in der Ortskommandantur in Sicherheit gebracht.

Der relative Erfolg und vielleicht auch die Tatsache, daß er auf die Unterstützung des Ortskommandanten Liedtke und eine gewisse Rückendeckung durch den M. i. G. rechnen kann, – wie sie auch in der überraschenden Beförderung zum Hauptmann, unmittelbar nach dem Auftreten gegenüber der SS zum Ausdruck kommen – bewirken, daß der „Judenfreund" auch weiterhin die Maßnahmen der SS stört, um Juden zu schützen.

So berichtete SS-Hauptsturmführer Weichelt am 24. August 1942[7]:

„Betrifft: Bildung eines Wehrmachtsghettos für Juden in Przemysl. Am 10. 8. 1942 rief Oberleutnant Dr. Battel (jetzt Hauptmann) von der Ortskommandantur Przemysl die Behördenvertreter zusammen (stellvertretender Krsh. Dr. Herbig, Stadtkommissar Giesselmann, SS-Untersturmführer Benthin – Leiter der Sipo Przemysl) und gab ihnen einen Funkspruch bekannt, der sinngemäß folgenden Wortlaut hat: ‚In Anbetracht der in der letzten Zeit vorgekommenen Judenaktion bestimmt die Oberfeldkommandantur, daß die bei der Wehrmacht beschäftigten Juden zu kasernieren und unter militärischen Schutz zu stellen sind. Sie sind so zu verpflegen, daß sie arbeitsfähig bleiben.' Am 15. 8. 1942 übergab Hauptmann Friedmann als Sonderkurier des M. i. G. der Ortskommandantur in Przemysl einen an alle Ortskommandanturen gerichteten Befehl. Eine Gewährsperson berichtet über den Inhalt desselben wie folgt: ‚Sämtliche bei der Wehrmacht beschäftigten Juden sind unter militärische Obhut zu nehmen.' Die Wehrmacht hat hiernach für ihre Juden eigene Ghettos zu bilden, wo sie zu kasernieren und von ihren Familien getrennt unterzubringen sind. Die Wehrmacht hat auch die nötige Bewachung zu stellen. Die Kreishauptleute haben gegenüber den Wehrmachtsjuden kein Weisungsrecht mehr. An Stelle des bisher bezahlten Lohnbetrages sind sie von der Wehrmacht zu verpflegen. Die Wehrmacht hat eigene Judenräte zu bestimmen. Diese Sonderbehandlung soll vermeiden, daß sich in Zukunft Übergriffe ziviler Dienststellen gegenüber den Wehrmachtsjuden wiederholen könnten. In einer Besprechung am 15. und 16. 8. 1942 wurden in Przemysl die zivilen

[7] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Behördenleiter (ohne Sipo) von diesem Befehl in Kenntnis gesetzt. Der Ortskommandant Major Liedtke gab bekannt, daß die Wehrmachtsjuden innerhalb des jetzigen Ghettos geschlossen untergebracht werden. Er äußerte sich wörtlich, daß er im Rahmen seiner Zuständigkeit eine jüdische Gemeinde aufbauen werde, die mustergültig sein wird. Ferner wollte er zunächst eine Komp. Soldaten zur Bewachung einsetzen, was voraussichtlich jedoch nicht durchgeführt werden wird. (Das bisherige allgemeine Ghetto wird z. Zt. von einem polnischen Polizisten bewacht.)

Hierzu teilte die Ortskommandantur Przemysl am 10. 8. 1942 unter B. Nr. 3639/42 der Sicherheitspolizei – Grenzpolizeikommissariat Przemysl folgendes mit:

‚Betr.: Arbeitseinsatz der Juden. Wie bereits mündlich durch den Adjutanten mitgeteilt, hat nunmehr auch die Oberfeldkommandantur Krakau befohlen, daß, um Störungen im Nachschub an die Front und in dringlichen Arbeiten vorzubeugen, die jüdischen Stammarbeiter sofort zu kasernieren und militärisch sicherzustellen sind.

Es wird gebeten, wegen einer etwaigen Kasernierung an der mit dem Kreishauptmann bereits für 16 Uhr vereinbarten Besprechung in der Ortskommandantur teilzunehmen.

Es wird weiterhin gebeten, soweit möglich, weitere jüdische Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, da auf Befehl des Intendanten M. i. G. in Przemysl sofort ein neues Bauprogramm in Angriff zu nehmen ist und das Heeresbauamt wie auch andere Dienststellen Anträge auf Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte gestellt haben.

gez. Liedtke, Major und Kommandant.'

Auf Grund des vorgenannten Schreibens hat der SS-Untersturmführer Benthin am 22. 8. 1942 mit Hauptmann Dr. Battel von der hiesigen Ortskommandantur Rücksprache genommen und u. a. die Frage gestellt, wie weit der militärische Schutz der Juden ginge. Ob z. B. bei einem kriminellen oder politischen Vergehen der Juden die Polizei ohne weiteres gegen die Juden vorgehen könne, oder ob die Ortskommandantur vor einem Einschreiten gegen die Juden in Kenntnis gesetzt werden müßte. Hauptmann Battel und auch später der Ortskommandant Liedtke, dem B. dieselbe Frage stellte, haben dem SS-Ustf. Benthin erklärt, daß in diesem Falle vorerst das Einverständnis der Ortskommandantur eingeholt werden müßte. Erst wenn dieses Einverständnis eingeholt wäre, könnte gegen die in Frage kommenden Juden vorgegangen werden."

Der Bericht bringt dann als Stimmungsbild den aufschlußreichen Kommentar des Hauptsturmführers[8]:

„In Parteikreisen wird die geplante soziale Besserstellung der Wehrmachtsjuden stark kritisiert. Hierzu berichtet ein Parteigenosse folgendes: ‚Die Behandlung der Judenfrage ist ein Schauspiel deutscher Uneinigkeit. Man soll dies den fremdvölkischen Einwohnern auf keinen Fall bieten. Die Wehrmachtsjuden werden noch einmal mit Sehnsucht an die Zeit zurückdenken, als sie noch unter dem Schutz der Deutschen Wehrmacht standen.' Daß sich auch schon die Fremdvölkischen darüber Gedanken machen, geht aus folgendem Bericht eines Ukrainers hervor:

[8] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

‚Die Freistellung der Juden für die Wehrmacht habe den Beweis gebracht, daß auch die Deutschen ohne Juden nicht auskommen können. Die Juden sind in ihrer Geschichte schon vielfach versucht worden auszurotten, was jedoch nie ganz gelungen ist. Die zurückgebliebenen Reste wurden dann immer die Totengräber ihrer Verfolger.'"

Hier ist nur einer der vielen Beweise, mit denen die Unverfrorenheit der Fellenz usw. demonstriert werden kann, wenn sie beteuern, damals noch nicht gewußt zu haben, daß Aussiedlung Vernichtung bedeutete.

Daß Wehrmachtsbehörden im Generalgouvernement des öfteren die Aussiedlung zu bremsen versuchten, ist notorisch. So bescheinigt der erzürnte Tadel im Bericht des SS- und Polizeiführers im Distrikt Galizien (Lemberg, 30.6.43) an seinen Vorgesetzten: „Insbesonderer hatten Wehrmachtsstellen durch unkontrolliertes Ausstellen von Sonderausweisen dem jüdischen Schmarotzertum Vorschub geleistet."[9] Doch gibt es in der reichen Literatur über die Frage der Haltung der Wehrmacht oder über das Problem „Befehlsempfänger" keinen zweiten, belegten Fall, in dem ein Offizier oder sonst jemand Macht und Autorität der SS so offen „provozierte". Deshalb ergeben sich zwangsläufig zwei Fragen:

Welche Motive bewogen den Breslauer Rechtsanwalt Dr. A. Battel zu seinem Verhalten?

Wie reagierten die militärischen Stellen? Wie reagierte vor allem die coram publico herausgeforderte SS, deren Prinzip und Existenzbedingung es war, durch Furcht vor unbegrenzter Machtfülle jeden Gedanken an Widerstand im Keime zu ersticken?

Die Ausmaße der Korruption, die in totalitären Systemen immer besonders gedeiht, waren zur Kriegszeit, besonders im Generalgouvernement in allen Zweigen und Rängen, namentlich bei der SS, außerordentlich. Judenschützer, die sich schamlos bereicherten, gab es in Hülle und Fülle. Der oben erwähnte Bericht aus Lemberg bringt eine Reihe unbedeutender Fälle, wahrt aber das Gesicht und die Gesichter der SS. Bei Battel müssen wir diese Möglichkeit ausschließen: 1. Bezahlte Beschützer zogen sich im kritischen Ernstfall immer rasch zurück. 2. Die untersuchenden SS-Stellen hätten jeden noch so fadenscheinigen Anhaltspunkt gegen Battel mit Freuden aufgegriffen und nach bewährten Methoden benützt. 3. Als stützendes Indiz: der jüdische Schwager, Regierungsrat a.D. Dr. Eduard Heims, erklärte am 1. April 1947 eidesstattlich, daß Dr. Battel ihm und seiner Frau 1933 bei der Flucht half, Leben und Eigentum zu retten, dies unter Einsatz des eigenen Lebens und der Stellung, und außerdem sogar ins Ausland kam, um zu helfen und mündlich Botschaften nach Deutschland mitzunehmen, daß Battel dies tat „as an act of friendship and out of his fair mind". 4. Battel konnte sich zwar darauf berufen, daß er Wehrmachtsinteressen wahrnehme und sich an Instruktionen halte, aber dieser Vorwand oder Beweggrund veranlaßte keinen anderen Offizier zu ähnlichen Handlungen. 5. Battels geschiedene und wieder verheiratete Frau „Käthe Wagner, fand acht Jahre nach Battels Tod in dessen Aufzeichnungen das folgende Detail, das er in seinem Entnazifizierungsver-

[9] IMT, Bd. XXXVII, S. 395, Dok. L-018.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahren nicht vorbrachte[10]: Im Jahre 1942 bin ich bei der Ortskommandantur in Przemysl von dem Oberfeldkommandanten von Höbert auf Anzeige zweier höherer Reichsarbeitsdienstführer mit einer in meine Militärpapiere eingetragenen Rüge bestraft worden, weil ich beim Verhandeln mit dem jüdischen Ältestenrat in Przemysl dem Juden Duldig die Hand gereicht habe."

Dieses Handreichen, das nur das erste war, das denunziert wurde, spricht Bände, denn es beweist, daß Battel auch 1942 nicht einfach „Wehrmachtsjuden", sondern bedrohte Menschen retten wollte. Ein früherer israelischer Polizeioffizier, der 1942 im jüdischen Wohnviertel von Przemysl lebte, erinnert sich, daß die zwischen Dr. Battel und Dr. Duldig bestandenen besonders guten Beziehungen von den Juden durch den Umstand erklärt wurden, daß die beiden zusammen Jura studiert hätten[11].

Out of his fair mind? Aus anständiger Gesinnung? Die hatten sich auch andere bewahrt, und Dr. Battel war kein Heiliger gewesen.

Die allwissende Staatspolizeistelle in Breslau schilderte ihn wie folgt[12]: Dr. Battel war Mitglied der NSDAP seit dem 1. März (oder 1. Mai 1933), daher auch Mitglied des NSRB[13]. In einem Verfahren vor dem Landgericht wegen Landfriedensbruch habe er als Vertreter des Angeklagten die Beamten der Staatspolizeistelle in gehässiger Form angegriffen. „Verdienste um die Partei hat Dr. Battel nicht aufzuweisen", habe die NSDAP-Kreisleitung gemeldet, hingegen: „Seine Einstellung als Pg dem heutigen Staat und der Bewegung gegenüber" illustriere ein Parteigerichtsverfahren (1936–37), das ihn schuldig fand, „einem jüdischen Rechtsanwalt ein Darlehen gewährt zu haben, das der Jude dann bei ihm abarbeiten sollte. Dieses Parteigericht hatte ein Verfahren gegen Battel wegen Einschüchterung eingestellt".

Der Ehrengerichtshof der Rechtsanwaltskammer erteilte Dr. Battel am 7. Mai 1937 einen Verweis und gab ihm eine Geldstrafe, weil er a) einen bei ihm beschäftigten Gerichtsassessor an den anfallenden Gebühren aus ihm übertragenen Prozeßmandaten beteiligt und b) versucht haben soll, einen Kollegen durch Drohung mit einer Anzeige zum Verzicht auf Gebühren zu veranlassen.

Ein ehemaliger Breslauer Anwalt behauptete im Juli 1978 in einem aggressiven Schreiben an den Verfasser, Battel habe ihn 1936 durch Drohung mit Anzeige bei der Gestapo erfolgreich unter Druck gesetzt.

Wenn all diese Behauptungen als wahr unterstellt werden, beweisen sie, daß der Pg. Battel in Friedenszeiten zwar kein Heiliger war, kein Ritter ohne Furcht und Tadel, daß er aber bereits damals erstaunlich viel Mut bewies. Einem jüdischen Kollegen ein Darlehen zu gewähren, das dieser abarbeiten sollte, war 1936 schon fast so riskant wie ein gehässiger Angriff auf Beamte der Staatspolizei.

---

10 Aussage Käthe Wagner, 22. 12. 1960.

11 Michael Goldmann-Gilad, der auch vor dem Landgericht Hamburg über Battels Verhalten aussagte, an den Verf.

12 Vgl. Anm. 3.

13 Nach Himmlers Schreiben an Bormann vom 3. 10. 1942 war Dr. Battel vorübergehend Mitglied der Gauleitung.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine „anständige Gesinnung" bewahrten viele, wenige aber riskierten aus Anständigkeit und Menschlichkeit Stellung und Leben; beiden gebührt Dank, letzteren jedoch Dank und Bewunderung. Der einzige Offizier indes, der *der SS* offen die Stirn bot, ihr mit Waffengewalt drohte, um jüdische Menschen zu schützen, war Dr. Alfred Battel: Nach dem Krieg erklärte er:

„Gegen die Judenverfolgung in Polen bin ich mit militärischem Einsatz vorgegangen. Die Folge war – abgesehen von Stubenarrest, Rücknahme des Kriegsverdienstkreuzes und Strafversetzung – eine von dem Hauptquartier angeordnete Untersuchung gegen mich, die verschiedentlich in die Hände der Gestapo überzugehen drohte. Nur das Wohlwollen des damaligen Generals von Höbert [damals Oberfeldkommandant in Krakau, der Verfasser] und seines Adjutanten Kraus gab mir immer wieder Gelegenheit, die Untersuchung hinzuziehen". Das Wohlwollen des Oberfeldkommandanten entprach vielleicht der Linie des M. i. G. gegenüber den von der Wehrmacht beschäftigten jüdischen Arbeitern, während General von Unruh (der „Heldenklau") Dr. Battel als den „bösen Geist der Truppe" bezeichnete. Battel erwähnt in seinen Aufzeichnungen nicht, daß sein Verhalten und das anderer Beteiligter von Unruh, der die Vorfälle im Auftrag des OKW untersuchte, vor versammeltem Offizierkorps gerügt wurde (FAZ-Gerichtsbericht, 23. 1. 1963). Battel, dem nach seiner Strafversetzung geraten wurde, sich krank zu melden, wurde im März 1944 aus der Wehrmacht entlassen, war, nach Aussagen seiner Frau, etwa ein halbes Jahr wieder Anwalt in Breslau, ehe er kurz vor der Kapitulation zum Volkssturm eingezogen wurde und so in russische Kriegsgefangenschaft geriet, aus der er Mitte 1946 entlassen wurde.

Die Aufzeichnungen Battels sind zweifellos richtig, bis auf den Passus: „... die verschiedentlich in die Hände der Gestapo überzugehen drohte". Eugen Höbert Edler von Schwarzthal (1932 als österreichischer Generalmajor verabschiedet, nach Übernahme in die Wehrmacht vom 6. 9. 39 bis 31. 3. 1943 OFK Krakau als Generalleutnant z. V.) mag versucht haben, zu schützen, aber auf den SS-Apparat hatte er natürlich keinen Einfluß. Battel wußte bis zu seinem Tode nicht, daß er von Ende Juli bis zum 3. Oktober 1942 Gegenstand einer sehr gründlichen SS-Untersuchung war, die mit einer Mitteilung Himmlers an Bormann abgeschlossen wurde. In dieser teilte der Reichsführer SS seinem „lieben Parteigenossen" mit, daß er den Auftrag erteilt habe, Battel sofort nach Kriegsende zu verhaften. „Außerdem darf ich vorschlagen, daß zur gegebenen Zeit gegen Battel auch ein Parteigerichtsverfahren ... eingeleitet wird."

Der damals zweitmächtigste Mann des Reiches hielt es für notwendig, dem Reichsleiter über einen so belanglosen Fall zu berichten und die Einleitung eines Parteigerichtsverfahrens gegen einen unbekannten Hauptmann d. R. vorzuschlagen. Das soll der Mann gewesen sein, der den Massenmord auf eigene Verantwortung organisierte, ihn vor seinem Führer verheimlichte?

Andererseits diese fast väterliche Milde des Reichsführers SS. Verhaftung nach dem Krieg? Dann eventuell Parteiverfahren und Ausschluß aus der Partei? So reagierte die SS-Führung?

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freilich, ein Gerichtsverfahren, auch nur vor einem Militärgericht, war viel zu gefährlich: Battel konnte sich nicht nur hinter der Unterschrift seines Majors verschanzen, sondern auch nachweisen, daß der Sipoleiter (infolge neuer Instruktionen seitens Fellenz am 22. Juli) die am 4. Juli mit der Ortskommandantur getroffenen Vereinbarungen am 26. Juli verletzt hatte[14]. Wichtiger noch: ein Verfahren, das die Aussiedlung, ihre Gründe und Bedeutung aufrollen konnte, kam nicht in Frage.

Warum aber fand die doch gar nicht zimperliche SS keine außergerichtlichen Wege, um einem solchen Judenschützer „zu behandeln"? Eine rationale Erklärung gibt es nicht, die Tatsache bleibt.

Gottes Mühlen mahlen manchmal seltsam. Am 31. Juli 1946 gab Studienprofessor Friedrich Grün eine eidesstattliche Erklärung vor dem Notar Dr. Scherm in Genzenhausen ab, eine Art Leumunds-Zeugnis für seinen Wehrmachtskameraden Battel. Grün (wie Battel geb. 1901) war vom 1. Dezember 1941 bis zum 3. September 1943 Hauptmann bei der Ortskommandantur Przemysl, wurde als Lehrer höherer Lehranstalten im Juni 1944 freigegeben, unterrichtete bis zum Ruhestand (1956) an einem Gymnasium. Wie viele erzog er die Jugend der Weimarer Republik, dann bis August 1939 die Jugend des Führers, dem er seit seiner Einberufung als braver Offizier und dann wieder als Lehrer diente; in gleicher Eigenschaft unter Adenauer tätig, verfügte er über ein für einen Studienprofessor erstaunlich variables Gedächtnis.

Von der Kriminalpolizei Ansbach am 6. Februar 1960 einvernommen, gibt er nach „eingehender Vorbesprechung" an: Die Bezeichnung „Grenzpolizeikommissariat" höre er, der zusammen mit Dr. Battel diente, „heute zum ersten Mal", er könne nichts über „Aktionen, die sich gegen Juden richteten", aussagen. Er habe nur gehört, daß „alle Juden aus dem Ghetto Przemysl zu andersweitigen Arbeitseinsätzen herangezogen wurden und jeweils dorthin evakuiert wurden"; auch „nicht gesprächsweise" habe er gehört, wie der Abtransport erfolgte, er sah nie einen toten Juden in Przemysl, noch wurde er einmal Zeuge einer Gewalttätigkeit gegen Juden! Er erinnert sich weder an Fellenz noch an Scherner; die ihm eben genannten Bezeichnungen „Um- oder Aussiedlung" sind ihm nicht geläufig. Fünf Jahre *später* hat sich das Gedächtnis des Studienprofessors wesentlich gebessert, als er, damals in Kiel, vom Landgericht Hamburg als Zeuge am 7. September 1965 einvernommen wird[15].

Er gebraucht jetzt die Bezeichnung „Um- und Aussiedlung". Auf den Widerspruch zur Aussage von 1960 hingewiesen, erklärt er, seine Aussage sei damals offenbar nicht richtig verstanden worden, obwohl dort geschrieben stand: „Meine Angaben wurden in meiner Anwesenheit laut in die Maschine diktiert. Ich bestätige die Richtigkeit der Formulierungen durch meine Unterschrift." Er habe damals nur zum Ausdruck bringen wollen, daß er im Sommer 1942 nicht wissen konnte, daß „Um- oder Aussiedeln" Vernichtung bedeute. Jetzt (1965) ist ihm aber aus Gesprächen mit Dr. Battel dessen Meinung bekannt, daß die Juden vernichtet werden sollten. Jetzt erinnert er sich so-

[14] Bericht Benthins vom 27.7.1942.

[15] Grüns Aussagen vom 6.2.1960 und vom 17.9.1965 im Archiv des IfZ.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gar, daß er am 26. Juli 1942 vom Kommandanten aufgefordert worden war, sich einmal das Elend im Keller anzusehen. „Als ich den Keller der Kommandantur betrat, kamen zwei Anwälte zu mir, warfen sich vor mir auf den Boden, küssten mir die Stiefel und baten mich, sie zu retten. Ich konnte natürlich nichts für sie tun, weil sich das herumgesprochen hätte und die Ortskommandantur in Schwierigkeiten mit der SS gekommen wäre."

Battel konnte! Deshalb wurde er auch bestraft, zwar nicht mehr von der SS, sondern – recht hart – 1948 von der Spruchkammer, die seine Zulassung als Rechtsanwalt ablehnte. Battels beispiellos mutiges Verhalten wurde erst bekannt und geglaubt, nachdem im Verfahren gegen Fellenz der Inhalt der SS-Akten (aus Ludwigsburg) volles Licht gebracht hatte. 1963 würdigten deutsche Zeitungen und Privatpersonen Battels Taten[16]. In Israel erwähnte zum ersten Mal Dr. Marcus Schattner Battels Verhalten in einer Zeugenaussage vor dem Kreisgericht in Tel-Aviv am 13. Juli 1968: „Am 25.7. 1942 gab es ... eine scharfe Meinungsverschiedenheit zwischen Wehrmacht und Gestapo ... und einen gewissen Kriegszustand zwischen Wehrmacht und Gestapo ... Dr. Battel wurde hierauf in den Ruhestand versetzt."[17] Der Verfasser las 1977 in einer Abhandlung über rechtliche Gesichtspunkte zum Eichmannprozeß von einem deutschen Offizier, der sich der SS unter Schießandrohung entgegen gestellt hatte, als diese Juden in Polen aussiedeln wollte. Dank der Information und Hilfe von Dr. H. Artzt, damals Staatsanwalt an der Zentralstelle in Ludwigsburg, und anderer Stellen und Personen erreichte er, daß der Yad Vashem in Jerusalem Dr. Battel posthum die höchste Ehre zuerkannte, die er den „Gerechten der Nationen" verleihen kann – eine für Battel leider zu späte Wiedergutmachung für die absurde Unbill der Spruchkammer.

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die Geschichte Battels zu einem beachtlichen Teil auch die des Major Liedtke ist, der in russischer Gefangenschaft gestorben sein soll.

[16] So FAZ, 5. 1. und 23. 1. 1963, Quick, 17. 2. 1963, Die Rheinpfalz, 7. 2. 1963.
[17] Kreisgericht Tel-Aviv, Az. 5/68.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

WERNER ABELSHAUSER

KOHLE UND MARKTWIRTSCHAFT

Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlenkrise

I. Der Konflikt

In der Nacht zum 1. Oktober 1957 setzte der Ruhrbergbau neue Preislisten in Kraft. Kohle wurde durchschnittlich um 4,70 DM, Koks um 6,25 DM je Tonne teurer. Am Abend des folgenden Tages verließ Wirtschaftsminister Ludwig Erhard um 23.35 Uhr nach mehr als dreistündiger Redeschlacht mit den Vorständen aller Zechengesellschaften das Essener „Ruhrkohlehaus" und drohte „die ganze Kohlepolitik neu zu überprüfen" und „aus allen Rohren" zu schießen[1]. Die Preiserhöhung hatte auf die Bundesregierung „wie eine Kriegserklärung gewirkt"[2], und der Wirtschaftsminister sah in ihr auch eine ganz persönliche Herausforderung. Sein Blitzbesuch in Essen, das mit wachsender Erbitterung geführte Streitgespräch mit den Repräsentanten des Ruhrbergbaus und der unversöhnliche Ausgang dieser „schwarzen Stunde in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Wirtschaftspolitik"[3] werfen ein bezeichnendes Licht auf Erhards Verhältnis zu den Industriellen des Ruhrreviers. Die Aufklärung von Hintergründen, Verlauf und Folgen des Konflikts erlaubt aber darüber hinaus auch tiefe Einblicke in den politischen Stil des Wirtschaftsministers und in die von ihm virtuos angewandten Methoden der psychologischen Einflußnahme („Seelenmassage") und der informellen Konsensbildung („korporative Marktwirtschaft"[4]) zwischen Staat und Wirtschaft.

Nicht die Preiserhöhung an sich war es, an der Erhard Anstoß nahm – die Berechtigung *einer* Preissteigerung erkannte er durchaus an –, sondern der Bruch mit den bis dahin gültigen Spielregeln im Verhältnis zwischen Essen und Bonn, den *diese* Preiserhöhung ankündigte. Auch wenn er bereit war, über taktische Fehler des Unternehmensverbandes einen „Schleier christlicher Nächstenliebe (zu) breiten"[5], so zeigte er

[1] Stenogramm der Sitzung, unten, S. 512, 535.
[2] Ebenda, S. 505.
[3] Leitartikel des Handelblatts vom 4./5. Oktober 1957: „Der Bruch".
[4] Zum Begriff vgl. W. Abelshauser, Ansätze „korporativer Marktwirtschaft" in der Korea-Krise der frühen fünfziger Jahre (mit Dokumentation), in: VfZ 30 (1982), S. 715–756.
[5] Ludwig Erhard, Kohlenpreis und Wettbewerb, in: FAZ vom 12. Oktober 1957, S. 7.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich doch in der Sache kompromißlos, weil sie nach seinem Verständnis den Kern der sozialen Marktwirtschaft berührte.

Es handelte sich offenbar nicht um eine der üblichen Preiserhöhungen, vor die sich die westdeutsche Öffentlichkeit „alle Jahre wieder"[6] gestellt sah und die den Kohlenpreis seit 1952 Jahr für Jahr um 5 DM je Tonne steigen ließen. Dieses Mal wies der Vorgang Besonderheiten auf – noch einige mehr, als sie für die Öffentlichkeit an den äußeren Umständen nachzuvollziehen waren. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit legten die Zechen an der Ruhr den Preis ihres Produktes in eigener unternehmerischer Entscheidung fest. Die Hohe Behörde der Montanunion, die noch bis zum 1. April 1956 für das Ruhrrevier Höchstpreise verordnet hatte, mußte lediglich noch über die Liste informiert werden – fünf Tage vor ihrer Gültigkeit. Der gemeinsame Markt für Kohle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bewegte sich dadurch – so schien es jedenfalls – ein gutes Stück in Richtung Marktwirtschaft, und die Bergbaugesellschaften an der Ruhr nahmen nun entschlossen ihre Chancen auf einem Markt wahr, den die Gemeinschaft in ihrem „Vorausschätzungsprogramm" gerade als „ausgesprochen gesund angesehen"[7] haben wollte. Vor allem das Angebot an Koks war nach wie vor knapp, und der Markt schien die geplante Kokspreiserhöhung um 10 vH. ebenso verkraften zu können wie den sechs- bis achtprozentigen Anstieg der Kohlenpreise. Für die Öffentlichkeit unübersehbar, hielt die Marktwirtschaft nun auch an der Ruhr ihren Einzug.

Bemerkenswert auch der Zeitpunkt der Operationen – am 15. September hatten die wahlberechtigten Bundesbürger den Dritten Deutschen Bundestag gewählt. Zum ersten und bisher einzigen Mal gewann die CDU/CSU die absolute Mehrheit der Stimmen. Im Wahlkampf hatten Konrad Adenauer und sein Wirtschaftsminister vor allem „Stabilität" und „keine Experimente" versprochen. Ludwig Erhard hielt seinen Zuhörern immer wieder – ohne es beim Namen zu nennen – das Beispiel Frankreichs, dessen in den Nachkriegsjahren errungener industrieller Fortschritt im Strudel der Inflation unterzugehen schien, warnend vor Augen. Er selbst empfahl sich den Wählern als Garant wirtschaftlicher Stabilität und gewann so ihr Vertrauen. Die seit den frühen fünfziger Jahren für jedermann sichtbaren Erfolge des westdeutschen Wiederaufbaus wurden Erhards „Marktwirtschaft" gutgeschrieben und trugen 1957 zweifellos nicht unerheblich zum Wahlsieg der Union bei.

Vor dem Hintergrund Erhardscher Stabilitätsrhetorik wirkte die Ankündigung einer Preiserhöhung für Ruhrkohle, unter dem Datum des 16. September, dem Tag nach der Wahl, wie eine Herausforderung an die Adresse der Bundesregierung. Die Zechengesellschaften führten der Öffentlichkeit die Machtlosigkeit des Wirtschaftsministers, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Einfluß auf die unternehmerische Preispolitik zu nehmen, vor Augen. Es war vorauszusehen, daß eine Kohlenpreiserhöhung zwischen 6 und 10 vH als Argument für weitere Preiserhöhungen und

[6] Erhard vor dem Deutschen Bundestag zur Charakterisierung der Preispolitik der Ruhrkohle, Verhandlungen, 3. Wahlperiode 1957, 5. Sitzung am 28. 11. 1957, S. 104 D.

[7] EGKS, Amtsblatt der Hohen Behörde, 515/57, vom 3. 10. 1957.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließlich auch für Lohnerhöhungen dienen würde; gab es doch kaum einen Wirtschaftszweig, der nicht direkt oder indirekt von der Kohle als Primärenergieträger abhängig war – von den Hausbrandverbrauchern ganz zu schweigen[8]. Schon am 24. September kündigte das Bäckerhandwerk an, es sehe sich nunmehr gezwungen, den Brotpreis zu erhöhen[9]. Auch die Stahlindustrie schickte sich an, ihre Preise anzuheben. Die IG-Metall hatte Lohnforderungen von 10 vH angekündigt, und die Arbeitnehmer der Textilindustrie sowie des graphischen Gewerbes folgten ihr[10].

Hinzu kam, daß die Zechen die Preiserhöhung nicht allein mit gestiegenen Materialkosten rechtfertigten. Sie verwiesen in erster Linie auf zusätzliche Lasten, die ihnen die Sozialgesetzgebung des Zweiten Deutschen Bundestages aufgebürdet hätte. Im Vorfeld der Wahlen hatten die Abgeordneten das Kindergeld erhöht, die Pflichtversicherungsgrenze in der Krankenversicherung von 500 auf 600 DM ausgedehnt und von den Arbeitgebern höhere Zuschüsse zum Krankengeld gefordert[11], so daß nach der Berechnung der Zechen nahezu zwei Drittel der Preiserhöhung auf gesetzlich bedingte Erhöhungen der Sozialbeiträge fielen[12]. Wenn nun schon der von der supranationalen Hohen Behörde (formal) überwachte Kohlenbergbau sozialpolitische Kosten im Vorgriff auf die Praxis voll auf seine halboffiziellen Preise schlug, wer sollte dann die übrige Industrie daran hindern, wenn es die Marktlage zuließ, gleiches zu tun und eine konjunkturpolitisch unerwünschte Welle von Preiserhöhungen auszulösen? Kein Zweifel, der Kohlepreis war kein Preis wie jeder andere, sondern ein Politikum ersten Ranges.

Der Kohlepreis war vor allem kein Marktpreis, sondern ungeachtet aller formaler Sicherungen das Ergebnis einer kartellähnlichen Absprache unter den Zechen. Allein diese Tatsache gab Ludwig Erhard die ordnungspolitische Legitimation, nach der Preisfreigabe für Ruhrkohle weiterhin Einfluß auf den Kohlepreis zu nehmen – auch wenn Bonn seine wirtschaftspolitische Zuständigkeit für den Montanbereich voll und ganz an die Montanunion abgetreten hatte. Es gibt sogar Anzeichen dafür, daß ein Gentlemen-Agreement in der Preispolitik die stillschweigende Voraussetzung für die Bonner Zustimmung zu den Luxemburger Beschlüssen von 1956 gewesen war. Die

---

8 Der Anteil der Kohlekosten am Sozialprodukt war zwar mit 3,5 vH (1957) gering; Regierung und Öffentlichkeit schätzten jedoch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kohlenpreises auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau traditionell hoch ein.

9 Handelsblatt vom 25. September 1957: „Adenauer und Erhard kritisieren die Ruhr".

10 Handelsblatt vom 30. September 1957: „Neue Verärgerung über den Kohlenpreis".

11 Vgl. Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. Juni 1957, BGBl. I, S. 649; sowie Gesetz zur Neuregelung der knappschaftlichen Rentenversicherung vom 21. Mai 1957, BGBl. I, S. 533; auch: Lohn- und Gehaltserhöhungen vom 1. Juli und 1. August sowie Einführung des Bergmannswohnungsgeldes ab 1. September (Tarifvertrag vom 1. Juli 1957).

12 Die neue Kostenbelastung wurde vom UVR mit jährlich 586 Millionen DM geschätzt. Davon fallen 375 Millionen DM auf Erhöhungen der Sozialbeiträge, 154 Millionen DM auf Tarifvereinbarungen und nur 57 Millionen DM auf Sachkosten und fremde Unternehmerleistungen; Angaben in der Pressekonferenz des UVR am 24. September 1957; Handelsblatt vom 25. September 1957, S. 4: „Ruhrkohle zunächst nur 4,70 DM teuerer".

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kohle hatte allem Anschein nach Anfang 1956 versprochen, sich so zu verhalten, „als ob" sie der staatlichen Kartellüberwachung unterliege, und ließ sich mit erheblichen indirekten Subventionen für ihre freiwillige, gesamtwirtschaftlich begründete Zurückhaltung entschädigen. Diese, im Bergbau als „Friede von Walsum" bekannte, Grundlage eines wirtschaftspolitischen Konsenses mit der Bundesregierung, hatten die Zechengesellschaften nunmehr verlassen. Dem „Friedensbruch" folgte die „Kriegserklärung" des Wirtschaftsministers. Ausgerechnet am Vorabend der Kohlenkrise, die im Februar 1958 über die Ruhr hereinbrach, wagten die Zechengesellschaften den Aufstand gegen die letzten staatlichen Beschränkungen ihrer unternehmerischen Souveränität.

II. Die Vorgeschichte

Der Bergbau gehörte zu jenen Wirtschaftszweigen, die auch nach der neoliberalen Wirtschaftsreform von 1948 der staatlichen Preisüberwachung unterlagen. Die Bundesregierung behielt sich Eingriffs- und Lenkungsrechte in den Kohlenmarkt vor, soweit dies „zur Gewährleistung einer geregelten Wirtschaftsordnung und des sozialen Friedens"[13] erforderlich schien. Dies sind in der Tat die beiden wichtigsten Motive, die gegen eine Einordnung des Kohlenbergbaus in den Rahmen der westdeutschen Marktwirtschaft sprachen.

Zum einen hätte die noch immer anhaltende Mangellage in der Kohlenversorgung zu Marktpreisen geführt, die als bedeutender Kostenfaktor den industriellen Wiederaufbau nachhaltig belastet hätten. Insofern war die Klage der Zechengesellschaften berechtigt, der Bergbau habe die Gesamtwirtschaft „subventioniert" und allein in den vier Jahren von 1954 bis 1957 auf Erlöse in Höhe von mindestens drei Milliarden DM verzichten müssen[14]. Die Kehrseite dieser von außen auferlegten preispolitischen Zurückhaltung bestand allerdings von Anfang an in staatlichen Subventionen für den Bergbau. Schon im September 1945 ermittelte North German Coal Control, die Kohlenkontrollbehörde der britischen Besatzungsmacht, daß infolge des nach wie vor gültigen Preisstopps ein monatlicher Zuschußbedarf von 70 Millionen Reichsmark entstand, der schließlich aus Haushaltsmitteln der britischen Zone befriedigt werden mußte[15]. Nach der Währungsreform fielen diese *direkten* Subventionen zunächst weg. Damit begann ein zäher Kampf des Bergbaus mit der jeweiligen Preisüberwachungs-

[13] Gesetz über Preisbildung und Preisüberwachung vom 10. April 1948, WiGBl., S. 27 mit Änderungen; das Bundesverfassungsgericht entschied noch im November 1958 (BGBl. 1959, I, S. 48), daß die Ermächtigung des Bundeswirtschaftsministers nach § 2 des Preisgesetzes, Preise, Mieten, Pachten, Gebühren und sonstige Entgelte (außer Löhnen) durch Rechtsverordnung festzusetzen, mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

[14] Helmuth Burckhardt, Die Steinkohle im Wettbewerb, in: Mitteilungen der List Gesellschaft Fasc. 2, Nr. 2 (10. Februar 1958), S. 48.

[15] Interim Report on the general economic and financial situation of the Ruhr mining industry – September 1945 – Headquarters North German Coal Control, o. O. (Essen) 1945, S. 35.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

behörde um kostengerechte Preise, in dessen Verlauf seine Ertragslage gründlicher durchleuchtet wurde als die aller anderen Wirtschaftszweige (vgl. Tabelle 1). Diesen Untersuchungen kam zugute, daß die Bergwerksgesellschaften an der Ruhr seit dem 1. Januar 1947 einheitlich nach dem Bergbau-Kosten-Standardsystem (BKSS) abrechneten[16]. Die auf dieser Grundlage gewonnenen Ergebnisse waren jedoch aus zwei Gründen in weiten Grenzen interpretierbar. Es handelte sich um *kalkulatorische* Kostenrechnungen, die gegenüber der Wirklichkeit beträchtliche Margen aufwiesen[17]. Die absoluten Werte sind deshalb weniger aussagekräftig als ihre Entwicklung über die Zeit hinweg. Die ausgeworfenen Durchschnittswerte schließen darüber hinaus eine große Zahl marginaler Zechen ein, deren Verbleib im Markt zwar (bis 1958) volkswirtschaftlich erwünscht, betriebswirtschaftlich aber nicht vertretbar war. Da bis 1957 noch alle energiepolitischen Prognosen von einem Szenario der Energieknappheit ausgingen, galten diese Grenzbetriebe dennoch als unverzichtbar, und so mußte sich der Kohlenpreis an ihnen orientieren, um sie im Markt zu halten. Um so günstiger wirkte sich dieser „Kostenpreis" auf die Ertragslage jener guten Hälfte von Zechen aus, die durchschnittlich in der Gewinnzone operierten. Es war Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diese Knappheitsrente des Ruhrbergbaus im Interesse der Volkswirtschaft so niedrig wie möglich zu halten.

Zum anderen sprachen aber auch ordnungspolitische Gründe für die Beibehaltung der Preiskontrolle. Der Bergbau entzieht sich weitgehend der marktwirtschaftlichen Organisation. Allein schon die Fungibilität des Produkts läßt eine stärkere Preisdifferenzierung im Markt nicht zu. Der außerordentlich unterschiedliche Arten- und Sortenanfall im Ruhrrevier führt nahezu zwangsläufig zu einer einheitlichen Verkaufsorganisation, wie dies seit den Tagen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats praktiziert wurde. Vor dem Hintergrund dieser auf einem Verkäufermarkt ordnungspolitisch um so gefährlicheren kartellähnlichen Konstellation mußte Ludwig Erhard – gegen wachsenden politischen Druck von seiten der Schwerindustrie – die Kontrolle des Kohlenpreises aufrechterhalten. Er war gewiß nicht unglücklich darüber, daß ihm die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl diese undankbare Aufgabe 1953 schließlich abnahm[18]. Unter Hinweis auf das Kartellverbot des Artikels 65 des Montanunionvertrages unterwarf die Luxemburger Hohe Behörde das Ruhrrevier einer Höchstpreisregelung, die die bestehenden Preisrelationen innerhalb der Gemeinschaft beibehielt, d. h. die Preise für Ruhrkohle waren auf dem Gemeinsamen Markt die bei weitem niedrigsten (vgl. Tabelle 2). Nachdem im Frühjahr 1955 französische Kohle vollends aus der Höchstpreisverordnung der Gemeinschaft entlassen wurde, rückte der Ruhrkohlenpreis in den Vordergrund des Interesses. Einerseits mußte die Beibehaltung der Preiskontrolle allein für die Ruhrkohle wie eine Diskriminierung

[16] Siehe Bergbau-Kosten-Standardsystem, I. Teil, Essen 1947.

[17] Während der Verhandlungen im September 1957 hielten Beamte des Wirtschaftsministeriums dem UVR vor, in seinen Kostenansätzen sei nicht weniger als „14 Mark Luft drin", Stenogramm, siehe unten, S. 540.

[18] Vgl. dazu William Diebold, The Schuman-Plan, New York 1959, S. 245.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieses Reviers wirken und einem von Anfang an weit verbreiteten Verdacht neue Nahrung geben. Andererseits entsprach die 1953 als Koordinierungsstelle der sechs rechtlich selbständigen Ruhrkohlenverkaufsgesellschaften begründete Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle (GEORG) nicht den Kartellvorschriften der Montanunion, obwohl sie von der Bergbauwirtschaft schon als ein äußerster Kompromiß in der Ablösung des von den Alliierten aufgelösten Deutschen Kohlenverkaufs (DKV) empfunden worden war. Nach zähen Verhandlungen genehmigte die Hohe Behörde schließlich am 1. April 1956 eine Absatzorganisation, die sie – wenigstens für eine Übergangszeit – gerade noch mit dem Montanunionvertrag für vereinbar hielt. Der Bergbau mußte nunmehr drei rechtlich voneinander unabhängige Verkaufsgesellschaften gründen. Diesen wurden die Zechen des Ruhrreviers so zugeordnet, daß ein gewisser Ausgleich der Arten und Sorten zustande kam. Eine begrenzte Zusammenarbeit der drei Verkaufsgesellschaften „Geitling", „Präsident" und „Mausegatt" sollte über ein „Gemeinschaftliches Büro" möglich sein. Mit dieser Regelung konnte das Revier leben, ließ sie doch noch Raum für eine informelle Abstimmung in der Verkaufspolitik. Gerade deshalb war sie allerdings auf fünf Jahre befristet und sollte dann endgültig einer Wettbewerbslösung weichen. Bis dahin war die Luxemburger Hohe Behörde auf informelle Hebel angewiesen, wenn sie ihren Auftrag, dem europäischen Verbraucher ungehinderten und marktgerechten Zugang zur Ruhrkohle zu sichern, auch durchführen wollte. Sie sah es daher nicht ungern, daß im Frühjahr 1956 zwischen Bonn und Essen stillschweigendes Einvernehmen über eine vorsichtige Kohlenpreispolitik zustande kam – wenn dies in Luxemburg nicht sogar als eine Voraussetzung für die Preisfreigabe angesehen wurde.

III. Der Friede von Walsum

Dieses Einvernehmen war das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Unternehmensverband Ruhrbergbau, die im ersten Vierteljahr 1956 stattfanden. Erhard wollte den Bergbau an einer exzessiven Preispolitik hindern, die die Preisstabilität in der Bundesrepublik hätte gefährden können. Er war deshalb bereit, die Rentabilität des Bergbaus durch indirekte Subventionen spürbar zu verbessern, wenn ihm im Gegenzug die Zechengesellschaften Preisdisziplin zugestanden und ein informelles Kontrollrecht des Ministeriums akzeptierten. Im Laufe dieser Verhandlungen forderte der UVR eine Kostenentlastung von insgesamt 6 DM/t, um eine „grundsätzliche Lösung der Ertragsverhältnisse" herbeizuführen[19]. 3 DM/t sollten zur Deckung einer Lohnerhöhung von 9 vH dienen, die, wie der UVR einräumte, „auch in seinem eigenen betrieblichen Interesse lag"[20]. Weitere 3 DM/t waren zur Ertragsverbesserung bestimmt. Die Gesamtforderung von 6 DM/t ermäßigte sich zunächst um 1 DM/t, weil die IG Bergbau ihre Lohnforde-

[19] UVR, Jahresbericht für die Jahre 1955 bis 1957, Essen 1958, S. 34 f.
[20] Ebenda, S. 35.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung im Hinblick auf die Einführung der Bergmannsprämie von 9 auf 6 vH reduzierte. Die Bergmannsprämie erwies sich damit als eine indirekte Subvention für den Bergbau. Sie wurde vom Bundestag zum 1. Oktober 1956 in Kraft gesetzt und betrug DM 2,50 je Schicht für Gedingearbeiter und Angestellte und DM 1,25 für Schichtarbeiter untertage[21]. Als Wiederherstellung gewisser Privilegien des Bergmanns ausgewiesen, ging die Prämie voll zu Lasten des Fiskus, der in Höhe des Gesamtaufwandes auf Steuereinnahmen verzichtete. Durch erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten und Abschreibungsfreiheit bis zu 75 vH für Untertage-Anlagen kam die Bergbauwirtschaft in den Genuß weiterer Steuererleichterungen, die nach Angaben des UVR 0,47 DM/t ausmachten. Schließlich wurde die allgemeine Montanumlage gesenkt (Effekt: 0,22 DM/t), und der Bund übernahm 6,5 vH des Arbeitgeberanteils von 14,5 vH zur knappschaftlichen Rentenversicherung. Allein die letztere Maßnahme entlastete den Bergbau um mindestens 1,77 DM/t[22]. Über diese Ertragsverbesserungen von insgesamt 3,46 DM/t hinaus stimmte die Bundesregierung Preiserhöhungen für Kohle, Koks und Briketts in Höhe von 2,34 DM/t zu, so daß die vom Bergbau angestrebte Größenordnung der Ertragsverbesserung nahezu erreicht werden konnte – auch wenn nur der kleinere Teil davon über den Preis erlöst wurde.

Bonn hatte einen Weg gefunden, den Bergbau preispolitisch in die Pflicht zu nehmen. Dieser Weg war mit Subventionen gepflastert, und so fiel es dem Zechenverband nicht schwer, der Bundesregierung ein Mitspracherecht in Sachen Preiserhöhung einzuräumen, obwohl das Revier nach dem 1. April 1956 weder auf Luxemburg noch auf Bonn angewiesen war, wenn es seine Preise erhöhen wollte.

Schon am 16. Januar 1956, anläßlich des Festaktes zur Einweihung des neuen Schachtes „Wilhelm" der Bergwerksgesellschaft Walsum (Thyssen-Bornemisza), hatte Erhard dieses Abkommen in großen Zügen vorgeschlagen und keinen Zweifel daran gelassen, wie wichtig ihm ein auf Interessenausgleich gegründetes Gentlemen-Agreement mit dem Bergbau war. Er versicherte den versammelten Zechenvorständen feierlich, daß er „willens (sei), nunmehr reinen Tisch zu machen in der Erwartung, daß aber dann die Ruhe etwas länger anhalten möge"[23]. Als Gegenleistung verlangte Erhard Preisdisziplin und die freiwillige Einordnung der Zechen in sein ordnungs- und konjunkturpolitisches Konzept. Gleichzeitig klärte er grundsätzlich sein Verhältnis zum Bergbau: „Ist es vertretbar, im Rahmen unserer freiheitlichen Wirtschaftspolitik, im Rahmen einer Unternehmungswirtschaft nun mit Subventionen, Subventionen allerdings besonderer Art, den Bergbau von Kosten zu entlasten, um damit den an sich tendenziell steigen müssenden Preis doch in gesunden und günsti-

[21] BGBl. I, S. 927 f.

[22] UVR, Jahresbericht 1955/57, S. 35. Das Bundeswirtschaftsministerium spricht in diesem Zusammenhang von einer Entlastung in Höhe von 1,85 DM/t. Im Oktober 1957 wird der Betrag auf 2,10 DM/t verwertbarer Förderung beziffert; Handelsblatt vom 20./21. September 1957: „Ruhrkohle soll 10 vH teurer werden".

[23] Ludwig Erhard, Rede zur Eröffnung des Schachts „Wilhelm" der Bergwerksgesellschaft Walsum am 16. Januar 1956, abgedr. in: Der Kumpel, Werkszeitschrift der Bergwerksgesellschaft Walsum mbH, Jg. 6, Nr. 3 vom 23. 1. 1956 (Sonderausgabe), S. 9.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Relationen zu den anderen volkswirtschaftlichen Preisen zu halten? Ich bin der Meinung, bei der Kohle ist das gerechtfertigt; denn wenn man dem Bergmann schon jene besondere Stellung einräumt, ich glaube, dann ist es auch von Staats wegen durchaus zu vertreten, hier auch dann diese besondere Leistung des Bergmanns auch in dieser Form anzuerkennen."[24]

In Erhards Augen hielt der Kohlenbergbau eine konjunktur- und preispolitische Schlüsselrolle inne. Weil Kohle (noch) der universale Energieträger der westdeutschen Wirtschaft war, sah er hier eine ideale Gelegenheit, „endlich einmal die Vorstellung von dem Konjunkturzyklus zu durchbrechen und diese Gesetzmäßigkeit einmal aufzulösen, einen bewußten Willen und eine bewußte Politik dagegenzusetzen (und) im wirtschaftlichen stetigen Aufschwung eine Normallage zu erblicken"[25]. Gerade dieser, volkswirtschaftlich so bedeutende Wirtschaftszweig lag aber bisher quer zur Erhardschen Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Weder ließ sich der Kohlenmarkt nach den Regeln des Wettbewerbs organisieren noch befand sich der Ruhrkohlenbergbau überhaupt in Reichweite der Bonner Wirtschaftspolitik. Auch die von Luxemburg in Aussicht gestellte Preisfreigabe zum 1. April 1956 änderte an dieser Lage nichts. Im Gegenteil, durch die Entlassung des Ruhrreviers aus behördlicher Kontrolle spitzte sich das ordnungspolitische Dilemma nur noch weiter zu und erforderte von Ludwig Erhard eine ganz persönliche Stellungnahme. Die Walsumer Festversammlung erschien ihm dazu das geeignete Forum: „Und wenn Sie mich jetzt fragen, wie soll es denn mit der Kohle weitergehen? Sollen die Kohlenpreise freigegeben werden? Also zuerst einmal nach dem Gesetz, nach dem ich angetreten bin, müßte ich eigentlich laut schreien Ja; aber wir wissen jetzt genau, daß diese sogenannte Freigabe der Kohlenpreise so etwas euphemistisch ist. Denn wie sieht denn dieser ‚freie Kohlenpreis' dann aus? Soll der sich bilden im Wettbewerb zwischen den einzelnen Zechen? Soll es verschiedene Kohlenpreise geben? Wollen Sie den internationalen Wettbewerb haben? – Im Augenblick ganz günstig natürlich. – Aber so wird denn der Kohlenpreis nicht aussehen, sondern es wird natürlich ein Kartellpreis sein, und ich kriege gar keine Krämpfe, wenn ich das ausspreche. Im Gegenteil, ich könnte mir vorstellen, daß neben dem Preiskartell in der Kohle dann auch zwischen der Kohlenwirtschaft und mir auch eine Art Kartellabsprache stattfinden würde. Denn selbstverständlich kann es mir nicht gleichgültig sein, wie der Kohlenpreis ist. Herr Etzel[26], Sie brauchen keine Sorge zu haben. Wir machen also keinen schriftlichen Vertrag, es wird ja auch heute meistens nicht so gemacht. Aber ich interessiere mich für den Kohlenpreis, das ist selbstverständlich, und dieses Interesse können Sie mir beim besten Willen nicht verargen. Und wenn hier sonst so viel von Verbundwirtschaft die Rede ist, dann möchte ich eigentlich wünschen, daß der Verbund zwischen der Kohlenwirtschaft und dem Wirtschaftsministerium, daß der erhalten bleibt und manche Erscheinungen

[24] Ebenda, S. 10

[25] Ebenda, S. 11.

[26] Etzel, Franz, geb. 1902, Vizepräsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich nicht wiederholen mögen, die in der Vergangenheit hier vorgekommen sind. Dieser Verbund soll auch dann wirklich eine aufrichtige und gute Zusammenarbeit zwischen allen Instanzen, die in der Kohlewirtschaft etwas zu sagen haben, gewährleisten. Das ist die Hohe Behörde, das sind die Wirtschaftsministerien der Länder, das sind die Organe schlechthin, und das ist die Kohle selbst sowohl auf der Unternehmungsseite wie auf der Arbeiterseite. Wenn wir hier zusammenarbeiten, das verspreche ich Ihnen, dann werden wir die Kohlenprobleme lösen."[27]

Dies war ein Angebot für eine langfristig angelegte Zusammenarbeit, das durch die gleichzeitig angekündigten konkreten Zugeständnisse in der Ertragsfrage als ernst zu nehmend ausgewiesen war. Am Ende der Verhandlungen um die Freigabe des Kohlenpreises schien der Bergbau dieses korporative Modell des Interessenausgleichs zu akzeptieren und sich damit stärker als andere Wirtschaftszweige in Erhards wirtschaftspolitische Konzeption einzuordnen. Jedenfalls hatte Erhard selbst diesen Eindruck, weil ihm „von den Vertretern des Steinkohlenbergbaues die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht (wurde), unbeschadet der Zuständigkeit der Hohen Behörde sich vor wirtschaftspolitischen Entscheidungen mit mir abzustimmen"[28]. Dieses Verfahren wurde noch im Oktober 1956 einvernehmlich praktiziert, als der Ruhrbergbau erneut seine Preise anhob. Um auch in der Arbeitszeitfrage mit der Metallindustrie Schritt zu halten, hatten die Tarifparteien des Bergbaus einen langfristigen Stufenplan entwikkelt, der insgesamt 12 zusätzliche arbeitsfreie Ruhetage vorsah[29]. Die entstehenden Mehrkosten deckten die Zechen durch eine Preiserhöhung von 2,10 DM/t für Kohle und 2,70 DM/t für Koks ab, die am 20. Oktober 1956 in Kraft trat. Erhard stimmte zu, weil er in der Preiserhöhung zu diesem Zeitpunkt offenbar keine Gefahr für die konjunkturelle Entwicklung sah. Jetzt, im Oktober 1957, schätzte er die Lage anders ein; um so schlimmer mußte er es empfinden, daß ihm der Bergbau gar nicht die Chance gab, an der Preisfestsetzung mitzuwirken. Die Bergbauseite hatte den „Frieden von Walsum" aufgekündigt.

IV. Der Bruch

Dem Frontalangriff auf die Mitglieder des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau war eine gezielte Strategie der Seelenmassage vorangegangen. Am Abend des 25. September hatte sich Erhard in einer Rundfunkansprache „über alle Schichten und Stände hinweg" an das deutsche Volk gewandt und den Zechenvorständen ausdrücklich die volle Verantwortung für mögliche preis- und konjunkturpolitische Fol-

[27] Rede, S. 11.

[28] Ludwig Erhard in Beantwortung einer großen Anfrage der SPD, Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Band 39, 3. Wahlperiode, 5. Sitzung am 28. 11. 1957, S. 108 D.

[29] Vgl. dazu Tarifvertrag über die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus vom 17. Oktober 1956 und Tarifvertrag über die Verkürzung der Arbeitszeit für die technischen und kaufmännischen Angestellten des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus vom 25. Oktober 1956.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen ihres Schrittes angelastet und die rhetorische Frage gestellt, ob sich die Vorstandsmitglieder des Verbandes „der Tragweite ihrer Verantwortung bewußt" seien[30]. Gleichzeitig trat Arbeitsminister Storch an die Öffentlichkeit und zog die Kostenrechnung des Ruhrbergbaus massiv in Zweifel. Nur ein Drittel der Mehrkosten, die der UVR für Ausgaben im Rahmen der Krankenversicherung in Ansatz brachte, erschien demzufolge wirklich gerechtfertigt[31]. Schon am 23. September brach Erhard alle Verhandlungen mit dem Unternehmensverband ab, weil dieser sich in einer Pressekonferenz definitiv auf Preiserhöhungen festgelegt hatte, ohne sich vorher mit dem Wirtschaftsministerium darüber zu verständigen. Der Bergbau hatte lediglich darauf verzichtet, den durch Einspruch der Hohen Behörde erzwungenen und für den 1. April 1958 geplanten Übergang des seit 1956 vom Bund getragenen Anteils an der knappschaftlichen Rentenversicherung in Höhe von 6,5 vH auf den Verbraucher abzuwälzen. Damit kündigte der Verband aber schon jetzt eine erneute Preiserhöhung von durchschnittlich 2,10 DM/t zum 1. April 1958 an. Über den verbleibenden Aufschlag von durchschnittlich 5,20 DM wollte der Bergbau aber nicht mehr mit sich handeln lassen, weil einige der Kostenmehrbelastungen, wie die Erhöhung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft und die Neuordnung der Rentenversicherung, bereits seit dem 1. Januar bzw. dem 1. Juni 1957 in Kraft waren.

Damit setzte sich im Vorstand des UVR eine harte Linie durch, die u. a. durch den stellvertretenden Vorsitzenden Werner Söhngen[32], das Vorstandsmitglied Wilhelm Millemann[33] und den Verbandsgeschäftsführer Theobald Keyser[34] repräsentiert wurde. Demgegenüber plädierten die Vorstandsmitglieder Hans Dütting[35] und Werner Dubusc[36] sowie der Ehrenvorsitzende Heinrich Kost[37] für einen vorsichtigeren und auf Ausgleich mit dem Bundeswirtschaftsminister bedachten Kurs. Vor allem Kost, der die korporative Walsumer Lösung der Kohlenfrage energisch unterstützt hatte, riet dem Bergbau bei jeder sich bietenden Gelegenheit, „Disziplin zu wahren, wie das

---

30 Handelsblatt vom 27./28. September 1957: „Neue Phase in den Kohlenüberlegungen".

31 Ebenda: „Kostenstreit Storch-Ruhrkohlenbergbau". Dies war allerdings eine streng formale Argumentation. Bei inhaltlicher Würdigung betrug die Differenz zwischen dem Ansatz der Ruhrkohle und dem des Arbeits- und Sozialministeriums lediglich 2,35 Pf.; vgl. dazu Handelsblatt vom 30. September 1957: „Storch will sich nicht korrigieren".

32 Söhngen, Werner, geb. 1906, Dipl. Kfm., Vorsitzender des Vorstandes der Rheinischen Stahlwerke AG, Essen, Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinstahl Bergbau AG, Essen, und stellvertretender Vorsitzender unter anderem im Aufsichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Essen.

33 Millemann, Wilhelm, Bergwerksdirektor der Steinkohlenbergwerk Mansfeld GmbH, Bochum-Langendreer.

34 Keyser, Theobald, Oberbergrat a. D., Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau e. V., Bad Godesberg, und Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau in Essen.

35 Dütting, Hans, geb. 1903, Bergassessor a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Gelsenkirchener Bergbau AG, Essen.

36 Dubusc, Werner, geb. 1901, Bergrat a. D., Mitglied des Vorstandes der Klöckner Werke AG, Duisburg, der Klöckner-Bergbau Victor-Ickern AG, Castrop-Rauxel, und des UVR, Essen.

37 Kost, Heinrich, geb. 1890, Bergassessor a. D., Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau e. V., Bad Godesberg, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln, ehemaliger Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung und Ehrenvorsitzender des UVR.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat das immer getan habe"[38]. Eine Sonderstellung nahmen die bundeseigenen Zechen ein, auf die rund 17 vH der Ruhrförderung fielen. Ihr Sprecher, der Generaldirektor der Herner Bergwerksgesellschaft „Hibernia", Hans Werner von Dewall, gehörte dem gemäßigten Flügel innerhalb des Verbandes an, nachdem schon im Vorfeld der Auseinandersetzung Überlegungen laut wurden, den bundeseigenen Ruhrbergbau aus Verband und Verkaufsorganisation austreten zu lassen. Der Vorstandsvorsitzende selbst, der pensionierte Generaldirektor der Harpener Bergbau-AG, Alfred Wimmelmann, der als konziliant und verständigungsbereit galt, hatte Anfang September einen Erholungsurlaub in Südtirol angetreten, der zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung noch nicht beendet war[39]. An seiner Stelle vertrat Werner Söhngen den 56 Bergwerkgesellschaften mit rund 150 Zechen umfassenden Unternehmensverband Ruhrbergbau. Damit lagen vor allem die Repräsentanten kleinerer, „reiner" Kohlenzechen auf der harten Linie, während neben den bundeseigenen insbesondere größere oder im Verbund mit finanzstarken Konzernen stehende Zechen eher für Verständigung mit Erhard eintraten. Die Stahlindustrie, größte Eigentümergruppe im Ruhrbergbau, war auf beiden Seiten zu finden, wenn sie sich auch in der Person des Generaldirektors der Rheinischen Stahlwerke im „harten" Lager besonders exponierte. Ihr wurde deshalb in der Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht, sie treibe den Kohlenpreis in die Höhe, um dann unter Hinweis auf ihre sich verschlechternde Ertragslage den Stahlpreis ebenfalls anheben zu können[40].

Am 1. Oktober nahmen die Kontrahenten in Bonn die Verhandlungen wieder auf, die Erhard eine Woche zuvor unterbrochen hatte. Obwohl der Bergbau in der Zwischenzeit von vielen Seiten der Öffentlichkeit unter Druck geraten war, blieben seine Abgesandten kompromißlos. Sie gewannen während der Verhandlungen den Eindruck, daß Bonn nicht weniger als 1,50 DM/t der geplanten Erhöhung von 5,20 DM/t in Zweifel zog[41], und waren deshalb nicht bereit, dem Wirtschaftsminister durch einen Aufschub Gelegenheit zu geben, die Kostenrechnung des Bergbau politisch zu verwässern. In dieser Situation entschloß sich Ludwig Erhard spontan, seinen rechtlich sehr eng gezogenen Handlungsspielraum durch einen Appell an die am gleichen Abend in Essen versammelten Mitglieder des UVR zu erweitern. Seine Absicht war wohl, mit den ihm wohlvertrauten Mitteln der „moral persuasion" und unter Einsatz seines durch den Wahlsieg erneut gestärkten Prestiges den Vorstand des UVR gegen die Masse der Mitglieder auszuspielen und vor diesem „politischen" Forum von rund 150 Zechenvorständen[42] den Geist von Walsum erneut zu beschwören.

---

[38] Industriekurier vom 19. Januar 1956: „Kohle könnte Energiebedarf decken".

[39] Wimmelmann, Alfred, geb. 1893, Bergassessor a. D., bis 1953 Generaldirektor der Harpener Bergbau-AG in Dortmund; vgl. auch Der Spiegel, 11. Jg., Heft 43 vom 23. Oktober 1957, S. 22.

[40] Vgl. dazu ebenda, Heft 41 vom 9. Oktober 1957, S. 13.

[41] Siehe unten, S. 538.

[42] Dies war jedenfalls die übliche Teilnehmerzahl der „Zechenleiterversammlungen" genannten Mitgliedertreffen des UVR; demgegenüber spricht der Abgeordnete Deist (SPD) vor dem Deutschen Bundestag in diesem Zusammenhang unwidersprochen „von einem halben Tausend Bergassesso-

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Vorstand des Verbandes hätte – entsprechende Bereitschaft vorausgesetzt – die Gelegenheit nutzen können, sich ein Mandat für eine Kompromißlösung zu verschaffen. Tatsächlich aber hatte er noch vor Erhards Auftritt die Versammlung erneut auf den harten Kurs festgelegt und eine telegraphische Intervention des Bundeskanzlers in diesem Sinne beantwortet[43]. Als Erhard um 20.15 Uhr im „Ruhrkohlehaus" eintraf, um im offenen Schlagabtausch die Auseinandersetzung noch in letzter Minute für sich zu entscheiden, war die Situation in Wirklichkeit gar nicht mehr offen.

Unter diesen Bedingungen stieß die vehement vorgetragene Attacke des Bundeswirtschaftsministers auf den gruppensolidarischen Widerstand der Bergwerksdirektoren, die ihrerseits versuchten, Erhard mit einer Strategie der scheinbar marktwirtschaftlichen Argumente ins Leere laufen zu lassen. Aus dem Verlauf des ersten Teils der Debatte wird deutlich, daß es Erhard nicht eigentlich um Kritik an einzelnen Punkten der Bergbau-Kostenrechnung geht. Zwar hält er insbesondere die Position „Ausgleich für Mehrausgaben in der Krankenversicherung" für in der Praxis nicht genügend abgesichert, doch steht auch hier das Politikum der demonstrativ wirkenden Weitergabe in die Preise im Vordergrund. Erst eine fast verzweifelte Bitte um Unterstützung („Darf ich fragen, ob hier gar kein Herr anwesend ist, der Verständnis für die Regierung aufbringt"[44]) hebt die Auseinandersetzung auch auf seiten des Bergbaus stärker auf die politische Ebene, wobei es neben den Vertretern bundeseigener Zechen vor allem Repräsentanten großer Konzerne mit weitreichenden verbandspolitischen Ambitionen sind, die zu einem, wenn auch noch so begrenzten Kompromiß bereit sind. Mehr als „ein Butterbrot geben"[45], wollte aber auch der gemäßigte Flügel des UVR nicht. Zwar fand sich die Versammlung schließlich bereit, die Preiserhöhung um des Friedens mit der Bundesregierung willen um vier Wochen aufzuschieben („... die 30 Mill. binden wir uns ans Bein und haben keinen Krieg mit der Bundesregierung"[46]), doch nur unter der Bedingung, daß Erhard dafür ausdrücklich auf sein in Walsum begründetes Mitspracherecht in der Preispolitik verzichtete. Gerade dies war aber für den Wirtschaftsminister unannehmbar, weil es ihm um mehr ging als um eine Prestigefrage, die mit einem Aufschub zum 1. November zu seinen Gunsten entschieden worden wäre. Er bestritt dem Kartell Ruhrbergbau das Recht, sich als ein ordentliches Mitglied der westdeutschen Marktwirtschaft zu führen.

V. Die Folgen

War Erhard im Frühjahr 1956 noch in der Lage gewesen, den Bergbau durch materielle Anreize zur Kooperation zu bewegen, so standen ihm nun lediglich negative

ren" – eine Zahl, die, nach den äußeren Umständen zu urteilen, eher unwahrscheinlich ist. Deutscher Bundestag, a. a. O., S. 146 C.

43 Siehe unten, S. 540.

44 Siehe unten, S. 528.

45 Siehe unten, S. 539.

46 Siehe unten, S. 545.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sanktionen zu Gebote. Es wurde erwogen, die Umsatzausgleichsteuer für US-Kohle und Heizöl abzuschaffen, der amerikanischen Kohle die gleiche Frachtvergünstigung wie der Ruhrkohle zu gewähren, die bundeseigenen Zechen zu einer separaten Verkaufsgesellschaft zusammenzuschließen und bei der Hohen Behörde auf eine Preissenkung hinzuwirken.

Die Hohe Behörde hatte zunächst auf eine Anfrage aus der Gemeinsamen Versammlung geantwortet, sie habe „nicht den Eindruck gewonnen, daß die Erhöhung der deutschen Preise im Verhältnis zu den Preiserhöhungen, die seit der letzten Preissteigerung der Ruhrkohle bei der Kohle aus anderen Revieren eingetreten waren, als anomal zu betrachten war"[47]. Sie ließ sich aber dann von der Bundesregierung dazu bewegen, die Kostenansätze des UVR durch ihren Sachverständigen Michaelis zu überprüfen. In einem Schreiben, das der Bundesregierung am 27. November 1957 zuging, kam die Luxemburger Behörde daraufhin zu dem Ergebnis, daß „die Preiserhöhung um 1,50 DM/t hätte niedriger sein können"[48]. Sie zog daraus die Konsequenz, „daß die Bundesrepublik den Ruhrbergbau mit bis zu drei Viertel seines Anteils an der Knappschaftsversicherung in nächster Zeit wieder belasten kann, ohne daß sich hieraus die Notwendigkeit zu einer Erhöhung der deutschen Kohlenpreise ergibt"[49]. Es war der Versuch, die bereits für den 1. April 1958 angekündigte weitere Preiserhöhung um 2,10 DM/t schon im Vorfeld zu blockieren. Der Sachverständige mußte aber bald einräumen, daß er Annahmen über Entwicklungstendenzen gemacht hatte, die sich in den folgenden Monaten nicht einstellten, so daß schließlich eine neue Enquete durchgeführt werden mußte, die zu anderen Ergebnissen kam (vgl. dazu Tabelle 1). Weitere Vorstöße der Bundesregierung in Luxemburg, um mehr Kontrolle über den Kohlenbergbau durchzusetzen, blieben ebenso folgenlos. Der Gedanke, die bundeseigenen Zechen als Preisbrecher einzusetzen, war wegen langfristig bestehender vertraglicher Bindungen an die Ruhrkohle-Verkaufsgesellschaften ebenfalls nicht praktikabel.

Auch Maßnahmen, die die Wettbewerbsposition der US-Kohle und des Heizöls verbessert hätten, waren kurzfristig schwer durchzusetzen. Dennoch lag hier, auf mittlere Frist gesehen, Erhards einzige Chance, den deutschen Kohlenbergbau in die ordnungspolitischen Schranken zu weisen und „jene Kraft aus(zu)-lösen, die Kostenerhöhungen nicht auf dem Weg des geringsten Widerstandes automatisch in Preiserhöhungen zum Ausdruck kommen läßt"[50]. Er hielt dies letztlich auch für den Bergbau selbst für „segensreich", „denn ihm ist aus vielen Verhandlungen im Wirtschaftsministerium nicht unbekannt, daß der Prozeß eines immer stärkeren Aufkommens neuer Energiearten gar nicht aufzuhalten ist. Je früher sich die Kohle auf diese Entwicklung einstellt umso besser wird sie gewappnet sein"[51].

---

[47] EGKS, Amtsblatt der Hohen Behörde 572/57 (Antwort vom 31. Oktober 1957).

[48] Erhard vor dem Deutschen Bundestag, a. a. O., S. 107 D.

[49] Zitiert nach: UVR, Rechenschaftsbericht 1955/57, S. 92.

[50] Ludwig Erhard, Kohlenpreis und Wettbewerb, in: FAZ vom 12. Oktober 1957, S. 8.

[51] Ebenda.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Unternehmensverband Ruhrbergbau schätzte hingegen seine Marktposition erheblich positiver ein und glaubte deshalb, das Kooperationsangebot des Wirtschaftsministers ausschlagen zu können. Die Ruhrkohle hatte im Augenblick vermeintlicher Stärke die goldenen Ketten staatlicher Inkorporierung gesprengt und mußte nun die Krise des Bergbaus, die zehn Jahre anhalten sollte, auf sich allein gestellt durchstehen. Es war nicht zuletzt dieses gestörte Verhältnis zwischen den Unternehmern des Ruhrbergbaus und der staatlichen Wirtschaftspolitik, das die Initiative in der Krise im wesentlichen der Bergarbeitergewerkschaft und – in der Schlußphase – den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft überließ[52].

Tabelle 1. Die Ertragslage des Ruhrkohlenbergbaus 1948–1958

Zeitpunkt	Untersuchungsbehörde	Ergebnis[a]	
		Grubenbetriebe[b] DM/t v.F.	Insgesamt[c]
Enquete 1948/49[d]	Verwaltung für Wirtschaft	–3,44	–3,74
Aktualisierung 1950[d]	Bundeswirtschaftsministerium	–3,37	–3,21[e]
Aktualisierung 1951[d]	Bundeswirtschaftsministerium	–3,95	–3,46
Konsultationsrechnung 1952[d]	Hohe Behörde/ Bundeswirtschaftsministerium	–3,58	–3,74
Enquete 1954 (2. Quartal)[f]	Hohe Behörde	–3,60	–5,01
Aktualisierung Ende 1954	Hohe Behörde	–	–3,62
Jahresdurchschnitt 1954	UVR	–0,84	–2,84
Jahresdurchschnitt 1955	UVR	–1,17	–2,40
Jahresdurchschnitt 1956	UVR	–0,77	–1,17
Jahresdurchschnitt 1957	UVR	–2,39	–2,44
Enquete 1957/58[g]	Hohe Behörde	–0,63	–1,14

a) Kalkulatorische Kostenrechnung nach dem Bergbau-Kosten Standardsystem (BKSS) b) einschl. Hilfsbetriebe; c) einschl. Weiterverarbeitung; d) jeweils im Herbst; e) ohne Kraftwerke; f) einschl. Lastenausgleichs-Vermögensabgabe; g) 1. Okt.–31. März.

Quelle: Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Kohlenbergbaus (Heß, Heller, Deist), Essen März 1949, S. 33 f. UVR, Jahresbericht 1953/54, Essen (1954), S. 45, UVR, Jahresbericht 1955–1957, Essen (1958), S. 33, Gutachten über die Kosten und Ertragslage des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr (Schwantag, Dorstewitz), o.O. (1958), S. 159.

52 Siehe dazu Werner Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 118–164.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 2. Preise in den Revieren der EGKS (Ruhrpreise = 100)[a]

	Nord/Pas de Calais		Belgien		Niederlande		Lothringen		Saargebiet	
	Mai 1952	Okt. 1956	Mai 1952	Okt. 1956	Mai 1953	Okt. 1956	Mai 1952	Okt. 1956	Mai 1952	Okt. 1956
Grobkoks	134	114	–	–	114	102	144	119	144	117
Anthrazit[b]	136	116	141	129	119	124	–	–	–	–
Magerkohle[b]	161	132	167	151	116	116	–	–	–	–
Halbfettkohle[c]	169	127	148	117	111	105	–	–	–	–
Fettkohle[d]	128	109	132	121	115	101	115	105	122	109
Flammkohle[e]	154	130	161	124	–	–	156	125	162	134
Briketts	155	125	132	117	108	99	101	94	–	–

a) auf Dollarbasis; b) Nuß 3; c) Nuß 4; d) gewaschene Feinkohle bzw. Koksfeinkohle; e) Nuß 2.

Quelle: Hohe Behörde, Monatliches Mitteilungsblatt, Nov. 1956 Nr. 9, S. 29–31.

Dokument

Stenogramm[53]

über die Besprechungen der Vertreter des Ruhrkohlenbergbaus mit Herrn Bundeswirtschaftsminister Erhard am 1. 10. 57

Beginn der Sitzung: 20.15 Uhr
Schluß der Sitzung: 23.35 Uhr

Söhngen[54]
Meine Herren! Wir haben die große Freude, Herrn Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard in unserer Mitte begrüßen zu können. Herr Minister, ich heiße Sie in der Metropole des Ruhrgebietes sehr herzlich willkommen.

Beifall!

Mit ihm erschienen eine Reihe von Mitarbeitern sowie die beiden Herren Ministerialdirektoren Kattenstroth[55] und Prof. Müller-Armack[56].

Herr Minister, wir sind zu sehr ernsten Überlegungen versammelt. Der Vorstand des Unternehmensverbandes hat Ihnen die Gründe genannt, weshalb der Ruhrbergbau an einer Preiserhöhung nicht vorbeikommt. Wir wissen, welch bittere Pille wir Ihnen, dem Herrn Bundeskanzler, dem gesamten Kabinett und auch der Bevölkerung damit zumuten.

[53] Es handelt sich um die Abschrift des stenographischen Protokolls des Unternehmensverbands Ruhrbergbau. Auf eine stilistische Bearbeitung wurde – mit Ausnahme von Umstellungen im Satzbau – verzichtet. Fundort: Archiv beim IGBE-Hauptvorstand, Ordner „Unternehmensverband".

[54] Wie Fußnote 32.

[55] Kattenstroth, Ludwig, geb. 1906, Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Energiepolitik im Bundeswirtschaftsministerium.

[56] Müller-Armack, Alfred, geb. 1901, Dr. rer. pol., ordentlicher Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften in Köln, Leiter der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Und dennoch können wir aus der Verantwortung, aus der unternehmerischen Verantwortung für unseren Bergbau, nicht anders handeln.

Ich darf Ihnen offen sagen, was mich bei den Gesprächen mit Ihnen am meisten verwundert hat, das war das, daß in Ihrem Hause keine echte Vorstellung bezüglich der wahren Ertragslage im Bergbau besteht. Wir hatten lange Jahre nur den politischen Preis. Mit Ihrer Hilfe, und wir waren Ihnen sehr dankbar, ist eine Sanierung des Bergbaus zum 1. April 1956 durchgeführt worden. Ab 1. April 1956 waren wir in der Tat ein Jahr lang – etwas über ein Jahr lang – in einer befriedigenden Assiette[57].

Inzwischen sind die bekannten Preiserhöhungen auf uns zugekommen, und diese Preiserhöhungen führen sofort wieder dazu, daß der Bergbau bereits im Monat September mit roten Zahlen arbeitet. Wir haben die ganz große Sorge gehabt, daß diese befriedigende Zeit sich wieder verwandeln würde in eine Zeit des permanenten Substanzverzehrs. Das können wir bei unserer tiefen Verantwortung dem Bergbau und damit der deutschen Volkswirtschaft gegenüber nicht zulassen, und deshalb, Herr Minister, mußten wir diese Preiserhöhung zum 1. Oktober und in dieser vollen Höhe durchführen. Sie können davon ausgehen, daß mit tiefem Ernst nur die echten Kostenerhöhungen zu Grunde gelegt worden sind. Ich möchte fast sagen, ein rein betriebswirtschaftliches Denken hat stattgefunden. Wir haben hier alle Überlegungen beiseite gelassen, wie es so schön heißt, bei dieser Sache einen Schnitt zu machen. Wir wollen nichts anderes als den Ersatz dieser Kosten, und wir sind auf diesen Ersatz angewiesen, denn sonst können wir unseren Aufgaben aus vielen Gründen, die wir Ihnen genannt haben, nicht gerecht werden.

Herr Minister, Sie hatten, weil wir gestern bei Ihnen im Hause keine andere Meinung vertreten konnten, den Wunsch geäußert, Ihre Auffassung dem Ruhrbergbau zu unterbreiten. Es sind hier die Vorstände aller Zechengesellschaften versammelt, und ich darf Sie bitten, das Wort zu ergreifen.

Erhard:

Meine Herren! Sie haben eine Verantwortung, und die Bundesregierung hat auch eine Verantwortung, und ich glaube, die Verantwortung, die die Bundesregierung heute trägt, ist angesichts der teilweise recht turbulenten Verhältnisse, die sich rings um unser Land herum entwickeln, deutlich genug gekennzeichnet. Wir stehen in einem schicksalhaften Kampf, uns die Stabilität in Deutschland zu bewahren und nicht, wie so viele Länder, in eine inflationäre Entwicklung hineinzuschliddern[58]. Diese Verantwortung trägt zwar an vorderster Stellung die Bundesregierung, aber diese Verantwortung trägt auch die ganze deutsche Wirtschaft, die Unternehmer, aber natürlich auch die anderen Kreise, besonders die Sozialpartner. In der ganzen Welt gibt es heute nur eine Auffassung und ein Urteil über die Ursachen dieser fatalen und gefährlichen Entwicklung in vielen europäischen Ländern, und ich glaube, es würde fast einem Flagellantismus gleichkommen, wenn wir angesichts dieser Demonstration rings um unser Land nicht alle Kraft einsetzen wollten, um uns vor diesem Unheil zu bewahren, denn am Ende zieht es uns alle mit in den Strudel hinunter, wenn wir nicht stark da stehen.

Nun gebe ich zu, meine Herren, daß Sie als Unternehmer das Problem der Kohle, so

[57] „Assiette" (veraltet für: Teller, Schüssel; auch Vorspeise) – „in einer befriedigenden Lage"; s. auch Tabelle 1.

[58] Gemeint ist vor allem Frankreich, dessen Preisniveau, gemessen am Index der Lebenshaltung, in den vorausgegangenen 12 Monaten um 3,8 vH (!) gestiegen war.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie es sich in Ihren Forderungen abzeichnet, anders sehen als es die Bundesregierung primär tun muß. Ich glaube, ich kann persönlich nicht in den Verdacht geraten, daß ich für die Haltung der Unternehmer kein Verständnis hätte. Aber dazu gehört eben auch dann meine Auffassung, daß der Unternehmer nicht unter allen Umständen und nicht in jeden Zeiten und nicht in jeder Situation einen formalen oder sittlichen Anspruch auf vollen Ersatz seiner Kosten geltend machen kann. Das wäre praktisch das Ende einer freien Unternehmungswirtschaft und einer freiheitlichen wirtschaftlichen Ordnung überhaupt.

Ich habe, um es gleich vorwegzunehmen, mich nicht einen Augenblick etwa dahin geäußert, daß ich nicht die Berechtigung einer Preissteigerung anerkenne. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir uns über zwei Dinge noch unterhalten müssen. Das eine ist die Spezifizierung Ihrer Aufstellungen, obwohl ich mit Ihnen heute abend keine Pfennigrechnung aufmachen möchte. Ich glaube aber, daß es angesichts der bisher so guten und freundschaftlichen Zusammenarbeit das Mindeste ist, was eine Regierung fordern kann, nämlich daß sie in die Lage versetzt wird, mit Ihnen eingehend diese Positionen zu prüfen und gegebenenfalls in Rede hinüber und herüber zu einer Synthese, zu einer Einigung zu gelangen. Das andere, meine Herren – und das ist vielleicht das allerentscheidendste, mindestens aus der politischen Sicht –, ist auch der Zeitpunkt. Sie werden mir niemals begreiflich machen können, wenn Sie unternehmerisch denken, daß diese Kohlenpreiserhöhung oder eine Kohlenpreiserhöhung unbedingt und zwingend zum 1. Oktober durchgeführt werden mußte. Diese Regierung bzw. die sie tragenden Parteien – in Besonderheit kann ich es von meiner eigenen Partei behaupten – haben gekämpft, um eine freiheitliche wirtschaftliche Ordnung in Deutschland auch weiter führen zu können. Und wenn wir nicht gesiegt hätten, wäre wahrscheinlich der erste Industriezweig, der irgendwelchen ideologischen Experimenten preisgegeben wäre, die Kohle gewesen. Dessen sind Sie sich doch alle klar. Und dieser Regierung, die nicht Ihnen zuliebe und nicht einem anderen Wirtschaftszweig zuliebe eine Politik verteidigt hat, mit der Sie – wie ich wohl annehme – im Grundsatz einig gehen, fallen Sie, ich kann es nicht anders ausdrücken, unmittelbar nach der Wahl in den Rücken und fordern zum 1. Oktober Preiserhöhungen.

Meine Herren! Die Empörung, die in der ganzen Regierung laut wurde – und ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, an vorderster Stelle beim Herrn Bundeskanzler selbst – können Sie überhaupt nicht drastisch genug annehmen. Und wer Ohren hat zu hören, der weiß auch, daß das Vorgehen der Kohle, insbesondere auch in der zeitlichen Phasenfolge, nicht angekommen ist. Nein, das ganze deutsche Volk hat kein Verständnis für die Haltung der Kohle. Und jetzt gilt es, daß wir uns zusammenraufen, meine Herren, denn es kann Sie nicht überraschen, daß das Verhalten der Kohle in der Art des Vorgehens wie eine Kriegserklärung gewirkt hat. Wir waren mitten im Gespräch. Wir haben uns einmal zusammengesetzt und, ich sage es ohne Vorwurf, aber doch zur Kennzeichnung des Tatbestandes, haben vereinbart, daß wir uns weiter unterhalten werden. Statt dessen hören wir durch die Presse, daß die Regierung sozusagen vor ein Fait accompli gestellt wird und daß, ohne die Verhandlungen weitergeführt zu haben, am 1. Oktober eine Kohlenpreiserhöhung in diesem Ausmaß in Kraft tritt. Die Reaktion konnte nicht anders sein als sie tatsächlich gewesen ist.

Ich habe dem gar nicht sehr viel hinzuzufügen, aber wenn Sie weiterhin Wert darauf legen, mit der Regierung in gutem Einvernehmen zu bleiben, und wenn Sie Wert darauf legen, daß die Regierung nicht nur heute, sondern auch in Zukunft Verständnis für Ihre Anliegen aufbringen und wenn diese Regierung nicht Ihre ganze Kohlenpolitik neu überprü-

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fen soll, dann können Sie die Regierung nicht in dieser Weise vor den Kopf stoßen. Die politische Wertung Ihres Vorgehens, meine Herren, können Sie ruhig der Regierung selbst überlassen. Die Überzeugung der Regierung und des Herrn Bundeskanzlers, daß dieses ein unmöglicher Schritt und eine Brüskierung der Bundesregierung war, können Sie durch Ihr Vorbringen, daß Sie die Dinge anders sehen, nicht vom Tisch fegen.

Ich habe, um wieder versöhnlicher zu werden – obwohl es keine Feindschaft bedeutet – von Anbeginn an eine ganze Reihe von Posten ohne weiteres als berechtigt anerkannt. Das gilt insbesondere für diejenigen Kostenerhöhungen, die aus den am 1.7. in Kraft getretenen neuen tariflichen Vereinbarungen resultieren[59]. Ich hätte allerdings gewünscht, daß die Herren, die diesem Beschluß zugestimmt haben und die sogar der Auffassung waren, daß daraus eine Kostenpreiserhöhung resultieren müßte, auch den Mut haben, diese ihre Meinung, die sie im Büro und im Betrieb geäußert haben, mit gleicher Deutlichkeit sozusagen der Öffentlichkeit gegenüber auf der Straße zum Ausdruck bringen; zumal überhaupt das Gespräch über eine Kostenpreiserhöhung von seiten der Opposition damit quittiert worden ist, daß das alles völlig unsinnig und unnötig wäre. Darüber wollen wir kein parteipolitisches Gespräch führen, aber ich möchte es am Rande anmerken, weil es ein schlechter Stil zu sein scheint. Ich habe diese Posten anerkannt und kann weiter anerkennen, daß das, was aus der Sozialgesetzgebung an unmittelbaren Mehrbelastungen resultiert, in einem Gespräch und auch in eine von uns zu tolerierende Kostenrechnung aufgenommen werden wird. Ich bin allerdings dann wieder der Auffassung – darüber müssen wir uns noch unterhalten – daß es über einen Zeitraum von 2½ Monaten, der Ihnen zur Verfügung stand, kaum möglich war, die mittelbaren Auswirkungen so deutlich unter Beweis zu stellen, daß daraus schon eine Kostenpreiserhöhung in dem von Ihnen angenommenen Ausmaße zwangsläufig resultieren müßte.

Es sind noch einige andere Punkte da, aber ich möchte nicht auf Details eingehen, weil es mir hier wesentlich auch auf den politischen Aspekt ankommt. Wir bemühen uns jetzt um die Stabilität, ich sage es noch einmal, und wir werden in den nächsten Monaten über den Gesamtbereich unserer Volkswirtschaft – und ich werde damit wahrscheinlich sehr viel zu tun haben – alles anzuwenden haben, um die Politik der Stabilität erfolgreich fortzusetzen, weil wir eben wissen, was es bedeutet, wenn bei uns gleiche Entwicklungen wie in vielen anderen Ländern Platz greifen würden. Und hier hat Ihr Vorgehen wie eine Bombe eingeschlagen. Es geht hier nicht einmal um Mark und Pfennig, sondern es ist die ganze Atmosphäre, die da geschaffen worden ist und die sich deutlich genug entladen hat. Mein Antrag hier geht deshalb dahin, meine Herren – und ich glaube, es wäre auch das beste Geschäft, welches Sie in der Sache machen können – daß Sie den Antrag bei der Hohen Behörde zurückziehen[60], daß wir uns sofort zusammensetzen und in einer noch zu verein-

[59] Tarifvertrag über die Abänderung der am 15. Februar 1956 gültigen Lohnordnung vom 10. Juli 1957, gültig ab 1. Juli 1957. Mit einem Anstieg der Löhne für Untertagearbeiter um 5,5 vH; darüber hinaus zum 1. August gültig: Tarifvertrag über die ab 1. August 1957 gültigen Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten vom 27. Juli 1957 und Tarifvertrag über die ab 1. August 1957 gültige Vergütungstafel für die Bezahlung der Büroanfänger in den Zechenverwaltungen vom 27. Juli 1957, sowie Tarifvertrag über das „Bergmannswohnungsgeld" vom 10. Juli 1957, gültig am 1. September 1957.

[60] Die Hohe Behörde der Montanunion hatte sich nach der Preisfreigabe vom 1. April 1956 ein formales Genehmigungsrecht der Preisliste vorbehalten. Diese mußten aber lediglich fünf Tage vor dem Inkrafttreten in Luxemburg vorgelegt werden.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

barenden Frist einen Ausgleich über Zeitpunkt, Ausmaß und Phasenfolge einer Preiserhöhung zu finden suchen. Bei dem Verständnis und bei dem Zugeständnis, das ich Ihnen hinsichtlich der Anerkennung gemacht oder bezeugt habe, daß die Kohlenwirtschaft in ihrer Grundlage gesund bleiben muß und einen Anspruch auf eine gewisse Preiserhöhung geltend machen kann, dürfen und können Sie mir und dem Herrn Bundeskanzler dieses Ansuchen einfach nicht verweigern. Ich glaube, im Interesse einer schiedlich friedlichen Zusammenarbeit, auch in der Zukunft, ist diese Forderung, die ich jetzt an Sie stelle, wirklich nicht übertrieben und verstößt nicht gegen Ihre Interessen und gegen Ihre Verantwortung vor dem Kohlenbergbau. Meine Herren, so liegen doch die Dinge nicht, daß, wenn am 1. Oktober eine Kohlenpreiserhöhung in dem von Ihnen gewünschten oder ich möchte fast sagen diktierten Ausmaß nicht Platz greift, dann eine ernste oder sehr ernste Gefahr auftauchen würde.

(Zwischenrufe)

Das glaube ich nicht. Das können Sie mir nicht erklären; das nehme ich Ihnen nicht ab. Das nimmt Ihnen die ganze deutsche Öffentlichkeit nicht ab.

Es liegt also in Ihrer Entscheidung selbst, ich kann Sie wenigstens auf diesem Feld und in diesem Augenblick nicht zu einem Votum zwingen, aber Sie können die Bundesregierung auch nicht zwingen, das möchte ich gleich dagegen sagen. Deshalb meine ich, ist es in einer solchen Situation besser, wenn man sich zu verständigen sucht. Und wenn ich Ihnen sage, daß sich der Weg der Verständigung abzeichnet und ich mit großem Verständnis für Ihre Lage eine ganze Reihe von vornherein anzuerkennen bereit bin, dann ist, glaube ich, das, was uns noch trennt und den Rest des Gegensatzes ausmacht, nicht mehr so bedeutend, daß wir vor der ganzen Öffentlichkeit das fast tragikomische Schauspiel aufrichten müssen: hier kämpft die Bundesregierung gegen einen Industriezweig, der eigentlich alle Veranlassung hätte, dieser Bundesregierung dankbar zu sein.

Söhngen:

Herr Minister, Sie haben gesagt, daß das politische Denken für uns auch das Ausschlaggebende sein müßte. Das bedeutet, so wie ich die Dinge sehe, daß wir dann das unternehmerische Denken, unsere unternehmerische Funktion, an den Nagel hängen können. Das bedeutet dann nichts anderes, daß wir das Wohl und Wehe dieses großen Industriezweiges Bergbau der Bundesregierung überlassen, und das geht nicht. Wir sind dafür zuständig, wir sind unserem Gewissen gegenüber verantwortlich und unserer Kenntnis der Verhältnisse. Herr Minister, wir wollen Ihnen gar keine Kriegserklärung abgeben. Daran denken wir nicht. Wir wissen, wie bitter diese Pille ist, aber wir kommen nicht daran vorbei. Ich glaube, das werden Ihnen jetzt hier auch einige Herren sehr deutlich sagen. Sie kennen meine Auffassung. Ich habe Ihnen gestern abend gesagt, ich kann meine Auffassung nicht korrigieren, und dieser Auffassung waren auch die anderen Herren. Ich möchte bitten, daß aus diesem Kreise Stellung genommen wird zu den Ausführungen von Herrn Minister Erhard.

Erhard:

Ich darf dazu sagen, ich denke nicht daran, Ihnen etwa vorzuschreiben oder von Ihnen zu fordern, daß Sie Ihre unternehmerische Funktion an den Nagel hängen. Ich weiß aber nicht, ob es nun wirklich eine echte unternehmerische Funktion ist, wenn man mit dem spitzen Bleistift ausrechnet, daß die Mehrkosten da zuschlagen werden und sagt, da kas-

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sieren wir mehr ein. Darin kann sich eine unternehmerische Funktion nicht erschöpfen. Ich habe gestern Herrn Söhngen gesagt, so wie Blut ein besonderer Saft ist, so ist die Kohle ein ganz besonderer Grundstoff. Und von einem Unternehmer, einem freien Unternehmer in der Kohlenwirtschaft verlange ich, daß er nicht nur betriebswirtschaftlich rechnen kann, sondern daß er auch – und das ist bei der Kohle mitten drin – denken Sie auch daran, wie unterschiedlich die Lage der Kohle – politisch und strukturell in den einzelnen Ländern ist, – den politischen Anliegen von einer Regierung, die die privatwirtschaftliche Grundlage des Kohlenbergbaus unter allen Umständen erhalten will, dann auch Verständnis bezeugt.

Söhngen:
Meine Herren! Es liegen noch Wortmeldungen von Herrn Hansen und dann von Herrn Dr. Marx vor.

Hansen[61]*:*
Herr Minister, ich glaube, Sie sehen die Sache vielleicht insofern aus einer anderen Schau als wir, weil Sie sagen, es ist unmöglich, daß ab 1. Oktober das dringende Petitum vorliegt, wir müssen jetzt unter allen Umständen, wenn die Verantwortung von uns weiter getragen werden soll, die Preise erhöhen. Natürlich liegt es nicht so, daß der 1. Oktober eine Zäsur bedeutet, die einfach zu diesem Schritt gezwungen hat, sondern wir müssen die ganze Entwicklung berücksichtigen. Die Entwicklung geht dahin, daß wir rückwirkend vom 1. Januar dieses Jahres diese Kosten haben auf uns zukommen sehen. Spätestens inmitten dieses Jahres, im Juni oder Juli, sind ja bereits von uns schon konkrete Kostenpläne aufgestellt worden, die, soweit ich orientiert bin – ich kenne es nur vom Hörensagen – dem Ministerium nicht ganz fremd gewesen sind. Ich glaube deshalb, daß der Vorwurf, daß man Ihnen, oder Ihrem Ministerium will ich sagen, keine Gelegenheit gegeben hätte, sich mit der Kostenermittlung zu befassen und über die Richtigkeit und Höhe sich klar zu werden, eigentlich nicht richtig ist, sondern es ist so, daß wir die Sachen wohlbegründet, ich glaube nicht nur schriftlich, sondern auch mündlich, Ihren Herren wiederholt vorgetragen haben, so daß insofern der Vorwurf von Ihnen nicht ganz stimmt.

Aber nun noch etwas anderes, was mich zutiefst bewegt, ist folgendes. Das Ministerium kannte die Auswirkung, und ich bin überzeugt, daß es nicht nur das Ministerium gewesen ist, sondern auch der Bundestag, der letzten Endes unsere höchste Vertretung in der westdeutschen Bundesrepublik darstellt, und daß sie sich selbstverständlich genauestens überlegt haben, wie die Gesetze in den Ausschüssen und nachher im Plenum vorgelegt wurden, welche Belastungen nun auf uns zukommen.

Erhard:
Das erkenne ich auch an.

---

[61] Hansen, Hellmut, geb. 1896, Bergassessor a. D., Vorstandsmitglied der Hoesch AG, Dortmund, Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Köln, und der „Geitling" Ruhrkohlen-Verkaufs-GmbH, Essen; außerdem Vorsitzender der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens und Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Bad Godesberg.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hansen:
Dann brauche ich nichts weiter darüber zu sagen. Wir überlegen uns auch bei jeder Ausgabe, ob es sich um eine Maschine oder eine soziale Frage handelt, die wir angreifen wollen, was kostet es uns und ob wir überhaupt, so wünschenswert und nützlich diese Ausgabe wäre und der Plan sein mag, diese Sache verkraften können. Ich glaube, da hat doch der Bergbau seine Pflicht insofern der Regierung gegenüber voll getan, daß er beizeiten, nämlich in Zeiten, wo er es einigermaßen überblicken konnte, seine Vorstellungen über die damit verbundene Preiserhöhung Ihnen gegeben hat.

Aber nun zu dem anderen. Ich glaube, Herr Minister, Sie müssen auch etwas Verständnis für uns haben. Es ist tatsächlich so, daß Zechen, die im vorigen Jahr gut über die Runden gekommen sind, schon mit roten Zahlen schreiben, und daß der Durchschnitt des Bundesgebietes ganz bestimmt auch jetzt in der Verlustrolle ist, und daß – und jetzt darf ich Sie vielleicht an die Vergangenheit der Ruhrkohle erinnern – die Spuren schrecken. Wir wissen, was es bedeutet, in der Kohle arbeiten zu müssen, und wir sind Ihnen, Herr Minister, außerordentlich dankbar, daß es auch gerade mit Ihrer und durch Ihre Hilfe möglich war, daß wir im Jahre 1956 einigermaßen befriedigend arbeiten konnten. Wir wissen aber, wie die Zeit vorher war, und was Herr Söhngen vorhin sagte, daß wir mit Schrekken sehen, daß die Zeit wieder auf uns zukommt. Wir sind nun einmal, das mag im Wesen der Grundstoffindustrie und der Rohstoffindustrie begründet sein, immer sehr stiefmütterlich behandelt worden. Ich spreche jetzt nicht vom Jahre 1956, aber ich glaube doch sagen zu müssen, daß wir es uns einfach nicht erlauben können, auf eine notwendige Preiserhöhung zu verzichten. Wenn Herr Söhngen vorhin sagte, er könne die Verantwortung für seine Gesellschaft nicht tragen, so erkläre ich Ihnen ganz offen, daß ich es für meine Gesellschaft, ich vertrete zwei Bergwerksgesellschaften, es ebenfalls nicht tun kann. Ich würde mich als einen Verräter bezeichnen müssen, wenn ich für eine Kompromißsache, die ich im Prinzip, um der Regierung zu helfen, voll akzeptieren möchte, etwas tun sollte, was ich mit meinem Gewissen als Vertreter dieser Gesellschaften einfach nicht vereinbaren kann. Herr Minister, dieser Entschluß ist für uns wirklich nicht einfach. Wir wußten auch, daß das außerordentliche Schwierigkeiten machen würde, aber verstehen Sie doch, wir kämpfen um unser Existenzminimum, wobei ich selbstverständlich in diesem Begriff „Minimum" auch eine angemessene und vernünftige Rendite sehe. Wir wollen nicht über den Preis investieren, obwohl das in Deutschland nicht ganz ungewöhnlich ist, aber wir können auf dem Kapitalmarkt überhaupt nichts machen, wenn wir nicht eine einigermaßen vernünftige Rendite vorweisen können. Wenn die Bundesregierung, und auch aus Ihren Worten, Herr Minister, ging das klar hervor, ein außerordentliches Interesse hat, den Bergbau stark zu machen usw., müssen Sie uns auch die Möglichkeit geben, daß wir zu marktgerechten Preisen unsere Kohlen verkaufen können und demgemäß unsere Kraft stärken können, die jetzt, ich möchte es noch einmal ganz ernst betonen, null ist.

Herr Minister, lassen Sie uns doch einmal über die weiteren Fragen auch noch einmal diskutieren. Was wird kommen, wenn die Preiserhöhung, die am heutigen Tage um 0 Uhr eingesetzt hat, nun allen klar wird? Ich glaube, daß die großen Schwierigkeiten, die vielleicht in der ganzen Sache bestanden haben, daß diese verschwunden sind und ich möchte sagen, daß der Dampf aus dem Kessel heraus ist. Die Presse hat nicht durch Veranlassung des Unternehmensverbandes, soviel weiß ich, frühzeitig von den ganzen Sachen Kenntnis bekommen mit dem Erfolg, daß eigentlich, wie gesagt, nichts Neues zu erwarten ist, und wenn ich die Zeitung recht verstehe und lesen kann, ist wie gesagt, der Unmut eigentlich

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer gewissen Gleichgültigkeit, möchte ich sagen, gewichen. Ich glaube nicht, Herr Minister, daß es die Kohlenpreiserhöhung sein würde, die die ganze Lohn-Preis-Spirale in Tätigkeit setzen wird. Das ist nicht der Fall. Ich glaube vielmehr, gleichgültig ob Sie jetzt die Kohlenpreiserhöhung anerkennen oder nicht, daß auf jeden Fall die Forderung der IG-Metall platzgreift[62], und zwar nicht auf der eisenschaffenden Seite, sondern auf der eisenverarbeitenden Seite, und daß dann nachher sofort eine Lohnerhöhung des Bergbaus folgt, die in einer Größenordnung von DM 4,– oder so ähnlich sein müßte. Dann müssen wir sofort auch wieder eine weitere Kohlenpreiserhöhung haben. Ich glaube, Herr Minister, wir sollten vielmehr dafür sorgen, daß wir einen konstruktiven Weg, der Sie und uns befriedigt, finden. Ich weiß, da ich in einer Gesellschaft tätig bin, die sowohl Kohle als auch Stahl produziert, daß es namhafte Leute der eisenschaffender Industrie – ich möchte unterscheiden zwischen eisenschaffender und eisenverarbeitenden Industrie – gibt, die sagen, wir wollen die Kohlenpreiserhöhung, die wir anerkennen und von der wir hundertprozentig überzeugt sind, isoliert im Raume stehen lassen, wir wollen keine Stahlpreiserhöhung durchführen und auf unsere Kappe nehmen, weil es uns besser geht als der Kohle. Es müßte eigentlich bei geschickter Verhandlungsführung möglich sein, die IG-Metall davon zu überzeugen, daß es auch ihr Brot ist, wenn jetzt stillgehalten wird. Ich glaube, daß das ein viel besserer Weg wäre, der zur Beruhigung der ganzen Atmosphäre beitragen würde. Ich meine, der Startschuß ist gefallen, das gebe ich zu, ob es richtig war, diesen Termin zu wählen, möchte ich dahin beantworten, daß uns nichts anderes übrig bleibt. Ich möchte aber bitten, Verständnis dafür zu haben, daß wir Ihren Vorschlag, der Hohen Behörde gegenüber unseren Antrag auf Preiserhöhung zurückzuziehen, daß das für uns ein Ding der Unmöglichkeit ist, wobei ich ausdrücklich noch betonen möchte, Herr Minister, wir wollen und wir suchen keinen Streit.

Erhard:
Sie sagten, Sie würden durchaus zu einem Kompromiß bereit sein. Etwas anderes als einen Kompromiß habe ich Ihnen auch nicht angeboten. Sie sagten, wir müßten einen konstruktiven Weg gehen. Diesen konstruktiven Weg suche ich und will ihn mit Ihnen gemeinsam gehen. Das ist doch kein konstruktiver Weg, daß wir sagen, morgen tritt die Kohlenpreiserhöhung, so wie wir sie diktiert haben, in Kraft!

(Zwischenruf: sie sind seit heute in Kraft)

Sie haben aber noch nicht fakturiert.

Söhngen:
Fakturiert nicht, nur im Landabsatz.

Erhard:
Das ist doch kein konstruktiver Weg. Sie haben alle Trümpfe in der Hand, und wir, wir laufen der Sache hintennach. Es ist doch einer Regierung unwürdig, daß Sie zuerst den Zeitpunkt und die Höhe bestimmen und nachher suchen Sie einen konstruktiven Weg. Wo ist der überhaupt? Ich habe gesagt, wir können vereinbaren, daß wir bis zum 15. Oktober gemeinsam diese Lösung gefunden haben müssen. Dann werden wir uns eben zusammenraufen, und wenn wir jeden Tag zusammensitzen, und wenn wir diesen Weg gefunden ha-

[62] Die IG Metall hatte am 29. September Lohnerhöhungen um 10 vH gefordert, davon 2,4 vH als Lohnausgleich für eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben, Ausmaß und Zeitpunkt wobei ich Ihnen gleich sage, ich wäre bereit, den 1. November anzuerkennen, dann ist das ein konstruktiver Weg. Aber das, was Sie mir bieten, ist kein konstruktiver Weg, das ist Diktat.

Marx[63]*:*
Sehr verehrter Herr Minister! Meine Herren! Herr Minister, ich glaube, bei Ihnen, nachdem wir uns so lange kennen, nicht in den Verdacht zu kommen, daß ich Ihr Gegner bin, und wenn ich Ihnen gleich heute die Sorgen des Bergbaus vortrage, so ist der Wunsch in erster Linie dahingehend, daß Sie sich selbst als dem Mann, der das Vertrauen der Wirtschaft all die Jahre genossen hat und den auch das Vertrauen der Wirtschaft hochgetragen hat, daß Sie sich selbst zu unserem Fürsprecher machen, um bei der Regierung das bisher noch nicht vorhandene Verständnis für unsere Sorgen herbeizuführen.

Erhard:
Das werde ich bestimmt nicht tun.

Marx:
Ich bin erstaunt zu hören, daß der Wunsch nach einer Preiserhöhung bei der Regierung wie eine Bombe eingeschlagen habe und daß man es als eine Kriegserklärung betrachte.

Erhard:
Zeitpunkt!

Marx:
Ich verstehe schon. Sehr verehrter Herr Minister! Es ist Ihnen genau bekannt, daß in Ihrem Hause für diese beabsichtigte Preiserhöhung die Unterlagen schon seit Monaten vorliegen, und ich darf wohl ohne weiteres unterstellen, daß das Kabinett davon unterrichtet worden ist trotz der Wahlsorgen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es so etwas Rasantes gewesen sei, was die Gemüter erschüttert haben könnte. Wir sind darüber hinaus der Auffassung, gerade unter Berücksichtigung des politischen Momentes, das Sie, Herr Minister, so stark in den Vordergrund schieben, daß es ein ganz großer Fehler wäre, wenn wir von der beschlossenen Preiserhöhung abgehen würden. Ich habe Ihnen, Sie werden sich erinnern, in kleinerem Kreise kurz nach der zweiten Lohnerhöhung schon einmal gesagt, daß ich es für außerordentlich ungünstig halte, beim Arbeitnehmer den Eindruck zu erwecken, daß alle Lohnerhöhungen völlig ohne Wirkung auf den Preis seien. Man fordert ja die Gewerkschaften geradezu heraus, ihre Lohnerhöhungen immer wieder zu fordern und immer wieder zu bewilligen, wenn man ihnen gleichzeitig den Beweis liefert, daß der Preis nicht durchaus marktkonform und selbstverständlich marktentsprechend auch seine Kreise nach oben zieht.

Sie haben weiter, Herr Minister, immer wieder den Standpunkt vertreten, und zwar war ich in dieser Beziehung durchaus Ihrer Meinung, wenn Sie die Parole verkündeten, wendet euch weniger an den Staat, so muß ich das auch in diesem Falle unterstreichen, wenn wir sagen, wir wollen unsere Beschlüsse nicht gegen den Staat, sondern mit dem Staat,

[63] Marx, Ferdinand, geb. 1902, Dr. jur., Aufsichtsratsvorsitzender der C. Deilmann Bergbau GmbH, Bentheim, und Harpener Bergbau-AG, Dortmund, Vorsitzender des westfälischen Landes- und stellvertretender Vorsitzender des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber auch nicht der Pfeife des Staates entsprechend fassen. Ich glaube, dann würde das eintreten, was Herr Söhngen eben ganz recht herausgehoben hat, dann würde das freie Unternehmertum restlos vor die Hunde gehen. Eine große Sorge war, Herr Minister, der Kapitalmarkt, und ich erinnere an die vielen Besprechungen, die vor einigen Jahren stattgefunden haben, wie kann der Kapitalmarkt von der Industrie, besonders von der Bergbauseite, einmal wieder angesprochen werden. Es ist den Montan-Gesellschaften am allerletzten gelungen, das Vertrauen ihrer Wähler, sprich Aktionäre, wieder herzustellen, nachdem es durch die verschiedenen Ereignisse der Vergangenheit restlos vor die Hunde gegangen war. Wir haben teilweise auch mit großen Sorgen, und ich sage es im Interesse der Regierung, die Preiserhöhung zurückgestellt und versucht, alle Dividenden einigermaßen zu zahlen, um dem Außenstehenden zu demonstrieren, daß die Regierungsmaßnahmen mit der Freimachung der Wirtschaft auch ins Schwarze getroffen haben und auch der Aktionär wieder Vertrauen zu den Montan-Unternehmungen haben kann. Jetzt frage ich Sie, wie stehen die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte vor ihren Aktionären da, wenn man Ihren Vorschlag akzeptieren würde. Ich bin der Auffassung, daß sie sich strafrechtlich schuldig machen würden. In jedem Aktiengesetz steht zu lesen, daß der Vorstand und Aufsichtsrat einer Gesellschaft sich der Pflichten eines sorgfältigen Kaufmanns bewußt sein sollen und daß aus diesem Bewußtsein heraus seine Handlungen in den Geschäftsführungen einzurichten sind, und daß man sich zu verantworten hat, wenn er das nicht tut.

Meine Herren! Wo würde es hinführen, wenn die Gesellschaften in der klaren Erkenntnis, daß mit roten Zahlen geschrieben wird, und in der klaren Erkenntnis, daß diese roten Zahlen zu Defiziten und Verlusten führen würden, und wenn diese Defizite dazu führen würden, daß der Kleinaktionär, und bei allen Gesellschaften ist das Kapital weit gestreut, um seinen gerechten Lohn für vorgetane Arbeit, nämlich für seine Ersparnisse, gebracht und vor die Hunde gehen würde, weil wir das Geld hier verplempern und einen Gewinn und einen Preis, der uns zusteht, nicht beanspruchen. Ich glaube, dann würde gerade auf dem Kapitalmarkt und gerade auf dem sozialen Gebiet, besonders der Arbeitsplatzsicherung, das größte Unheil herbeigeführt, und ich glaube, daß kein Vorstand, der hier vertreten ist, von irgendeiner Gesellschaft es verantworten könnte, wenn in klarer Erkenntnis dieser Tatsache er zu anderen Beschlüssen käme, wie sie hier gefaßt worden sind.

Sie haben, Herr Minister, zum Ausdruck gebracht, Sie haben es nicht mit denselben Worten gesagt, aber sagen wir dem Sinn nach, daß sich die Regierung möglicherweise veranlaßt sehen könnte, ihre Kohlenpolitik zu ändern.

Erhard:
Zu überprüfen!

Marx:
Herr Minister, ich bin darüber sehr erstaunt. Seien Sie mir nicht böse, aber meine demokratische Seele gebietet es mir zu sagen, daß das Töne sind, die ich seit langem nicht gehört habe. (Beifall) Es würde mich gar nicht wundern, wenn Sie in Verfolgung dieser Auffassung möglicherweise schon gleich dazu übergehen würden, ich habe so etwas gehört, die bundeseigenen Betriebe zu veranlassen, aus diesem Verein auszutreten. Aber ich kann das einstweilen noch nicht glauben, und ich möchte nur auf diese Folgen von Repressalien, wenn ich es so nennen darf, hinweisen. Die Kohle ist nun einmal ein Urprodukt, und einer unserer kräftigsten Wahlschlager war, „keine Experimente". Bisher ist aber jede Regierung

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gescheitert, die an die Urproduktion mit Experimenten herangegangen ist, und ich glaube, das ist eine sehr waghalsige Geschichte, wenn man beispielsweise durch den Entzug der Umsatzausgleichsabgabe dazu übergehen würde, die Einfuhr ausländischer Kohle zu begünstigen, was in Anbetracht des Devisenüberhanges ich als in Ihrem Sinne liegend verstehen könnte, womit Sie aber solch einen Einbruch in die Urproduktion machen würden, daß möglicherweise Schäden entstehen könnten, die à la longue nicht mehr zu tragen sind.

Ich möchte weiter sagen, daß mir der Vorschlag, den Antrag bei der Hohen Behörde zurückzuziehen, nicht diskutabel erscheint. Überlegen Sie bitte einmal, Herr Minister, welcher Eindruck in der Welt entstehen würde, wenn etwas derartiges geschähe, nachdem die Presse es in alle Winde hinausgeschrien hat, daß nunmehr heute abend eine Besprechung mit Ihnen stattfindet. Man würde dann nicht sagen, der Unternehmensverband habe den Kohlenpreis diktiert, sondern die Regierung habe diktiert, daß der Kohlenpreis nicht so erhöht wird, wie er erhöht werden mußte. Man würde im Ausland, glaube ich, darin einen Rückfall in vergangene Zeiten sehen, den man doch nicht als richtig ansehen würde.

(Beifall)

Ich glaube auch, Herr Minister, der Sie bisher immer gern in Ihrem Vokabular den Satz von der Marktkonformität gesprochen haben, es würde auch Ihnen schlecht zu Gesichte stehen, wenn Sie eine solche Maßnahme ergreifen würden, denn ich glaube nicht, daß dies als marktkonform im Sinne Ihrer früheren Ausführungen zu werten wäre.

Herr Minister, betrachten Sie bitte alles das, was wir Ihnen heute vorgetragen haben, nicht als einen Angriff gegen Sie, sondern ich bitte Sie, das wiederhole ich, was ich schon eingangs gesagt habe, es als den ehrlichen Wunsch aller hier versammelten anzusehen, alles zu tun und alles zu vermeiden, was zu einer Diskriminierung des Bergbaus führen könnte. Aus den Zeitungsartikeln habe ich bisher den Eindruck gewonnen, daß wir auf dem besten Wege sind, das zu erreichen, und ich habe die Herren hier schon gebeten, alles zu tun in diesem Falle, um die Öffentlichkeit über den wahren Verlauf der Dinge aufzuklären, wie sie in den letzten Monaten sich ereignet haben. Ich erinnere daran, daß bei der vorvorigen Lohnerhöhung im Kabinett die Parole aufgestellt worden ist, die Lohnerhöhung des Bergmanns sei eine Erfindung des Unternehmensverbandes, um eine Preiserhöhung zu erlangen. Es sind hier harte Worte gefallen. Die Worte standen nicht mit der Wahrheit in Einklang, und der Bergbau ist auch nicht gewillt, sich in diesem Falle wieder in die Ecke stellen zu lassen, wieder nicht mit dem Rücken nach hinten zu können, sondern es muß dann, wenn er sein eigenes Gesicht retten will, zu einer Dekortierung[64] kommen, und ich glaube, das wäre nicht das richtige, wenn wir zu einer übereinstimmenden Lösung kommen, und die übereinstimmende Lösung kann nur lauten, daß sie die Berechtigung für die Preiserhöhung, die hier nicht diktiert worden ist, sondern die sich aus der Sorge der augenblicklichen Verhältnisse und aus den Lohnerhöhungen der Vergangenheit ergeben, daß diese auch zum Zuge kommen. Ich glaube, daß es politisch kein Fehler ist, es zu tun, sondern im Gegenteil politisch richtig ist zu dekortieren, daß diese Spirale nicht weiter gehen darf und kann, sofern man dann nicht den Markt ins Schwimmen bringen will. Aber, Herr Minister, es kann sich nicht immer auf unserem Rücken abspielen. Der Mut der Regierung gegenüber den Gewerkschaften hat in Worten zahlreichen Ausdruck gefunden, in Taten nicht in gleicher Weise.

[64] Zahlungsabzug für mangelhafte Ware.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Beifall)

Aus dieser Erkenntnis heraus muß ich ehrlich gestehen, kämpfen wir hier um unsere Existenz und das Vertrauen unserer Aktionäre, wir kämpfen um Kapital und Kapitalwürdigkeit und sind uns absolut darüber im klaren, daß wir es nicht mehr sind, wenn wir unser Talent begraben und wenn wir zum Nachteil der Aktionäre so handeln würden, wie ein anständiger und ordentlicher Kaufmann niemals handeln würde.

(Beifall)

Erhard:

Ich muß gleich darauf antworten. Ich möchte es mit derselben Deutlichkeit tun, wie Sie, Herr Marx, es eben getan haben. Ich habe bei den Verhandlungen mit Herrn Söhngen gesagt, wir waren uns seit dem Sommer bewußt, daß wir im Laufe dieses Winters zu einer Kohlenpreiserhöhung kommen müssen. Ich gebe Ihnen aber mein heiliges Ehrenwort, für so instinktlos habe ich die Kohle nicht gehalten, daß sie am 16. September damit herauskommt. Das kann ich mit aller Sicherheit sagen. Und wenn Sie schon von der öffentlichen Meinung sprechen, muß ich sagen, glauben Sie, daß das der öffentlichen Meinung günstig ist, wenn heute in der ganzen Welt draußen steht, wenigstens in der deutschen Öffentlichkeit, die Bundesregierung hat versucht, sich mit der Kohle zu verständigen. Sie war mitten im Gespräch. Die Kohle hat aber diese Gespräche nicht abgewartet, sondern sie hat wirklich der deutschen Öffentlichkeit und auch der deutschen Bundesregierung einen Preis aufdiktiert. So ist es doch, denn es ist doch kein freier Marktpreis, der hier zustande kommt.

(Zwischenrufe)

Haben Sie merkwürdige Vorstellungen vom Marktpreis! Es ist ein vereinbarter Kartellpreis.

Hansen:

Der Weltmarktpreis ist entscheidend.

Erhard:

Wenn der Weltmarktpreis entscheidend ist, dann frage ich Sie, welcher Preis ist denn der Weltmarktpreis? Ist es vielleicht der französische Kohlenpreis, die mitten in der Inflation sind. Ist es vielleicht der Kohlenpreis der Länder, die ihrer Zahlungsbilanzdefizite nicht mehr Herr werden, oder der amerikanische Kohlenpreis?

(Zuruf: unserer ganz bestimmt nicht!)

Wenn Sie schon von der Öffentlichkeit sprechen, muß ich sagen, hätte man eines machen müssen, das ist das, was ich von Ihnen heute noch wünsche, daß wir uns über das unterhalten, was angemessen ist, und dann werden Sie von der Regierung und von mir persönlich die Unterstützung haben, daß ich dann der deutschen Öffentlichkeit auch sage, wir haben uns mit der Kohle ausgerungen, und es ist selbstverständlich, daß Tariferhöhungen, insbesondere bei einem so lohnintensiven Zweig, und andere soziale Wohltaten, die man gewährt, ihre Konsequenzen haben müssen. Dann kommt es an, und dann wird es für Sie nicht nur zu einer Rechtfertigung, sondern wahrscheinlich für das deutsche Volk auch nachdenklich werden. Aber wenn Sie mit der Regierung Krieg führen wollen, und anders kann ich das Vorgehen der Kohle nicht auffassen, dann können Sie nicht erwarten, daß die Regierung dann noch hingeht und die Kohle vor der deutschen Öffentlichkeit heilig

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spricht, wenn sie so behandelt wird, wie es hier der Fall ist. Ich muß sagen, es ist ein völlig unmögliches Vorgehen, daß die Kohlenwirtschaft, die im freien Unternehmertum steht, gegenüber dieser Regierung diese Methoden anwendet. Ich hoffe, Sie sehen es ein, daß es ein unmögliches Verfahren ist. Und Sie sagen, der Staat hat die Zügel schleifen lassen, ja, meine Damen und Herren, der Staat hat die Zügel in den anderen Ländern schleifen lassen.

Marx:
Das habe ich nicht gesagt, Herr Minister.

Erhard:
Im Gegenteil, Sie haben gesagt, daß der Staat zu viele Eingriffe vornehmen will. Der Staat weiß, warum er Eingriffe unternehmen will, wobei es keine Eingriffe sind, die die Existenzgrundlage und die gesicherte Basis der Kohle zerstören wollen. Soviel Vernunft können Sie dieser Regierung und mir im besondern zutrauen, aber wo der Staat nicht eingegriffen hat, sondern wo der Staat die Dinge hat treiben lassen, erleben wir diesen Zustand – ich will keinen Namen und keine Länder nennen – wie er sich allenthalben abzeichnet. Da hat der Staat eben zugeschaut, und ich glaube, dieser Staat hat die heilige Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ein gleiches Unheil über Deutschland nicht hereinbricht, und aus diesem Grunde hat er auch ein gutes moralisches Recht, mit Ihnen darüber zu beraten, was rechtens und notwendig ist, und mehr will ich nicht. Von einem Diktat kann hier keine Rede sein. Wir diktieren Ihnen keinen Preis, wir wollen mit Ihnen über einen angemessenen Preis verhandeln, und das erfordert bekanntlich einige Zeit. Wenn schon von Diktat die Rede ist, war es ein Diktat von Ihnen. Von Repressalien kann doch gar nicht gesprochen werden. Die Regierung hat selbstverständlich auch im Interesse der Stabilerhaltung unserer Wirtschaft ein Interesse daran, daß eine möglichst preiswerte Energieversorgung sichergestellt ist. Sie werden sich auch schon darüber Gedanken gemacht haben, daß die Kohle als Energieträger nicht mehr allein im Raume steht, sondern neue Energiearten aufkommen, und wenn die Regierung sich das gleiche überlegt und vielleicht gegenüber übertriebenen Forderungen ihrerseits das Wettbewerbsverhältnis beeinflußt, dann ist das keine Repressalie, sondern nur eine vernünftige Politik der Bundesregierung. Im übrigen sind es auch gar keine Experimente, sondern wenn, und die Forderung stammt nicht von mir, sondern ist vom deutschen Bundestag erhoben worden, die Umsatzausgleichssteuer fallen sollte, so ist das kein Experiment. Dann können wir es mit dem Bleistift ausrechnen, daß es DM 2,40 pro Tonne ausmacht. Von Experimenten ist hier keine Rede.

Im übrigen, meine Herren, müssen wir denn unbedingt streiten? Erinnern wir uns nicht an die Zeit, wo insbesondere diese Bundesregierung mit unseren jetzt alliierten Freunden und seinerzeitigen Besatzungsmächten doch gerungen hat, um wieder an der Ruhr bei Kohle, Eisen und Stahl Verhältnisse herbeizuschaffen, die uns eine Rückkehr in den Weltmarkt ermöglichen und eine gedeihliche Entwicklung in Deutschland noch dazu, und diese Regierung glauben Sie hier so vor den Kopf stoßen zu müssen? Wenn wir also schon mit moralischen Wertungen anfangen, dann kann die Bundesregierung gegenüber dem, was sich jetzt ereignet hat, wirklich mit gutem Recht bestehen. Was wollen wir denn? Wir wollen eine Verschiebung von einem Monat und innerhalb dieses einen Monats wollen wir nicht ein Diktat ausüben, sondern zu einer Verständigung gelangen, die es uns möglich macht, gemeinsam möglich macht, vor der deutschen Öffentlichkeit diesen Schritt zu begründen und zu rechtfertigen. Dann stehen wir in einer Front, und heute stehen wir vor

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der deutschen Öffentlichkeit gegeneinander, und ich muß sagen, ich bedaure es außerordentlich. Ich habe es nicht gesucht und nicht gewollt, im Gegenteil, es ist über mich hereingebrochen.

Ich habe auch nicht die Absicht, hier einen Druck gegen die Gewerkschaften zu unternehmen. Aber, meine Herren, wenn es auf den Mut gegenüber den Gewerkschaften ankommt, muß ich sagen, ich habe gegenüber den Gewerkschaften in all' dem, was ich Ihnen sagte und zu erreichen versuchte, mehr Mut und Standhaftigkeit bewiesen als es bei den Unternehmern der Fall war. Ich meine nicht die Kohle besonders, sondern im allgemeinen gesehen. Manche Anstrengungen von mir, um eine größere Härte zu erzielen, sind an der mangelnden Härte der Unternehmer gescheitert. Aber ich bitte das nicht mißzuverstehen. Das sei nicht feindselig gegenüber den Gewerkschaften gesprochen, sondern nur, weil Sie von dem mangelnden Mut gegenüber den Gewerkschaften sprachen. Auch das ist nicht richtig.

Meine Herren, ich bitte Sie noch einmal recht schön, ist es wirklich eine unbillige Forderung, und ist es diese Forderung überhaupt wert, so dramatisiert zu werden mit den Folgen, wenn ich Sie jetzt noch einmal, und ich sage noch einmal, bitte, Verständnis dafür zu haben, daß es so einfach nicht geht, daß diese Regierung hier nicht zuschauen kann und die Regierung es sich nicht gefallen lassen kann, möchte ich sagen, und daß es wirklich eine Toleranz bedeutet, wenn wir Ihnen freundschaftlich die Hand reichen und sagen, lassen wir uns jetzt zusammensetzen und lassen wir uns gemeinsam die Dinge noch einmal überprüfen und wir vereinbaren, bis zum 15. Oktober muß diese Prüfung abgeschlossen sein, und solange passiert nichts.

Söhngen:
Es hatten sich noch die Herren Seume und Tengelmann zu Wort gemeldet.

Seume[65]*:*
Als Vertreter einer kleineren Gesellschaft darf ich vielleicht sagen, Herr Minister, daß wir in gleicher Weise die tragische Konfrontierung, die sich heute abend hier abspielt, genauso bedauern wie Sie. Es ist eine Tragik, aber sie muß durchgestanden werden. Die kleine Gesellschaft, die ich vertrete, hat eine unterdurchschnittliche Leistung. Sie liegt im Norden. Dementsprechend hat sie überdurchschnittliche Arbeitskosten. Die Kosten, die mit Ihnen, Herr Minister, und mit Ihrem Hause abgestimmt sind, decken sich nicht mit den zusätzlich bei uns entstehenden Kosten. Bei uns treten zusätzlich um 54 Pfennig je verwertbare Tonne Förderung noch Kosten hinzu, bedingt durch die schlechte Leistung und höhere Arbeitslöhne. Ich stehe hier, Sie sprechen von einer tragischen Situation, in der Situation, daß ich aus Verantwortung für meine Gesellschaft nicht anders kann, als für die sofortige Einführung der Preiserhöhung zu plädieren. Wir sind nicht erst seit kurzem, sondern schon im Zuge der seit einigen Monaten angelaufenen Erhöhungen in roten Zahlen. Ich kann es nicht vertreten, und zwar, Herr Minister, auch aus einem politischen Gesichtspunkt heraus nicht, hier in eine Verschiebung einzutreten. Der politische Gesichtspunkt ist die Verantwortung, die wir alle tragen, das ist die Verantwortung für den Arbeitsplatz unserer Leute.

---

[65] Seume, Klaus, geb. 1908, Dr. jur., Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Auguste Victoria, Stein V und X, alle drei Marl, und Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung NE-Metalle, Düsseldorf.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erhard:
Ist das die Haltung der Badischen Anilin- und Sodafabrik?

Seume:
Das bitte ich, nicht hier hineinzuwerfen. Ich rechne selbständig ab. Ich habe mich mit meiner Muttergesellschaft über meine Haltung in dieser Kohlenpreiserhöhung abgestimmt, und, Herr Minister, ich bitte, nicht irgendwelche Fragen an mich zu stellen, die den Wert meiner Ausführungen kritisieren können. Ich vertrete es und kann es meinem Aufsichtsrat gegenüber auch vertreten.

(Beifall)

Tengelmann[66]:
Die Ausführungen von Herrn Marx möchte ich mir zu eigen machen, weil sie sich hundertprozentig mit den Verhältnissen meiner Gesellschaft decken. Ich möchte Sie aber nicht mit diesen Punkten aufhalten. Wie ich hören muß, wird die Verhandlungsmethode des Unternehmensverbandes in dieser massiven Form angegriffen. Die Situation ist doch einfach folgende: Wir haben Ihnen die Unterlagen sehr zeitig eingeschickt. Sie wissen durch die fortlaufende Unterrichtung Ihres Hauses, daß wir mit dem Rücken an der Wand stehen und als ordnungsmäßige Kaufleute nicht mehr einsehen, daß wir praktisch unsere Verpflichtungen in absehbarer Zeit nicht mehr erfüllen können. In Ihrem Hause ist es unterblieben, die eingesandten Unterlagen zu überprüfen. Es wurde uns gestern noch in Ihrem Hause gesagt, daß nicht geprüft worden ist und daß unser Anliegen mit Ihrer Kohlenpolitik nicht übereinstimme und harmonisiere. Dann haben wir gestern darauf gedrungen, daß diese Prüfung a tempo durchzuführen wäre, und diese Prüfung hat heute stattgefunden, und zwar wieder mit einem negativen Ergebnis. Wir stehen also vor der Feststellung, daß das Ausmaß unserer Belastung ebenfalls nicht akzeptiert wird, und wir hier völlig im luftleeren Raum gelassen werden. Sie können nicht verlangen, daß wir bei einer solchen Situation noch Verständnis für eine weitere Verschleppung der ganzen Situation haben können. Ich erinnere an die Vergangenheit. Die Höchstpreisforderung war nicht nur eine Geißel Luxemburgs, sondern ist auch sehr stark mit der Bonner Regierung abgestimmt worden. Die Verluste aus der Höchstpreisverordnung betragen – praktisch gemessen am europäischen Weltmarktpreis unter Ausschluß der amerikanischen Kohle – rund drei Milliarden DM. Ich glaube, wenn ein Berufszweig Verständnis für die Situation seines Landes gezeigt hat, so waren wir es bei aller Bescheidenheit. Darüber hinaus die Situation zu dramatisieren, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. In der deutschen Wirtschaft kommt die Kohlenpreiserhöhung von DM 5,20 mit 375 Mill. DM im Jahre an, und rund 175 Mill. DM verbraucht die deutsche Wirtschaft von der deutschen Kohle; bezogen auf den Gesamtabsatz innerhalb der Montan-Union kommt sie mit rund 450 Mill. DM an. So ist die Situation. Ich verstehe an sich nicht, daß bei einem Sozialprodukt von 170 Milliarden diese 375 Mill. DM so dramatisiert werden, wobei Sie auf der anderen Seite wissen und anerkennen, daß praktisch geholfen werden muß. Das habe ich Ihren Worten entnommen.

Erhard:
Ich glaube, die politische Beurteilung der Situation müssen Sie der Regierung überlassen.

[66] Tengelmann, Walter, Bergassessor a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Essener Steinkohlenbergwerke AG.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn Sie die Reaktion des Herrn Bundeskanzlers verspürt hätten – ich bin mit ihm fortlaufend am Telefon – dann werden Sie nicht sagen können, der Herr Bundeskanzler beurteile die politische Situation falsch. Wir wissen sehr wohl, was darin liegt. Im übrigen sprechen Sie auf einmal von DM 5,20. Ich hatte immer von DM 4,70 gehört.

Söhngen:
DM 6,25 für Koks. Das ist der Durchschnitt.

Tengelmann:
Wir machen 75% Koks aus einer Tonne Kohle.

Millemann[67]*:*
Herr Minister, Sie sprachen von dem angemessenen Preis. Was ist der angemessene Preis? Wir haben ihn mit DM 6,67 errechnet und haben dann auf Ihren Wunsch, Herr Minister, die Teilung vorgenommen. Wir haben gesagt, die Vorleistung verteilen wir dann auf 20 Monate. Ich war sehr dagegen, weil das ein nichtüberschaubarer Zeitpunkt ist. Wir wollten sie auf 6 Monate verteilen. Wir haben dann aber doch die Sache auf 20 Monate verteilt und haben als angemessene ganz untere Grenze DM 5,20 genannt. Dabei haben wir, von einem Krankenstand von 7,5% ausgehend, die Rechnung aufgemacht. Dieser Krankenstand macht eine Belastung von 87 Pfennig aus. Das ist der Betrag, der Ihnen nicht tragbar erscheint oder der Betrag, um den man sich streiten könnte, wenn hier überhaupt eine Unsicherheit drin wäre. Wir haben nur mit einer 30%igen Erhöhung der Krankenschichten gerechnet. Wenn Sie die Fachleute sprechen hören – es wird heute noch nicht öffentlich gesagt, aber wir wissen es – werden wir mit einem dauernden Krankenstand von 8% rechnen müssen. Es gibt auch Pessimisten, die von 9% sprechen. Es ist nämlich so, daß nicht die Grippe uns die Augen verbunden hat um zu sehen, was mit der Lohnfortzahlung der Fall ist. Schon in den ersten Wochen und in den ersten 14 Tagen ist der Krankenstand sofort heraufgegangen. Das hat nichts mit der Hitze zu tun, die war im Juli, und Ende Juli und im August stieg er weiter an. Ich habe die Zahlen von allen Knappschaftszahlstellen. In Hamm ist die Grippe zuerst ausgebrochen, und dort haben wir heute 13%, nein, 14,6% Kranke im Schnitt von zwei Monaten. 13, 11, 11, 12, 10, 12 und 14% sind die Krankenzahlen, sie gehen gar nicht zurück. Wenn wir aber von 7,5% ausgehen, sind es 87 Pfennig. Wenn wir aber von 8% ausgehen, sind es 30 Pfennig mehr. Eben haben wir von Herren der Berufsgenossenschaft gehört, daß die Rechnung, die wir mit 22% ganz knapp aufgemacht haben, nicht stimmt, nämlich dadurch, daß, da der größte Teil der Renten elektronisch ausgerechnet ist, die Mehrbelastung nicht 22%, sondern 38% beträgt. Soeben hat Herr Deckers ausgerechnet, daß sie 50 Pfennig pro Tonne ausmachen soll. Das sind also 80 Pfennig pro Tonne in der Belastung, die wir noch gar nicht angemeldet haben und die wir verkraften sollen, aber bei welcher Förderung? Unsere Förderung ist ja falsch, sie ist zu hoch. (Dieser Satz wurde wörtlich aus dem Stenogramm übernommen.) Wie sieht es denn praktisch in den Betrieben aus? Jeden Morgen Minusförderung, und zwar aus jedem Revier. Der Betriebsdirektor, der Inspektor werden angerufen, und der Inspektor ruft den Betriebsführer an, und fragt: „Was ist das mit der Förderung usw."? „Ja, ich habe soviel Kranke." „Ja, sehen Sie zu." Der Betriebsführer geht zum Fahrsteiger und

[67] Wie Fußnote 33.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Fahrsteiger zum Reviersteiger. Und jeden Morgen wieder die Minusförderung. Das natürliche ist doch, daß der Grubensteiger, der Aufseher, schon sagt: „Können wir nicht diese Strecke stillegen, und das und das hat noch ein bißchen Zeit, alle Leute rein in die Kohlengewinnung." Die Kohlengewinnung ist zu hoch angesetzt. Und wenn wir endlich nach Monaten die Kohlengewinnung hätten, haben wir erst die richtigen Auswirkungen. So sieht es doch tatsächlich in den Betrieben aus. Unsere Kosten sind eher 1,– DM zu niedrig als 1,– DM zu hoch eingesetzt.

Stephan[68]*:*
Herr Minister, ich hatte heute Gelegenheit, in Bonn mit Ihren Sachbearbeitern über die einzelnen Punkte, die Ihnen der Unternehmensverband vorgelegt hat, zu beraten. Ich bedaure das Mißtrauen, das diesen Zahlen entgegengebracht wird. Ich möchte Ihnen hier aus meinem Betriebe und für meine Gesellschaft sagen, daß das, was Herr Millemann gesagt hat, voll und ganz stimmt. Es ist nicht so, Herr Minister, daß die Erhöhung der Krankenziffern sich gleichmäßig auf Über- und Untertage verteilt, sondern unsere Erhebungen haben ganz klipp und klar ergeben, daß Übertage, wo niedrigere Löhne sind, weniger gefeiert wird als Untertage. Untertage ist die Sache so differenziert, daß gerade die Gedingearbeiter sehr viel mehr feiern als die Schichtlöhner. Herr Minister, dafür ist das Gesetz verantwortlich, das gemacht worden ist. Der Hauerdurchschnittslohn steht heute bei DM 24,73. Wenn der Kumpel 90% von diesem Lohn als Krankengeld bekommt, bekommt er noch immer DM 22,16 für die Schicht, das sind also 2,– DM mehr als der tarifliche Hauerlohn. Man kann es niemanden verwehren. Ich kann durchaus verstehen, daß gerade der Gedingearbeiter diese Situation benutzt – ich will nicht einmal sagen ausnutzt –, er ist aber derjenige, der die schwerste Arbeit hat und daher eher auf den Gedanken kommt, zu feiern. Ich bin der Ansicht, daß, nachdem auch die Frage der Berufsgenossenschaftsbeiträge auftaucht, diese viel zu niedrig eingesetzt sind. Ich hoffe doch, Herr Minister, daß Sie überzeugt sein dürfen, daß der Unternehmensverband mit der allergrößten Genauigkeit vorgegangen ist. Denn das dürfen Sie uns abnehmen, wir fühlen den tragischen Konflikt, in den wir mit Ihnen und dem Herrn Bundeskanzler gekommen sind, und wir würden es niemals verantworten können, Ihnen Zahlen zu offerieren, die nicht hieb- und stichfest sind. Aber, Herr Minister, wir haben in den früheren Jahren immer bedauert, daß wir durch die Pfennigrechnung in größte Verlegenheit gekommen sind, und wenn wir sehen, daß die Knappschaft im Monat Juli in der Krankenversicherung mit roten Zahlen schreibt, und im August die Krankenversicherung noch weiter ins Rote gekommen ist, so daß uns auch daraus neue Verpflichtungen erwachsen, werden Sie es uns abnehmen, daß wir bei dieser Situation unter keinen Umständen bereit sein können, von den berechtigten Forderungen, die wir Ihnen schon seit langer Zeit vorgetragen haben, abzugehen.

Herr Minister, es ist doch wirklich so. Von den ganzen Kosten entfallen knapp ⅓ oder etwas mehr als ⅓ auf tarifliche Belastungen. Alles andere sind die Gesetze, die der zweite Bundestag durch Gesetzgebung der Wirtschaft offeriert hat. Wir sind jetzt nun einmal in der peinlichen Lage, daß der Wechsel, der auf die Wirtschaft gezogen worden ist, von uns und auch vom Bergbau eingelöst werden muß. In dieser Situation sind wir nun.

[68] Stephan, Carl-Heinz, geb. 1904, Dr. Ing., Bergwerksdirektor, Geschäftsführer der Arenberg Bergbaugesellschaft mbH, Essen.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Söhngen:
Herr Minister, darf ich ein Wort an Sie richten? Sie haben eine Reihe von Herren gehört. Wir könnten das so fortsetzen. Ich glaube, das richtigste wäre aber, Sie würden verkünden, Sie seien zur Ruhr gekommen und hätten an Ort und Stelle die Verhältnisse geprüft und sich davon überzeugen müssen, daß diese Kohlenpreiserhöhung unabdingbar ist und am 1. Oktober durchgeführt werden muß. Damit tun Sie sich und uns allen den größten Gefallen.

(Beifall)

Ich wäre dankbar, wenn Sie zu diesem Vorschlag Stellung nehmen würden.

Erhard:
Diesen Vorschlag muß ich ablehnen, denn ich stehe hier auch in Stellvertretung der Bundesregierung. Alles, was Sie gesagt haben, heiligt nicht das, was geschehen ist. Es bleibt der 16. September im Raum, und auch die Tatsache, daß Sie uns nicht die Möglichkeit gegeben haben, mit Ihnen zu verhandeln. Alles, was Sie über die unmittelbaren Folgen der Krankenversicherung sagten, ich glaube Ihnen, daß es so ist, kommt aber in der Öffentlichkeit nicht an, wenn Sie das 2½ Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes schon zum Anlaß einer Preiserhöhung nehmen wollen. Das liegt politisch und psychologisch nicht drin. Darüber könnten wir uns unterhalten. Es ist nicht das erste Gespräch. Wir werden im Frühjahr noch ein zweites führen müssen, und dann auf breiterer Grundlage. Wenn die Diskussion auch im Bundestag die Geister erregt hat, kann man darüber sprechen, aber nicht in diesem Augenblick. Das können Sie mir glauben. Ich kann Ihren Vorschlag nicht annehmen, so schön es für Sie wäre. Ich glaube aber, Sie können meinen Vorschlag annehmen, am 1. Oktober nicht diese Preiserhöhung in Kraft zu setzen, sondern bis zum 15. Oktober das Gespräch abzuschließen. Über solche Fragen, wie angedeutet, muß man sich doch noch unterhalten. Es hat auch einen politischen Aspekt, und zwar einen hochpolitischen Aspekt. Sie können hier die Regierung nicht überfahren wollen. Das geht einfach nicht.

Söhngen:
Darf ich um weitere Wortmeldungen bitten?

Millemann:
Herr Minister! Nicht von Essen aus ist die Öffentlichkeit unterrichtet worden. Wir haben am 16. September den Brief geschrieben – am frühesten Tage – und haben Sie unterrichtet. Wir haben geglaubt, bei uns lag alles in vertrauten Händen. Wo es herausgekommen ist, wissen wir nicht. Wenn alles geheim geblieben wäre und es nicht am nächsten Morgen in der Presse stand, und wenn Sie uns dann gesagt hätten, das geht nicht, brauchten wir hier jetzt gar nicht zusammenzusitzen. Die Preiserhöhung wäre dann 5 Tage vor dem 1. November herausgegeben worden. Aber das ist nicht mehr der Fall, weil eben jedes Gespräch in Bonn sofort zu einem Pressekommentar des Wirtschaftsministeriums geführt hat.

Söhngen:
Herr Minister, wir hören auch die Pressestimmen. Es war für uns ganz selbstverständlich, daß diese Preiserhöhung in der Öffentlichkeit zuerst schlecht ankommen mußte. Damit haben wir gerechnet, und das mußten wir leider Gottes in Kauf nehmen. Die Stimmen

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehren sich immer mehr, die sagen, der Bergbau kann nicht anders handeln. Ich darf Ihnen sagen, daß wir jetzt unsererseits an die entsprechende Aufklärung gehen. Diese wird so deutlich werden, daß in ganz kurzer Zeit auch die Öffentlichkeit – vielleicht das gute Tantchen nicht, aber die breite Öffentlichkeit – uns diese Preiserhöhung abnehmen wird. Sie wird sagen, der Bergbau konnte nicht anders handeln.

Erhard:
Ich kann Ihnen von meiner eigenen Fraktion – das sind 270 Mann – sagen, daß die Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung gestanden hat, sondern wir hatten vielmehr eine erste Zusammenkunft, die ein Resümee über das Wahlergebnis geben sollte. Ihre Handlungsweise löste bei uns einen völlig unvorhergesehenen Vulkanausbruch und eine einzige Empörung aus. – Da haben Sie die öffentliche Meinung.

Söhngen:
Die Bundestagsabgeordneten werden in der nächsten Woche ein Anschreiben bekommen, in dem eingehend die Beweggründe des Bergbaues dargelegt sind. Ich zweifle nicht daran, daß sich diese Aufklärung günstig auswirken wird.

Marx:
Herr Minister, ich glaube, daß man richtiger daran tun würde, wenn man dem Vorschlag von Herrn Söhngen näher tritt. Wenn es hart auf hart käme und die Öffentlichkeit würde über alle Dinge informiert, träte doch klar zu Tage, daß in Ihrem Ministerium die Unterlagen für die Preiserhöhung schon seit vier Monaten liegen. Ich bin erschüttert, zu hören, daß die CDU-Fraktion wie ein Vulkan losgebrochen ist, ohne daß Herren Ihres Ministeriums sofort die Erklärung abgegeben haben: „Ja, meine Herren, das liegt in meinem Schubfach schon seit soundsoviel Monaten." Die Atmosphäre wäre dann doch schlagartig entgiftet worden. Meine Herren, vergessen Sie folgendes nicht: Wenn Sie sich jetzt noch 14 Tage hinsetzen – eine Verschleppung über lange Zeit wird nicht angängig sein – und mir scheint sie über den heutigen Tag hinaus nicht möglich, würde es praktisch vielleicht passieren, daß gerade die Preiserhöhung zwischen der Wahl des Bundeskanzlers und der Regierungserklärung liegt. Würden Sie das für günstig erachten? Ich persönlich halte es für eine schlechte Prämisse. Darüber hinaus bitte ich zu respektieren, daß nicht nur die Regierung, sondern auch das Revier das Gesicht verlieren wird. Wir werden in die Position hineingedrängt, als ob wir etwas Unrechtes des eigenen Nutzens und des schnöden Mammons wegen gefordert hätten. In diese Position sind wir schon zweimal hineingedrängt worden[69] und haben nicht die Absicht, es noch ein weiteres Mal geschehen zu lassen. Die Herren, die hier an verantwortlicher Stelle sitzen, haben genauso ein Gesicht zu verlieren wie die Regierungsmitglieder. Darüber hinaus haben sie im Gegensatz zu den Regierungsmitgliedern Geld und Ansehen vor ihren eigenen Aktionären zu verlieren, und uns das zuzumuten, führt zu weit.

[69] Marx spielt auf die Kohlenpreiserhöhungen vom Frühjahr und Herbst 1956 an. Die ursprünglichen Forderungen des Bergbaus wurden dabei durch staatliche Intervention und durch kompensatorische Subventionen erheblich gesenkt.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Starkmuth[70]*:*
Herr Minister! Als wir eben von der unternehmerischen Verantwortung sprachen, haben Sie gesagt, die unternehmerische Verantwortung könne nicht darin bestehen, daß man Pfennige ausrechnet, um zu ermitteln, was man als Preis haben muß. Wir stehen vor einer sehr schweren Entscheidung. Sie dürfen glauben, daß wir uns in echt unternehmerischer Verantwortung die Sache überlegt haben, und wenn wir in einer solchen Stunde eine solche Verantwortung zu tragen haben, sehen wir selbstverständlich in die Vergangenheit. Da dürfen wir zunächst herausstellen, daß die Kohle bis zum 1. April vorigen Jahres, und zwar seit über 20 Jahren, einen politischen Preis gehabt hat. Die Folge dieses politischen Preises war, daß unser Bergbau nicht mitgekommen ist. Es fehlt uns die Förderung der Schachtanlagen, die zur Zeit abgeteuft werden, und die den Mangel an Kohlen, als er auftrat, hätten beheben können. Wir haben das mit teurer amerikanischer Kohle bezahlen müssen. Als Sie dann das Wirtschaftsministerium übernahmen und wir begeisterte Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft waren, haben wir feststellen müssen, daß Sie die Kohle aus Ihrer sozialen Marktwirtschaft ausklammerten. Die Kohle behielt weiterhin ihren politischen Preis. Wenn wir in unseren Unterhaltungen – und auch in der Unterhaltung, die wir seinerzeit mit Ihnen, Herr Minister, hatten, war das der Fall – um Pfennige gefuchst hatten, so lag das doch daran, daß wir als einziger Wirtschaftszweig – kein anderer Wirtschaftszweig muß in dieser Form seine Karten offenlegen – dazu gezwungen waren, weil wir immer mit Höchstpreisen haben rechnen müssen und die Berechtigung einer Preiserhöhung entsprechend nachweisen mußten.

So kommen wir im Bergbau nicht weiter. Wenn wir Ihrem Wunsche entsprechen, dann werden wir, darüber müssen wir uns klar sein, wieder vor ähnlichen Situationen stehen. Sie haben an uns appelliert, Herr Minister, daß wir Verständnis für die Einstellung der Regierung haben möchten. Ich darf hier aus meiner unternehmerischen Verantwortung heraus auch an Sie appellieren, Verständnis für unsere Lage zu haben.

Kost[71]*:*
Herr Minister, meine Herren! Herr Minister, wir haben Verständnis für Ihre politische Lage, in die Sie durch unsere Kohlenpreiserhöhung gekommen sind. Ich glaube aber, daß Ihnen nach den Ausführungen, die hier gemacht worden sind, auch das Verständnis für unsere Lage gekommen ist, daß wir eben nicht länger warten können und konnten. Ich persönlich sehe die Situation, die durch die jetzt vorgenommene Kohlenpreiserhöhung kommt, nicht für so tragisch an, wie das allgemein in der Presse und in der Öffentlichkeit dargestellt wurde. In Wirklichkeit ist es ja so, daß im Durchschnitt die Selbstkosten der Wirtschaft um 0,24% erhöht werden. Es bleibt eben die Frage offen, wie diese 0,24% verkraftet werden können.

Nach meiner Auffassung ist es so, daß wir mit Ihnen darum besorgt sein sollten, daß die Auswirkungen dieser nun einmal nicht zu umgehenden Kohlenpreiserhöhung – ob sie am 1. Oktober oder am 1. November kommt, ist, glaube ich, für die Öffentlichkeit heute ganz gleichgültig – möglichst gering werden. Bezüglich des Hausbrandes, Herr Minister, muß man die Sache anders betrachten. Was unsere Leute im Hausbrand durch die Erhöhung des Kohlenpreises mehr zu zahlen haben, wird dadurch ausgeglichen, daß sie in diesem

[70] Starkmuth, Johannes, Oberbergrat a.D., Vorstandsmitglied der Steinkohlenbergwerk Heinrich Robert AG, Herringen bei Hamm/W.

[71] Wie Fußnote 37.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Winter die Kartoffeln entsprechend billiger bekommen. Wie bereits gesagt, sollten wir mit Ihnen darum besorgt sein, daß die Auswirkungen der Kohlenpreiserhöhung, die nicht zu umgehen und die uns aufgezwungen worden ist, durch gesetzliche und andere Maßnahmen keine Formen annehmen, die nicht notwendig sind.

Söhngen:
Herr Minister! Es ist doch außerordentlich beeindruckend, daß alle Stimmen den gleichen Tenor haben. Es haben sich viele Herren zu Wort gemeldet, die alle zu den größten Anhängern des Herrn Bundeswirtschaftsministers gehören.

(Beifall)

Und dennoch können diese Herren nicht anders. Herr Bundeswirtschaftsminister, der Bergbau ist Ihr treuester Bundesgenosse, das ist nur in Bonn noch nicht erkannt. Herr Bundeswirtschaftsminister, ich kann immer nur den Vorschlag wiederholen, daß Sie gleich der Presse sagen, Sie hätten sich hier in der Metropole des Ruhrgebiets von der Berechtigung der Preiserhöhung überzeugt.

Erhard:
Meine Herren, wir reden aneinander vorbei. Auf meinen Einwand ist keiner der Herren eingegangen. Der Einwand lautet dahin, daß sich die Bundesregierung vor und nach der Wahl stark gemacht hat, unter allen Umständen die Stabilität aufrechtzuerhalten. Sie wissen, was da draußen alles im Raume gestanden hat. Nun kommt am 16. September die Kohle mit ihrer Forderung nach einer Preiserhöhung, und zwar ohne daß die Dinge diskutiert waren. Wir hatten gerade ein erstes Gespräch gehabt. Da diktieren Sie sozusagen der Öffentlichkeit und in erster Linie der Bundesregierung: wir fordern soundsoviel. Ich sage, das ist ein unmögliches Verfahren. Es zerstört jede Vertrauensgrundlage. Sie müssen hier eine Korrektur Platz greifen lassen. Ich denke nicht daran, aus diesem Raume zu gehen und zu sagen, daß ich die Forderung der Kohle anerkenne. Ich erkenne an, daß eine Preiserhöhung notwendig ist, jawohl, das erkenne ich an, das habe ich auch deutlich gesagt. Ich möchte aber mit Ihnen vorher noch diskutieren, wie wir in der einzelnen Sache vorgehen. Hier steht noch Argument gegen Argument, und das kann nicht im Raume stehen, wenn wir freundschaftlich scheiden wollen.

Schlochow[72]*:*
Nachdem alles schon gesagt worden ist, was auch in der Vorbesprechung gesagt wurde, kann ich erklären, daß meine Gesellschaft seit dem 1. April bis zum 1. September einen Verlust von 6,5 Mill. DM hat hinnehmen müssen, hervorgerufen durch die Steigerungen, die hier im einzelnen besprochen worden sind.

(weitere Ausführungen unverständlich)

Müller[73]*:*
Sehr verehrter Herr Minister! Ich vertrete zwar nur eine kleine Gesellschaft, ich glaube aber, daß wir uns immer durch eine ganz besondere unternehmerische Initiative ausgezeichnet haben. Ich darf darauf hinweisen, daß wir uns, trotzdem wir eine kleine Gesell-

---

[72] Schlochow, Ernst, geb. 1901, Bergassessor a. D., Vorstandsmitglied der Hamborner Bergbau AG und Friedrich Thyssen Bergbau AG, Düsseldorf.

[73] Müller, Werner, geb. 1902, Dr. rer. pol., Vorstandsmitglied der Niederrheinischen Bergwerks-AG, Neukirchen (Moers), früher Mitglied der DKBL.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft sind, immerhin in der Leistung seit dem Vorjahr um 100 kg gesteigert und uns den Bau einer Schachtanlage vor den Bauch gebunden haben, die, gemessen an unserer Förderung in 4 Jahren, eine 25%ige Erhöhung unserer Förderung bringen soll. Ich bedaure nur eins, daß ich infolge der Kleinheit unserer Gesellschaft und der daraus resultierenden mangelnden Tonnenintelligenz überstimmt worden bin, als ich im Juni eine Preiserhöhung forderte. Dann brauchten wir hier jetzt nicht zu sitzen. Unsere Investitionsvorhaben sind infrage gestellt. Wenn ich sehe, daß wir trotz der Steigerung der Leistung um immerhin 100 kg und trotz einer Erhöhung der Förderung gegenüber dem Vorjahr bei einer ganz verminderten Schichtenzahl um rund 7% im September, ganz erheblich rote Zahlen haben, so brauche ich dem nichts mehr hinzuzufügen. Wir haben im Juli stillgehalten, wir sollen jetzt wieder stillhalten, Herr Minister, trotz unternehmerischer Initiative stehen wir mit dem Rücken an der Wand. Die auch von mir letztlich im Juli gegebene Zustimmung war eine politische Entscheidung. Ich bin kein Politiker. Sie verstieß gegen meine unternehmerische Überzeugung. Ich soll nun heute dahingehend eine zweite Erklärung aus politischer Überzeugung abgeben, die mir praktisch die Schnur um den Hals zuzieht und die dazu führt, morgen erklären zu müssen: Wir müssen den Weiterbau dieser Anlage einstellen. Denn das wäre die naturnotwendige Folge.

Stöter-Tillmann[74]*:*
Herr Minister, ich glaube, wir spüren das Bedürfnis, auf eine Frage zurückzukommen. Sie sagen, der 16. September war schlecht. Als hier die Beschlüsse über die Mitteilung an Ais gefaßt wurden, ist uns die Auflage gemacht worden, über diese Dinge nicht zu sprechen. Ich glaube, diese Auflage ist von allen ausreichend beachtet worden. Wie sah es nun hinterher aus? Das Handelsblatt kam mit dieser Bekanntmachung aus Bonn. Wir brauchen uns nicht zu fragen, wo die Quelle war. In dem Augenblick hatten Sie durchaus Gelegenheit, bis zum 15. Oktober möglicherweise auch mit uns zu diskutieren und uns dahin zu bringen, den 1. November zu wählen. Diese Überlegung hätte aber sicherlich dazu geführt, daß Sie anerkennen mußten, daß unsere Ziffern richtig sind. So geht es auch nicht, daß Sie sagen, Sie könnten nicht beurteilen, wie die Auswirkungen sind. Hier sprechen zu Ihnen Leute mit Erfahrung, die die Dinge und auch die Psyche des Bergmanns kennen. Wenn Ihnen so etwas präsentiert wird, geht es nicht an, daß es als scheinbar unrichtig angesehen wird.

Curtius[75]*:*
Herr Minister, heute morgen haben im Ministerium in Bonn Besprechungen über die einzelnen Kostenfaktoren stattgefunden. Da waren insbesondere zwei Punkte die Steine des Anstoßes, einmal die Frage, wie sich die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die wir mit 87 Pfennig ausgeworfen haben, auswirken wird. Die zweite Frage betraf die in unserer Rechnung entscheidende Position Material- und Unternehmerleistungen, die wir als Erhöhung berücksichtigt haben. Ich glaube, daß kein Zweifel darüber besteht, daß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall tatsächlich als eine Belastung gewürdigt wird. Jetzt sagen Sie, bei einer solchen Belastung müßte erst ein halbes oder ein Jahr vergehen, bevor die

[74] Stöter-Tillmann, Rudolf, geb. 1901, Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerke, Essen, und Vorsitzender des Vorstandes der Rheinstahl Bergbau AG, Essen.

[75] Curtius, Wolfgang, Vorstandsmitglied der Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie, Homberg/Niederrhein.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auswirkungen sich im Preis finden lassen. Ich bin der Ansicht, daß dieses eine Forderung ist, die allen kalkulatorischen und kaufmännischen Rechnungen zuwider läuft. Wenn wir eine Belastung – eine unumgängliche – sehen, ist nur die Frage, wie sie beurteilt wird. Wir haben sie mit 30% Steigerung angenommen. Effektiv ist sie ein vielfaches davon, und wir haben Ihnen angeboten, die Belastung, wenn sie sich tatsächlich nach Ablauf einiger Zeit als weniger groß herausstellt, dann ebenso zu rektifizieren wie auch im umgekehrten Falle, wenn sie höher ist.

Bei dem anderen Faktor, der Materialpreiserhöhung, liegt die ganze Vergangenheit vor. Wir haben tatsächlich Unterlagen dafür und haben lange Zeit zugesehen, wie sich diese Steigerungen immer höher und höher gestellt haben, und wir haben sie getragen. Wenn wir jetzt daraus die Quintessenz ziehen, ist es tatsächlich eine nachträgliche Leistung, so wie Sie es eigentlich im Falle der Krankheitsfortzahlung von uns verlangt haben. Wir haben Ihnen in den vergangenen Jahren bewiesen – und darüber ist heute keine Diskussion gewesen – wie sorgfältig und bescheiden wir mit unseren Kohlenpreisen verfahren sind. Es gibt viele Stimmen, die sagen, daß das eigentlich ein Fehler war, ein Fehler an unserer gesamten Industrie. Sie dürfen aber versichert sein, daß wir trotzdem und gerade aus Verehrung und Achtung vor Ihnen und aus der Schwierigkeit, mit der gerade diese unsere Forderung kommt, wieder mit größter Bescheidenheit und Zurückhaltung unsere Preise kalkuliert haben.

Erhard:
Sie sagten vorhin, es wäre falsch, daß man im Juli nicht erhöht hätte. Wenn Sie im Juli erhöht hätten, hätten Sie für Sozialausgaben auf Grund Ihres Briefes an das Bundeswirtschaftsministerium DM 1,46 zum Ansatz gebracht, aber jetzt bringen Sie DM 2,16 in Ansatz. Glauben Sie, wenn Sie im Juli erhöht hätten, daß Sie jetzt die fehlenden 70 Pfennig im Preis hätten nachholen können?

Millemann:
Wir hätten aber die DM 1,46 schon diese Monate gehabt.

Erhard:
Wir reden wirklich an dem Problem vorbei. Es ist ein politisches Problem, das für die Bundesregierung so entscheidend ist, daß ich den Wunsch gehabt habe, heute abend bei Ihnen zu erscheinen. Ich bedaure es außerordentlich, daß diese politischen Momente, die von so schwerwiegender Bedeutung sind – das können Sie der Bundesregierung glauben – von Ihnen in denWind gefegt werden und Sie nur von der Ertragslage usw. sprechen. Was fordere ich denn von Ihnen? Das ist im besten Falle ein Aufschub von einem Monat. Fertig ist die Laube. Dann ist die Bundesregierung nicht überrumpelt, dann haben wir einen Kohlenpreis vereinbart; und Sie haben einen Kohlenpreis diktiert.

Keyser[76]*:*
Ich wollte eigentlich, weil ich hier die Geschäftsführung mache, heute nicht sprechen. Es sollte auf keinen Fall gesagt werden, daß wir hier den Kohlenpreis diktieren. Herr Minister, das können Sie doch nur dann als Vertreter der sozialen Marktwirtschaft überhaupt

[76] Wie Fußnote 34.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem Wirtschaftszweig sagen, wenn er keine Marktpreise hat. Das ist ja der Vorwurf, den wir machen, daß wir aus der sozialen Marktwirtschaft ausgeklammert sind. Nur eine Wirtschaft, die keine Marktpreise hat, kann überhaupt den Vorwurf annehmen, zu diktieren. Deswegen können wir, glaube ich, dieses Argument nicht entgegennehmen. Ich darf das wiederholen, was ich in einem Schreiben an Sie zum Ausdruck gebracht habe, es gibt keinen einzigen Wirtschaftszweig in Deutschland, der so viele Opfer auf den Altar der Politik und der Öffentlichkeit gebracht hat wie wir. Wir sind der Auffassung, daß wir in der Vergangenheit die Preis-Lohn-Spirale durch unser vorsichtiges Verhalten abgebremst und nicht initiiert haben. Wir haben bei den nicht marktgerechten Kohlenpreisen die sozialen Vorleistungen der anderen Wirtschaftszweige mitfinanziert, und wir haben durch diese Anpassung der Kohlenpreise versucht jetzt einer ähnlichen Situation, die auf uns zukommt, entgegenzuarbeiten. Wir wollen auf keinen Fall an den Dingen vorbeireden. Diktieren kann nur ein Wirtschaftszweig, der keine Marktpreise hat, sonst diktiert der Markt. Das ist aber gerade der Vorwurf, den wir machen, weil wir eben aus der sozialen Marktwirtschaft ausgeklammert sind.

Erhard:
Da darf ich wieder ein politisches Moment äußern. Daß Sie bei der Kohle in einer schlechten Situation waren, weiß ich. Aber diese Regierung hat für keinen Industriezweig so gekämpft wie für Kohle, Eisen und Stahl, und das sollten wir in diesem Augenblick, wo die Regierung mit einem Wunsch an Sie herantritt, nicht vergessen.

Hansen:
Wenn ich an die Frage der Investitionen und Abschreibungsmöglichkeiten, die dem Bergbau zugeflossen sind, anknüpfen darf, möchte ich vielleicht kurz folgendes sagen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß uns der marktgerechte Preis vorenthalten worden ist und wir die Industrie subventioniert haben. Wenn gesagt wird, ihr habt die Subventionen, kommt es mir so vor, als wenn ich einen Mann auffordere, mir sein Portemonnaie mit 100 Mark hinzuhalten, aus dem ich dann großzügig 10 Mark zurückgebe. So sehen wir die Verhältnisse an. Die Sache mit den Subventionen sollte man nicht auf den Tisch legen. Wir haben den Eindruck, daß wir tatsächlich stiefmütterlich behandelt worden sind.

Nun darf ich noch einmal auf das zurückkommen, was Sie vorhin sagten, Herr Minister, Ihnen kommt es darauf an – und ich sage immer wieder, es ist ein Politikum für Sie –, daß die Lohnspirale nicht zum Tragen kommt. Das ist das erste. Wenn es tatsächlich möglich sein sollte – und das zeichnet sich ab –, daß die eisenschaffende Industrie sagt, wir geben die Erhöhung des Kohlenpreises nicht weiter, wir halten still, dann sollte es meines Erachtens auch Ihrer Geschicklichkeit, sehr geehrter Herr Minister, möglich sein, diese ganze Entwicklung, die Sie fürchten, anzuhalten und den Kohlenpreis anzuheben. Ich glaube, das wäre das schönste Ergebnis des heutigen Abends, wenn Sie diesem Vorschlag näher treten könnten.

Erhard:
Ich habe Ihnen angeboten, daß, wenn wir so, wie von mir vorgeschlagen, verfahren, ich bereit bin, mit Ihnen gemeinsam in den nächsten drei bis vier Wochen die öffentliche Meinung so zu beeinflussen, daß das politische und soziale Geräusch aus der Sache herausgezogen wird. Sie machen aber der Regierung den Weg unmöglich.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Zuruf: Das hätte im Juli geschehen müssen)

Stein[77]*:*
Es sieht so aus, als ob eine Kamarilla von sturen Bergleuten hier säße, die der Bundesregierung keinen Wunsch erfüllen würde. Darf ich vielleicht ganz bescheiden darauf hinweisen, daß Sie in der ersten Unterredung, die die Vertreter des Ruhrbergbaus mit Ihnen hatten, von den Ausführungen schon so beeindruckt waren, daß Sie den ersten Vorschlag zurückgezogen haben? Ich erinnere mich, daß, als die Herren hier berieten, eine Reihe dafür war, daß wir das Geld haben müssen. Uns hat schon die Bundesregierung die Verteilung der Vorleistung auf 20 Monate und Verzicht der Anrechnung bis 1. April abgehandelt. Die Herren, die verhandelt haben, waren von dem Gesichtspunkt ausgegangen, man soll nicht alle halbe Jahre Kohlenpreiserhöhungen machen, sondern einmal die Sache in Ordnung bringen, und das ist verhindert worden. Aber wenn wir hier die Sache zurückziehen, Herr Minister, verlieren wir auch verdammt viel an Gesicht. Sie können zufrieden sein, daß aus der ersten Unterredung schon ein beachtlicher Erfolg, ein Drittel Ermäßigung, herausspringt.

Erhard:
Der erste Vorschlag, heute schon eine Erhöhung durchzuführen für eine Belastung, die erst am 1. April eintritt, war unmöglich.

(Zuruf: Ersatz für Vorleistung!)

Söhngen:
Herr Minister, es ist eindeutig erkennbar, daß die Herren auf ihrer Auffassung beharren.

Erhard:
Wollen Sie nicht noch einmal unter sich sprechen?

Söhngen:
Ich glaube, das ist nicht erforderlich. Wir haben vorhin schon getagt.

Erhard:
Meine Herren! Ich halte Ihr Verhalten für völlig unmöglich. Das muß ich in aller Deutlichkeit sagen.

Söhngen:
Herr Minister! Hier sind so viele seriöse Herren versammelt, die sich und dieses Vorgehen gewissenhaft geprüft haben und die alle zu Ihren größten Anhängern gehören.

Dütting[78]*:*
Herr Minister! Sie sagten vorhin einmal, daß letzten Endes, wenn verhandelt würde, nur eine Verschiebung von 4 Wochen herauskäme. Heißt das, daß dies ein neuer Kompromißvorschlag von Ihnen ist und wir mit Sicherheit damit rechnen können, daß die vorgesehe-

[77] Stein, Emil, geb. 1903, Dr. jur., Bergassessor a. D., Vorstandsmitglied der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, Essen.

[78] Wie Fußnote 35.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Preise zum 1. November durchgeführt werden können? Korrekturen könnten ja schließlich auch am 1. April erfolgen.

Söhngen:
Sie meinen die DM 4,70 und 6,25.

Erhard:
Meine Herren! Ich sagte Ihnen eben schon, es gibt eine ganze Reihe von Posten, die ich anzuerkennen bereit bin. Es gibt aber zum Beispiel den einen Posten, der politisch – also glauben Sie es mir wirklich – in seiner Ausstrahlung auf die gesamte Öffentlichkeit so schief liegt, daß ich ihn, selbst wenn die Zahl stimmt, in diesem Augenblick nicht anerkennen kann. Sie werden erleben, was das für einen Staub aufwirbelt, wenn Sie nicht bereit sind, an diesem Posten eine Korrektur anzubringen. Ich habe Ihnen wirklich eine weitgehende Zusage gegeben. Ich bin doch kein Halsabschneider. Ich darf Ihnen jetzt sagen, ich rede nicht in den Wind hinein, daß Sie am 1. November eine Preiserhöhung bekommen. Ich sagte Ihnen, von Ihren ganzen Positionen bin ich bereit, die überwiegenden anzuerkennen. Ich habe nur einige Anmerkungen zu verschiedenen Dingen zu machen, und darüber möchte ich mich mit Ihnen noch unterhalten. Es ist doch wirklich kein unbilliges Verhalten. Wie stehen Sie denn zu dieser Bundesregierung, wenn ein Wunsch, den ich Ihnen im Namen des Kanzlers und im eigenen Namen vortrage, nicht berücksichtigt wird, zumal nach all' dem, was wir getan haben, um die Kohle und auch die privatwirtschaftliche Grundlage zu retten. Wir stehen verständnislos und verbittert dieser Haltung gegenüber, die überhaupt zu keinem Kompromiß bereit ist.

Söhngen:
Herr Minister, der Bergbau kommt zu einem anderen Entschluß. Ich glaube, es hat dann auch keinen Sinn, daß wir diese Besprechung weiter fortsetzen.

Erhard:
Darf ich fragen, ob hier gar kein Herr anwesend ist, der Verständnis für die Regierung aufbringt?

(Zuruf: alle!)

Und auch die von mir gewünschte Konsequenz zu ziehen bereit ist?

Söhngen:
Nein, das nicht!

Kemper[79]*:*
Verzeihung, ich habe vorhin zum Ausdruck gebracht, daß uns ein Verständnis mit der Bundesregierung einen Kompromiß wert sein müsse, wir sollen uns lieber dazu verstehen, einen gewissen Fristaufschub in Kauf zu nehmen, um gemeinsam mit der Bundesregierung die deutsche Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die Preiserhöhung des Bergbaus sachlich und eine absolut notwendige gewesen ist.

Herr Minister, ich spreche für eine Gesellschaft, die in einer guten Ertragslage ist. Selbst

[79] Kemper, Heinz P., Generaldirektor der Hugo Stinnes GmbH, Mülheim/Ruhr, der Mathias Stinnes GmbH, ebenda, und der Ruhröl GmbH, Bottrop.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Gesellschaft hat die gleichen sachlichen Gründe vorzubringen, die alle Herren hier vorgebracht haben. Auf der anderen Seite glaube ich, Ihre Situation zu verstehen, und ich plädiere noch einmal dafür, daß wir akzeptieren, gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft bis zum 15. Oktober eine Preiserhöhung abzustimmen, die wir auch gemeinsam dann nach außen vertreten werden. Ich bitte Sie aber, Herr Bundesminister, den Ausführungen unserer Herren Glauben zu schenken. Wir haben in unserem eigenen Hause die Kosten auf das genaueste überprüft. Es sind keine geschätzten, keine kalkulierten, sondern endgültig vorliegende Abrechnungskosten. Es ist keine Frage, daß die angegebenen Kosten eher zu niedrig als zu hoch liegen. Deshalb muß man sich darüber klar sein, daß die Preiserhöhung zum 1. November nicht wesentlich von dem abweichen kann, was Ihnen im Vorschlag vorliegt. Ich hielt mich für verpflichtet, diese meine Meinung hier offen zum Ausdruck zu bringen.

Erhard:
Meine Herren, ich bin bereit, Ihnen noch etwas zu sagen. Wenn wir jetzt bei der ab 1. November durchzuführenden Kostenerhöhung nicht die 93 Pfennig in Ansatz bringen, sage ich Ihnen zu, daß wir uns zum 1. April wieder zusammensetzen und dann auf einer breiteren Basis, gegebenenfalls wenn die Dinge klar liegen, wenn die Öffentlichkeit und das Parlament sich mit diesen Dingen befaßt haben, diese Korrektur durchführen. Dann ist der Boden reif. Jetzt ist ausgerechnet die Kohle der erste Industriezweig, der in dieser Sache vorprescht und daraus die Konsequenten zieht. Das hat es bisher in der deutschen Wirtschaft noch nicht gegeben.

Söhngen:
Ich muß eins zur Klarstellung sagen: Es dreht sich nicht um die 93 Pfennig. Es dreht sich um die Materialkosten von 65 Pfennig und um die Vorleistung von 100 Mill. DM, die von dem Herrn Minister nicht akzeptiert werden und undiskutabel sind – am 15. Oktober oder am 1. November.

Millemann:
Ich schlage vor, wir nehmen die Minderkosten heraus und nehmen dafür 50 Pfennig Kosten für die Berufsgenossenschaft herein.

Erhard:
Wir haben die Vorleistung auf 20–24 Monate aufgeteilt. Auch darüber kann man sich unterhalten. Da haben wir grundsätzlich keine Bedenken.

Millemann:
Ich möchte dann den Vorschlag machen, die Materialkosten heraus- und die 50 Pfennig für die Berufsgenossenschaft hereinzunehmen und statt der allzu knappen 30% Fehlschichtenvergrößerung bitte ich 35% hineinzunehmen. Das sind 15 Pfennig, dann sind die 65 Pfennige wieder drin. Etwas anderes können wir nicht machen. Ich gehöre zu einer kleinen Zeche und einem kleinen Betrieb. Wir haben uns in einer Ertragslage bewegt, daß wir auch ordentlich arbeiten und Geld verdienen konnten. Wir sind keine marginale Gesellschaft, aber diesen Aderlaß können wir nicht erdulden, und ich sage nein und nochmals nein.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dubusc[80]*:*
Ich wollte an den Herrn Minister die Frage richten: Wenn es zu Verhandlungen käme, könnten wir auch neue Argumente vorbringen, die anerkannt werden?

Erhard:
Alle Argumente sind vorzubringen.

Dubusc:
Auch neue?

Erhard:
Auch neue.

Reimann[81]*:*
Ich möchte mich den Ausführungen von Herrn Kemper anschließen und das Wort dafür reden, daß wir in eine Überprüfung, die von dem Herrn Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagen wird, eintreten.

Hansen:
Ich möchte mich dem Vorschlag von Herrn Reimann auch anschließen, daß wir in eine Überprüfung der Materie noch einmal eintreten, aber das hindert nicht daran, daß ab heute vor 20 Stunden die Kohlenpreiserhöhung erfolgt ist.

Erhard:
Meine Herren, das ist doch unmöglich, daß wir auseinandergehen und sagen, die Kohlenpreiserhöhung tritt in Kraft und dann unterhalten wir uns.

Trapmann[82]*:*
Herr Minister! Ich glaube, Sie haben die Überzeugung bekommen, daß hier eine echte Not, die wir entwicklungsmäßig bei den Bergwerksgesellschaften sehen, Pate steht und Pate gestanden hat bei unseren Bemühungen, uns an die marktmäßigen Bedingungen anzupassen. Aber, meine Herren Kollegen, ich muß sagen, wir haben auch auf politische Dinge Rücksicht zu nehmen, und ich glaube, daß wir im Klima der politischen Dinge darauf angewiesen sind, dieses Klima zu pflegen. Ich meine, wir sollten die Ausführungen von Herrn Kemper sehr beachten und diese Dinge noch einmal diskutieren. Es ist nicht unwichtig, daß wir dafür sorgen, bei der Regierung und auch bei der Öffentlichkeit ein Echo zu finden, welches unser Vorgehen deckt.

Marx:
Ich glaube, Herr Trapmann – seien Sie mir nicht böse, wenn ich es klar sage –, daß es für

---

80 Wie Fußnote 36.

81 Reimann, Hellmut, geb. 1901, Vorstandsmitglied der Bergbau AG Ewald-König Ludwig, Herten, Vorsitzender des Grubenvorstandes der Gewerkschaft des Steinkohlebergwerks Haus Aden und Aufsichtsratsvorsitzender der Aktiengesellschaft Eisenhütte Prinz Rudolph, Dülmen.

82 Trapmann, Heinrich, geb. 1902, Vorstandsmitglied der staatlichen Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie wahrscheinlich einfacher ist, einen solchen Vorschlag zu machen (Trapmann: Nicht doch), denn als bundeseigener Betrieb ist es für Sie wesentlich einfacher, die Dinge aufzufangen. Sie haben keine Aktionäre, mit denen Sie sich herumzuschlagen haben, denen Sie die Rechnung klarmachen müssen.

Im übrigen möchte ich zu dem Vorschlag von Herrn Millemann folgendes sagen: Ich warne Sie dringend davor, die Rechnung anders aufzustellen und durch Taschenspielerkunststücke den letzten Kredit zu verscherzen, den Sie noch haben. Die Rechnung ist ehrlich und in den Betrieben nachgeprüft worden; sie kann vorgelegt und bewiesen werden. Lassen Sie sich nicht im letzten Moment den schwarzen Peter in die Hand drücken.

(Beifall)

Dütting:

Herr Minister, die Rechnungen, die wir über die Kostenerhöhung gemacht haben, gehen über das hinaus, was wir von Ihnen als Preiserhöhung verlangen. Herr Millemann hat eben meines Erachtens sehr richtig ausgeführt, daß allein die Unfallversicherung uns höhere Beträge abverlangt, als sie in der Rechnung eingesetzt worden sind. Die Rechnungen der Bezirksverwaltung Bochum für den hiesigen Bezirk liegen bereits vor. Wir können ohne weiteres, so wie Herr Millemann das eben ausgeführt hat, die Rechnung irgendwie anders aufziehen, wenn es Ihnen unerwünscht ist, daß in der Rechnung über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle jetzt schon irgendetwas erscheint. Wir können den Betrag ohne weiteres auswechseln durch die Sachen, die bei der Unfallversicherung da sind. Die Kosten würden wir sonst eines Tages sowieso einmal auf den Tisch legen müssen. Aber wie sollen wir praktisch vorgehen, wenn überhaupt eine Verschiebung in Frage kommen soll? Es geht doch nur in der Form, daß wir in Luxemburg lediglich den Gültigkeitstermin der eingereichten Preise um 4 Wochen hinausschieben, ohne an den Preisen irgend etwas zu ändern, uns Ihnen gegenüber aber bereit erklären, jegliche Korrektur, die notwendig erscheinen sollte, nach der einen oder anderen Seite im April mit Ihnen vorzunehmen. Es fragt sich, ob sich ein solcher Kompromiß mit Ihnen finden läßt. Wir müßten dann allerdings hier erst einmal meine Kollegen fragen, ob sie zu einer solchen Lösung bereit sind.

Erhard:

(Der nachstehende Satz wurde wörtlich aus dem vorliegenden Stenogramm übernommen.) Sie stehen doch vor der Alternative: Wollen Sie wegen einer Differenz, die wahrscheinlich am Ende gar nicht sehr erheblich sein wird, für das, was jetzt am 1. November in Ihrer und unserer Vorstellung, nicht nur Vorstellung, sondern anhand von gegenseitiger Übereinkunft und gegenseitiger Aussprache als Ergebnis zu sagen, diese Preiserhöhung gegen die Gewalt und gegen den erklärten Willen der Regierung durchsetzen, oder wollen Sie auf meinen Vorschlag eingehen und dann mit Billigung der Regierung und mit der Rechtfertigung durch die Regierung operieren? Meine Herren, ich muß sagen, ich bin fassungslos, wie so etwas möglich ist.

Hansen:

Herr Minister! Ich habe schon anfangs gesagt, wir scheuen den Kampf, oder wie Sie es anfangs ausdrücken wollten, den Kampf auf das bitterste. Es wäre angenehmer, zu einem Kompromiß zu kommen. Aber, Herr Minister, darf ich offen sprechen? Sie sagen, die Sache ist ein Politikum. Wir verstehen, daß Sie das sagen. Dieses Politikum wird sich viel-

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

leicht aber in 14 Tagen verschärfen, und in 14 Tagen ist vielleicht das politische Gesicht so, daß Sie uns erklären müssen: ich kann das nicht.

Erhard:
Das glaube ich nicht.

Hansen:
Wenn Sie uns im Namen des Kanzlers die feierliche Versicherung geben: Am 1. November kommen die Kohlenpreise, die Ihr jetzt in Luxemburg hinterlegt habt, für Euch in Kraft, und in den 4 Wochen werden wir mit Euch für Aufklärung sorgen, daß die Sache tatsächlich richtig ist, dann glaube ich, finden wir uns. Wenn das aber nicht der Fall ist, müssen Sie uns doch abnehmen, daß wir vermuten, daß die ganze politische Entwicklung vielleicht einen Kurs nimmt, der Ihnen und uns nicht angenehm ist und der uns um den Kohlenpreis bringt, den wir bitter notwendig haben.

Erhard:
Herr Hansen, bei der ersten Zusammenkunft sagten Sie, glaube ich, Herr Bergrat Keyser, wir wollten eine Pressekonferenz abhalten und erklären, was die Erhöhung im einzelnen und die Sozialgesetzgebung gekostet haben. Da habe ich gesagt, machen Sie das, das ist gut. Die Öffentlichkeit muß erfahren, daß es etwas kostet. Ich habe Sie sogar ermuntert, in der Pressekonferenz die Dinge klar auf den Tisch zu legen. Als Ergebnis der Pressekonferenz haben wir aber gehört, daß der Kohlenpreis um soundsoviel erhöht worden ist.

Merkel[83]*:*
Wenn Sie zustimmen würden, daß an diesem Preis, der der Hohen Behörde eingereicht worden ist, im Augenblick nicht herumgerechnet wird, weil wir sonst auch der Hohen Behörde gegenüber das Gesicht verlieren, und wenn wir den Preis um einen Monat weiterschieben, dann würden Sie – das schien mir auch aus Ihren Ausführungen klar zu sein, um die 4 Wochen zu gewinnen –, vielleicht doch eine ganze Reihe von Herren finden, die dem Vorschlag zustimmen.

Erhard:
Darf ich noch etwas sagen. Es ist ein Politikum, ja, und zwar eines allererster Ordnung. Es ist doch unmöglich, daß wir sagen, schön, es wird auf den 1. November verschoben, die Regierung verhandelt noch mit dem Bergbau, aber die Regierung hat nicht das Recht, irgendeine Ziffer, die der Bergbau vorgelegt hat, überhaupt zur Diskussion zu stellen. Das geht doch nicht. Das ist doch eine Blamage, die sondersgleichen ist. Sie können das von einer Regierung nicht verlangen.

(Zuruf: Luxemburg ist doch klar mit uns.)

Keyser:
Herr Minister, wir hätten ja die Möglichkeit, die Prüfung am 1. April vorzunehmen.

---

[83] Merkel, Heinz, Bergassessor a. D., Vorstandsmitglied der Niederrheinischen Bergwerks-AG.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erhard:
Nein.

Keyser:
Warum?

Erhard:
Weil das Politikum dann draußen ist.

Keyser:
Das ist eine Grundsatzfrage. Wenn das Politikum draußen ist, bedeutet es, daß Sie überhaupt an der Frage des Kohlenpreises rütteln?

Erhard:
Die Art und Weise, wie der Kohlenpreis an die Öffentlichkeit gekommen ist, ist eine Brüskierung der Bundesregierung gewesen. Das hat die ganze Bundesregierung so empfunden, und darum hat sie auch so reagiert. Nehmen Sie es doch als ein politisches Faktum hin. Wir werden, wenn wir uns am 1. April genau wie jetzt, vielleicht bei einem besseren Rhythmus, wieder unterhalten, auch über die Fakten sprechen. Ich verlange nicht, daß Sie sich schon heute für den 1. April binden, sondern wir werden zu einem Gespräch kommen, wie es sich zwischen ehrlichen Partnern gehört.

Keyser:
Das bedeutet doch, daß, wenn man jetzt unseren Vorschlag akzeptiert, man am 1. April entweder ein Plus oder ein Minus berücksichtigen kann. Sie sagen, Herr Minister, Brüskierung der Bundesregierung. Das würde ja bedeuten, daß wir hier eine gewisse Konzession machen, um unseren Fehler materiell zu honorieren, daß wir brüskiert haben.

Erhard:
Geben Sie der Bundesregierung die Möglichkeit – das wünscht die Bundesregierung auch – nicht nach außen einen Kriegszustand zwischen Bundesregierung und Kohle lebendig sein zu lassen, weil wir doch den größten Teil Ihrer Forderung als berechtigt ansehen. Geben Sie der Bundesregierung auch die Möglichkeit, mit Ihnen gemeinsam vorzugehen. Das haben Sie mit Ihrer jetzigen Handlungsweise aber der Bundesregierung aus der Hand geschlagen.

Millemann:
Herr Minister! Die 5,20 DM sind ein Minimum. In diesem Minimum stecken 60 Pfennig Vorleistung drin.

Erhard:
Dann können Sie erst recht mit uns verhandeln, wenn es so klar ist.

Millemann:
Diese Vorleistung müssen wir 20 Monate bekommen. Am 1. April haben wir erst 6 Monate lang 64 Pfennig eingenommen. Sie haben uns dann in der Hand und wir müssen es Ihnen

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Verhandlung beweisen, ob wir dann die 64 Pfennig Vorleistung noch notwendig haben. Der Kohlenpreis wird sich hierdurch vielleicht nicht um 2,11 DM oder 2,10 DM erhöhen, sondern um 64 Pfennig weniger, oder vielleicht auch um mehr, wenn andere Dinge, wie die Lohnfortzahlung, sich mit 9% oder 8,5% stärker auswirken, oder wenn neue Forderungen gestellt werden. Wir sind uns doch darüber im klaren, daß, wenn von der Eisenseite neue Löhne konzediert werden, wir nicht mehr lange warten, und daß wir unseren Bergleuten die Löhne genauso geben. Es ist selbstverständlich, daß wir auch diese Löhne sofort mit 1% = 40 Pfennig auf den Kohlenpreis aufschlagen müssen. Wir wollen es nicht, aber wir müssen.

Dubusc:
Herr Minister, es ist doch eine sehr gute Erklärung, daß man sagt, es wird bis zum 1. November hinausgeschoben, dann tritt es in Kraft, dann erfolgt eine Prüfung, und was nicht stimmt, bekommt der Bergbau im April angelastet.

Erhard:
Das ist für die Bundesregierung völlig unmöglich, nachdem die Regierung und der Bundeskanzler ganz klar vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck gegeben haben, daß es kein Verfahren ist, wie hier vorgegangen wird. Und jetzt soll auf einmal die Bundesregierung erklären: Wir haben uns überzeugt, es ist alles berechtigt. Dann muß doch zumindest die Möglichkeit bestehen, daß wir sagen, wir haben jeden einzelnen Posten geprüft und haben Argument gegen Argument gewertet, wie das der Fall ist.

Hansen:
Herr Minister, ich glaube, wir sind gar nicht mehr so weit voneinander entfernt. Wir haben nach unserer Ansicht einen Anspruch auf 6,67 DM, nicht wahr? Wir sind Ihrem Vorschlage gefolgt und haben zunächst einmal ⅓ zurückgenommen. Ich glaube, Herr Stein hat es schon gesagt. Gut, über den Rest, nämlich über das Drittel, das wir vorläufig zurückgestellt haben, kann nachher noch eingehend gesprochen werden. ⅔ Kohlenpreiserhöhung haben Sie im Prinzip anerkannt. Wir sind zunächst bereit, auf das letzte Drittel zu verzichten. Es wird nachher noch einmal genauestens berechnet, ob das bis zum 1. November, 1. Dezember oder 1. Januar sein soll, das sollte uns gleichgültig sein. Wir haben Ihnen gegenüber auch nach außen hin ein Opfer gebracht, daß wir eben nur diese ⅔ hineinnehmen. Das eine Drittel wird eben noch eingehend geprüft, und eventuelle Spitzen werden sich ausgleichen müssen.

Erhard:
Das ist doch völlig unmöglich, daß die Regierung sagt, der Kohlenbergbau war nicht bereit, mit der Regierung zu verhandeln, sondern die Regierung mußte die Forderung genauso, wie sie erhoben war, anerkennen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Millemann:
Damals, als wir mit Ihnen in Bonn die Unterlagen besprachen, das heißt mit Ihren Herren, hatten wir 5,50 DM verlangt. Man hätte im Juni, Juli oder August oder im September über diese DM 5,50 ja verhandeln können. Dann hätten wir jetzt die DM 5,20 ab 1. Oktober bekommen.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erhard:
Ich war sieben Wochen im Wahlkampf, und ich weiß nicht, ob das nicht für Sie vorteilhafter war, als wenn wir uns um die Pfennige gestritten hätten.

Millemann:
Ich war 4 Wochen vorher dort.

Heger[84]*:*
Meine Herren, wir haben uns sehr lange über eine Realität unterhalten, die uns alle angeht, nämlich über die roten Zahlen, die seit Juni bei allen aufzuweisen sind. Wir haben aber auch heute einen überzeugenden Eindruck von einer anderen Realität bekommen. Der Herr Minister, glaube ich, hat es mit dem Wort Kriegszustand gekennzeichnet. Meine Herren, wir täten gut daran, uns zu überlegen, wie wir diese Realität ebenfalls auszugleichen in der Lage sind. Ich darf mir deshalb erlauben, mich den Ausführungen der Herren Kemper, Reimann und Trapmann anzuschließen.

Erhard:
Meine Herren! Ich schlage vor, ich lasse Sie einmal eine Viertelstunde allein. Dann können Sie sich noch unterhalten. Vielleicht haben Sie mehr Mut, wenn ich nicht dabei bin.

Söhngen:
Oh, an Mut hat es eben nicht gefehlt, Herr Minister.

Erhard:
Mehr Mut zu politischer Konsequenz!

– Herr Minister Erhard verläßt den Saal –

Söhngen:
Meine Herren! Ich meine, der Worte sind genug gewechselt. Sie haben die Auffassungen gehört. Ich weiß nicht, wie wir weiter prozedieren sollten. Ich habe einleitend gesagt, der Unternehmensverband ist für die wirtschaftspolitischen Fragen zuständig. Die Preishöhe selbst ist von den Kohlen-Verkaufsgesellschaften beschlossen worden. Die Kohlenverkaufsgesellschaften haben den Preisfächer aufgestellt, und dieser Preisfächer ist 5 Tage vor dem 1. Oktober nach Luxemburg gegangen. Die Preise sind in Kraft. Hat es Sinn, daß wir uns hier noch weiter über das pro und contra unterhalten? Ich meine nein. Das hat doch gar keinen Zweck. Nun haben wir hier unterschiedliche Auffassungen. Gut, als gute Demokraten müssen wir diese respektieren, und meines Erachtens gibt es dann nur einen Weg, daß sich die Geitlinge[85] zurückziehen und jeder Geitling abstimmt. Ich sehe keinen anderen. Oder sieht einer von Ihnen einen besseren Weg? Herr Curtius, Sie sind Vorsitzender des Beirats eines Geitlings. Teilen Sie meine Auffassung?

---

[84] Heger, Klaus, geb. 1901, Dr. jur., kaufmännischer Direktor und Vorstandsmitglied der Hamborner Bergbau AG und der Friedrich Thyssen Bergbau AG, beide Duisburg.

[85] Sammelbezeichnung für die drei Ruhrkohleverkaufsgesellschaften „Geitling", „Präsident" und „Mausegatt".

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Curtius:
Ich teile Ihre Auffassung vollkommen. Ich halte es nicht für richtig, daß hier dem Minister gegenüber Gesellschaften das Wort ergreifen zu Vorschlägen, die bedingt sind durch eine Abhängigkeit von der Bundesregierung.

Söhngen:
Das muß ich wohl auch sagen, meine Herren. Das hat mir sehr weh getan.

Tengelmann:
Wir müssen den Herren, die sich nicht so lange damit befassen, einmal klipp und klar sagen, was praktisch aus den verklausulierten Äußerungen eines Ministers herausspringt. Nach den Rechenkunststücken seiner Leute, die uns heute morgen in einer wenig schönen Weise an der Nase herumgeführt haben (DM 3,90), bedeutet das praktisch den Weg eines Kompromisses. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß dieser mit einem ganzen Monat, um dann am 1. April noch einmal reden zu dürfen, teuer erkauft ist. Wir verdrehen doch vollkommen die Plattform. Unsere Rechtslage seit dem 1. April ist vollkommen klar[86]. Selbstverständlich setzen wir uns mit der Bundesregierung auseinander, aber nicht in der Form, wie es hier behandelt wurde. Ich sage das bewußt. Gestern erklärte mir ein maßgebender Vertreter des Ministers: „Wir haben bewußt Ihre Kalkulation nicht geprüft, weil sie mit unserer kohlenwirtschaftlichen Konzeption nicht übereinstimmt." Das dürfte doch wohl genügen und zeigen, was wir zu erwarten haben.

Söhngen:
Das was Herr Tengelmann gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Ich habe viele Jahre Erfahrung. Ich weiß, wie mit dem spitzen Bleistift gerechnet und wieviel Zeit vergeht, bis unseren Belangen Rechnung getragen wird. Ich bin erschüttert. Denn wir werden dann den ganzen Winter über – und noch viel länger – in der Verlustwirtschaft stecken.

Hansen:
Es kommt dann vielleicht auch noch ein neues Politikum.

Söhngen:
Daß ein neues Politikum kommt, haben wir ihm vorgehalten.

Seume:
Herr Söhngen, Ihr Vorschlag, daß nichts anderes übrig bleibt, als daß sich die drei Geitlinge zusammensetzen, mag rechtlich begründet sein. Ich halte ihn für taktisch völlig verfehlt. Es würde eine indicio in partes eintreten, wie wir sie in diesem Hause noch nicht erlebt haben. Es sollte alles getan werden, nicht um eine Blockbildung herzustellen, was aber zu einer einmütigen Willensbildung führt. Ein Auseinandergehen zu drei Geitling-Sitzungen geht ins Gegenteil.

---

[86] Am 1. April 1956 gab die Hohe Behörde der Montanunion den Ruhrkohlenpreis frei. Sie behielt sich ein formales Genehmigungsrecht vor, in der Praxis hatte aber weder die Montanunion noch die Bundesregierung, die ihre Kontrollrechte an Luxemburg abgegeben hatte, eine rechtliche Handhabe zur Preiskontrolle.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Söhngen:
Ich weiß nur nicht, wie wir hier zu einer einheitlichen Meinungsbildung gelangen können. Die Stimmung war doch so eindeutig und einheitlich bis auf die letzte halbe Stunde.

Kemper:
Ich habe vorhin dafür plädiert, einen Weg zu suchen, daß man mit der Bundesregierung eine wirklich gute Vertretung der Preiserhöhung erarbeitet. Ich bin unverändert der Auffassung, daß eine Verständigung mit der Bundesregierung einem Krieg mit ihr vorzuziehen ist. Es ist nicht so, daß man hier einer Auseinandersetzung aus dem Wege geht, denn wir werden die Bundesregierung in vielen Fragen noch wirklich brauchen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß, nachdem von allen Vertretern der Zechengesellschaften hier doch so gründlich die Not des Bergbaus geschildert worden ist, ein Wirtschaftsminister daran vorbeigehen kann.

(Zurufe)

Ich kann mir das einfach nicht vorstellen, und wenn die Bundesregierung es wirklich tut, haben wir bis zum 15. Oktober immer noch Zeit genug zu sagen, wir haben den guten Willen bewiesen, jetzt sind wir wirklich am Ende. Aber wenn wir es jetzt zum 1. Oktober machen, wird die Bundesregierung für sich alle guten Gründe anführen können, und ich bin sicher, daß sie das im Fernsehen, im Funk und im Parlament tun wird. Wir sind diejenigen, die den schwarzen Peter in der Hand haben. Lassen Sie uns doch realistisch sein. Wir werden diejenigen sein, die bei allen Geschichten angeprangert werden, und wir sollten diese Tatsache nicht ohne große Not hinnehmen.

Söhngen:
Über die Frage, wer realistisch ist, bestehen unterschiedliche Auffassungen, Herr Kemper. Eines sage ich Ihnen, diese Verständigungsbereitschaft kostet unser Geld. Wir haben die Zeche zu zahlen.

Dütting:
Meine Herren! Es ist nicht richtig, daß wir das, was eingangs durchgesickert ist, als äußersten Vorschlag von allen Geitlingen her machen, nämlich daß wir eine Verschiebung um 4 Wochen in Kauf nehmen, wenn der Minister stillhält und uns keine Schwierigkeiten in Luxemburg oder sonstwo in Deutschland macht. Das heißt mit anderen Worten, wir würden in Luxemburg nur den Antrag stellen, die Gültigkeit ab 1. November statt ab 1. Oktober festzusetzen. Sonst bleibt alles beim alten.

(Zuruf: Das will er ja nicht.)

Meines Erachtens sollten wir das als unseren äußersten Kompromiß noch anbieten. Ist er nicht bereit, hierauf einzugehen, so glaube ich, kann man nicht sagen, wir wollten nun noch über Preise usw. verhandeln. Herr Söhngen hat recht. Was dabei heraus kommt, weiß kein Mensch. Wir sollten uns weiß Gott den Frieden mit der Regierung den einen Monat wert sein lassen.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

v. Winterfeld[87]*:*
Die behutsamen Einwendungen, die von den Herren Kemper und Dütting gemacht worden sind, sind alle sehr beachtlich, aber in unserer Entschlossenheit sollten wir uns nicht irritieren lassen. Wir haben heute 9 Stunden mit sachverständigen Experten zusammengesessen. Ich möchte nicht sagen, daß wir uns irgendwie diskriminiert oder schlecht behandelt gefühlt haben. Wir sind keine empfindlichen jungen Mädchen. Wir haben aber um jedes einzelne Pünktchen, was auf der Liste stand, mit der ganzen Würde und Seriösität des Ruhrgebietes mit den Stellen, die die Unterlagen erstellt haben, versucht, den Beweis anzutreten. Die Herren waren nicht in der Lage, irgendetwas zu entgegnen, sie konnten sich aber auch nicht dazu durchringen, zu sagen, was richtig ist. Wie soll, Herr Kemper, jetzt ein Gespräch zu einem anderen Ergebnis führen, da das, was wir gesagt haben, wiederholt wird – und es wird uns doch nicht abgenommen. Es dreht sich um DM 1,50, die bestritten werden. Wenn wir Ihren Gedanken realisieren wollen, müssen wir, um am 15. Oktober klarzukommen, bereit sein, etwas davon zu opfern, und dann bekommen Sie noch keine Verständigung, sondern es ist uns deutlich gesagt worden: Diese 1,50 DM müssen herunter, die wollen wir nicht haben. Dafür wurden die fadenscheinigsten Argumente vorgebracht. Wir dürfen uns nicht täuschen. Es dreht sich nicht darum, daß die andere Seite sich nicht überzeugen lassen will, sondern sie weiß, daß es stimmt. Ich glaube, Herr Dütting, es wäre die äußerste Bereitschaft, wenn wir sagen, bis zum 1. November lassen wir es ruhen, die Preisliste bleibt aber, wie sie vorliegt, anerkannt.

Stein:
Das hat er doch abgelehnt.

v. Winterfeld:
Wir können es ja wiederholen.

Marx:
Meine Herren! Ich empfehle Ihnen dringend, dem Vorschlag des Herrn Söhngen zuzustimmen. Der Minister hat ganz klar erklärt, daß er nur eine Frist zum Verhandeln will. Er will nicht den Termin hinausschieben. Wenn er Ihnen nachher nur 20 Pfennig innerhalb eines Monats abringen sollte, heißt es auf deutsch in der ganzen Presse, wir hätten also doch überfordert, und den Maßnahmen der Regierung sei es zuzuschreiben, daß die Unbotmäßigkeit in die richtigen Grenzen zurückgeführt wurde. Dann kommt, was ich eben sagte, daß Sie dann den schwarzen Peter in der Hand haben. Heute haben Sie ihn nicht in der Hand, und zwar aus dem einfachen Grunde, das brauche ich nicht zu sagen: Regierungsbildung abgeschlossen, Regierungserklärung kommt. Vorher muß aber alles bereinigt sein, denn sonst sind Sie die Dummen.

Söhngen:
Richtig!

---

[87] Winterfeld, Ernst-Achim von, Vorstandsmitglied der Gebrüder Stumm GmbH, Neuenkirchen-Saar. Die Gebr. Stumm GmbH betrieb im Ruhrgebiet zwei Schachtanlagen der Zeche Minister Achenbach mit Sitz in Brambauer/W.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hofmann[88]*:*
Herr v. Winterfeld hat es eigentlich schon vorweggenommen. Trotzdem meine ich, sollten wir ein Butterbrot geben, um etwas getan zu haben. Wir sollten sagen, der Monat Oktober ist das, was wir Ihnen geben könnten.

Dubusc:
Weil wir wissen, daß es abgelehnt wird, können wir einen Monat um so leichter anbieten mit der Maßgabe, daß nicht geprüft wird. Denn hat er das Moment der Prüfung drin, sind wir bereit, die Prüfung anzuerkennen, dann geht es nicht mehr.

Hansen:
Ich glaube, Herr Dubusc, das ist viel zu gefährlich. Wenn wir ihm eine Prüfung zusagen, hat er auch das Recht, von den DM 5,20 nicht nur 20 Pfennig, sondern eine ganze Mark abzuziehen. Wenn er sich aber auf den Standpunkt stellen müßte – und das ist wiederholt vom Vorstand des Unternehmensverbandes letzten Endes vor wenigen Tagen noch gemacht worden – die Preisliste gilt nicht ab 1. Oktober, sondern tritt am 1. November verbindlich in Kraft? Das lehnt er ab, und aus dieser Ablehnung heraus bin ich mißtrauisch.

Starkmuth:
Ich wollte einen anderen Vorschlag zur Debatte stellen: Nicht an dem Termin rütteln, denn in dem Monat geschieht praktisch nichts, sondern einen Kompromißvorschlag machen. Wir haben die Kohlenpreise angemeldet, sie treten in Kraft, wir sind aber bereit, unsere Preise von der Regierung überprüfen zu lassen.

(Zuruf: nein!)

Wir haben es doch immer in der Hand, weil wir es ändern müssen. Die Regierung ist die Stelle, die uns überzeugen muß.

Söhngen:
Meine Herren! Man sieht, wie gefährlich es ist, wenn man eine klare Linie verläßt.

(Zuruf: sehr richtig!)

Am Anfang ist hier eine ganz klare Linie bezogen worden und eine richtige Linie. Ich weiß nicht, wie wir hier herauskommen sollen. Ich kann mich auf keinen Kompromiß einlassen.

Seume:
Ich wollte dasselbe sagen, was Sie eben erklärten. Wir haben heute abend ein ganz klares Bild gewonnen und sollten uns nicht in letzter Stunde durch sicherlich sehr erwähnenswerte, menschliche und auch politische Überlegungen aus einem klaren Konzept bringen lassen. Das Wichtigste ist nur, wie wir davon abkommen, daß der schwarze Peter völlig bei uns bleibt. Ist folgender Vorschlag erwähnenswert, daß wir es jetzt zu einer Ablehnung kommen lassen und morgen jedem einzelnen Mitglied der Bundesregierung ein Memorandum über den Gang der Verhandlungen, wie sie gewesen sind, vorlegen und dieses Memorandum zur gegebenen Zeit auch in der Presse veröffentlichen, um auf diese Art

[88] Hofmann, Werner, Bergassessor a. D., geb. 1901, Vorstandsmitglied der Märkischen Steinkohlengewerkschaft, Heesen/W.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Weise einer Beeinflussung der Öffentlichkeit von anderer Seite sofort aus dem Wege zu gehen?

Millemann:
Meine Herren! Ich bin heute morgen bei der Verhandlung zugegen gewesen. Sie hat neun Stunden gedauert. Es ist sehr schade, daß Sie nicht dabei waren. Wenn Sie das gehört hätten, wären auch Sie nicht für einen Aufschub von vier Wochen. Man hat sogar gesagt, da ist doch 14 Mark Luft drin, das sind doch kalkulatorische Kosten. Meine Herren, anstatt in den Monaten zu prüfen, hat man das nicht getan. Und jetzt hat man versucht, uns mit allen Möglichkeiten die Argumente aus der Hand zu schlagen. Ich spreche zum Beispiel einmal von dritten Ländern. Wir können doch die Kohlenpreiserhöhung nicht in dritten Ländern realisieren. Dort haben wir doch das genommen, was wir kriegen konnten, nämlich den höchstmöglichen Preis. Man hat gesagt, wir müßten das auch auf die dritten Länder legen. Ob wir es hereinbekommen oder nicht ist unternehmerisches Risiko. Und so geht es weiter. Wenn Sie heute morgen dabei gewesen wären, würden Sie eine ganz klare Haltung beziehen, und zwar die, daß es beim 1. Oktober bleibt. Ich bedaure nur, daß es nicht bei 6,67 DM geblieben ist. Ich habe es schon einmal vertreten und bin nicht durchgekommen. Wir haben auch nicht darüber abgestimmt. Ich glaube, es wären viele Gesellschaften dafür gewesen. Es ist bedauerlich, daß wir auf die DM 5,20 heruntergegangen sind. Und bei den 5,20 DM am 1. Oktober muß es bleiben. Je früher wir dann die Regierung verärgert haben – das tut uns furchtbar leid –, um so früher müssen wir uns wieder mit ihr zusammensetzen, um wieder ein vernünftiges Wort zu reden. Ich glaube, daß die Geschäftsführung schon dabei ist, alle Aufklärung durch die Presse und auch an alle Bundestagsabgeordneten, Minister usw. zu geben, um alle Dinge zu sagen, die gesagt werden müssen. Entweder nimmt man es uns ab oder man nimmt es uns nicht ab. Auf jeden Fall sind wir als Vorstände in erster Linie unseren Aufsichtsräten verantwortlich. Was Herr Dr. Marx sagte, ist so wahr, daß wir uns ja alle zustimmend dazu geäußert haben. Nach meiner Ansicht können wir nichts anderes machen, als die ganz klare Linie zu behalten: ab 1. Oktober 5,20 DM.

Sonnenschein[89]*:*
Sie haben das Fernschreiben von dem Herrn Bundeskanzler, also die höchste Regierungsspitze, und die Antwort verlesen. Es hat sich kein Widerspruch erhoben. Ich bin der Auffassung, diese Antwort war doch unsere endgültige Meinung, und ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß wir jetzt, nachdem wir dem Herrn Bundeskanzler die Antwort gegeben haben, etwas anderes sagen.

Söhngen:
Es steht natürlich drin, daß heute der Bundeswirtschaftsminister mit Vertretern des Bergbaus verhandeln wird.

Stephan:
Meine Herren! Ich möchte noch einmal betonen, was Herr Millemann und Herr von Winterfeld gesagt haben. Wer heute die Verhandlungen in Bonn mitgemacht hat, weiß ge-

[89] Sonnenschein, Kurt, Mitglied des Vorstandes der Gewerkschaft Klosterbusch, Herbede/Ruhr.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nau, daß die Ziffern, die wir genannt haben, unter keinen Umständen bewilligt werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man das nicht einsehen will. Man will durchaus zu einer niedrigeren Ziffer kommen, das können wir von unserer Gesellschaft in keinem Falle dulden. Ich möchte Ihnen aber auch noch ein anderes Argument sagen. Im Anschluß an die Besprechung mit dem Bundeswirtschaftsministerium habe ich Gelegenheit genommen, mit einem Abgeordneten von der CDU zu sprechen. Ich habe ihn anhand der Unterlagen, die mir Herr Keyser gegeben hat, aufgeklärt. Der Mann fiel aus allen Wolken und hat mich gebeten, ich möchte ihm schleunigst die Unterlagen für Herrn Dr. Krone[90] und für andere prominente Abgeordnete seiner Fraktion übermitteln. Auch aus diesen Gesprächen habe ich die Meinung bekommen, daß es das Falscheste wäre, was wir machen könnten, wenn wir jetzt wanken und uns auf neue Verhandlungen einlassen würden. Wir müssen auch auf Luxemburg Rücksicht nehmen, da wir nun einmal die Montan-Union haben. Wer kann es von uns verantworten, daß wir jetzt, nachdem wir in Luxemburg die Preise angemeldet haben, noch eine andere Liste einreichen. Dann gehen der Stunk und der Ärger in der Presse sowie das Geschimpfe über den Bergbau infinitum weiter. Wir müssen unter allen Umständen hart bleiben.

Söhngen:
Meine Herren! Ich glaube, wir sollten diese Diskussion nicht weiter vertiefen. Sie haben Ihre Auffassungen bekundet. Sollten wir dem Herrn Bundeswirtschaftsminister sagen, wir stimmen der Verschiebung des Termins vom 1. Oktober auf den 1. November zu, über die Preiserhöhung wird überhaupt nicht mehr diskutiert? Ich wurde gebeten, diesen Antrag, der praktisch der Antrag von Herrn Dütting ist, zur Abstimmung zu stellen. Ich persönlich vertrete einen anderen Standpunkt. Ich bin der Meinung, einfach kompromißlos zu sein, aber ich muß Ihnen diesen Antrag vorlegen. Sind Sie der Auffassung, daß wir das tun sollten?

(Zurufe: Nein!)

Ja, wie kann hier abgestimmt werden? Das ist sehr schwierig.

(Zuruf: gesellschaftsweise)

Schlochow:
Ich würde sagen, daß wir dafür sind, daß die Preise ab 1. Oktober in Kraft treten. Wir sind aber bereit, über die Preise noch zu sprechen. Wenn nachgewiesen wird, daß wir zu hohe Forderungen gestellt haben, sind wir ebenfalls bereit, einer Preisänderung näherzutreten.

(Zurufe: Nein!)

Söhngen:
Meine Herren! Den Termin 1. Oktober will er ja sowieso ablehnen. Dann beginnt die Unterhaltung von neuem.

(Zuruf: Das bringt eine große Gefahr mit sich)

Sicher! Deswegen wollte ich nur einmal hören, ob Sie dieser Auffassung von Herr Dütting zustimmen. Herr Dütting sagt, Beibehaltung des Preisniveaus, Herausschiebung um einen Monat.

---

[90] Krone, Heinrich, geb. 1895, Dr. phil., Mitbegründer der Berliner CDU, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schlochow:
Das sind 6 Mill. für uns, wenn der Preis um 1,50 DM zu wenig erhöht wird.

Fischer[91]*:*
Wenn Sie den Vorschlag schon einmal machen, möchte ich noch erwähnen: Die Preisliste bleibt, und wir geben für die Zeit des Monats Oktober einen Rabatt in Höhe der Preiserhöhung. Dann brauchen wir keine neuen Listen zu machen.

Söhngen:
Das ist auch praktisch der Vorschlag. Das würde darauf hinauslaufen, nicht etwa die Liste zurückzuziehen, sondern Beibehaltung, Inkraftsetzung jetzt, aber tatsächlich Rabattierung im Monat Oktober.

Tengelmann:
Das bedeutet, daß sich dann der Minister praktisch zufrieden gibt und uns nicht weiter unter Druck setzt. Dieses Opfer von 4 Wochen über 30 Mill. DM hat doch nur dann einen Sinn, wenn wir den Frieden wieder hergestellt haben. Aber eine Blanko-Erklärung unterschreiben, daß es ihm überlassen bleibt, festzustellen, was wir verlangen können, können wir nicht.

Stöter-Tillmann:
Sehr richtig!

Hoffmann[92]*:*
Eine Zustimmung werden wir nicht bekommen, das haben wir ja gesehen. Damit haben wir unseren guten Willen gezeigt und wenigstens etwas eingelenkt, und der Kampf ist nicht mehr ganz so scharf.

Söhngen:
Schön, meine Herren, sind Sie der Auffassung?

Venn[93]*:*
Ich bin dagegen, daß wir einen solchen Vorschlag machen. Das heißt doch, daß wir um einen Monat hinausschieben, und morgen steht in der Presse: Ruhrbergbau macht einen untragbaren und unmöglichen Vorschlag.

(Zuruf: Wieso denn!)

Dieser Vorschlag ist bereits als untragbar abgelehnt worden. Er ist ja auch unsinnig, denn was soll das für eine Bedeutung haben, wenn wir um einen Monat hinausschieben. Ich schlage vor und richte an Sie den dringenden Appell, meine Herren, lassen Sie uns doch einmal stark sein, laßt uns doch einmal zusammenhalten. Und der Zusammenhalt kann nur sein, uns endlich einmal durchzusetzen. Wir müssen unser Gesicht wahren. Wenn wir es heute verlieren, werden wir es so leicht nicht mehr wieder bekommen.

---

[91] Fischer, Josef, Vorstandsmitglied der Harpener Bergbau AG, Dortmund.
[92] Hoffmann, Werner, geb. 1901, Dr. phil., Vorstandsmitglied der Hamborner Bergbau AG, Duisburg.
[93] Venn, Günter, geb. 1904, Bergassessor a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Bergbau AG Lothringen, Bochum-Gerthe.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Söhngen:
Herr Venn, ich teile völlig Ihre Auffassung. Ich habe wohl deutlich genug gesprochen. Sie sehen also, wie schwer es ist. (Zuruf: abstimmen lassen!)
Das muß nach Gesellschaften geschehen.

Curtius:
Innerhalb der Verkaufsgesellschaften.

Söhngen:
Da sind wir wieder so weit.

Dubusc:
Es geht nicht an, daß wir das tun; er muß es auch akzeptieren.

Söhngen:
Aber auch das muß durch die Verkaufsgesellschaften geschehen. Herr Curtius, darf ich Sie bitten, hier den Vorsitz zu übernehmen.

Stein:
Herr Söhngen, ich halte es nicht für richtig, die formelle Beschlußfassung vorzunehmen. Das kann nachher in den Verkaufsgesellschaften gemacht werden. Wenn wir uns hier einig sind, irgendeinen Vorschlag zu machen, dann brauchen wir die Beschlußfassung erst in dem Moment vorzunehmen, wenn er das annimmt.

Söhngen:
Wir sind uns ja nicht einig, Herr Stein.

Curtius:
Herr Dr. Stein, wie wollen Sie nachher das Abstimmungsergebnis bewerten? Das ist sehr schwierig. Sie können in dieser tatsächlichen Preisfrage nur so vorgehen, daß jede einzelne Gesellschaft abstimmt.

Söhngen:
Bitte, meine Herren, ist es denn nicht richtig, daß Herr Keyser und ich jetzt zu Herrn Erhard gehen und sagen, man wäre geneigt, diesen Vorschlag zu machen? Wir werden ihn fragen: „Akzeptieren Sie ihn? Alles andere kommt nicht in Frage, sonst 1. Oktober."

Curtius:
Und daß erst dann die Abstimmung erfolgt.

Söhngen:
Das ist, glaube ich, richtig.

(Zurufe: jawohl!)

– Unterbrechung der Sitzung –

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Söhngen:
Meine Herren! Wir haben dem Herrn Bundeswirtschaftsminister folgendes vorgetragen: Wir wollen dem Politikum Rechnung tragen und Ihnen vorschlagen: Inkraftsetzung ab 1. Oktober, aber Praktizieren der neuen Preise erst ab 1. November. Über die Preishöhe kann nicht diskutiert werden. Darauf der Herr Minister: „Das ist eine Geste. Die Hinausschiebung ist nicht das entscheidende. Ich muß der Regierung erklären können, daß „über den Preis verhandelt wurde". Und er hat weiter gesagt: „Über die 93 Pfennige, schön, das werden wir dann schon behandeln, im April ist ja manches noch zu bereinigen". Mit anderen Worten also, die Preishöhe ist nicht anerkannt. Und so, meine Herren, sehe ich diese Mission als gescheitert an. Er bleibt also dabei, um in seiner Sprache zu sprechen, Verschiebung auf den 1. November und über den Preis wird verhandelt. Das ist das Ergebnis. Meines Erachtens ist damit alles klar. Ich möchte die Frage an Sie richten: „Ist eine Gesellschaft dafür, daß der Preisbeschluß, den die Verkaufsgesellschaften gefaßt haben, korrigiert wird?" – Ich stelle fest, daß dieses nicht der Fall ist. Meines Erachtens sind damit die Verhandlungen abgeschlossen.

(Beifall)

Hofmann:
Wir hatten vorgeschlagen, trotzdem die Geste zu machen, auch wenn der Minister nicht annimmt. Darüber müßte noch gesprochen werden.

Söhngen:
Nein, meine Herren. Unsere Auffassung ist einmütig, ich bin dafür, sie jetzt dem Herrn Minister bekanntzugeben. Jetzt eine andere Frage, können wir die Versammlung auflösen?

(Zurufe: jawohl!)

Ich glaube auch. Es ist der Wunsch der hier anwesenden Herren, die Versammlung aufzulösen.

Curtius:
Herr Söhngen! Wir müßten vielleicht höflichkeitshalber warten, ob der Minister selbst noch einmal sprechen will.

Hofmann:
Es sollte festgestellt werden, wer dafür ist, die Geste, also Verschiebung um einen Monat, doch zu machen.

Söhngen:
Sie meinen jetzt als Geste „Abstimmung"?

Hofmann:
Ja!

Curtius:
Darüber muß Ihr zuständiger Geitling Beschluß fassen. Welche Verkaufsgesellschaft ist das?

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hofmann:
„Präsident".

Curtius:
Dann müßte „Präsident" eine Sitzung abhalten.

Tengelmann:
Das steht doch nicht zur Debatte. Praktisch würde das doch bedeuten, daß wir eine Blankoerklärung abgeben müssen, daß wir sagen, die 30 Mill. binden wir uns ans Bein und haben keinen Krieg mit der Bundesregierung. Es ist dies doch völlig sinnlos.

Zuruf: Herr Hofmann hat das vorgeschlagen, ob es sinnlos ist oder nicht.

Hofmann:
Ich bitte, darüber abzustimmen.

Söhngen:
Das ist wohl die einzige Stimme, soweit ich es erkennen kann. Ist sonst noch jemand derselben Auffassung wie Herr Hofmann? Gut, damit ist der Antrag unter den Tisch gefallen. Meine Herren, ich glaube, daß wir die Versammlung jetzt noch nicht auflösen sollten. Es ist ja möglich, daß der Herr Minister noch einmal sprechen will. Ich will es ihm auszureden versuchen und ihm sagen, daß der Bergbau nunmehr wie ein Rocher de bronze dasteht.

– Unterbrechung der Sitzung –

Söhngen:
Meine Herren! Ich habe Herrn Minister Erhard von dem weiteren Verlauf der Verhandlungen Kenntnis gegeben. Er legt keinen Wert auf eine Fortsetzung der Diskussion. Auch habe ich erklärt, daß unsererseits eine Fortsetzung der Diskussion für zwecklos erachtet würde. Er fragte mich daraufhin, ob dieses Inkraftsetzung der Preise ab 1. Oktober bedeute. Ich habe diese Frage bejaht, und damit ist der Fall erledigt. Der Herr Minister hat dieses Haus verlassen. Als ich ihm zum Schluß noch Freundschaftsbeteuerungen aussprach, sagte er: „Herr Söhngen, ich kann nicht verstehen, daß die Kohle dem Kabinett so sehr in den Rücken fällt; ich werde aus allen Rohren schießen." So gingen wir unter kräftigen shakehands auseinander. Meine Herren, ich glaube, wir brauchen nicht weiter zu diskutieren.

Kost:
Wenn Sie zu Ende sind, Herr Söhngen, möchte ich als Ehrenvorsitzender des Unternehmensverbandes Ruhr noch einige Worte sagen. Ich glaube, daß wir in den letzten 14 Tagen sehr stark um den Kohlenpreis gerungen haben, in Verantwortung vor unseren Aktionären, in Verantwortung vor der gesamten Wirtschaft und in Verantwortung vor unseren Bergleuten. Ich bin der Ansicht, daß wir es alle schmerzhaft empfinden, daß die Bundesregierung bzw. der Bundeswirtschaftsminister durch die Aufrechterhaltung unseres Beschlusses das Gefühl haben, sich mit uns im Kriegszustand zu befinden. Meine Herren, wir haben unseren Beschluß mit folgender Abänderung aufrechterhalten: Während wir ursprünglich eine Kohlenpreiserhöhung um 2,10 DM zusätzlich forderten, nämlich die Kosten die am 1. April nächsten Jahres auf uns zukommen, haben wir nach den ersten Ver-

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen mit dem Bundeswirtschaftsminister diese ursprüngliche Forderung fallen lassen und seinem Wunsche entsprechend die Kohlenpreiserhöhung jetzt um diese 2,10 DM niedriger gesetzt. Wir haben weiter heute seinem ursprünglichen Wunsch entsprechend zugestanden, daß die Kohlenpreiserhöhung, wie sie bei der Hohen Behörde eingereicht ist, erst am 1. November in Kraft tritt. Der Herr Minister hat dies aus politischen Gründen abgelehnt.

Meine Herren! Wir müssen Verständnis dafür haben, daß hier politische Gründe vorliegen. Der Herr Minister muß aber in seinem Innern auch Verständnis dafür haben, daß unsere Anträge auf Kohlenpreiserhöhung ja letzten Endes nur das Ergebnis politischer Gesetze und eines Politikums waren, und daß wir jetzt als Bergbau – nachdem wir eine freie Marktwirtschaft und einen freien Marktpreis haben –, nicht mehr in der Lage sind, politische Preise auszuhandeln oder auf uns zu nehmen.

Diese ganzen Verhandlungen waren außerordentlich schwierig. Sie sind unter dem Vorsitz von Herrn Söhngen geführt worden. Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen, lieber Herr Söhngen, für die Führung der Verhandlungen den herzlichen Dank auszusprechen.

(Beifall)

Wir wissen, wie schwer Sie durch eine derartige stramme und starke Haltung, die Sie einnehmen mußten, und in der die Zechen des Ruhrgebietes Sie unterstützt haben, seelisch belastet sind. Es bleibt nur noch zu wünschen, daß der Beschluß, den wir hier gefaßt haben, und der vom Herrn Bundeswirtschaftsminister abgelehnt worden ist, dem Bergbau und der Wirtschaft zum Segen gereichen möge. Glückauf!

Söhngen:

Herr Kost, ich danke Ihnen sehr für Ihre Worte. Meine Herren! Die Verhandlungen sind uns bei unserer Verehrung für den Herrn Bundeswirtschaftsminister und bei unserer Verehrung für den Herrn Bundeskanzler nicht leichtgefallen. Wir wußten aber, daß wir hier tatsächlich für eine gerechte Sache kämpfen, für eine Volkswirtschaft, die so unerhört wichtig ist. Ich glaube und hoffe, daß das Kriegsbeil zwischen dem Unternehmensverband und dem Bundeswirtschaftsminister recht bald wieder vergraben werden kann. Ich werde bestimmt in diesem Sinne arbeiten und bin sogar davon überzeugt, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister viel Verständnis für unser Vorgehen hat. Der Politiker mußte anders sprechen, aber ich habe auch grundsätzliche Gespräche mit den Ministerialdirektoren gehabt. Ich will keine Namen nennen. Man hat aber viel Verständnis für das Vorgehen der Kohle.

Meine Herren! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung. Ich darf nun diese Versammlung schließen. Glückauf!

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERMANN-JOSEF RUPIEPER

ZU DEN SOWJETISCHEN DEUTSCHLANDNOTEN 1952 DAS GESPRÄCH STALIN – NENNI

Kaum ein diplomatischer Notenwechsel der Nachkriegszeit hat die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und die historische Fachwissenschaft bis heute so leidenschaftlich erregt wie die mit der Note vom 10. März 1952 an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs einsetzende überraschende Notenoffensive der Sowjetunion. Immerhin bot Stalin u. a. den Westmächten die Ausarbeitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland an. Die Truppen aller Besatzungsmächte sollten aus Deutschland zurückgezogen und den Deutschen sollte neben der Errichtung einer Nationalarmee auch eine begrenzte Rüstungsindustrie zugestanden werden. Der Preis für diese Regelung der deutschen Frage war offenbar die Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Andererseits fehlten in der ersten Note Ausführungen über den Weg zur Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung. Sollte es freie Wahlen geben? Wer würde die Verfassung erarbeiten? Es kann daher nicht überraschen, daß die sowjetische Initiative kontrovers beurteilt wurde, zumal sie wenige Wochen vor den Entscheidungen des Bundestages über den Generalvertrag und die EVG unternommen wurde. Für die einen handelte es sich um einen Versuch der Sowjetunion, kurz vor der Unterzeichnung dieser Verträge die Bundesrepublik doch noch von einer Integration in das Bündnis der Demokratien des Westens abzubringen. Andere sahen in ihr ein ernstzunehmendes Angebot des Kreml, der bereit schien, zur Verhinderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Wiedervereinigung und Neutralisierung Gesamtdeutschlands anzubieten[1].

Es ist nicht die Aufgabe dieser Dokumentation, erneut auf die Einschätzung dieser Kontroverse einzugehen bzw. die Aufnahme des sowjetischen Angebots durch die Westmächte zu analysieren[2]. Vielmehr geht es mir darum, einen kleinen Beitrag zu der alles entscheidenden Frage zu leisten: Welche Absichten verfolgte Stalin mit dieser Notenoffensive? War das Angebot ernst gemeint? Rolf Steininger hat in einer Dokumentation jüngst auf ein Gespräch zwischen Stalin und dem italienischen Linkssozialisten Pietro Nenni Ende Juli 1952 in Moskau aufmerksam gemacht. Die Mitteilung über diese Zusammenkunft gelangte über die italienische Botschaft in Moskau an die kanadische Regierung und von dort an das Foreign Office nach London. Aufgrund dieses Berichts kommt Steininger zu der Auffassung, daß die Note ernst gemeint gewesen sei

[1] Hinweise zur Sekundärliteratur sollen hier auf ein Minimum beschränkt werden. Zu den wichtigsten Studien siehe die Angaben in: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, hrsg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart und Zürich 1982, Fußnote 12.

[2] Zur Beurteilung der Note in den USA demnächst ausführlich Kapitel 4 meiner Arbeit „Der besetzte Verbündete: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955".

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und es sich nicht um ein politisches Manöver der Sowjetunion zur Beeinflussung der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und den anderen westeuropäischen Staaten vor Unterzeichnung bzw. Ratifizierung des EVG-Vertrages gehandelt habe[3].

Dies mag der Fall gewesen sein. Ohne die Öffnung sowjetischer Archive erscheint ein derart weitgehender Schluß jedoch äußerst problematisch. Zunächst ist festzuhalten, daß dieses Gespräch im Sommer 1952 stattfand, d.h. zu einem Zeitpunkt, als der Austausch weiterer Noten bereits die Unvereinbarkeit der Positionen der Sowjetunion und der Westmächte deutlich gemacht hatte. Während Stalin die Neutralisierung anbot, war dies für die Westmächte genausowenig akzeptabel wie für die Bundesregierung. Da die Ratifizierung der Verträge noch ausstand, kann nicht ausgeschlossen werden, daß Stalin mit seinem Hinweis auf die erste Note erneut versuchte, Einfluß auf die Diskussion in den westeuropäischen Ländern im Rahmen der Ratifizierungsdebatte zu nehmen. Natürlich konnte er davon ausgehen, daß der Inhalt dieses Gespräches nicht geheim bleiben würde und wohl auch nicht geheim bleiben sollte. Am 12. August 1952 veröffentlichten die amerikanischen Europakorrespondenten Joseph und Stewart Alsop in der New York Herald Tribune auch tatsächlich einen Bericht über dieses Gespräch, der jedoch mit dem von Steininger in den Akten des britischen Foreign Office gefundenen Aktenstück nur teilweise übereinstimmt[4].

Noch komplizierter wird die Interpretation des Gesprächs Stalin – Nenni dadurch, daß auch in den Akten des amerikanischen Außenministeriums eine Version vorhanden ist, die über den damaligen US-Botschafter in Moskau, George F. Kennan, nach Washington gelangte und sich gleichfalls von der Version im Foreign Office unterscheidet. Dieses Telegramm von Kennan an US-Außenminister Dean Acheson soll nunmehr interpretiert werden (Dok. I)[5].

Das erste Problem besteht bereits bei der Datierung. Da Kennan am 25.7. 1952 über sein Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Moskau, Mario di Steffano, der hier als „Informant" bezeichnet wird, nach Washington berichtete und das Telegramm noch am 25. Juli um 17.08 Ortszeit in Washington eintraf, kann das Treffen zwischen Stalin und Nenni, der sich zur Entgegennahme eines Friedenspreises in Moskau aufhielt, nicht am 26. Juli stattgefunden haben[6]. Ferner wird deutlich, daß der Bericht des amerikanischen Rußlandexperten Kennan sich beträchtlich von der Version im Foreign Office unterschied: Erstens unterhielten sich Nenni und Stalin

[3] Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt/M. 1983, Bd. 2, S. 409 ff.

[4] The New York Herald Tribune vom 12.8. 1952, Joseph und Stewart Alsop: „Stalin Speaks Again". Siehe hierzu auch die Zusammenfassung in: Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1980, S. 136.

[5] RG 59, 661.65/7-2552, Tel. Nr. 173, Kennan-Secretary of State. Dieses Telegramm wurde jetzt im Rahmen meiner Freedom of Information Act-Anfrage vom Department of State freigegeben. Mein Dank gebürt all jenen, die bei der zügigen Beantwortung des Antrags mitgearbeitet haben.

[6] Für den Hinweis, daß es sich bei der von Kennan als „Informanten" bezeichneten Person um den italienischen Botschafter in Moskau, Mario di Steffano, handelte, siehe RG 59, 662A.OO/8-2252, Tel. Nr. 342, Moscow-State. Steininger (S. 410) datiert das Gespräch auf den 26.7. 1952.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vornehmlich über die Zustände in Italien, und Stalin versuchte in einer offensichtlichen Mischung aus Werben und Drohungen Nenni zu beeindrucken. Zweitens berichtete Nenni dem italienischen Botschafter, daß Deutschland nur einen Gefahrenherd in den Ost-West-Beziehungen darstelle und jederzeit neue Konflikte um Japan, Italien oder im Iran entstehen könnten. Drittens erfuhr Nenni nach dieser Version nicht von Stalin selbst, sondern offenbar aus der Umgebung des Politbüros (von den in diesem Bericht Genannten Molotow und Malenkow?), daß „Stalin den gegenwärtigen Notenaustausch als vollkommen unecht (phony) und nutzlos ansah". Stalin erwartete offenbar für Deutschland in der unmittelbaren Zukunft die Herausbildung eines Gleichgewichts der Kräfte, das durch den Erfolg der beiden Seiten bei der Wiederbewaffnung der Deutschen in dem jeweiligen Blocksystem bestimmt würde. Hier stellt sich natürlich die Frage, wieso der italienische Botschafter Kennan nicht darauf aufmerksam machte, daß Stalin gemäß der „britischen" Version Nenni gegenüber erklärt haben soll, die Sowjets seien bei der ersten Note „wirklich bereit gewesen, Opfer zu bringen, um die Wiedervereinigung zu erreichen"[7]. Es ist kaum vorstellbar, daß der Rußlandexperte Kennan eine derart zentrale Aussage einfach unterschlug und sie nicht nach Washington übermittelte. Es fällt auch schwer, zu begründen, wieso der italienische Botschafter einmal auf diese Äußerung hingewiesen haben soll und dies in einem zweiten Gespräch unterließ. Genauso problematisch ist die Differenz zwischen den beiden Berichten hinsichtlich des Ursprungsortes dieser Bemerkung: einmal wird Stalin genannt und ein anderes Mal die „Umgebung des Politbüros". Hat der italienische Botschafter Kennan und die kanadische Botschaft, die offenbar zu diesem Zeitpunkt, was auch Kennan feststellt, besonders enge Kontakte zu den Italienern unterhielt, unterschiedlich informiert? Das kann zwar nicht vollständig ausgeschlossen werden, aber es wäre in der Tat höchst ungewöhnlich. Vielleicht besteht das Problem einfach darin, daß inhaltliche Informationen durch Zwischenträger teilweise verfälscht werden können, daß bei den Übersetzungen vom Russischen ins Italienische und schließlich ins Englische Ungenauigkeiten entstanden sind und damit die Bemerkungen Stalins bzw. des Politbüros viel von ihrer eigentlichen Bedeutung verloren.

Viertens ist bemerkenswert, daß der in der Foreign Office-Version Stalin zugeschriebene Hinweis, man wäre bereit gewesen, die ostdeutschen Kommunisten für ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland zu opfern, im Kennan-Bericht als Befürchtung von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck erscheint, mit denen Nenni vor seinem Moskaubesuch offenbar zusammengetroffen war. Im Juli 1952 bestanden diese Befürchtungen, die auch durch andere Hinweise belegbar sind, allerdings nicht mehr. Hatte sich also tatsächlich zwischen März und Juli 1952 eine Änderung in der sowjetischen Deutschlandpolitik vollzogen, oder ist dies nur ein Hinweis auf die mangelnde Absprache zwischen der Sowjetunion und der DDR-Führung, die über die Absichten Stalins bei Absendung der ersten Note nicht informiert war? Wie auch immer. Es bleibt die unterschiedliche Herkunft des Hinweises in den beiden Berichten.

[7] Siehe Dok. I im Anhang. Zum Vergleich mit der Note im Foreign Office die Auswertung in: Steiniger, S. 410.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fünftens teilte der italienische Botschafter Kennan mit, daß Nenni aus seinen Gesprächen im Kreml den Eindruck gewonnen habe, daß die Sowjetunion nunmehr fest entschlossen sei, „die Teilung Deutschlands zu akzeptieren und das Beste daraus zu machen". Diese Version erschien auch in der New York Herald Tribune. Der Bericht der Gebrüder Alsop enthält ferner den Hinweis darauf, daß nach Ratifizierung der Verträge im US-Senat und wegen der zu erwartenden Wahl General Dwight D. Eisenhowers zum Präsidenten jeder weitere Notenaustausch sinnlos geworden sei[8].

Wie reagierte nun das US-Außenministerium auf diesen Bericht des amerikanischen Botschafters in Moskau? Offenbar überhaupt nicht. Das Originaldokument enthält einen Hinweis, daß die Deutschlandabteilung des US-Außenministeriums eine Kopie des Telegramms erhielt, die jedoch in den Akten bisher nicht lokalisiert werden konnte. Weder wurden, wie Kennan empfohlen hatte, die Verbündeten und der amerikanische Oberkommandierende in Europa, General Matthew B. Ridgway[9], informiert noch scheinen die Verantwortlichen im US-Außenministerium der Nachricht aus Moskau besondere Bedeutung beigemessen zu haben. Nach Veröffentlichung des Alsop-Berichts entstand jedoch eine für das US-Außenministerium peinliche Situation. Die britische Botschaft in Washington erkundigte sich, ob die Amerikaner die „Nenni-Geschichte" aus Moskau erhalten hätten, und äußerte anschließend die Überzeugung, daß das US-Außenministerium in diesem Fall sicherlich die Information mit dem Foreign Office diskutiert haben würde. Auf diese Anfrage erhielten die Briten jedoch nur „eine ausweichende negative Antwort". Als der italienische Botschafter Kennan über den Nenni-Besuch in Moskau informierte, bat di Steffano um Verschwiegenheit, da er es der Regierung in Rom überlassen wollte, ob der Nenni-Bericht an andere Regierungen weitergegeben werden sollte. Die Amerikaner hielten sich an diese Abmachung. Dies erklärt offenbar den Weg der Foreign Office-Version über die kanadische Regierung nach London[10].

Für die diplomatischen Vertreter der USA in Europa war die Bedeutung der Nenni-Geschichte gering. Der US-Botschafter in Rom, Ellsworth Bunker, berichtete, daß

---

[8] The New York Herald Tribune v. 12. 8. 1952: „Stalin noted that the Bonn agreement had been approved by the United States Senate. He predicted as ‚very probable' the election as President of Gen. Eisenhower. He remarked that, for these reasons, he considered any further diplomatic exchanges on the subject of Germany with the Western bloc as no more, than a ‚propagandistic and marginal expedient' – in other words without real meaning. And, he said, he had further considered that it had become impossible to prevent the division of Germany into two parts on a permanent basis.
Therefore, Stalin told Nenni, it was necessary to substitute another formula for the ‚formula of a united and neutral Germany'. This new formula called for the creation of two entirely separate Germanies, which would be, he said, ‚military and ideological counterweights to each other'. In this situation, the ‚independence and security' of Eastern Germany must be ‚reinforced'."
Es ist auffällig, daß in dieser Version kein Hinweis auf die ursprünglichen Absichten Stalins auftaucht und die Reaktion von Pieck und Grotewohl ebenfalls unterschlagen wird.

[9] Im Original der Note befindet sich eine unleserliche Marginalie. Offenbar eine Bemerkung zum Satz: „Interview with Stalin ...".

[10] RG 59, 662A.00/8-2152, Tel. Nr. 170, State – Moscow; 662A.00/8-2252, Tel. Nr. 342 Moscow – State.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Italiener die Bekanntgabe in der New York Herald Tribune bedauerten und ein abgekartetes Spiel zwischen Nenni und Stalin zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen vermuteten. Offenbar stimmte Bunker dieser Einschätzung zu[11]. Der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium und ehemalige US-Botschafter in Paris, David Bruce, hielt dies gleichfalls für den Hauptgrund bei der Bekanntgabe des Gesprächs[12].

Auch ein weiteres Dokument, das gleichfalls hier erstmalig zugänglich gemacht wird (Dok. II), bringt keine endgültige Klarheit über die Intentionen Stalins. Bereits am 18.4. 1952 erfuhr Cecil B. Lyon, der Direktor des Berlin-Element der amerikanischen Hochkommission in Deutschland, daß Gerold Rummler, ein enger Mitarbeiter von DDR-Außenminister Georg Dertinger, in den Westen übergelaufen sei. Nach Rummler hatte ihm Dertinger zwei Tage vor seiner Flucht über ein Gespräch mit dem Chef der sowjetischen Mission in Ostberlin, Georgi M. Pushkin, berichtet, bei dem Pushkin die sowjetische Note als Teil einer „großangelegten taktischen Propagandaaktion" bezeichnet habe; die Sowjetunion dächte „nicht daran, das DDR-Regime in freien und kontrollierten Wahlen zu opfern"[13]. Auf diese Quelle hat bereits Hermann Graml verwiesen[14]. Der vollständige Bericht Rummlers bei der Befragung durch die Amerikaner setzt die Gewichte jedoch ein wenig anders. Als die Westmächte in ihrer Antwortnote vom 25.3. 1952 als Bedingung für den Abschluß eines Friedensvertrages neben der Durchführung von freien Wahlen u.a. auch das Recht Gesamtdeutschlands auf die Beteiligung an der rein defensiven Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verlangten, war für die Sowjetunion die Entscheidung über die Sinnlosigkeit des weiteren Notenaustauschs offenbar gefallen. Pushkin sah in diesen Forderungen des Westens die Integration Gesamtdeutschlands „in das aggressive Nordatlantische Bündnis". Auch der Hinweis Dertingers, daß zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung noch beträchtliche Zeit vergehen würde und daher die Versuche zur Herbeiführung einer gesamtdeutschen Verständigung noch nicht abgebrochen werden sollten, wurde nun von Pushkin zurückgewiesen. Er erklärte dem DDR-Außenminister, daß „die Westdeutschen jetzt nur noch durch große Propagandaanstrengungen dazu gebracht werden könnten, ihre Opposition gegenüber der Regierung Adenauer zu verstärken und schließlich den Sturz der Regierung herbeizuführen". Aus dieser Bemerkung zog Dertinger den Schluß, daß die Sowjets keine

---

11 RG 59, 661.65/8-1952, Tel. Nr. 734, Rom – State.

12 RG 59, 662A.00/8-2152, Tel. Nr. 170, State – Moscow. Die italienische Kontaktperson von US-Botschafter Bunker erklärte: „He believed that substance and procedure had been prearranged with Stalin precisely with objective of this interpretation of Soviet Policy on Germany being spread through western channels, he regretted exceedingly publicity which had resulted which in his interpretation had simply served purposes of current Soviet line on relaxation of tensions (distensione) and peaceful coexistence." Auch dieses Dokument wurde im Rahmen meiner Freedom of Information Act-Anfrage freigegeben. Allerdings ist der Hinweis auf die Kontaktperson von Bunker noch genauso „classified" wie drei weitere Zeilen des Telegramms.

13 RG 59, 762B.00/4-1852, Tel. Nr. 1236, Berlin – State.

14 Siehe hierzu seinen Beitrag „Die sowjetische Notenkampagne von 1952", in: Schwarz, a.a.O., S. 36.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verständigung wollten. Der Hinweis des sowjetischen Vertreters in Ostberlin, daß es nach der Bekanntgabe der Bedingungen der Westmächte nur noch darum gehen könne, die Regierung Adenauer zu stürzen, zeigt die Enttäuschung der Sowjets über die Reaktion der Westmächte. Andererseits läßt die Veränderung des in diesem Bericht erwähnten Artikels des DDR-Außenministers in der Täglichen Rundschau, der offiziellen Zeitung der sowjetischen Besatzungsbehörden in der DDR, den Schluß zu, daß der Kreml bereits Anfang April 1952 die Integration der DDR in den Ostblock beschlossen hatte[15].

Zusammenfassend ist festzustellen:

1. Die Differenzen zwischen der Foreign Office- und der Kennan-Version des Gesprächs Stalin – Nenni sind so groß, daß beide nicht als eindeutige Belege für die tatsächlichen Intentionen der sowjetischen Deutschlandoffensive im Frühjahr 1952 herangezogen werden können. Auch der Bericht über das Gespräch zwischen Dertinger und Pushkin schafft keine Klarheit.
2. Solange nicht eindeutige Dokumente aus der sowjetischen Planung aus der Zeit *vor Beginn des Notenaustausches* bekannt werden, kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Sowjetunion die Forderungen der Westmächte nach einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag einsetzte, um sowohl gegenüber der Bevölkerung der DDR als auch gegenüber den anderen Satellitenstaaten die Entscheidung zur Integration des zweiten deutschen Staates in den Ostblock und den forcierten Aufbau einer Nationalen Volksarmee in der DDR zu rechtfertigen. Immerhin bestanden nicht nur in den westeuropäischen Ländern Widerstände gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Auch in den ehemals von deutschen Truppen besetzten Staaten Osteuropas dürfte eine Bewaffnung der DDR auf Bedenken gestoßen sein[16].
3. Sicherlich hätte die Neutralisierung Gesamtdeutschlands für die Sowjetunion nicht unbeträchtliche Vorteile geboten. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach übereinstimmender Meinung internationaler Beobachter nach Westen tendierte, so daß selbst ein neutrales Gesamtdeutschland sich eher an die demokratischen Staaten des Westens als an die Sowjetunion angelehnt hätte[17]. War dies wirklich im Interesse der Sowjetunion, auch wenn damit zunächst eine Stärkung bzw. das Zustandekommen der EVG verhindert worden wäre? Bot nicht andererseits die vollständige Integration der DDR in den Ostblock und der Ausbau des sozialistischen Lagers noch größere Vorteile für die Sowjetunion, zumal die Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR gleichzeitig die Sicherung der sowjetischen Herrschaft in den anderen Satellitenstaaten bedeutete?

---

[15] RG 59, 762B.00/4-2652, Tel. Nr. 1273, Berlin – State. Zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem Bericht und zu seiner Aufnahme in der Hochkommission und in Washington demnächst meine in Fußnote 2 genannte Arbeit.

[16] RG 59, 762B.00/5-2252, ohne Nr., Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Geheimdienstbericht über eine Konferenz der Kominform in der CSSR, auf der die Frage einer Aufstellung einer Volksarmee in der DDR diskutiert worden sein soll.

[17] Siehe hierzu demnächst meine in Fußnote 2 erwähnte Arbeit.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

FROM: Moscow
TO: Secretary of State
NO: 173, July 25, 8 p.m.

EYES ONLY SECRETARY FROM KENNAN[18]

Have learned from authoritative source fol(lowing) re Nenni's[19] visit here and recent talk with Stalin[20].

Interview with Stalin was arranged at Sov(iet) suggestion and came as pleasing surprise to Nenni, who has impression he is first Stalin prize winner to be personally received. He had previously met on several occasions with Malenkov[21] and with Molotov[22], though it was not clear whether any of these m(ee)t(in)gs took place on occasion present visit. The first time he had met Stalin.

Stalin appeared in excellent health and vigor, physically and mentally. His questions were keen and reflected extensive knowledge of sub(ject)s discussed. (Nenni, incidentally, ridicules rumors that Stalin is not in sit(uatio)n of continued complete authority in Politburo, altho(ugh) he does say he thinks Malenkow most likely candidate for succession). Stalin's questions early part of interview were focused sharply on Ital(ian) domestic political sit(uatio)n and included shrewd and well informed queries about several matters, including nature of electoral law which will govern next elections. It was quite evident center of his interest was possibility overthrow of De Gasperi[23] Gov(ernmen)t and introduction of left wing gov(ernmen)t which would adopt different fo(reig)n policy line. Stalin inquired for details about idea of neutralized Italy under great power guarantee which Nenni had once advocated. When Nenni explained he had envisaged joint guarantee by US and USSR, Stalin had promptly declared this to be out of question, as being incompatible with prestige great power like Italy. Stalin had then made some sort of reference to possibility or desirability of Ital(ian)-Sov(iet) non-aggression pact as goal toward which people sh(ou)ld work. Above represents what is reported of conversation from direct statements later made

[18] George F. Kennan, 14.5.–19.9. 1952 U.S.-Botschafter in Moskau. Die Telegramm-Abkürzungen wurden aufgelöst: RG 59, 661.65/7-2552.

[19] Pietro Nenni, italienischer Linkssozialist, befürwortete nach der Spaltung der Sozialisten im Februar 1947 Kooperation mit der Kommunistischen Partei Italiens.

[20] Josef W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Generalsekretär der KPdSU.

[21] Georgi M. Malenkow, 1946–1953 Stellv. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1953–1956 Vorsitzender des Ministerrats.

[22] Wjatscheslaw M. Molotow, Mitglied des Politbüros, 1939–1949 und 1953–1956 Außenminister.

[23] Alcide de Gasperi, Gründungsmitglied der Democrazia Cristiana, italienischer Ministerpräsident 1945–1953, regierte seit 1947 mit einer Koalition kleinerer Parteien unter Ausschluß der Sozialisten und Kommunisten.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

by Nenni. However fol(lowing) significant facts may shed further light on subj(ect)s and tenor of discussion. In interview given to Sov(iet) magazine OGONEK[24] prior to m(ee)t(in)g with Stalin, Nenni had stressed seriousness of Ger(man) sit(uatio)n and had stated that the division of Ger(many) c(ou)ld create a new Korea in the heart of Europe. After talking with Stalin, however, Nenni voiced opinion in conversation with my informant that Ger(many) was not necessarily greatest danger spot, that concept of any single outstanding danger spot was misleading one, that sit(uatio)n was always in state of flux, that one day it might be Ger(many), another day Japan, another day Italy or again even Iran.

Furthermore, Nenni said he had been told by other people in Politburo entourage that Stalin regarded present interchange of notes as completely phony and futile and believed that what was in the cards in Ger(many) for immed(iate) future was estab(lishment) of new equation of forces to be determined by success of both sides in their efforts to rearm Ger(man)s. My informant says Nenni also told him that he had previously (some months ago, I gather) spoken with Pieck[25] and Grotewohl[26] who had said at that time that policies being pursued by Sov(iet) Gov(ernmen)t were ones which would call for great sacrifice from them and that they might soon be forced into position in Ger(many) comparable to that of Nenni in Italy, by which they presumably meant that of a left-wing minority in a parliamentary system. My informant had impression that this earlier statement was adduced by Nenni to indicate contrast with present sit(uatio)n, in which Nenni considered that danger envisaged by Pieck and Grotewohl was no longer acute. What was being strongly hinted at, my informant thought, was firm Kremlin decision to accept division of Ger(many) and make the best of it.

Nenni had inquired of informant about myself and asked whether I really entertained friendly feelings toward Russia. Informant says he replied that I had come here in hopes of bettering sit(uatio)n and of getting some idea of thinking of Kremlin on present internat(iona)l problems.

Of interest in connection with Stalin's questioning of Nenni is fact that at recent Polish nat(iona)l reception (July 22) which I did not attend, Budenny[27] approached Ital(ian) Amb(assador) and spoke to him with some force about Ital(ian)-Sov(iet) rel(ation)s, stating that Sov(iet)s willing to forget Italy's participation in war, that they were interested in future not past, that it was still possible for Italy to make change in her orientation, and that Ital(ian) statesmen who failed to hear and obey will of Ital(ian) people w(ou)ld be harshly dealt with when day of judgment arrived. Budenny, who was ranking Sov(iet) official at party, had opened conversation by pointing to rather absurd division of that gathering into western and eastern social huddles and had observed that this sort of thing c(ou)ld not go on much longer. It is to be doubted,

[24] Ogonek – politisch-literarische Zeitschrift.
[25] Wilhelm Pieck, 1949–1960 Präsident der DDR.
[26] Otto Grotewohl, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.
[27] S. M. Budenny, sowjetischer Marschall.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in my opinion, that Budenny would have undertaken this sort of conversation without some sort of higher encouragement.

Nenni has been asked to attend opening of Wolga-Don Canal scheduled July 27 and may thereafter return to Moscow. While here he has been kept in suburban Dacha and Sov(iet)s have shown great solicitude for his health, sending Kremlin doctor him, etc. As far as I can ascertain this solicitude was extended spontaneously as friendly gesture to older man and did not arise from any request of his, but this point is somewhat vague. Nenni has also been invited visit Commie China, but doubts that time will permit him to do it.

So much for info(rmation). Fol(lowing) is my comment. It is quite clear that Italy is number one in Sov(iet) hopes for driving a divisive wedge into Atlantic Pact group. This is for several reasons, including outstanding position of Ital(ian) Commies as strongest and most successful Commie party in any non-Commie country, Italy's strategic position militarily and politically, outflanking Yugo(slavia) and Albania as well as Greece and Turkey, and possibility that resistance to Communism in Mediterranean area generally may be seriously shaken, in Kremlin's hopeful view, by events in Iran, North Africa and elsewhere. Sh(ou)ld Nenni's followers in combination with Ital(ian) Commies, succeed in overbalancing center in coming elections it is possible Kremlin might prefer, in accordance established practice, that fellow traveller Nenni take over as Premier, share responsibility and help confuse and sooth populace during period while Commies are consolidating hold over police, army, labor, education, etc. hence intense Kremlin interest in his person, health and state of mind. Of how much of this he is aware is unclear. My informant considers him sincere intellectual marxist, but perhaps seriously blinded by personal ambitions.

W(ou)ld doubt that this story can long be held by others who now have knowledge of it and suspect Dep(artmen)t will soon be hearing repercussions of it from various sources. Believe that Canadians for special reasons will be given complete fill in. However, feel strongly that we sh(ou)ld not let ourselves appear source of leaks and recommend close hold of it on our part. W(ou)ld suggest that two or three days from now, not sooner, this m(es)s(a)g(e) be repeated by Dep(artmen)t to Rome, Bonn, London and Paris and at Dep(artment)t's discretion to MacArthur[28] for Ridgway[29], as top secret communication.

Kennan

[28] Douglas MacArthur, Februar 1951–Oktober 1952 Botschaftsrat an der US-Botschaft in Paris.

[29] General Matthew B. Ridgway, Juni 1952–Mai 1953 Supreme Allied Commander Europe.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

FROM: Berlin
TO: Secretary of State
NO: 1273, April 26, noon

Fol(lowing) is text two-point Rummler[30] statement mentioned Ref(erence) Tel(egramm):

1. "The text of the Western notes in answer to the Sov(iet) note of Mar(ch) 10 were published in the press of Mar(ch) 26.

"Dertinger[31] told me Pushkin[32] and Semeonov[33] discussed text of Western note on evening Mar(ch) 26. On Mar(ch) 27 Dertinger invited Pushkin to Fo(reig)n Off(ice) for consultation. Pushkin arrived on evening Mar(ch) 27 at 5:30 p.m., accompanied by female interpreter, which was unusual, since he normally talked with Dertinger without an interpreter. The conf(erence) lasted about an hour and a half. Directly following conf(erence), Dertinger sat together with me alone in his office for about two hours. He was quite disappointed with his talk with Pushkin and said several times to me: "If I am not mistaken, my whole previous political perspectives are false". He related to me in detail how he had presented to Pushkin his opinion that, according to the text of the Western notes, there existed therein positive point of contract for the East. Pushkin had countered this opinion with a decisive "njet". In this connection he referred especially to the allusions in Western notes that also after a peace treaty Ger(many) must (be able) to join alliances, as for example the Western Defense Pact. That meant, in Pushkin's view, Ger(many)'s incorporation in the aggressive North Atlantic Alliance.

Moreover, Pushkin stated, through the conclusion of the general agreement with the Bonn Gov(ernmen)t, as well as the signing of Plevan (sic!) Plan[34], which w(ou)ld shortly follow, West Ger(many) w(ou)ld clearly be in North Atlantic Pact front. Dertinger called Pushkin's attention to fact that with signature of European Army Plan itself efforts of peace camp to come to All-Ger(man) understanding w(ou)ld not yet have to be broken off. He based this on fact that from signing of Plevan (sic!) Plan until its ratification by Parliaments of six European Army countries a long time – perhaps a year – w(ou)ld go by. As Dertinger told me, Pushkin had only a "njet" for this too. He expressed the view to Dertinger that now only through powerful propaganda efforts c(ou)ld West Ger(mans) be brought to strengthen their opposition to the Adenauer Gov(ernmen)t and bring about the downfall of this gov(ernmen)t in the end.

---

30 RG 59, 762 B. 00/4-2652, Tel. Nr. 1273; Gerold Rummler, Mitarbeiter von Dertinger, Flucht 1952.

31 Georg Dertinger (CDU-Ost), 1949–1953 Außenminister der DDR.

32 Georgi M. Pushkin, 1949–1952 Chef der diplomatischen Mission der UdSSR in Ost-Berlin.

33 Wladimir Semeonow, 1945–1953 Politischer Berater der Sowjetischen Militärregierung bzw. der Sowjetischen Kontrollkommission in Ost-Berlin.

34 René Pleven, 1952–1954 französischer Verteidigungsminister.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dertinger said to me literally: 'If the Sov(iet)s really don't want understanding, then my entire political perspective was wrong, then they sh(ou)ld do this with another Fo(reig)n Min(ister), and not with me in this seat'.

2. "During first week of April, after Western answer note had been published Mar(ch) 26, 1952, Dertinger wrote his article on meaning of Sov(iet) note which was submitted to editors of TAEGLICHE RUNDSCHAU on Apr(il) 3, 1952. On Apr(il) 7, Herr Woelknitz, on instruction chief Sov(iet) editor Sokolow, appeared in Foreign Ministry to see Dertinger and informed him of some changes in his article. Most of these changes were of very trivial nature. One section which was cut out, however, was of great importance for Dertinger, because it was where Dertinger had alluded in the article to the Western powers intention to assure Ger(many) in peace treaty of its inclusion in European integration, and had remarked on this that: "From the Sov(iet) note it follows that the Sov(iet) Union doesn't contemplate incorporating Ger(many) into an Eastern alliance system, nor to make use of Ger(many)s potential for itself". This section was cut out by Sov(iet) editor-in-chief. Dertinger felt this was imprudent, because he was of view this formulation c(ou)ld remain in any event because in further course polit(ical) developments Sov(iet) Union c(ou)ld say: 'We were prepared not to include Ger(many) in an Eastern alliance system, but because of the Western powers Ger(man) policy which, on its part, has included Western Ger(many) in its aggressive system of alliances, we too on out mzxa[35] are forced to incorporate Eastern Ger(many) into an alliance system'".

For your information foregoing statement refers to Dertinger article published TAEGLICHE RUNDSCHAU Apr(il) 9 and commented on – OUR-Tel(egram) Apr(il) 10, sent Bonn 940, rptd Dept 1215, Moscow 217.

[35] Übermittlungsfehler im Telegramm.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Werner Abelshauser, Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität (4630 Bochum 1, Postfach 102148), veröffentlichte u.a. „Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948" (Stuttgart 1975), „Staat, Infrastruktur und regionaler Wohlstandsausgleich im Preußen der Hochindustrialisierung" (in: Schriften des Vereins für Socialpolitik 109, 1980), „Verelendung der Handarbeiter? Zur sozialen Lage der deutschen Arbeiter in der großen Inflation der frühen zwanziger Jahre" (in: Vom Elend der Handarbeit, hrsg. von H. Mommsen und W. Schulze, Stuttgart 1981), „Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter. Konjunktur, Krise, Wachstum" (Hrsg. zusammen mit D. Petzina, Königstein 1981), „Westeuropas Wiederaufbau vor dem Marshallplan (in: VfZ 29, 1981) „Eine nationalsozialistische Sozialrevolution?" (zus. mit A. Faust, DIFF Tübingen 1982), „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland" (Frankfurt/M. 1985[3]), „The first postliberal nation: Stages in the development of modern corporatism in Germany" (in: European History Quarterly 14, 1984), „Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945" (München 1984); gegenwärtige Forschungsgebiete: Entstehung des modernen Korporatismus; Sozialgeschichte der Weimarer Republik.

Barbara Fait, M.A., Doktorandin bei Professor Dr. Gerhard A. Ritter (8000 München 19, Albrechtstr. 37), zur Zeit Arbeit an einer Dissertation zur amerikanischen Politik in Deutschland 1945–1949.

Seev Goshen, Mitarbeiter des Institute for the Research of the Holocaust Period, Universität Haifa (27000 Kiryat Bialik, Habroshim 15), veröffentlichte u.a. „Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der ‚Endlösung'" (in: VfZ 29, 1981).

Dr. Wolfgang J. Mommsen, Direktor des Deutschen Historischen Instituts London und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Düsseldorf (17 Bloomsbury Square London WC1A 2LP), als Herausgeber aktiv, veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen u.a. „Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920" (Tübingen 1974, erw. Fassung der Erstauflage von 1959), „Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus" (Düsseldorf 1971), „Das deutsche Kaiserreich als System umgangener Entscheidungen" (in: Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat, München 1978), „Der europäische Imperialismus. Aufsätze und Abhandlungen" (Göttingen 1979), „Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen" (Göttingen 1980, ergänzte Ausgabe der Erstauflage von 1977).

Bernd Niedbalski, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich DDR-Forschung und -Archiv (1000 Berlin 31, Babelsberger Straße 14–16), Mitautor der 2. und 3. Auflage des „DDR-Handbuchs", mit Forschungen zur Entwicklung der ökonomischen und wirtschaftlichen Strukturen in der SBZ/DDR beschäftigt.

Dr. Raymond Poidevin, Professor an der Université de Strasbourg III (Institut des Hautes études européennes), Directeur du Centre de recherche d'Histoire des relations internationales (67081 Strasbourg, 8 rue des Ecrivains), veröffentlichte u.a. „Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914 (Paris 1969), „Finances et relations internationales 1887–1914" (Paris 1970), „L'Allemagne de Guillaume II à Hindenburg 1900–1933 (Paris 1972), „Les origines de la première guerre mondiale" (Paris 1975), „Les relations franco-allemandes 1815–1975" (Paris 1977, zus. mit J. Bariety; deutsche Übersetzung: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982), „L'Allemagne et le Monde au XXè siècle (Paris 1983; deutsche Übersetzung: Die unruhige Großmacht Deutschland. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert, Freiburg 1985); derzeit Arbeit an einer Biographie Robert Schumans.

Dr. Hermann-Josef Rupieper, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin (1000 Berlin 31, Habelschwerdter Allee 45), veröffentlichte u.a. „Politics and Economics. The Cuno Government and Reparation 1922/23" (The Hague – Boston – London 1979), „Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (M.A.N.) 1837–1914" (Frankfurt–New York 1982); zur Zeit mit einer Darstellung der amerikanischen Deutschlandpolitik 1949–1955 beschäftigt.

Jahrgang 33 (1985), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte